Landtag von Baden-Württemberg

61. Sitzung **15. Wahlperiode**

Stuttgart, Mittwoch, 6. März 2013 • Haus des Landtags

Beginn: 10:01 Uhr Mittagspause: 13:12 bis 14:15 Uhr Schluss: 18:25 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 3611

1. Aktuelle Debatte – **Neue Wege in die geschlechtergerechte Gesellschaft – Der Internationale Frauentag als Mahnung und Auftrag** – beantragt von der Fraktion der SPD 3611

Abg. Sabine Wölfle SPD 3611
Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 3613
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE. . . 3615
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 3617
Ministerin Katrin Altpeter 3619

2. Aktuelle Debatte – **Schulpolitik der Landesregierung auf dem Prüfstand der Realität: Baden-Württemberg braucht die Realschule** – beantragt von der Fraktion der CDU 3621

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU 3621
Abg. Muhterem Aras GRÜNE 3624, 3634
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD 3625, 3633
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. 3627
Minister Andreas Stoch 3629

3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Januar 2013 – **Bericht über aktuelle europapolitische Themen** – Drucksachen 15/2853, 15/2902 3635

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU. 3635
Abg. Josef Frey GRÜNE 3637
Abg. Rita Haller-Haid SPD 3638
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP 3640
Minister Peter Friedrich 3640

Beschluss 3643

Abg. Volker Schebesta CDU (zur Geschäftsordnung) 3643

4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Aufhebung des Schlichtungsgesetzes** – Drucksache 15/3024 3644

Minister Rainer Stickelberger 3644
Abg. Bernd Hitzler CDU 3644
Abg. Wilhelm Halder GRÜNE 3645
Abg. Sascha Binder SPD 3645
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP. 3646

Beschluss 3647

5. **Regierungsbefragung**

5.1 **Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg**. 3647

Abg. Nicole Razavi CDU 3647, 3648, 3650
Minister Winfried Hermann 3647, 3648, 3649, 3650, 3651, 3652
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE. . . 3648, 3649, 3651
Abg. Rudolf Köberle CDU. 3649
Abg. Winfried Mack CDU 3649
Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE 3650
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 3652

5.2 **Neue Chancen im regionalen Schienenverkehr durch ein neues Modell der Fahrzeugfinanzierung**. 3653

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE. . . 3653, 3654, 3657
Minister Winfried Hermann 3653, 3654, 3655, 3656, 3657, 3658
Abg. Rudolf Köberle CDU. 3653
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 3653, 3657
Abg. Nicole Razavi CDU 3655
Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE 3655
Abg. Winfried Mack CDU 3656
Abg. Peter Hauk CDU 3658

6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes (Justizwachtmeisterbefugnissegesetz – JWBG)** – Drucksache 15/3076 3658

Minister Rainer Stickelberger 3658
Abg. Karl Zimmermann CDU 3660
Abg. Jürgen Filius GRÜNE 3660
Abg. Ernst Kopp SPD 3661
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 3662

Beschluss 3662

7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – **Genossenschaftswesen in Baden-Württemberg** – Drucksache 15/1870 (geänderte Fassung) 3662

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU 3662
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE 3663
Abg. Hans-Peter Storz SPD 3665
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 3665
Minister Dr. Nils Schmid 3666
Abg. Karl Rombach CDU 3668

Beschluss 3669

8. a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Schulschließungsliste Baden-Württemberg** – Drucksache 15/2197 (geänderte Fassung)

b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **GEW-Gutachten lenkt regionale Schulentwicklung aufs Glatteis** – Drucksache 15/2790 3669

Abg. Georg Wacker CDU 3669, 3676
Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE 3670
Abg. Klaus Käppeler SPD 3672
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP 3673
Minister Andreas Stoch 3674

Beschluss 3677

9. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – **Gesundheitsfachberufe an Hochschulen – Akademisierungsperspektive** – Drucksache 15/2333 3677

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE 3678, 3683
Abg. Dr. Monika Stolz CDU 3679
Abg. Florian Wahl SPD 3680
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 3681
Ministerin Theresia Bauer 3681

Beschluss 3684

10. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – **Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg** – Drucksache 15/1886 3684

Abg. Sabine Wölfle SPD 3684
Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 3686
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE . . . 3687
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 3689
Minister Reinhold Gall 3690

Beschluss 3691

Nächste Sitzung 3691

Protokoll

über die 61. Sitzung vom 6. März 2013

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 61. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Kleinböck, Herrn Abg. Nelius und Herrn Abg. Schoch erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Glück, Frau Abg. Häffner, Herr Abg. Lusche und Frau Staatssekretärin von Wartenberg.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das fängt ja gut an!)

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Herr Staatssekretär Rust.

Dienstlich verhindert sind bis 11:00 Uhr Herr Minister Bonde und ab 14:00 Uhr Herr Minister Friedrich.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Debatte – Neue Wege in die geschlechtergerechte Gesellschaft – Der Internationale Frauentag als Mahnung und Auftrag – beantragt von der Fraktion der SPD

Wie üblich beträgt die Gesamtredezeit für die Aktuelle Debatte 40 Minuten. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. In den zwei möglichen Runden gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion. Auch die Mitglieder der Landesregierung darf ich bitten, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir orientieren uns an § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung, wonach die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Wölfle.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eugen Bolz, Friedrich Ebert, Conrad Haußmann, Johann Peter Hebel, Johann Jakob Moser, Josef Schofer – was sagen uns all diese Namen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Alles Männer! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Richtig! Toll! – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war jetzt Frontalunterricht! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

– Das sind alles Männer, richtig. Was sagt uns das im Umkehrschluss? Es sind keine Frauen. Ja, diese Männer sind bedeutende Persönlichkeiten, und die Sitzungssäle im Landtag sind zu Recht nach ihnen benannt worden.

(Zuruf von der CDU: Günther Oettinger!)

– Den brauchen wir noch nicht. – Ich darf also im Jahr 2013 zu Recht die Frage stellen, ob es denn nicht auch Frauen gab, die in Baden oder in Württemberg – wenn man geschichtlich etwas zurückblickt – geboren sind oder hier gelebt haben und die viel für das Land geleistet haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Benz!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, manchmal muss man auch äußere Zeichen dafür setzen, dass Artikel 3 des Grundgesetzes – das Grundgesetz gilt seit über 60 Jahren – umgesetzt wird, z. B. indem wir heute sagen: Wir müssen irgendwann im 21. Jahrhundert ankommen. Ich habe deswegen Herrn Landtagspräsident Wolf vorgeschlagen, während des Umbaus des Landtagsgebäudes alle Interimssäle nach Frauen zu benennen, die im Land Baden-Württemberg ihre Spuren hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann sind es wieder bloß CDU-Frauen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es ist gut, dass wir nachliefern können!)

– Das glaube ich nicht. Eine Liste habe ich dazugelegt. Darauf sind Frauen aller Couleur vertreten, keine Angst. – Ich hoffe natürlich, dass nach der Wiedereröffnung des Landtagsgebäudes eine einvernehmliche Regelung gefunden wird, die dem Anliegen einer gleichberechtigten Anerkennung der Leistung von Frauen gerecht wird.

Natürlich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist das nur ein Symbol. Aber es ist auch ein Zeichen dafür, dass nicht alles genau so bleiben muss, wie es die letzten 50 Jahre und zuvor gewesen ist. Wer in der Gleichstellungspolitik erfolgreich handeln will, der muss gerade diese vermeintlich bewährten Strukturen infrage stellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Begründung für unsere heutige Aktuelle Debatte haben wir auf den 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland hingewiesen – ich habe ihn gerade dabei –, der zu Beginn dieses Jahres veröffentlicht worden ist. Wenn man sich ein Ziel vorgegeben hat – in unserem Fall die Chancengleichheit von Frauen und Männern –, macht es sicher sehr viel Sinn, sich

(Sabine Wölfle)

mit anderen Bundesländern und auch mit Ländern außerhalb der Bundesrepublik zu vergleichen, die genauso wie wir auf diesem Weg sind.

Fangen wir einmal an mit der politischen Partizipation. Ich nehme als Kennziffern die Mandate in den Landesparlamenten und die Mandate in den Kreistagen der Landkreise und den Gemeinderäten der kreisfreien Städte. Bei beiden Vergleichen steht Baden-Württemberg – wir ahnen es schon – an letzter Stelle. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss sich definitiv ändern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Auf das Thema „Kreistage und Gemeinderäte“ kommen wir heute und morgen noch intensiver zu sprechen und können da noch einmal näher über die einzelnen Punkte diskutieren. Wer tatsächlich Veränderungen auf den Weg bringen will, der kann auch etwas verändern. Das sehen wir z. B. am Indikator „Anteil der Regierungschefinnen, Ministerinnen und Senatorinnen“. Da spielt Baden-Württemberg nach dem politischen Wechsel und der Regierungsübernahme von Grün-Rot bundesweit in der ersten Liga mit einer Zunahme um 20 % gegenüber Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Neue Kultusministerin!)

Vergleichbares gilt für den Frauenanteil in den Bereichen Staatssekretäre, Staatsräte und Ministerialdirektoren: auch hier ein Plus von 13 %.

Beim Frauenanteil in den Verwaltungspositionen von Landkreisen und kreisfreien Städten liegt Baden-Württemberg mit einem Frauenanteil von 2 % – ich wiederhole: 2 % – unter den Flächenländern an letzter Stelle.

Hier komme ich auf die Symbolik bei den Benennungen der Sitzungssäle zurück. Es gibt einfach kein ehernes Gesetz, gemäß dem nur oder jedenfalls fast ausschließlich Männer eine Verwaltungskarriere machen können, die dann als Sprungbrett z. B. für die Position eines Landrats dient.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die grün-rote Koalition hat in diesem Bereich bereits einiges auf den Weg gebracht. Weitere Verbesserungen und Änderungen wie z. B. beim Chancengleichheitsgesetz werden folgen.

Zwei große Blockierer gibt es für eine bessere Chancengleichheit von Männern und Frauen: erstens das Argument „Das war schon immer so“ – das habe ich schon eingangs erwähnt – und zweitens die schwarz-gelbe Koalition im Bund.

Zum Betreuungsgeld ist in diesem Haus schon vieles gesagt worden. Aber im Vorfeld des Internationalen Frauentags will ich auch feststellen: Das Betreuungsgeld ist eine „Fernhalteprämie“ zum Fernhalten der Frauen von der Chancengleichheit mit den Männern. Deshalb ist im September 2013 eine neue Mehrheit im Bundestag dringend erforderlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wer mit einem familien- und frauenpolitischen Bild des 19. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert Politik machen will, der gehört definitiv in die Opposition. Da habe ich die Politik zu den gleichgeschlechtlichen Partnerschaften noch gar nicht im Blick. Auch hier zeigt sich eine erschreckende Rückständigkeit.

Vor einem Jahr habe ich schon einmal Teile des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung hier im Plenarsaal angesprochen. Dieser Bericht ist jetzt fast zwei Jahre alt, und keine seiner zentralen Empfehlungen ist bisher vom Gesetzgeber im Bund auch nur angedacht oder angegangen worden. Umgekehrt: Statt Fehlanreize in Bezug auf die Gleichstellung wie das Ehegattensplitting zu reduzieren, sind mit dem Betreuungsgeld und der Erhöhung der Einkommensgrenze für die Minijobs weitere hinzugekommen.

Bei der Quote für die Aufsichtsräte der börsennotierten Unternehmen treten Merkel und Schröder auf die europapolitische Bremse. Kein absehbarer gesetzgeberischer Fortschritt bei einem allgemein verbindlichen Mindestlohn oder bei der Entgeltdiskriminierung – das ist die gleichstellungspolitische Bilanz einer abgehalfterten Bundesregierung; eine wahre Katastrophe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Gerade zwei Tage vor dem Internationalen Frauentag müssen wir uns – wie jedes Jahr erneut – Gedanken machen, wie wir in dieser Entwicklung weiterkommen. Eine geschlechtergerechte Gesellschaft wird eine bessere Gesellschaft sein. Eine partnerschaftliche und gerechte Partizipation von Frauen und Männern in allen Bereichen unseres Lebens muss verwirklicht werden.

Frauen haben seit dem 19. Jahrhundert dafür gekämpft, sich aus der Abhängigkeit von Männern zu befreien. Mit Beginn der Frauenbewegung wurden die Ziele klarer, und die Frauen begannen, sich aus den Rollenmustern zu lösen und sich zu verändern. Hieß es noch um 1866, die Frau sei für die Familie und die Hausarbeit zuständig

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und müsse Gemütlichkeit und Poesie im heimischen Leben schaffen, forderten gleichzeitig die ersten Frauen schon gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wir wissen, Letzteres haben wir Frauen noch immer nicht erreicht. Eine gerechte Aufteilung der Familienarbeit, eine gerechte Bezahlung, gleiche Karrierechancen sind noch immer nicht in Sicht.

Die Philosophin Frigga Haug zeichnete den Entwurf einer anderen geschlechtergerechten Gesellschaft und forderte den 16-Stunden-Tag für alle. Das würde für Frauen wie auch für Männer bedeuten, vier Stunden für die Lohnarbeit aufzubringen, vier Stunden für Reproduktion und Familienarbeit

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr interessanter Vorschlag! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und das täglich! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– das kommt nicht von mir; das kommt von Frigga Haug –, vier Stunden für Bildung und Kulturarbeit sowie vier Stunden für politische Partizipation.

Auch wenn die Aufteilung des Tages nach diesem Prinzip sehr schwierig scheint, geht es im Kern doch darum, dass sich

(Sabine Wölfle)

Männer und Frauen gemeinsam um Familie und Pflege kümmern müssten, sich gegenseitig bei der Ausübung der Berufstätigkeit unterstützen sollten und hier die klassischen Geschlechtermuster überwunden werden sollten.

Hier liegen noch große Herausforderungen vor uns allen. Aber eines ist sicher – ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten Frau Professorin Helga Grebing, Historikerin und Sozialdemokratin –:

Das Patriarchat schwächelt, aber es lebt noch.

Lassen Sie uns gemeinsam die lebenserhaltenden Maßnahmen beenden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollegin Gurr-Hirsch.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Alle Jahre wieder ist Weltfrauentag. Wir haben interfraktionell darüber gesprochen, dass wir die Themen der Frauen in dieser Woche platzieren wollen. Insofern: Herzlichen Dank an die SPD, dass sie hier die Initiative ergriffen hat.

Leider ist der Internationale Frauentag nach 102 Jahren nicht entbehrlich geworden. Wir haben dieser Tage von amnesty international erfahren, dass im Kongo Frauen unter Waffengewalt vergewaltigt werden. Milliarden Frauen auf der Welt erleiden Schlimmes und sind meilenweit von einer Gleichstellung entfernt. Da nimmt sich, liebe Kollegin Wölfle, Deutschland als Paradies aus.

Ich war schon ein bisschen überrascht – wir haben ja einen, so möchte ich sagen, sehr konstruktiven Umgang –, dass Sie diese Wahlkampfmaschinerie angeworfen haben und alles auf den Herbst und die „Beseitigung“ der momentanen Bundesregierung angelegt haben, mit dem Thema Betreuungsgeld alte Schubladen aufgemacht haben; es ist nicht wirklich etwas Neues dazugekommen, außer ihr Vorschlag zu den Interimssälen. Ich denke, das ist ein kreativer Anfang.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Machen Sie mit!)

Herr Präsident, ich melde Annemarie Griesinger an.

Sehr geehrte Damen und Herren, eines lässt sich feststellen – wenn man reifer ist, hat man den Vorteil, einen langen Blick auf die jüngere Geschichte zu haben –: Es ist noch nie da gewesen, dass Frauen so gut ausgebildet waren wie heute. Der demografische Wandel wie auch die wirtschaftliche Situation führen dazu, dass man sich seitens der Wirtschaft ganz konsequent auf die Frauen zubewegt und auch bereit ist, den Frauen das eine oder andere, was bisher nicht denkbar war, angedeihen zu lassen – hoffentlich endlich auch die gleiche Bezahlung.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wer hätte das in den Siebzigerjahren gedacht, als ich als Mädchen bzw. als junge Frau sozialisiert wurde und Alice Schwarzer gekämpft hat? An dieser Stelle möchte ich ihr ganz herzlich danken. Wäre sie nicht gewesen, wären wir nicht da, wo wir heute sind.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe von der CDU)

– Das ist so.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Methoden waren für die Männer sicher schwer zu verdauen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Für mache Frauen auch!)

aber zielführend. – Für manche Frauen auch. Das sehe ich auch so, Herr Kollege.

Wenn man aber etwas erreichen will, muss man konsequente Mittel wählen. Sie ist diejenige, die sich darüber freut, dass es in Deutschland die erste Bundeskanzlerin gibt – dies sogar in der zweiten Wahlperiode

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Deswegen loben Sie sie auch!)

und unangefochten anerkannt von der Mehrheit der Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU)

Sie ist auch diejenige, die sich darüber freut, dass wir über die Parteien hinweg vier Ministerpräsidentinnen haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und eine Bundeskanzlerin!)

Ich fange nicht beim Klein-Klein in den Länderregierungen an, sondern sehe das Große.

Ich sage all den jungen Frauen, die zu mir kommen und ein Praktikum absolvieren: Die Situation für junge gut ausgebildete Frauen war noch nie so gut wie heute. Das 21. Jahrhundert ist ein Jahrhundert der Frauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Es ist aber – ich habe es angesprochen – noch sehr viel zu tun. Da ist dieser unerträgliche Lohn-Gap, wie es auf Neuschwäbisch heißt. Es geht dabei um die Lücke zwischen dem Lohn von Männern und dem Lohn von Frauen.

Am 21. März 2013 werden Frauen in gleichen Berufen wie Männer endlich so viel verdient haben, wie die Männer im Jahr 2012 verdienten. Das heißt, sie haben bis zum 21. März umsonst gearbeitet. Das ist die unbereinigte Lücke.

Deswegen muss es Ziel der Wirtschaftsbeteiligten sein, dass man aufeinander zugeht und zielführende Lösungen findet, um diese unerträgliche Lücke zu schließen. Es kann doch nicht sein, dass, wenn Ingenieure fehlen und wenn Frauen über Programme an diesen Beruf herangeführt werden sollen, ein Ingenieur im Jahr 7 000 € mehr bekommt als eine Ingenieurin.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht gar nicht!)

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

Das geht überhaupt nicht. Ich gebe zu, Frau Wölfle – die anderen werden das auch noch gebetsmühlenartig vortragen –: Wir CDUler waren nicht unbedingt die Frauenkämpfer.

(Abg. Peter Hauk CDU: Schon ein bisschen! – Abg. Helen Heberer SPD: Frauensolidarität sieht anders aus!)

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, wir befänden uns derzeit in einer Situation wie in Burkina Faso. Ich engagiere mich übrigens sehr für Burkina Faso. In diesem „Burkina Faso“ – sprich in der Opposition – haben wir gezielt gearbeitet, vor allem für die Frauen. Mit 29 Anträgen haben wir die Regierung zu Themen befragt, die heutzutage für Frauen wichtig sind. Wir haben teilweise sehr gute Antworten bekommen. Außerdem haben wir in unserer Frauen-AG in einem Diskussionsprozess ein frauenpolitisches Papier erarbeitet, besser gesagt ein Papier, mit dem das Leben chancengerecht gestaltet werden soll. Ein ähnliches Papier von den Regierungsfraktionen, eine Positionierung zu einem chancengerechten Leben, kenne ich nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Machen wäre besser!)

– Herr Drexler, jetzt sind Sie dran. Sie haben jahrzehntelang darauf gewartet, zu machen. Dann machen Sie einmal!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich war sehr hoffnungsfroh, als ich feststellte, dass der Titel der heutigen Debatte die „geschlechtergerechte Gesellschaft“ beinhaltet und sich nicht nur auf die Frauenpolitik bezieht. Wir müssen dieses Thema ausweiten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Es geht darum, dass Männer und Frauen die gleichen Chancen haben und so ein chancengerechtes Leben führen können. Außerdem geht es darum, dass wir das ganze Leben in den Blick nehmen, und zwar von der frühen Kindheit bis zum Alter. So haben wir unser Papier aufgebaut.

Wir müssen feststellen, dass die Familienbilder von damals heute nicht mehr der Realität entsprechen.

(Zuruf der Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE)

Es gibt zahlreiche unvollständige Familien. Es gibt alleinerziehende Mütter, die Jungen und Mädchen erziehen. Diese Jungs kommen in die Kindergärten. Dort finden sie zu 95, 96 % wiederum Frauen vor.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum ist das so?)

Gehen sie in die Grundschule, treffen sie wieder auf weibliche Lehrkräfte. Wie sollen diese Jungs lernen, sich mit ihrer Männerrolle zu identifizieren?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Deswegen muss, wenn wir Geschlechtergerechtigkeit wollen, der Fokus auch ganz speziell auf die Jungs gelegt werden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Da muss es auch darum gehen, dass wir die gesamte pädagogische Ausbildung dahin gehend verändern, dass Geschlechtersensibilität vermittelt wird.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Denn Hirnforscher in Ulm sagen uns: Wenn Kinder auf die Welt kommen, unterscheiden sich ihre Hirne nicht dahin gehend, dass die einen technisch begabt und die anderen technisch unbegabt sind. Es gibt keine Disposition von Mädchen, dass sie nur soziale Berufe ergreifen können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Es kommt eben darauf an, dass man sie rechtzeitig mit den Themen konfrontiert, ihnen etwas zutraut und ihnen auch sagt, weshalb sie das machen sollen.

Deswegen haben wir auch schon zwei Kongresse zum Thema MINT – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – durchgeführt. Wir hörten dort exzellente Expertinnen, die uns gesagt haben: Es ist durchaus zu überlegen, ob man nicht einmal mit Projekten versucht, in einer kritischen Phase des Erwachsenwerdens, nämlich in der Pubertät, die Geschlechter in bestimmten Fächern getrennt zu unterrichten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir wollen keine Rolle rückwärts!)

Es hat sich nämlich gezeigt, dass Mädchen, wenn sie in dieser Zeit eine Monoedukation erfahren, in Naturwissenschaften etwas mutiger sind. Deswegen würde ich die Regierung bitten, darüber nachzudenken, solche Projekte ins Leben zu rufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In diesem Zusammenhang fordere ich Sie auch auf, die Landesinitiative „Frauen in MINT-Berufen“ fortzuführen.

Sehr gut, Frau Ministerin Altpeter, ist der Ansatz, den Sie auch über den ESF gefördert haben,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

dass Sie jungen Frauen, die schwanger wurden und ihre Ausbildung nicht zu Ende bringen konnten, Teilzeitstudiengänge, Teilzeitausbildungen vermitteln. Denn nur mit einer guten Ausbildung kann eine Frau auch ein chancengerechtes Leben führen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie wissen, dass wir uns im letzten Jahr für die Frauenquote in DAX-notierten Unternehmen ausgesprochen haben. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen zu 40 % mit Frauen besetzt sein. Dasselbe muss natürlich auch für die Landesverwaltung gelten. Deswegen fordere ich Sie auf: Ergreifen Sie die Initiative, und sorgen Sie durch eine gezielte Personalentwicklung dafür, dass in den entsprechenden Positionen auch Frauen sind.

Gespannt bin ich im Übrigen, Herr Kollege Stratthaus, auf die neue Führung von Rothaus. Ich könnte mir auch da eine Frau vorstellen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Muhterem! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Danke schön, Herr Präsident. – Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich hungern die Frauen auch danach, ihre Chancen zu ergreifen. Nur so ist es zu erklären, dass 52 % der Abiturienten weiblich sind und zudem noch über sehr, sehr gute Noten verfügen. 52 % der Studierenden sind weiblich. Wo sind die Frauen denn, wenn man die Professorenschaft anschaut?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Das muss sich ändern. Deswegen schlagen wir ein Kaskadenmodell vor. Das bedeutet: Wenn 40 % in einem Studiengang Frauen sind, muss sich dieser Anteil auch auf der nächsten Stufe, wenn es um die Promotionsvergabe geht, fortsetzen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Quote!)

– Ja, das ist die Quote. Aber anders geht es bei den Damen und Herren Akademikern offensichtlich nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD zur CDU: Wo ist die Begeisterung?)

Wichtig ist, dass wir vor allem den jungen Frauen vermitteln, dass sie nicht aus dem Beruf aussteigen sollten. Es ist unglaublich wichtig, die Berufsnähe zu erhalten und nicht Jahre der Berufsferne zuzulassen. Letzteres führt dazu, dass es einen Lohn-Gap gibt und man nicht in der gleichen Position weiterarbeiten kann. Deswegen ist die Wirtschaft wie auch die öffentliche Hand aufgefordert, Telearbeitsplätze anzubieten und immer wieder Frauen in den Betrieb aufzunehmen, um sie daran zu beteiligen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollegin Gurr-Hirsch, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja. – Darüber hinaus möchte ich feststellen, dass das „Wing“-Programm eine gute Möglichkeit ist, die Frauen wieder in ihre ehemaligen Berufe zurückzubringen. – Habe ich wirklich schon die zehn Minuten verbraten?

(Heiterkeit)

Ein letzter Satz: Mir geht es vor allem darum, nicht in die alte deutsche Gepflogenheit zu verfallen, zu sagen: „Dies ist der richtige Lebensentwurf, und diesen erkennen wir an.“ Auch der Lebensentwurf, etwa auch einmal einige Zeit auszusteigen und sich als Mann und Frau Zeit für die Familie zu nehmen, sollte nicht sanktioniert werden. Erst dann haben wir ein chancengerechtes Leben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Charlotte Schneidewind-Hartnagel.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, es ist der 8. März und anlässlich des Internationalen Frauentags geschieht Folgendes: Karl Lagerfeld übernimmt den 16-Stunden-Arbeitstag einer Näherin in einer asiatischen Textilfabrik. Horst Köhler und Christian Wulff leben von Hartz IV. Josef Ackermann versucht, den Alltag einer alleinerziehenden Bankkauffrau mit zwei kleinen Kindern zu schultern.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Erzieherinnen und Altenpflegerinnen beziehen für die Betreuung von Menschen den gleichen Tagessatz wie Finanzmanager für die Betreuung von Hedgefonds, und die Frauen-Fußballnationalmannschaft erhält die gleichen Torprämien wie unsere Jungs, während alle anderen Männer sich nur für 24 Stunden mit der niedrigen Bezahlung ihrer gleichwertig arbeitenden Kolleginnen begnügen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese umgekehrten Zustände machen deutlich, wie sehr sich die Wege von Männern und Frauen unterscheiden können. Um dies zu ändern, brauchen wir gesellschaftliche und politische Weichenstellungen, die Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen voranbringen. Das heißt, für die Schaffung einer geschlechtergerechten Gesellschaft ist politisches Handeln erforderlich. Dazu sind wir angetreten, und das setzen wir um.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Frauen sind präsent, gut ausgebildet, selbstbewusst, und sie fordern ihren Platz in der Gesellschaft ein. Frauen wollen berufstätig sein, sie wollen Familie, und sie wollen beides miteinander vereinbaren können.

Baden-Württemberg hat mit gut 72 % im Bundesvergleich eine relativ hohe Erwerbstätigenquote bei Frauen. Das hört sich erst einmal gut an, aber bei genauerer Betrachtung wird die Kehrseite schnell klar: Frauen arbeiten häufig in Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung. Knapp 70 % der geringfügig Beschäftigten in Baden-Württemberg sind Frauen, und 81 % der 1,6 Millionen Teilzeitbeschäftigten sind ebenfalls Frauen. Zudem arbeiten sie überproportional oft im sogenannten Niedriglohnsektor. Das wirkt sich nicht nur auf das jetzige Einkommen von Frauen aus, sondern führt auch zu einer Rentendifferenz von 42 %. Damit ist für Frauen Armut im Alter vorprogrammiert.

Trotz des gesellschaftlichen Wandels, trotz aller Diskussionen um die Geschlechterrollen erweisen sich diese Strukturen als auffallend beharrlich. Die Ursachen für die Unterschiede in den Erwerbsbiografien sind vielfältig und oft das Ergebnis eines Zusammenspiels von persönlichen Entscheidungen und vorgegebenen Strukturen. So waren bislang weder genügend Kinderbetreuungsplätze noch Betreuungsmöglichkeiten für zu pflegende Angehörige vorhanden, die es Frauen leichter gemacht hätten, Berufstätigkeit und Familienarbeit miteinander zu verbinden.

(Charlotte Schneidewind-Hartnagel)

Neue Wege in eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu beschreiten bedeutet also vor diesem Hintergrund, neue Rahmenbedingungen zu schaffen. Das tun wir.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die grün-rote Landesregierung investiert in Baden-Württemberg in nie gekanntem Ausmaß in die Kleinkindbetreuung, und wir bauen die Ganztagsschule aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir fördern im Rahmen des Konzepts „Gute und sichere Arbeit“ Projekte für Zielgruppen mit speziellen Bedarfen wie z. B. alleinerziehende Frauen, langzeitarbeitslose Frauen, Frauen, die längere Zeit aus dem Beruf ausgestiegen sind, Frauen mit Migrationshintergrund und Frauen, die sich selbstständig machen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Außerdem ermöglichen wir mit dem Landesprogramm Kontaktstellen „Frau und Beruf“ aktive Frauenförderung im Erwerbsleben.

Gemeinsam mit Rheinland-Pfalz hat Baden-Württemberg am 1. März eine Gesetzesinitiative zum gesetzlichen Mindestlohn in den Bundesrat eingebracht. Wir freuen uns, dass ein gesetzlicher Mindestlohn zumindest in der Länderkammer endlich mehrheitsfähig geworden ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Denn ein angemessener Mindestlohn ist ein wesentlicher Beitrag für mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr zudem eine Bundesratsinitiative zur Entgeltgleichheit für Frauen und Männer eingebracht, in der sie u. a. regelmäßige und transparente Entgeltchecks in Unternehmen sowie die Einrichtung einer Schiedsstelle und ein Verbandsklagerecht eingefordert hat.

Die Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes ist ein weiteres wichtiges Vorhaben. Wir Grünen fordern seit Langem die Erweiterung des Geltungsbereichs, die gesetzliche Verankerung von Chancengleichheitsbeauftragten und die Stärkung ihrer Rechte.

Bei der Gleichstellung an Hochschulen beschreiten wir neue Wege. Im Bereich der technischen, ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächer sind in Baden-Württemberg derzeit nur 8 % der Professuren mit Frauen besetzt. Obwohl mehr als die Hälfte der Studierenden insgesamt Frauen sind, liegt der Frauenanteil bei den Professuren gerade einmal bei 17 %.

Dieser Entwicklung gilt es entgegenzusteuern. Dazu gibt es ein ganzes Bündel an Maßnahmen von Professorinnenprogrammen von Bund und Ländern bis hin zu fachspezifischen Aktivitäten. Insgesamt setzt das Land derzeit etwa 4,1 Millionen € jährlich für die Chancengleichheitsförderung an den Hochschulen ein.

Bereits verändert wurden die Regelungen im Landeshochschulgesetz zum berufsbegleitenden und weiterbildenden Studium, um hier durch mehr Flexibilität die Möglichkeiten des Studiums neben Berufs- und Familienarbeit zu erleichtern.

Schon jetzt steht fest, dass es zukünftig eine Frauenquote von 40 % für Hochschulräte geben wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was nützen die Hochschulräte? Es geht doch um die Weiterbildung! Stichwort Kaskadenmodell! Was sagen Sie dazu? – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel hat das Wort. – Bitte schön.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Darf ich meine Rede fortführen?

(Abg. Peter Hauk CDU: Sprechen Sie doch einmal in einer Debatte! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Dem Peter Hauk hat ein Mann im Kindergarten gefehlt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel!

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Herr Hauk, wenn Sie eine Frage haben, fragen Sie mich bitte, ob Sie eine Frage stellen können. Dann werde ich sagen: „Ja, bitte im Anschluss an meine Ausführungen.“ So ist hier im Plenarsaal das Verfahren.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zur Gleichstellung gehört auch, frei von Gewaltandrohung oder Gewaltausübung leben zu können. Wir unterstützen Fachberatungsstellen, die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution beraten und begleiten, wir unterstützen Frauenhäuser, und wir unterstützen Beratungsstellen für Opfer von sexueller Gewalt und Missbrauch.

Die Landesregierung wird einen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen durchführen. Im Rahmen dieses Aktionsplans sollen Lücken in der bestehenden Hilfeinfrastruktur identifiziert und behoben sowie die Interventionsabläufe optimiert werden.

Abschließend bleibt also festzustellen: Wir brauchen für Frauen in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche politische und gesellschaftliche Modelle.

Hätte die schwarz-gelbe Bundesregierung den Ersten Gleichstellungsbericht der Sachverständigenkommission nicht in irgendeiner Schublade verschwinden lassen, hätten wir von innovativer frauenfreundlicher Lebenslaufpolitik schon mehr hören und sehen können. Denn auch auf Bundesebene gilt es, neue Wege zu beschreiten.

Wir Grünen setzen uns deshalb für die Abschmelzung fiskalischer Anreize ein, die das Zuverdienerinnenmodell begünstigen, und wollen das Ehegattensplitting abschaffen. Wir fordern die sofortige Abschaffung des jüngst eingeführten Betreuungsgelds und damit die Abschaffung eines sinnlosen und teuren Instruments, das aus frauen-, familien-, bildungs-, integrations- und fiskalpolitischer Sicht – man kann es nicht anders bezeichnen – ein Desaster ist, das auch von den Frauen

in der CDU und in der FDP mehrheitlich abgelehnt worden ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Alte Hüte! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

– Richtig, Herr Hauk, ein uralter Hut, der von Ihnen stammt, nicht von uns.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir Grünen haben die Bundesregierung aufgefordert, eine verbindliche Frauenquote von 40 % für Aufsichtsräte, Vorstände und Geschäftsführungen von Unternehmen – mitbestimmten Unternehmen – gesetzlich zu regeln. Die Quote ist für uns ein notwendiges Mittel, um die Männerdominanz in den Führungsetagen zu durchbrechen und zu mehr Diversität und Qualität zu kommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zu noch mehr!)

Wir Grünen nehmen die Menschen in eine Zukunft mit, in der die Gleichstellung von Frauen und Männern Realität sein wird. Deshalb gibt es für uns nicht 364 Männertage und einen Frauentag. Mit unserer Politik ist jeder Tag ein weiterer Schritt auf dem Weg in eine geschlechtergerechte Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Haben Sie jetzt noch eine Frage, Herr Hauk? – Es gibt keine Fragen. Okay.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Na so was! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Kollegen Hauk?

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Jetzt doch? Er hat doch Nein gesagt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, doch! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Er war sich nicht sicher!)

Präsident Guido Wolf: Bitte schön, Kollege Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel, was sagen Sie zu den konkreten Vorschlägen der Kollegin Gurr-Hirsch?

(Zurufe: Mikro! – Abg. Helen Heberer SPD: Wir verstehen nichts!)

Sie haben Ihre Vorstellungen ausgebreitet, aber Sie haben zu ihren konkreten Vorschlägen keinen Ton gesagt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Wenn Sie rufen, Sie verstünden nichts, dann sollten Sie vielleicht zuhören. Dann würden Sie es verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bitte schön, Frau Kollegin.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Ich freue mich immer sehr, von Frau Gurr-Hirsch die Äußerungen zu hören, von denen ich mir wünschen würde, dass sie andere in Ihrer Partei auch vertreten würden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, genau!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Wölfle, den Vorschlag, die Idee, die Säle nach Frauen zu benennen, greifen wir gern auf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich darf daran erinnern, dass wir in der letzten Legislaturperiode einen Besprechungsraum im Haus der Abgeordneten

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir auch!)

nach Elly Heuss-Knapp benannt haben. Leider haben wir keinen Besprechungsraum mehr,

(Lachen bei den Grünen)

also wäre der Name Elly Heuss-Knapp auch ein Name, den ich gern vorschlagen würde.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich mache fast alle Vorschläge mit, aber den Conrad-Haußmann-Saal dürfen Sie mir nicht wegnehmen. Den Namen meines Namensvetters würde ich schon gern erhalten wissen,

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

aber ansonsten wäre Elly Heuss-Knapp ein guter Vorschlag.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Den Vornamen ändern! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– So weit ist es noch nicht, Herr Kollege Drexler.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich würde „Warminski-Leitheußer-Saal“ vorschlagen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Debatte zeigt, dass der Internationale Frauentag, den die Vereinten Nationen jedes Jahr für den 8. März ausrufen, nach wie vor sehr wichtig ist. Den Internationalen Frauentag gibt es seit über 100 Jahren; als Tag für die Rechte der Frauen und für den Weltfrieden wird er von den Vereinten Nationen seit 1977 begangen.

Während der Zeit des Ersten Weltkriegs hatte man auch in Deutschland für die Gleichberechtigung der Frauen und die Einführung des Frauenwahlrechts gekämpft, das dann am 12. November 1918 in Deutschland eingeführt wurde.

Frau Gurr-Hirsch, Sie hatten angesprochen, dass amnesty international jedes Jahr beispielhaft auf ein Land aufmerksam macht. Es gibt in diesem Jahr zahllose Beispiele aus dem Kongo. Aber ich will hier ein weiteres Thema ansprechen, das

(Jochen Haußmann)

Frauen weltweit noch immer sehr stark betrifft, nämlich die Genitalverstümmelung. Wir haben dieses Thema bereits im Sozialausschuss behandelt, und ich glaube, dass man dieses Problem auch immer wieder thematisieren muss.

Aber es ist nicht so, dass das Thema „Gewalt gegen Frauen“ an Deutschland völlig vorbeigeht. Eine Studie aus dem Jahr 2004 zur Lebenssituation, zur Sicherheit und zur Gesundheit von Frauen kommt zu dem Ergebnis, dass 25 % der befragten Frauen zwischen 16 und 85 Jahren berichten, dass sie eigene Erfahrungen mit häuslicher Gewalt gemacht haben. Das Thema ist also nicht nur international ein Thema, sondern es betrifft auch uns in Deutschland.

Im vergangenen Jahr haben wir einen interfraktionellen Antrag auf Erhöhung des Budgets für die Anlaufstellen zur Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsverheiratungen gestellt. Diese drei Anlaufstellen in Freiburg, Heilbronn und Stuttgart haben jetzt ein Budget von 355 000 €. Bisher lag das Budget bei 215 000 €. Die Entwicklung zeigt, dass man dieses Thema auch interfraktionell angeht.

Dem Thema Zwangsverheiratung wird schon seit vielen Jahren eine große Bedeutung zugemessen. Der frühere Integrationsbeauftragte und Justizminister Professor Goll hat das sehr stark forciert. Im Jahr 2007 gab es hierzu einen Maßnahmenplan. Inzwischen gibt es das Landesforum gegen Zwangsverheiratung. Ich glaube, das ist ein Thema, das unsere Integrationsministerin aufgreifen könnte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie könnte einen Landesaktionsplan gegen Zwangsverheiratung auflegen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Man könnte die heutige Debatte zum Anlass nehmen, einen Landesaktionsplan gegen Zwangsverheiratung aufzulegen. Ich denke, das wäre ein wichtiger Impuls, gerade auch hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wenn man in den 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland schaut, kann man feststellen: Es gibt Fortschritte, aber ohne Zweifel sind nach wie vor noch viele Hausaufgaben zu erledigen. Der Anteil der Frauen an den 2,2 Millionen Führungskräften in der Bundesrepublik Deutschland beträgt 23 %; in der zweiten Führungsebene beträgt ihr Anteil 35 %. Auch hier ist also eine deutliche Verbesserung festzustellen. Aber bei Familien mit Kindern unter drei Jahren sind nur noch etwa 30 % der Frauen berufstätig, während der Anteil der berufstätigen Männer bei 83 % liegt.

Das ist neben dem hohen Anteil von Frauen bei der Teilzeitarbeit auch eine der Ursachen für die festzustellenden Lohnunterschiede in Höhe von 22 % im Bundesgebiet bzw. 27 % in Baden-Württemberg. Wenn man den Vergleich auf Personen der gleichen Altersgruppe, mit der gleichen Qualifikation und der gleichen Berufserfahrung bezieht, ist immer noch ein Unterschied von 8 % festzustellen. Die neuesten Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft stellen einen Unterschied von nur noch 4 bis 5 % fest. Aber diese Unterschiede in Höhe von 4 bis 5 % bzw. 8 % sind nicht erklärbar.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Diese Themen muss man angehen.

Ich will ein schönes Beispiel aufgreifen. Der 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland gibt hierzu die entsprechende Auskunft. Wenn man die Qualifikation, die Berufsabschlüsse betrachtet, stellt man fest, dass die Mädchen inzwischen höher qualifiziert sind, höhere Abschlüsse haben als die Jungs. Aber wenn man einmal die Berufswahl anschaut, stellt man fest, dass der Frauenanteil bei den technischen Ausbildungsberufen 10 % und bei ingenieurwissenschaftlichen Berufen 21,6 % beträgt, während bei den nicht akademischen Gesundheitsberufen umgekehrt die Situation festzustellen ist, dass die Männer nur mit einem Anteil von 20 % vertreten sind. Das ist eine der Ursachen für die angesprochenen Lohnunterschiede.

Erfreulich ist – das ist auch aus dem erwähnten Atlas herauszulesen –, dass bei uns inzwischen 30 % aller Existenzgründungen durch Frauen stattfinden. Im weltweiten Vergleich liegen wir damit inzwischen an dritter Stelle. Ich denke, das ist ein beeindruckender Wert.

Diese Entwicklung gilt es zu fördern, und hierzu gibt es viele Beispiele. Ein schönes Beispiel wurde im letzten Jahr von der IHK Region Stuttgart initiiert. Das ist der Arbeitskreis „Unternehmerinnen“. Dieser umfasst inzwischen 40 Unternehmerinnen, die sich in einem Netzwerk zusammenfinden, die Vorbildfunktion übernehmen und versuchen, in dem Netzwerk ihre Erfahrungen an andere Frauen weiterzugeben.

Über die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ haben wir vor Kurzem in einer Debatte diskutiert. Auch das ist ein wichtiges Beispiel. Wenn ich es richtig im Kopf habe, wird der Finanz- und Wirtschaftsminister übermorgen erstmals eine der Kontaktstellen „Frau und Beruf“ besuchen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da wird es auch Zeit!)

Insofern sind wir sicher, dass dieses Thema weiterhin das Gewicht findet, das es ihm beizumessen gilt.

Wenn man Überlegungen für Maßnahmen anstellt, geht es, denke ich, darum, die Qualifikation der Frauen entsprechend fortzuführen. Es gibt viele Beispiele für Maßnahmen, die das Land Baden-Württemberg, der Bund, aber inzwischen auch die Industrie- und Handelskammer, der Verband Südwestmetall, die Bildungswerke und viele andere Organisationen durchführen. Das ist der eine Bereich.

Wir brauchen auch den Ausbau der Kleinkindbetreuung, den Ausbau der Ganztagsschulen, auch, um eine echte Wahlfreiheit für Frauen zu schaffen – einerseits für Frauen, die sagen: „Wir wollen berufstätig bleiben“;

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau um die geht es!)

(Jochen Haußmann)

andererseits bedarf es der Wahlfreiheit aber auch für die Frauen, die sagen: „Wir wollen eine Zeit lang zu Hause bleiben.“ Bei der Betreuungsquote, die wir derzeit haben, ist die Wahlfreiheit in dieser Form nicht gesichert. Das ist ein Thema, das auch die Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg sowie die FDP-Landesvorsitzende am kommenden Freitag aufgreifen werden. Es wird hierzu Aktionen geben, um diese Wahlfreiheit einzufordern. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Schritt, wenn es um die Gleichberechtigung, um die Gleichstellung von Männern und Frauen auch in Baden-Württemberg geht.

Um ein Fazit zu ziehen: Der Internationale Frauentag ist wichtig, auch im Hinblick auf den Gesamtkomplex der Themen, die heute angesprochen wurden. Wenn wir aus dem Gleichstellungsatlas ein positives Fazit ziehen wollen, dann bietet sich zumindest ein Bereich an – dort stehen wir in Baden-Württemberg auf Rang 1 –: Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt in Baden-Württemberg für Frauen 84 Jahre; das ist die höchste Lebenserwartung in ganz Deutschland. Insofern haben wir hier zumindest in einem Bereich eine Spitzenposition – die es vielleicht aber auch noch auszubauen gilt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das Innenklima in Baden-Württemberg stimmt! – Abg. Karl Zimmermann CDU: 100 % freie Rede in der Aktuellen Debatte, 100 % FDP!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Frau Sozialministerin Altpeter.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Und täglich“ – oder doch jährlich – „grüßt das Murmeltier“ – leider!

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist doch mein Spruch!)

Denn wie in jedem Jahr reden wir auch heute wieder aus Anlass des Weltfrauentags über Frauenpolitik. Ich sage ganz bewusst: über Frauenpolitik, und nicht über Chancengleichheitspolitik. Warum müssen wir über Frauenpolitik reden? Weil Frauen noch immer schlechter bezahlt werden als Männer, weil Frauen bei Beförderungen noch immer häufig übergangen werden, weil noch immer zu wenige Frauen in den Parlamenten sitzen,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

weil Frauen noch immer stärker als Männer an der Doppelbelastung von Familie und Beruf zu tragen haben

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

und weil Frauen noch immer häufig Opfer von Gewalt sind.

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es unsere Pflicht, jedes Jahr aufs Neue, aber nicht nur am Weltfrauentag, sondern auch in den Zeiten dazwischen, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das mag dem einen oder anderen in diesen Tagen Anfang März immer etwas zu viel sein. Manch einer schwätzt dann vielleicht lieber mit dem Sitznachbarn. Mich aber und auch meine Kolleginnen hier im Haus treibt dieses Thema um.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Uns auch!)

Denn es geht hier nicht nur um irgendwelche Dinge, die ganz weit weg sind, sondern es geht um Geschichten von Menschen, es geht um Geschichten von Frauen, es geht um viele, viele Einzelschicksale.

Lassen Sie mich nur einige dieser Einzelschicksale heute etwas näher beleuchten, damit die Phänomene, über die wir heute reden, die aber so oft weit weg scheinen, etwas klarer und etwas plastischer werden.

Frau Müller geht jeden Morgen zur Arbeit. Sie hat ihr BWL-Studium mit der Note 1,7 abgeschlossen und arbeitet seit drei Jahren als Controllerin in einem großen Betrieb. Frau Müller verdient 43 120 € im Jahr. Herr Meier, der den gleichen Abschluss hat, ebenfalls mit der Note 1,7, arbeitet in derselben Firma als Controller, ebenfalls seit drei Jahren. Herr Meier verdient 49 000 € pro Jahr.

Meine Damen und Herren, das ist die traurige Realität im Jahr 2013 in Deutschland: Frau Müller verdient 12 % weniger, einfach deshalb, weil sie eine Frau ist.

Aber es geht weiter: Zehn Jahre später ist Frau Müller glückliche Mutter zweier Kinder, Herr Meier ist Vater von ebenfalls zwei Kindern. Frau Müller ist – dank der „Babypause“ ist das möglich – immer noch Controllerin und verdient 50 400 €. Herr Meier, mittlerweile Seniorcontroller, verdient 70 000 €. Es ist in Deutschland völlig normal, dass eine Frau nach zehn Jahren im Beruf 28 % weniger verdient als ein Mann.

Wenn wir noch weiter in die Zukunft blicken, stellen wir fest, dass Frau Müller nach ihrer Pensionierung bis zu 72 % weniger erhält als Herr Meier, obwohl doch beide die gleichen Startbedingungen hatten.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das kann nur Rente sein, aber nicht Pension!)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann und darf nicht länger Realität in unserem Land sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen kämpfen wir im Bundesrat für klare, für eindeutige gesetzliche Regelungen zur Entgeltgleichheit. Wir belassen es nicht – wie die derzeit amtierende Bundesregierung – bei ein paar schönen, warmen Worten, beim Vergießen von Krokodilstränen und bei laschen Appellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die vor mehr als zehn Jahren getroffenen freiwilligen Vereinbarungen haben nicht zu einem deutlichen und nachhaltigen Anstieg der Zahl von Frauen in Spitzenpositionen geführt.

Selbst wenn eine Frau sich dafür entscheidet, Karriere zu machen, wird sie früher oder später an die gläserne Decke stoßen. Es gibt sie nicht? Es gibt sie doch. In den Top-100-Unternehmen liegt der Anteil von Frauen in Vorstandspositionen bei unter 1 % – und das ist nur ein Beispiel.

(Ministerin Katrin Altpeter)

Frauen sind heute zwar selbstverständlicher Teil der Arbeitswelt, aber sie sind in Spitzenpositionen bei Weitem noch nicht angemessen vertreten. Selbst im öffentlichen Dienst, den wir sehr viel direkter beeinflussen können, sieht es nicht viel besser aus; kein Wunder, gelten hier doch die gleichen Gesetzmäßigkeiten, die den Frauen eben nicht wirklich gerecht werden.

So müssen wir heute feststellen, dass die vor zehn Jahren geschlossenen freiwilligen Vereinbarungen nichts, aber auch gar nichts gebracht haben. Deshalb ist die Zeit reif für eine verbindliche gesetzliche Regelung zur geschlechtergerechten Besetzung von Entscheidungsgremien.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nur mit einer gesetzlich festgeschriebenen Quote kann es gelingen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in einem akzeptablen Zeitraum angemessen zu erhöhen. Freiwillige Selbstverpflichtungen reichen nicht aus.

Dass die EU das genauso sieht, finde ich schön. Die EU hat vor wenigen Wochen einen entsprechenden Richtlinienvorschlag vorgelegt. Was mich allerdings auch nach der heutigen Diskussion sehr wundert und befremdet, ist die Meldung in der heutigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ mit der Überschrift: „Bundesregierung will die EU-Frauenquote kippen“.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ach nein!)

Ich darf zitieren:

> *Selbst die abgeschwächte Initiative für eine EU-weite Frauenquote ist in Berlin noch zu viel.*
>
> (Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, ja!)
>
> *Deshalb hat das Kanzleramt jetzt nicht nur das pro Quote eingestellte Arbeitsministerium auf Linie gebracht. Nach SZ-Informationen weist die Bundesregierung ihre Vertreter in Brüssel an, die „Ablehnung des Richtlinienvorschlags“ aktiv voranzutreiben.*
>
> (Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ach nein! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich finde, wenn man sich heute Morgen hier hinstellt und sagt: „Wir befürworten die Quote“,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unglaublich!)

während gleichzeitig die Bundeskanzlerin und ihr Stab ihre EU-Vertretung in Brüssel anweisen, die Richtlinie zur Quote zurückzupfeifen, dann hat das eine gewisse anachronistische Note, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte heute aber nicht nur auf andere zeigen, sondern diesen Tag auch nutzen, um darzustellen, was die grün-rote Landesregierung in ihrer bisherigen Regierungszeit in Sachen Frauenpolitik auf den Weg gebracht hat. Wir haben – das können wir feststellen – im öffentlichen Dienst zwar schon einiges erreicht, was Teilzeit, Telearbeit und Tätigkeiten im Homeoffice angeht. Aber sobald es um die Besetzung von Führungspositionen geht, sind Frauen noch immer benachteiligt.

Deswegen ist eines unserer Ziele bei der Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes, die Quote weiblicher Führungskräfte in der Landesverwaltung zu erhöhen. Außerdem sollen Aufsichts- und Verwaltungsräte landeseigener Unternehmen schrittweise paritätisch besetzt werden. Ferner wollen wir die Rechte der Beauftragten für Chancengleichheit stärken und Gleichstellungsbeauftragte auf kommunaler Ebene gesetzlich verankern.

Derzeit werden Eckpunkte zur Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes erarbeitet. Diese werden wir mit den Ressorts und allen Beteiligten abstimmen. Im Anschluss daran geht es darum, das Chancengleichheitsgesetz zu novellieren. Ich sage schon heute an dieser Stelle – und ich sage es deutlich –: Das wird nicht nur ein Chancengleichheitsgesetz, sondern das wird ein Frauenfördergesetz werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei allen Problemen der Frauen in der Arbeitswelt, die ich vorhin geschildert habe, können sich die Frauen in Deutschland immerhin glücklich schätzen, dass sie nicht in großer Zahl Opfer von Gewalt sind. Das geht nicht allen Frauen so. Es gibt Beispiele, dass Frauen aus Rumänien und aus anderen Ländern nach Deutschland gelockt wurden mit dem Versprechen, sie könnten hier in kurzer Zeit viel Geld verdienen und davon etwas nach Hause schicken, um ihre Kinder zu versorgen. Als die Frauen dann hier ankamen, stellten sie fest: Sie müssen in einem Sexklub arbeiten und werden dort teilweise wie Sklavinnen gehalten, wie in einem anderen Jahrhundert. Deshalb bin ich froh, dass wir für diese Frauen Hilfen zur Verfügung stellen können, beispielsweise über die Fachberatungsstellen für die Opfer von Menschenhandel im Land, z. B. das FIZ in Stuttgart, die Mitternachtsmission in Heilbronn und FreiJa in Freiburg, die wir mit jeweils 60 000 € pro Jahr fördern können, um genau diesen Frauen, die von Gewalt und von Zwangsprostitution betroffen sind, Hilfestellungen zu geben.

Lieber Herr Haußmann, Sie haben vorhin das Thema „Häusliche Gewalt“ angesprochen. Auch in puncto häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder haben wir im Land Nachholbedarf. Denn häusliche Gewalt ist bei allen Tabuthemen, die es noch gibt, eines, das am stärksten mit einem Tabu belegt ist. Häusliche Gewalt ist nicht abhängig von der Schicht oder von der Herkunft, sondern häusliche Gewalt kann nahezu überall vorkommen.

Wir haben deshalb im Koalitionsvertrag verschiedene Maßnahmen festgelegt, um mit einer geeigneten Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur für Schutz suchende Frauen und Kinder im Land ein bedarfsgerechtes Angebot zu machen. Wir werden deshalb unter der Federführung meines Hauses einen Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen und Kindern erstellen, um genau dieses Tabu aufzubrechen, aber auch, um diesen Frauen und Kindern Unterstützung und Hilfe anzubieten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Ministerin Katrin Altpeter)

Eine nicht unwichtige Rolle zum Schutz von Frauen und Kindern spielt auch die Förderung der Frauen- und Kinderschutzhäuser. Nachdem sich jahrelang in diesem Bereich unter Ihrer Regierung nichts getan hat, bin ich froh, dass wir in den Jahren 2013 und 2014 die Mittel für die Frauen- und Kinderschutzhäuser um insgesamt 900 000 € erhöhen konnten, um diesen Frauen und Kindern Schutz zu geben, um ihnen aber auch wieder eine Perspektive zu eröffnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Internationale Frauentag bietet auch in seinem 102. Jahr Gegensätzliches. Er bietet uns Frauen einerseits Anlass, zu feiern, Anlass zur Freude über das, was wir erreicht haben: vom Frauenwahlrecht bis hin zur Selbstverständlichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Er erteilt uns aber andererseits auch die Aufforderung, nicht nachzulassen in unseren Bemühungen um die Gleichstellung der Frau, um die Förderung der Frau im Alltag, im Beruf, aber auch und nicht zuletzt im politischen Leben.

Ich möchte Sie alle heute kurz vor dem Frauentag auffordern, mitzuhelfen, dass Baden-Württemberg nicht länger die Schlusslichtposition hat, sondern dass Baden-Württemberg wie in vielen anderen Bereichen auch in der Frauenpolitik spitze wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Schulpolitik der Landesregierung auf dem Prüfstand der Realität: Baden-Württemberg braucht die Realschule – beantragt von der Fraktion der CDU

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es ist die übliche Redezeit – wie auch bei Punkt 1 – vorgegeben. Ich darf Sie bitten, § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung im Blick zu halten und die Aktuelle Debatte in freier Rede zu führen.

Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Röhm.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aktueller kann eine Debatte nicht sein als die heutige über die Realschulen unseres Landes. Am heutigen Tag um 12:00 Uhr werden Herrn Minister Stoch 8 000 Unterschriften übergeben. Wesentlicher Inhalt: Es geht den Realschulen darum, dass ihre Schulart als eigenständige Schulart erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Unterschriften werden von der Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektorinnen und Realschulrektoren in Baden-Württemberg, dem Förderverein „Realschule Baden-Württemberg“ und dem Realschullehrerverband Baden-Württemberg vorgelegt.

(Zuruf von der CDU)

Herr Minister, das ist ein wichtiger Anschlusstermin. Es ist ein wichtiger Termin für Sie im Interesse unseres Landes. Deswegen wollen wir gleich zur Sache kommen.

Wir haben in den letzten Wochen landauf, landab hautnah von den Zukunftsängsten und den Zukunftssorgen der Menschen, die mit der Realschule zu tun haben, erfahren. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, nehmen diese Sorgen mehr als ernst, meine Damen und Herren.

Aus diesem Grund wollen wir zunächst einmal die Betroffenen hören. Wir haben sie in einer schlichten und einfachen Zeitung dazu aufgefordert, ihre Positionen darzulegen. Wir haben nicht den Weg einer Hochglanzbroschüre gewählt, wie Sie es im Hinblick auf die Gemeinschaftsschule getan haben. Denn für uns zählt nicht der Schein, sondern zählen die Inhalte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: „Staatsanzeiger“! – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Hören wir zunächst einmal den VBE. Er erklärt zur Realschule Folgendes

(Zurufe)

– hören Sie doch zu; auch für Sie ist es wichtig, was die Leute zu sagen haben –:

„Wir fühlen uns in unserer Arbeit nicht mehr wertgeschätzt.“ ... Es sei frustrierend, „wenn der oberste Dienstherr eine Schulart mit rund 500 Standorten, 14 000 Lehrkräften und 240 000 Schülern zum Auslaufmodell erklärt, obwohl diese Schulen hervorragend arbeiten und dem Land verlässlich leistungsstarke und leistungsbereite Absolventen bescheren.“

Der VBE fährt fort, es könne nicht sein, dass völlig ohne Not eine Schulart zur Debatte stehe. Der VBE Baden-Württemberg fordert daher die systematische Weiterentwicklung der Realschulen und wendet sich gegen deren Abwicklung. Meine Damen und Herren, so weit der VBE.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Kurz und bündig auch die Hauptforderung des Realschullehrerverbands – ich zitiere sinngemäß –:

Die Realschule ist als Schule der Mitte das Rückgrat im differenzierten baden-württembergischen Bildungssystem. Sie ermöglicht sowohl einen nahtlosen Übergang in die beruflichen Gymnasien als auch den Wechsel ins duale System. Unsere Abgänger sind dabei gefragte Bewerber.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Hören wir nun gemeinsam die Worte des Berufsschullehrerverbands. Dieser sagt etwa:

Eine Bestandsgarantie für die Realschulen im Land wäre gleichzeitig eine Bestandsgarantie für Berufskollegs und berufliche Gymnasien und damit auch die Garantie, dass die Durchlässigkeit des Bildungswesens weiterhin gewährleistet wird.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ist das eine Vorlesestunde?)

(Karl-Wilhelm Röhm)

Eine vierte Stellungnahme – das können Sie alles nachlesen – –

(Zurufe: Wo?)

– Diese Blätter sind leider schon vergriffen, weil sie so stark nachgefragt werden. Wir lassen sie aber für Sie nachdrucken.

(Vereinzelt Beifall)

Viertens möchte ich den Förderverein „Realschule Baden-Württemberg“ zu Wort kommen lassen, der nachher auch Unterschriften übergeben wird. Dieser sagt:

> *Ohne die Schulart Realschule allerdings wird die Marke Realschulabschluss bald ihre Anerkennung verlieren.*

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, Sie nehmen dies billigend in Kauf, anstatt diese Schulen zu unterstützen.

Woher kommen Sie? Wohin wollen Sie? Die SPD propagiert seit Jahren die Regionalschule, eine zehnjährige gemeinsame Schule für alle. Die Grünen – Frau Rastätter hat das immer wieder sehr anschaulich dargelegt – sind für die Basisschule. Weil die Regionalschule für die Schulentwicklung etwas Bedrohliches darstellt und weil „Basisschule“ etwas zu fundamentalistisch klingt, wollen Sie nun den Weg der Gemeinschaftsschule gehen. Damit verfolgen Sie aber nach wie vor das Ziel, eine Schule für alle zu schaffen.

Es hat Druck von den Gymnasien gegeben. Dann hat der Ministerpräsident, der Gott sei Dank selbst Lehrer ist,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

eingelenkt und sich für ein sogenanntes Zweisäulenmodell ausgesprochen. Wie sieht denn die zweite Säule aus, meine Damen und Herren? Die zweite Säule sieht folgendermaßen aus: Es gibt die Hauptschule, die Werkrealschule, die Realschule und die Gemeinschaftsschule. Was wollen Sie aber wirklich?

Dazu wollen wir Frau Warminski-Leitheußer hören, die am 8. November 2012 in diesem Haus Folgendes erklärt hat:

> *Es wird darauf hinauslaufen, dass wir auf der einen Seite das Gymnasium haben und dass auf der anderen Seite in einer zweiten Säule sich aus den im Augenblick noch differierenden weiterführenden Schulen ein integriertes Schulsystem entwickeln wird. Das ist doch klar.*

Meine Damen und Herren, der Weg ist klar. Jetzt fragen wir uns, wie der neue Minister darüber denkt und was er dazu sagt. Hierzu kann ich auf die Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 15/2994 verweisen. Was sagt er zu der Forderung der Realschulen, den Fortbestand als eigenständige Schulart – ich sage ausdrücklich: ohne Fusion mit der Haupt- bzw. Werkrealschule zur Gemeinschaftsschule – zu garantieren? Unsere Anfrage wurde wie folgt beantwortet:

> *Die Landesregierung will sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler in für sie erreichbarer Nähe den von ihnen jeweils angestrebten Bildungsabschluss erreichen können. Daran werden sich die regionale Schulentwicklung und die künftige Weiterentwicklung der Schullandschaft in Baden-Württemberg orientieren.*

Auch von ihm kein einziges Wort zur Realschule.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Röhm, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Boser?

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Natürlich, Frau Boser. Bitte.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Danke, Herr Kollege, dass Sie diese Zwischenfrage zulassen.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, gern.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Herr Röhm, Sie zitieren sehr ausführlich aus diversen Blättern.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, aus einer Zeitung.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Aus einer Zeitung, okay. Dann haben Sie gerade den Ministerpräsidenten aus einem Interview des SWR zitiert. Können Sie aber auch etwas dazu sagen, was Sie in den vergangenen Jahren für die Realschulen getan haben und wie Sie sich eine Weiterentwicklung der Realschulen vorstellen könnten,

(Abg. Georg Wacker CDU: Klassenteiler gesenkt!)

anstatt nur Zitate vorzubringen?

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie dürfen nachher meinem Fazit in drei Punkten lauschen. Dann können Sie die wesentlichen Inhalte besser verstehen. Ich werde noch darauf zurückkommen. Sie bekommen die Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE zur CDU: Das war schwach!)

Durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung sind die Realschulen im Land in eine besonders schwierige Lage geraten. An den Realschulen zeigt sich eine Heterogenität, die nirgendwo sonst zu verzeichnen ist. In diesem Zusammenhang möchte ich darlegen, was Minister Stoch sagt – ich zitiere –:

> *Bei der Realschule wird die erwartete starke Heterogenität sichtbar. Den 60 % Fünftklässlern mit einer entsprechenden Empfehlung stehen 23 % mit Werkrealschul- und 17 % mit Gymnasialempfehlung gegenüber.*

Weiter sagt er:

> *„Wir möchten erreichen, dass das individuelle Lernen in den Realschulen stark ausgebaut wird, um den Herausforderungen durch die zunehmende Heterogenität gerecht zu werden.“*

Meine Damen und Herren, dazu zeigt er einen Weg auf. Wie sieht dieser aus?

> *Stoch wies darauf hin, dass auch die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule große Vorteile biete, um die Lehrerinnen und Lehrer besonders unterstützen zu können.*

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, damit ist klar: Sie wollen einen Weg in der zweiten Säule, und

(Karl-Wilhelm Röhm)

dieser lautet Gemeinschaftsschule. Diesen Weg wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben es bis heute nicht verstanden!)

Sie verweigern allen anderen Schularten die dringend notwendige Soforthilfe. Wir sagen Ihnen in aller Klarheit, dass dies eine gravierende Benachteiligung ist. Darüber sind nicht nur wir empört, sondern darüber sind all die Menschen empört, mit denen wir in den letzten Wochen und Monaten landauf, landab gesprochen haben.

Erschwerend kommt hinzu, dass Sie in den Grundschulen – das betrifft vor allem die städtischen Grundschulen – das Förderinstrument des Ergänzungsbereichs erheblich zurückgefahren haben, sodass dort kaum mehr eine Sprachförderung möglich ist. Wir wissen das aus Heilbronn, wir wissen das aus Göppingen. Dort haben wir auch Klassengrößen von 26 und mehr Schülern – landesweit sind sie zugegebenermaßen etwas geringer.

Der Ergänzungsbereich an den Realschulen ist – das ist nachgewiesen – um 25 % abgeschmolzen worden. Das heißt, alles, was die Schulen im Sinne der persönlichkeitsbildenden Elemente oder der Förderinstrumente interessant macht, ist dort überhaupt nicht mehr vertreten.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wir appellieren an Sie, Herr Minister, angesichts eines Viertels der Schüler, bei denen an manchen Schulen das Erreichen des Klassenziels in Jahrgangsstufe 5 der Realschulen aktuell gefährdet ist, endlich zu handeln.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, nicht irgendwelche fadenscheinigen Lockangebote zu unterbreiten, sondern den Forderungen der Realschulen, die erfüllt werden müssen, damit sie überleben können – in Jahrgangsstufe 5 –, endlich zu entsprechen. Dazu stehen drei Forderungen im Raum:

Erste Forderung: Geben Sie endlich eine Bestandsgarantie für die Realschulen als eigenständige Schulart im Rahmen Ihrer zweiten Säule.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens: Gewähren Sie den Realschulen in unserem Land, die eine weitaus größere Heterogenität als irgendeine Ihrer Gemeinschaftsschulen zu bewältigen haben, endlich die sächlichen und personellen Hilfen, damit sie sofort handlungsfähig sind und im Interesse der Kinder in Baden-Württemberg dem einzelnen Kind helfen können. Reden Sie nicht immer nur von individueller Förderung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Drittens: Erhalten Sie – das ist eine wichtige Forderung – den Realschulen die Qualität des Abschlusses, der mittleren Reife, durch einen eigenständigen Bildungsplan.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Sie es mit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit, den Sie in Bezug auf die Schulen immer wieder im Munde führen, ernst meinen, müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass gerade die Realschule die ideale Schule für Kinder mit unterschiedlichen familiären und sozialen Hintergründen, d i e Schule des sozialen Aufstiegs ist. Ihr sollten Sie wenigstens Hilfe gewähren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ist das alles?)

Jetzt komme ich noch auf Frau Boser zu sprechen. Die Frage, was uns bei dem, was wir für die Realschule getan haben, unterscheidet, ist berechtigt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja, die stellen wir uns die ganze Zeit!)

– Herr Fulst-Blei, schön, dass Sie auch dabei sind.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Genau! Ich freue mich schon auf Sie!)

Die Realschulen haben mit großer Selbstverständlichkeit – dafür sind wir dankbar – unglaublich gute Arbeit geleistet. Sie haben die Kinder auf den Beruf vorbereitet, sie haben den Kindern die Voraussetzungen vermittelt, damit diese darauf aufbauend in der gymnasialen Oberstufe, vor allem im beruflichen Bereich, zur Studierfähigkeit gelangten.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Sie haben unspektakulär gearbeitet. Aber eines haben wir getan: Wir haben den Klassenteiler von 33 auf 30 gesenkt.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ohne Finanzierung!)

Wir hätten ihn, wären wir weiter in der Regierungsverantwortung, weiter auf 28 gesenkt.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ohne Finanzierung! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Mit welchem Geld? – Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Das wäre in diesen Tagen eine hervorragende Hilfe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens stellen wir sicher – –

(Zurufe von den Grünen)

– Wir haben damals den Nachweis geführt, dass wir von 33 auf 30 gekommen sind. Ich habe noch die damaligen Worte von Herrn Zeller im Ohr, der dann, als wir entschieden hatten, den Klassenteiler von 33 auf 28 zu senken, zusammen mit Frau Moritz gefordert hat, den Klassenteiler auf einen Schlag sofort auf 25 zu senken. Davon wollen Sie heute nichts mehr wissen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie reden stattdessen vom „Lernklima“ – das sei die entscheidende Größe – und sagen, man könne alle möglichen Klassengrößen zumuten. Das ist der Unterschied.

Nun sage ich Ihnen, wo heute der Unterschied liegt: Wir wollen diese Schule erhalten, und zwar in ihrer ganzen Qualität. Wir wollen sie nicht zerstören.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Aras.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Finanzpolitikerin! Da wird es gefährlich!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe CDU-Kollegen, willkommen in der Realität.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Realschule!)

– Ja, Baden-Württemberg braucht die Realschule. Das haben Sie richtig erkannt – aber erst in Ihrer Oppositionszeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Im Gegensatz zu Ihnen stehen wir zu den Realschulen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir wissen, welch wertvolle Arbeit in den Realschulen geleistet wird, während Sie das erst in der Oppositionszeit entdeckt haben und sich jetzt als Anwalt der Realschulen aufspielen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind es!)

Man kann einmal schauen: Was haben Sie in Ihrer Regierungszeit dazu gemacht? Die Heterogenität, lieber Herr Kollege Röhm, ist nicht erst entstanden, seit wir an der Regierung sind, sondern sie war vorher schon da.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht in dem Ausmaß!)

Schon 2008 hat die grüne Fraktion Poolstunden für die Realschule beantragt. Sie waren an der Regierung. Was war die Antwort der von der CDU geführten Regierung? Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

> *Es ist nicht geplant, zusätzliche Poolstunden zur individuellen Differenzierung und Förderung den Realschulen zuzuweisen.*

Das war Ihre Antwort auf die Heterogenität und die Unterstützung der Realschulen, liebe Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nichts haben sie getan!)

Was haben wir in diesen anderthalb Jahren gemacht? Wir haben 1,5 Poolstunden in die Realschulen gegeben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war nur konsequent!)

– Nur konsequent? Sie hatten lange genug Zeit. Warum haben Sie es nicht gemacht?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie haben die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung aufgehoben! Damit hat man große Probleme!)

Während Sie die Realschulen jetzt in Ihrer Oppositionszeit entdecken, waren uns die individuelle Förderung und die Heterogenität schon in unserer Oppositionszeit wichtig.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie tun es nicht, Frau Aras!)

Wir machen es jetzt und stärken die Realschulen mit zusätzlichen Ressourcen, lieber Kollege Hauk.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch nicht wahr! Sie bauen doch ab!)

Wir bauen die bilingualen Züge aus. Wir haben im Bildungsbereich andere Akzente gesetzt,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Den Ergänzungsbereich haben Sie gewaltig reduziert!)

von denen auch die Realschulen profitieren. Ich verweise beispielsweise auf die Krankheitsreserve, die wir kontinuierlich ausbauen wollen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Man merkt: Es fehlt überall!)

den Einstieg des Landes in die Finanzierung der Schulsozialarbeit und weitere Aspekte.

Wir werden weitergehen, denn unser Ziel ist, das Bildungssystem insgesamt moderner und gerechter zu machen. Vor allem ist uns die Entkopplung der Bildungschancen von der sozialen Herkunft wichtig. Diesem Ziel sollten Sie sich anschließen, bevor der Zug bei Ihnen völlig abgefahren ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lieber Kollege Röhm, in der Opposition haben Sie auf einmal den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entdeckt, machen eine Informationskampagne „Pro Realschule“, als ob irgendjemand die Realschule infrage gestellt oder abgeschafft hätte

(Zurufe von der CDU)

oder als Auslaufmodell bezeichnet hätte. Lieber Kollege Röhm, all das sind Ihre Worte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig! Ja!)

Kein Mitglied der Regierungsfraktionen und der Regierung hat die Realschulen jemals als Auslaufmodell bezeichnet.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja natürlich! Weil Sie ein zweigliedriges System wollen!)

Unser Ziel ist ein besseres und gerechteres Bildungssystem. Letztendlich ist es egal, welches Etikett die Schulen tragen. Es geht darum, die Kinder bestmöglich zu fördern und allen Kindern die passgenauen Abschlüsse zu ermöglichen und individuelle Förderung zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Realschule hat gerade aufgrund ihrer Heterogenität auch die Chance, sich weiterzuentwickeln. Denn in welche Richtung sich die Schule und der gesamte Bildungsbereich entwickeln werden, wird auch ganz stark von der Nachfrage, vom Willen der Eltern und der Schüler, abhängen. Dass die Realschule nach wie vor nachgefragt wird, zeigt, dass diese Schule eine gute Arbeit macht. Wir unterstützen sie mit unseren Ressourcen im Hinblick auf die Situation des Landeshaushalts.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Muhterem Aras)

Noch ein Satz zu Ihrer Politik, die Sie während der Oppositionszeit entdeckt haben, Herr Röhm: Die Haushaltsberatungen haben wir im Dezember letzten Jahres, also vor zwei, drei Monaten, abgeschlossen. Welche Anträge haben Sie seitens der CDU bitte zur Stärkung der Realschulen gestellt? Ich habe wirklich alle Akten noch einmal durchgeschaut. Ich habe keinen einzigen entsprechenden Antrag gefunden.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das hat nichts mit Geld zu tun!)

– Das hat nichts mit Geld zu tun, das hat nichts mit Anträgen zu tun, es hat nichts mit dem Haushalt zu tun.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie haben Ressourcen von der Realschule weggenommen!)

Wissen Sie, was? Ihre ganze Kampagne „Pro Realschule“ ist einfach nur das Aufbauen eines Schreckensszenarios,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Angstkampagne!)

welches überhaupt nicht der Realität entspricht. Sie versuchen, den Menschen gegenüber Szenarien an die Wand zu malen, die es nicht gibt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Angst! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Minister kann es ja darlegen!)

Sie werden sehen: Diese Kampagne ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil die Menschen zum Glück gut informiert sind und sehen, wie die Regierung die Schulen stärkt. Sie werden mit Ihrer Kampagne scheitern. Das werden Sie sehen. Das, was Sie machen, ist einfach unehrlich. In Ihrer Regierungszeit hätten Sie genügend Zeit gehabt, in dieser Richtung etwas zu unternehmen. Ich bin gespannt, was noch kommt.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Röhm, es hat wieder Spaß gemacht, Ihnen zuzuhören.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich müsste der Titel der heutigen Debatte lauten: „CDU setzt Panikpolitik im Schulwesen fort“. Die Belege Ihrer Panikpolitik haben wir heute Morgen gehört. Sie sprechen vom Zerstören. In Ihrer Beilage schreiben Sie: „Realschulen: kein Platz mehr“, „Stiefkinder“, „Propaganda der Regierung ist unerträglich“. Das, Herr Röhm, sind Beispiele Ihres schlechten sprachlichen Stils. Das muss ich Ihnen heute ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn wir uns die Ausgangslage einmal etwas sachlicher anschauen, sehen wir: Es ist richtig, dass sich die Zusammensetzung der Schülerschaft in den Realschulen in den letzten Jahren – schon vor der Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung – deutlich verändert hat. Die Eltern haben darauf reagiert. Trotz der engagierten Arbeit in den Werkrealschulen haben viele das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit dieses Bildungsgangs verloren. Deswegen ging der Trend schon sehr lange in Richtung Realschule.

Ich sagen Ihnen, Herr Röhm, einmal eines: Wissen Sie, was uns unterscheidet? Im Gegensatz zu Ihnen war ich auf der Realschule. Ich habe mein Abitur später auf dem zweiten Bildungsweg gemacht. Ich weiß, dass eine Menge meiner Klassenkameradinnen und Klassenkameraden danach weiter richtig durchgestartet sind

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön! Das ist ein Zeichen für Durchlässigkeit!)

in der dualen Ausbildung und später auch im Studium.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie sind genau die Klientel, die wir brauchen!)

Das heißt, die Realschule ist in der Tat eine Schule des sozialen Aufstiegs. Fakt ist aber – Frau Aras hat das bereits ausgeführt –, dass CDU und FDP/DVP trotz der aktuellen Charmeoffensive die Realschulen in der Vergangenheit links liegen gelassen haben. Sie haben kaum Unterstützung von Ihnen bekommen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Mit diesem Argument kommt ihr nicht durch!)

– Was heißt hier: „kommt ihr nicht durch“? Wer von uns beiden, Herr Kollege, hätte denn in den letzten zwei Jahren bereits 4 000 Stellen gestrichen, wenn der Regierungswechsel nicht gekommen wäre? Das wäre auch voll auf Kosten der Realschulen gegangen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Ich finde es schon fast schamlos, Herr Röhm, dass Sie heute ausgerechnet das Thema Klassenteiler ansprechen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Seit 64 Tagen ist der Klassenteiler nach Ihrer Planung nicht mehr refinanziert. Wir haben die Deckungslücke von 230 Millionen €, die Sie hinterlassen haben, schließen müssen. Auch da hätten die Realschulen geblutet.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Sie haben höhere Einnahmen!)

Führen Sie sich also hier nicht als Patron einer Schulart auf, die Sie jahrelang im Stich gelassen haben.

Was die Verbände angeht, die Sie zitiert haben: Ich sehe hier durchaus auch ein bisschen die Gefahr, dass sie sich überlegen müssen, inwiefern sie sich zu sehr von Ihnen vor den Karren spannen lassen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Vorsicht! – Unruhe bei der CDU)

Mir ist einiges bekannt, auch was personelle Verbindungen angeht. Ich halte es auch für völlig legitim, dass Kritik geübt wird. Das ist deren Job. Ich selbst war einmal Gewerkschaftssekretär; das wissen Sie.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das merkt man!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Aber ich darf doch eines artikulieren: Wenn mich z. B. der Realschullehrerverband mit einer Vorlaufzeit von 14 Tagen für Freitag zu einer Veranstaltung einlädt, ist das für mich als Abgeordneten etwas knapp. Wenn ich aber dem Programm noch entnehme, dass Kollegen von der CDU und der FDP/DVP auf dem Podium sitzen, während wir, die Bildungspolitiker von der SPD und die Kollegin von den Grünen als bildungspolitische Sprecherin, nicht informiert wurden, dann muss ich sagen: Das ist nicht fair. Das muss ich hier artikulieren. Wir werden das auch in Richtung des Verbands so vorbringen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die haben mit Ihnen schon abgeschlossen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die VBE-Forderungen, die in Ihrem Blatt veröffentlicht wurden, finde ich gut. „Individuelle Förderung“ steht darin,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

„Qualitätssicherung mittlere Reife“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, ist doch schön!)

Das alles kann ich unterschreiben. Interessant ist aber, dass es Ihnen nicht peinlich ist, dass Sie Forderungen nach einer Bildungsplanreform oder einer regionalen Schulentwicklung, die Sie die letzten Jahre völlig verpennt haben, dort mit veröffentlichen. Wir müssen uns nur einmal das anschauen, was Sie – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ein Ammenmärchen! Sie haben doch die Voraussetzungen geändert!)

– Das stimmt nicht, Herr Hauk. Diese Regierung geht jetzt die Schritte, die notwendig sind, um auch den Realschulen Planungssicherheit zu geben. Wir haben – es ist bereits ausgeführt worden – die Realschulen erstmals mit 1,5 Poolstunden pro Zug ausgestattet.

(Abg. Georg Wacker CDU: Und wie sieht es mit Ergänzungsstunden aus?)

Den Bildungsplan habe ich angesprochen. Der Bildungsplan hat die Zielsetzung, auch die horizontalen und die vertikalen Übergänge sicherzustellen, Herr Wacker, damit auch die Realschulen an Attraktivität gewinnen können und es in Zukunft leichter möglich ist, von der Realschule auf das Gymnasium zu wechseln.

(Abg. Georg Wacker CDU: Sagen Sie doch einmal etwas zu den Ergänzungsstunden!)

Dazu kommt, dass wir ab dem kommenden Schuljahr ab der achten Klasse auch weitere Stunden für die Kompetenzanalyse bereitstellen.

Summa summarum machen allein diese Fördermaßnahmen für die Realschule 200 weitere Deputate aus. Das ist eine gute Leistung der Landesregierung, gerade vor dem Hintergrund der Schulden, die wir von Ihnen geerbt haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das, was Sie bis heute nicht verstanden haben, ist das Angebot einer Gemeinschaftsschule. Aber das ist vielleicht das, was uns im Stil unterscheidet. Wenn Sie eine neue Schulart auf den Weg bringen, heißt das in der Regel, dass man möglicherweise Angst haben muss, plattgemacht zu werden. Die Gemeinschaftsschule der grün-roten Landesregierung ist ausdrücklich eine Reformoption, sie ist eine Entwicklungsmöglichkeit. Wir arbeiten nicht mit Zwang. Möglicherweise ist es das, was uns von Ihnen unterscheidet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie sind schon weit weg! Sie sind ganz weit weg! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Hauk, Sie können sich gleich noch weiter freuen. – Ihr Dilemma ist doch – das kam auch heute wieder zum Ausdruck – Ihre Betonideologie gegen die Gemeinschaftsschule. Erinnern Sie sich noch an meinen letzten Beitrag hier in einer Aktuellen Debatte?

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Den habe ich schon vergessen!)

Erinnern Sie sich noch an die Zitate? Erinnern Sie sich noch, wie weh das getan hat? Fortsetzung folgt – zum Mitschreiben –: „Südwest Presse“, 22. Februar 2013, Veranstaltung der Kollegin Dr. Stolz. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

Die CDU dürfe nicht polarisieren, erwiderte eine Sprecherin,

– unter den Anwesenden bei einer CDU-Veranstaltung –

(Zuruf von der CDU: Wahrscheinlich eine Grüne!)

sonst müsse die Partei eines Tages eine 180-Grad-Wende vollführen. Stattdessen sei ein wirklich offener Umgang erforderlich.

Wörtliches Zitat:

„Ich spüre, dass die neue Schulart bei jungen Leuten ankommt. Sind wir

– die CDU –

nur dagegen, entfernen wir uns weiter von den Familien und Frauen.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus! Gute CDUler! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie scheinen ein eifriger Zeitungsleser zu sein!)

Weiter unten heißt es:

Dieser Tatsache müsse sich die CDU stellen: „Die Eltern sind in der Mehrzahl und nicht ein paar Politiker.“

Als Anhänger der Gemeinschaftsschule bekannte sich Helmut Glaubert, einer der wenigen Männer in der Runde. Sowohl im Internet als auch in der Erbacher Schillerschule habe er sich über die neue Schulform informiert und sei vom Gegner zum Befürworter geworden.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Wörtliches Zitat:

> *„Das ist ein ganz neues Lernen und mit dem bisherigen nicht vergleichbar. Ich würde meine Enkel sofort auf eine solche Schule schicken.“*

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! Guter Opa!)

Also, Herr Röhm, Herr Hauk, das muss doch wehtun.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Ich kann Ihnen nur eines empfehlen: Machen Sie bitte weiterhin solche Veranstaltungen in Ihren Wahlkreisen. Sie haben immer noch die Chance, von Ihrer Basis etwas zu lernen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Blattschuss!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt kommt der kleine Rülke! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Besser kleiner Rülke als kleiner Schmiedel! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sogar besser als großer Schmiedel! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem, was meine Vorredner von Grün und Rot gesagt haben, bleibt einem schon schier die Spucke weg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wie Sie hier Nebelkerzen werfen, ist wirklich unglaublich. Wie Sie die Menschen in Baden-Württemberg hinters Licht führen, ist unerhört.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich werde jetzt versuchen, sachlich Punkt für Punkt Licht in diesen Nebel, den Sie verursacht haben, zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Chefaufklärer!)

Erstens: Der Ministerpräsident höchstpersönlich hat im vergangenen Jahr vor den Sommerferien gesagt: „Wir streben mittelfristig in Baden-Württemberg ein Zweisäulenmodell an, bestehend aus dem Gymnasium auf der einen Seite und der Gemeinschaftsschule auf der anderen Seite.“ Haben Sie da irgendetwas von der Realschule gehört?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der FDP/DVP und der CDU: Nein!)

Wenn das falsch ist, kann der Ministerpräsident selbstverständlich hier an das Mikrofon treten und sagen: „Jawohl, ich stehe zur Realschule“, und er kann sich dazu bekennen. Wenn es der Ministerpräsident nicht macht, kann es auch der Kultusminister nachher machen. Stehen Sie zur Realschule? Gibt es also drei Säulen? Denn bisher gibt es nur zwei Säulen, nämlich das Gymnasium und die Gemeinschaftsschule. Gibt es jetzt also eine dritte Säule, ja oder nein? Gibt es in Ihren Planungen die Realschule, ja oder nein? Das kann man ganz klar beantworten. Aber diese Antwort sind Sie bisher schuldig geblieben.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Nächster Punkt: Entscheidend für das, was in den Schulen passiert, sind die Bildungspläne.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Bei der Vorstellung der geplanten Bildungspläne war kein Bildungsplan mehr für die Realschulen dabei. Das ist doch der entscheidende Punkt. Herr Minister Stoch, planen Sie einen eigenständigen Bildungsplan für die Realschulen, ja oder nein?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Das ist die entscheidende Frage, die heute beantwortet werden muss.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn Sie diese Frage nicht bejahen, dann beweist dies, dass Sie heute nur Nebelkerzen geworfen haben, meine Damen und Herren. Denn Sie befinden sich in einer sehr, sehr kritischen Situation.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Was?)

Weder in der ersten Runde noch in der zweiten Runde, in denen die Gemeinschaftsschulen genehmigt wurden, sind Realschulen dabei gewesen.

(Abg. Muhterem Aras und Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das stimmt nicht!)

– Vier in der zweiten Runde. Unter den 87 neuen Gemeinschaftsschulen findet sich kein einziges Gymnasium und finden sich nur vier Realschulen. Vier von insgesamt 429 Realschulen – das sind 0,9 % der Realschulen in Baden-Württemberg – wollen sich zu einer Gemeinschaftsschule fortentwickeln.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die wollen nicht, die müssen! Die werden gezwungen!)

Das heißt, 99,1 % der Realschulen zeigen Ihrem Lieblingskind Gemeinschaftsschule die kalte Schulter und wollen von diesem scheinbar verlockenden Angebot nichts wissen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Da liegt Ihr strukturelles Hauptproblem, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ihr Problem ist: Sie haben keine Antwort!)

(Dr. Timm Kern)

Denn ohne die Realschüler funktioniert Ihr Komplettumbau des baden-württembergischen Bildungssystems nicht. Sie brauchen die Realschüler in den Gemeinschaftsschulen, weil Sie dort nämlich auch starke Schüler brauchen. Bisher sind es halt nur kleine bzw. Kleinsthauptschulen und -werkrealschulen, die sich entschieden haben, zu einer Gemeinschaftsschule zu werden, und eben keine Realschulen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich.)

Deshalb ist auch an dieser Stelle noch einmal Professor Bohl zu zitieren; denn dieser ist ja der wissenschaftliche Vordenker der Gemeinschaftsschule.

(Der Redner hält eine Ausgabe des Buches „Expertise Gemeinschaftsschule“ von Dr. Thorsten Bohl und Sibylle Meissner hoch.)

In seinem Buch – ich halte es noch einmal hoch – „Expertise Gemeinschaftsschule“ schreibt er – ich zitiere wortwörtlich –:

Die Expertengruppe sieht die Einführung der Gemeinschaftsschule zunächst als nachvollziehbar und insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung als richtig an. ... Auch in bildungstheoretischer, pädagogischer und didaktischer Hinsicht bietet die Einführung der Gemeinschaftsschule prinzipiell gute bis sehr gute Potenziale und Perspektiven.

Diese erste Betrachtung muss aus den folgenden Gründen (zum Teil erheblich) eingeschränkt werden.

Jetzt kommt’s:

(1) Die denkbaren positiven Effekte werden aufgrund der einseitigen Antragssituation (in beiden Runden fast ausschließlich Werkrealschulen bzw. Hauptschulen) ... gefährdet.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Es ist strukturell nicht erkennbar, wie eine wirklich heterogene Schülerschaft für die Gemeinschaftsschulen gewonnen werden kann, wenn Gemeinschaftsschulen unverändert mit Realschulen und Gymnasien konkurrieren. Damit läuft die Gemeinschaftsschule Gefahr, als Standortrettung missverstanden zu werden, und ist langfristig (u. a. aufgrund der geringen Schülerzahlen) in einem unklaren und möglicherweise fragilen Zustand.

Das ist doch der entscheidende Punkt: Sie brauchen die Realschüler in den Gemeinschaftsschulen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein. Meine Redezeit ist knapp bemessen, und ich habe wirklich vieles zu sagen, damit die Bevölkerung endlich über das aufgeklärt wird, was Sie tatsächlich wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte! – Lebhafte Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Was Grüne und Sozialdemokraten aus politischen Gründen verschleiern,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

spricht Professor Bohl offen und ehrlich aus: Solange Gymnasien und Realschulen in Baden-Württemberg existieren, so lange werden die Gemeinschaftsschulen nicht funktionieren, weil die Gemeinschaftsschulen die starken Schüler brauchen. Damit die Gemeinschaftsschulen nicht an Schwindsucht sterben, bevor sie überhaupt richtig existiert haben, müssen Sie den Realschulen das Wasser abgraben

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

und dürfen ihnen eben keine Fortentwicklung mehr ermöglichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich kann auch belegen, dass Sie den Realschulen das Wasser abgraben, und zwar anhand von zwei Beispielen. Das ist zum einen ein Brief der ehemaligen Kultusministerin – ich habe ihn hier schon einmal vorgelesen –, die der Gemeinde Weil im Schönbuch ganz klar gesagt hat: Nein, es gibt keine „Realschule plus“. Die dortige Schule sei doch schon so nah dran; sie möge sich doch bitte zur Gemeinschaftsschule entwickeln. Das war eine ganz klare politische Vorgabe.

Herr Kollege Fulst-Blei, diesen Hinweis kann ich mir jetzt nicht verkneifen: Sie haben zu Recht gesagt, dass Sie auf einer Realschule waren. Ich weiß sogar, dass das die Feudenheim-Realschule in Mannheim war.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Genau!)

Diese Schule habe ich am vergangenen Montag besucht.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich weiß!)

Etwas fand ich dabei sehr spannend:

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wie waren seine Noten?)

In dieser Realschule haben sich Eltern und Lehrer Gedanken darüber gemacht, wie sie die Realschule fortentwickeln können. Um den Realschülern nach der zehnten Klasse den Wechsel auf das allgemeinbildende Gymnasium zu erleichtern, will man an der Realschule eine elfte Klasse anbieten; damit soll den Schülerinnen und Schülern das nötige Rüstzeug für den Wechsel auf das allgemeinbildende Gymnasium mitgegeben werden. Schwerpunkte in diesem Zusatzjahr wären die Kernfächer Mathematik, Englisch und Deutsch. Ziel ist, dass die Realschüler am Ende dieses Jahres einen Kenntnisstand erreicht haben, der dem der Schüler des allgemeinbildenden Gymnasiums nach der zehnten Klasse vergleichbar ist, sodass dann beide Schülergruppen gemeinsam in der Abiturstufe des allgemeinbildenden Gymnasiums ihren Platz finden.

(Dr. Timm Kern)

Die Vorteile der „Realschule plus“ liegen auf der Hand: Das allgemeinbildende Gymnasium liegt in unmittelbarer Nähe. Die Schüler bleiben vor Ort. Die individuelle Förderung ist besser möglich, da die Schüler den Lehrkräften bekannt sind. Auch der Wechsel in umgekehrter Reihenfolge, nämlich vom Gymnasium auf die „Realschule plus“ in der Unter- oder Mittelstufe, ist unproblematischer.

Es ist klar: Auch da müssten noch ein paar Fragen geklärt werden. Aber – man ahnt es schon –: Grün-Rot und das Kultusministerium haben diesen Plänen einen Riegel vorgeschoben, weil es eben in ihr ideologisches Weltbild, das von der Gemeinschaftsschule bestimmt wird, nicht passt.

(Abg. Klaus Käppeler SPD: Der Riegel war schon immer davor, Herr Dr. Kern! – Glocke des Präsidenten)

Auch das kann ich Ihnen beweisen.

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Boser, oder gestatten Sie generell keine Zwischenfragen?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein. Ich muss vorankommen.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Käppeler SPD: Aber Sie sind auf dem falschen Weg! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Im „Mannheimer Morgen“ – Sie wissen, dass der Kultusminister diese Zeitung ganz besonders gern liest – war am 14. März 2012 zu lesen – ich zitiere –:

Auch der Landtagsabgeordnete Stefan Fulst-Blei (SPD) hat die Feudenheim-Realschule besucht. „Ich habe große Sympathien für das Konzept meiner alten Schule“, sagte er. Allerdings verweist Fulst-Blei auf die freien Kapazitäten an manchen beruflichen Gymnasien. Und darauf, dass die Prioritäten der grün-roten Schulpolitik im Land derzeit eher bei deren Ausbau und der Schaffung der Gemeinschaftsschule liegen:

(Zurufe: Aha!)

„Leider läuft dieses Konzept quer zu den aktuellen Diskussionen.“

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt ist die Katze aus dem Sack! – Weitere Zurufe von der FDP/DVP und der CDU)

So sieht es aus. Und Sie geben es auch noch zu, dass Sie lieber die Gemeinschaftsschule haben als die „Realschule plus“.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nein, Sie haben es nicht verstanden!)

Ich fordere die Landesregierung ausdrücklich auf, nicht nur den Weg für die „Realschule plus“ in Feudenheim frei zu machen, sondern allen Realschulen in Baden-Württemberg die Möglichkeit einzuräumen, sich fortzuentwickeln.

Die FDP sieht im Konzept der „Realschule plus“ eine sinnvolle, praxisnahe und auch sehr kostengünstige Möglichkeit, die Durchlässigkeit unseres Bildungswesens deutlich zu erhöhen, vor allem deshalb, weil der Ausbau der beruflichen Gymnasien noch lange nicht ausreichend ist.

Der Übergang der Schüler von der „Realschule plus“ auf das allgemeinbildende Gymnasium wäre somit erheblich vereinfacht. Mehr Bildungschancen würden sich eröffnen.

Sehr geehrter Herr Minister, geben Sie und die grün-rote Koalition Schulgestaltungsfreiheit, und ermöglichen Sie es allen Realschulen, die dies wünschen, sich zu „Realschulen plus“ weiterzuentwickeln. Vergessen Sie nicht, diese Schulart wie alle anderen Schularten auch auskömmlich mit den Ressourcen auszustatten, die sie braucht, um auch weiterhin gute bzw. sehr gute Ergebnisse erzielen zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Das Wort für die Landesregierung hat Herr Kultusminister Stoch.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt ist ein Niveau vorgegeben! – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Gegenruf von den Grünen: Aber es lässt sich noch steigern! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zu Ihrem Zuruf fällt mir der Tanz Limbo ein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zeigen Sie ihn doch mal! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Ich habe nicht vor, mit Ihnen Limbo zu tanzen, denn dabei geht es darum, das Niveau zu unterschreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Aktuelle Debatte soll vermeintlich Ihr Herz für die Realschulen widerspiegeln und Ihre Kampagne einbetten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! Es fehlt nur der Aufkleber!)

Daher sollten wir einen Blick von oben darauf werfen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! Von oben! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben das Problem, dass Sie keine Antworten zur Zukunft des Bildungssystems in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ihr grundsätzliches Problem ist, dass Sie krampfhaft nach einer Stelle suchen, an der Sie angreifen können. Sie haben Ihre offenen Angriffe auf die Gemeinschaftsschule inzwischen etwas eingestellt, und zwar aus einem Grund: Sie alle haben an Ihrer kommunalen Basis keine Chance mehr, mit Ihrer Betonpolitik überhaupt auch nur gehört oder akzeptiert zu werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Andreas Stoch)

Ich gebe Kollegen Röhm ganz recht

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir auch!)

– das ist der einzige Punkt, bei dem ich ihm recht gebe –, dass diese Debatte genau zur richtigen Zeit kommt. Sie haben uns vorhin eine Broschüre gezeigt und fleißig daraus vorgelesen. Ihre Kampagne ist der Versuch, die Menschen in Baden-Württemberg, vor allem die Eltern, in Unsicherheit und Angst zu versetzen. Das ist mit Blick auf die Zukunft dieses Landes unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind sprachlos! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie nähern sich dem bislang unbekannten Limbo an! – Abg. Winfried Mack CDU: Sie nähern sich ihm an!)

Die Realschulen im Land Baden-Württemberg waren und sind eine Stütze des baden-württembergischen Bildungssystems.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und sie werden es weiter sein!)

Die Realschulen im Land leisten eine hervorragende Arbeit.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das soll so bleiben! – Unruhe)

Insgesamt rund 244 000 Schüler besuchen die 427 öffentlichen Realschulen und profitieren von der guten Bildung und insbesondere von der konsequenten Berufsorientierung. Realschulen bieten – das wissen wir alle; deswegen schätzen wir die Realschulen – gute Möglichkeiten, um weiterführende Bildungsgänge anzuschließen. Arbeitgeber aus den Bereichen Industrie, Handel sowie Dienstleistung nehmen Realschüler sehr gern als Auszubildende.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Stimmt alles!)

Entsprechend gut sind auch die Rückmeldungen, die das Kultusministerium aus der Wirtschaft über die Qualität und die Bildung an den Realschulen und auch über die Qualität der Realschulabschlüsse bekommt.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Na also! – Unruhe)

Darauf können Schulleiter und Schulleiterinnen, die Lehrerinnen und Lehrer an diesen Schulen in erheblichem Maß stolz sein. Aber – das ist ganz wichtig; Sie geben hier einen falschen Eindruck wieder – auf diesen Erfolgen kann man sich nicht ausruhen. Die Weiterentwicklung im baden-württembergischen Bildungssystem kann auch an den Realschulen nicht vorbeigehen. Die Realschulen wissen das, im Gegensatz zu Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Genau deswegen kommt die Debatte zum richtigen Zeitpunkt. Als wir z. B. am vergangenen Montag mit den Verbänden, mit der Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektorinnen und Realschulrektoren, dem Realschullehrerverband und dem Förderverein „Realschule Baden-Württemberg“, zusammensaßen, wollten wir genau dies schaffen. Wir wollten nämlich nicht in einem Gegeneinander von Schulstrukturen und Schularten agieren, sondern gemeinsam in positiver, konstruktiver Richtung überlegen, wie wir die Realschulen weiterentwickeln und als wichtige Stütze des Bildungssystems in Baden-Württemberg haben können.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, funktioniert Ihr Versuch nicht, die Schularten gegeneinander auszuspielen oder Schularten sogar gegeneinander aufzuhetzen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie machen es doch! – Unruhe)

Das funktioniert in Baden-Württemberg nicht; denn es ist nicht richtig, dass Sie mit den Ängsten der Eltern hinsichtlich der Zukunft ihrer Kinder spielen. Das halte ich für unverantwortlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es wurde bereits vorhin von Frau Kollegin Aras und vom Kollegen – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister Stoch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mack?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Nein. Ich muss mein Programm ebenfalls durchbringen.

(Heiterkeit – Zuruf: Es gibt doch keine Redezeitbegrenzung! – Unruhe – Zuruf: Zuhören!)

Präsident Guido Wolf: Sie wollen auch vorankommen.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Die Landesregierung hat seit Übernahme der Regierungsverantwortung – ganz im Gegensatz zu Ihrer Politik über Jahrzehnte – die Realschulen und deren Möglichkeiten zur individuellen Förderung deutlich gestärkt. Die vorherige Landesregierung, die von Ihnen gestützte Landesregierung hat nichts getan, um die Ausstattung der Realschulen an die tatsächlichen Notwendigkeiten anzupassen. Sie hat die Lage der Realschulen aus politischen Gründen falsch eingeschätzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere haben Sie nichts dafür getan, um diese Heterogenität, die wir an den Realschulen schon früher hatten und auch heute, vielleicht sogar noch in verstärktem Maß, haben,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Doch, Klassengröße reduziert! Klassengröße gesenkt!)

zu berücksichtigen. Erstmals erhalten die Realschulen einen Pool von 1,5 Lehrerwochenstunden für die individuelle Förderung der Schüler.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und der Ergänzungsbereich wurde zusammengestrichen!)

– Den Ergänzungsbereich, den Sie ansprechen, Herr Kollege Schebesta, den Sie kürzlich auch im Schulausschuss angesprochen haben, haben Sie in der Vergangenheit auf Pump ausgebaut, und jetzt wollen Sie sagen, dass man das halten

soll. Sollen wir weiter auf Pump regieren, wie Sie es über Jahrzehnte getan haben?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Wer hat denn Schulden gemacht? Wer macht denn Schulden? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ihr macht doch Schulden wie die Sautreiber! – Abg. Peter Hauk CDU: Ihr bringt es nicht hin und regiert trotzdem auf Pump! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wer hat denn Schulden aufgenommen? – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat der Minister.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Sehr geehrte Damen und Herren, die Realschulen in Baden-Württemberg – das ist vollkommen richtig – brauchen unsere volle Unterstützung. Die Realschulen brauchen die Unterstützung auch, um die Herausforderungen bewältigen zu können. Deswegen haben wir – auch das ist für das kommende Schuljahr sehr wichtig – bei den Realschulen, gerade was das Thema Berufsorientierung angeht, flächendeckend die Kompetenzanalyse Profil AC eingeführt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Niemand will das!)

Mit dieser Kompetenzanalyse können Lehrerinnen und Lehrer die berufsrelevanten Kompetenzen ihrer Schüler erfassen. Damit haben sie eine gute Ausgangsbasis, ...

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nicht so schnell! Der Stenograf hat Schwierigkeiten! – Abg. Peter Hauk CDU: Das letzte Mal, dass die Stenografen so schnell schreiben mussten, war bei Lothar Späth! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Sie sind dran, Herr Minister.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: ... um die Schüler kompetenzorientiert fördern zu können. Für diese Aufgabe werden die Pädagogen speziell geschult.

(Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren – da kommen wir zu dem zentralen Element, das für alle Schulen in Baden-Württemberg im Zentrum stehen muss –, wir müssen, was die Lehrerausbildung und was vor allem die Lehrerfortbildung angeht, die Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzen, mit diesen veränderten Herausforderungen auch umgehen zu können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade weil sich in den Realschulen so unterschiedliche Begabungsmuster finden, ist es wichtig, dass wir auch in diesem Bereich den Lehrerinnen und Lehrern Hilfestellung geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was vorhin an Zahlen vorgetragen wurde – Herr Röhm hat das getan –, spiegelt doch nur die Realität wider. Schon heute haben wir an Realschulen eine sehr heterogene Schülerschaft. Natürlich haben wir gerade auch bei den Eingangsklassen die Situation, die Sie beschrieben haben: Wir haben Schüler mit unterschiedlichen Empfehlungen, wir haben auch Kinder mit einer Gymnasialempfehlung, wir haben Kinder mit einer Realschulempfehlung, und wir haben Kinder mit einer Werkrealschulempfehlung. Aber da warte ich immer noch auf eine Antwort von Ihnen, was Sie in einem Schulmodell tun wollen, in dem die Werkrealschule oder die Hauptschule sehr häufig gerade im ländlichen Raum nicht mehr ausreichende Schülerzahlen hat.

(Abg. Norbert Beck CDU: Und warum?)

Was wollen Sie dann tun? Die Verbundschule, die Sie jetzt auf einmal für sich entdecken, kann auch da nur eine kurze Zeit tragen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das steht seit Jahrzehnten im Schulgesetz!)

Denn wenn Sie dann die Verbundschule zwischen einer Realschule und Haupt- oder Werkrealschule haben, die aber innerhalb dieses Organisationsverbands nicht über ausreichend viele Schüler verfügt, dann kommen Sie an genau diese Frage: Was ist dann die Funktion der Realschule, und wie fördert diese Realschule dieses breite Band an Begabungen von Schülerinnen und Schülern? Da reicht es nicht, zu sagen: Geben Sie eine Bestandsgarantie für Realschulen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Man muss sie unterstützen!)

Da müssen Sie konkret begründen, wie Sie die Realschule inhaltlich ausgestalten, damit die Realschule auch zukünftig den Anforderungen gerecht werden kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Nein, Sie müssen es tun! Also Entschuldigung, Sie sind in der Regierung!)

Zum Bereich der Weiterentwicklung der Schullandschaft gehört ganz zentral auch der Ausbau der Ganztagsschulen. Auch das wissen Sie. Wir haben derzeit die Situation, dass 91 der insgesamt 427 baden-württembergischen Realschulen als Ganztagsschulen funktionieren. Der Koalitionsvertrag sieht dabei den Ausbau und die Weiterentwicklung der Ganztagsschule in allen Schularten vor.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Da werden wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auch die entsprechenden Schritte unternehmen, damit die Ganztagsschulbetreuung, die für uns eine ganz wichtige bildungspolitische, aber auch gesellschaftspolitische Herausforderung ist, endlich weitergehen kann.

Was den Bildungsplan angeht, meine sehr geehrten Damen und Herren – Herr Röhm, Sie haben es auch angesprochen –: Letztlich haben wir in unserem Bildungssystem eine Situation zu schaffen, in der auch Übergänge, auch Entwicklungsschritte von Kindern, die unterschiedlich sind – das wissen Sie auch als Mann der Praxis –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

entsprechend abgebildet werden können. Deswegen darf eine Bildungsplandiskussion nicht mit starren Grenzen, die einzelne Schularten betreffen, erfolgen. Bildungspläne müssen ausgehend von der Frage der bestmöglichen Entwicklung, der bestmöglichen Beschulung von Kindern entwickelt werden.

Deswegen sind wir ganz sicher, dass die Realschulen in dieser Bildungsplanreform, die nun unmittelbar ansteht, einen wichtigen Platz haben, dass die Realschulden in dieser Bildungsplandiskussion auch nicht ins Hintertreffen geraten und dass gerade das Wichtigste, nämlich das Leistungsprofil hin zur mittleren Reife und vor allem die Qualität der mittleren Reife als Abschluss, bewahrt wird. Das ist unser Ziel bei der Bildungsplanreform. Ich glaube, das sollte uns alle verbinden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, es liegen zwei weitere Zwischenfragen vor.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Es gilt das Gleiche wie vorhin.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber Ihre Redezeit ist doch nicht beschränkt! Außerdem lesen Sie doch alles ab!)

Präsident Guido Wolf: Okay.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Die Realschulen – wir haben bereits darüber gesprochen – müssen sich auch mit dem Thema Heterogenität beschäftigen. Deswegen bitte ich Sie auch an dieser Stelle – – Denn die Realschulen wollen sich auf diesen Weg machen. Für die neue Runde der Bewerbungen für die Gemeinschaftsschulen, die dann im Schuljahr 2014/2015 an den Start gehen sollen, haben wir schon eine große Zahl von Realschulen. Denn Realschulen sehen die Notwendigkeit der Weiterentwicklung, gerade unter Benutzung des Instruments der stärkeren individuellen Förderung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie wollen sie doch zu Gemeinschaftsschulen machen! – Gegenruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das wollen die vor Ort vielleicht, sie selbst!)

Deswegen möchte ich Sie einladen, dass wir gemeinsam die Schritte definieren, in denen sich alle allgemeinbildenden Schulen weiterentwickeln können,

(Abg. Winfried Mack CDU: Zur Gemeinschaftsschule!)

um die Herausforderungen besser zu bewältigen. – Herr Kollege Mack, bevor Sie noch irgendeinen Schreikrampf bekommen: „Gemeinschaftsschule“ ist der Name, der Titel einer Schulart, die aber relativ viele Bildungsprofile abbilden soll.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das ist ja völlig neu!)

Wenn sich eine Realschule hin zu mehr individueller Förderung entwickelt, wenn eine Realschule auf dem Weg, den die Kinder auf dieser Schule gehen, auch einen Hauptschulabschluss anbieten kann, einen Realschulabschluss bieten kann und auch Kinder entsprechend fördern kann, dass sie im Anschluss an ein allgemeinbildendes oder berufliches Gymnasium gehen können,

(Abg. Winfried Mack CDU: Gesamtschule! – Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Sabine Kurtz CDU)

Herr Kollege Mack, haben wir dann ein Problem? Wir haben dann ein Angebot für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land, das ein gutes Angebot ist. Dann ist es mir – das habe ich auch in mehreren Interviews gesagt; leider haben Sie das nicht zitiert –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

letztlich egal, welches Schild an der Tür einer Schule hängt.

(Zurufe von der CDU)

Für mich ist entscheidend, wie wir Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Zukunftschancen geben können. Deswegen sollten Sie aus Ihren ideologischen Schützengräben heraus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einladung, dass wir die Verantwortung gemeinsam wahrnehmen, spreche ich zu diesem Zeitpunkt insbesondere auch deswegen aus, weil wir in den nächsten Monaten das Projekt der regionalen Schulentwicklungsplanung durchzuführen haben. Dieses Projekt der regionalen Schulentwicklungsplanung – das wissen Sie, glaube ich, als diejenigen, die immer sagen, sie würden für die Interessen des ländlichen Raums einstehen – ist für das Land Baden-Württemberg in seiner Stärke – diese Stärke liegt in der Fläche – von unschätzbarer Bedeutung.

Wenn wir es nicht schaffen, den Kommunen gerade auch im ländlichen Raum gute Angebote zu machen, die wir im Konsens mit den kommunal Verantwortlichen weiterentwickeln wollen, dann werden wir in Baden-Württemberg ein riesengroßes Schulsterben haben. Das kann nicht in Ihrem Interesse sein, das ist nicht im Interesse der Kinder und Jugendlichen und nicht der Eltern in Baden-Württemberg. Deswegen appelliere ich an Sie, dass wir diese regionale Schulentwicklungsplanung in einem konstruktiven Dialog gemeinsam, und zwar ohne ideologische Vorgaben, durchführen. Dann wird für die Zukunft des Landes Baden-Württemberg etwas Gutes dabei herauskommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich Sie

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: „Realschule plus“!)

abschließend nochmals auffordern: Sie sind nicht gewählt worden, um Ihren Kampf gegen die Realität bestehen zu können,

(Lachen des Abg. Peter Hauk CDU – Zurufe der Abg. Peter Hauk und Sabine Kurtz CDU)

sondern Sie sind dafür gewählt worden, dass Sie gemeinsam mit allen hier im Haus Verantwortlichen die Zukunft dieses Landes, und zwar die Zukunft für alle Kinder und Jugendlichen, gestalten. Da spielt der Punkt Bildungsgerechtigkeit eine große Rolle, da spielt auch der Bereich „Erreichbarkeit von Bildungsabschlüssen“ – gerade auch im ländlichen Raum – eine Rolle.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Qualität hoffentlich auch!)

(Minister Andreas Stoch)

Wir bieten Ihnen die Zusammenarbeit an. Ich hoffe, wir schaffen es, gemeinsam diesen schwierigen Prozess zu bewältigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe: Prima! – Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu CDU und FDP/DVP: Nichts mehr zu sagen! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD meldet sich.)

– Herr Abg. Dr. Fulst-Blei für die SPD-Fraktion, bitte schön. – Redezeit haben noch Herr Abg. Dr. Fulst-Blei und Frau Abg. Aras.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die anderen haben eh nichts mehr zu sagen! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, bitte schön.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Dann kann ich zumindest eine Sache klarstellen. Herr Kern, wenn Sie mich zitieren, bin ich Ihnen dankbar. Ich bin Ihnen aber auch dankbar, dass Sie meine – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Dr. Kern! So viel Zeit muss sein!)

– Von Dr. Fulst-Blei zu Dr. Kern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Genau!)

Aber wir beide haben das für uns geklärt. Wir haben unseren Titel ja noch.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bei der FDP ist das nicht selbstverständlich! – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Bei der CDU wird auf Titel geachtet!)

Es geht um die Realschule. Warum ich das abgelehnt habe – Sie haben mich zu Recht zitiert –:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Problem war, dass der Antrag der Schule zu einer Zeit kam, als wir in Mannheim beispielsweise im Bereich der beruflichen Gymnasien eine Klasse haben zurückbauen müssen. Das ist übrigens genau die Schulform, mit der die CDU immer wieder versucht, gegen die Gemeinschaftsschule aufzuhetzen. An dieser Stelle haben wir gesagt: Wenn wir diesen Impuls setzen würden, dann hätten wir auf der anderen Seite eine riesengroße Baustelle im Bereich der beruflichen Gymnasien, in dem eine Klasse zurückgebaut worden ist. So viel zur ersten Aussage.

Zweite Aussage: Das hat auch etwas mit G 9 zu tun. In der vergangenen Woche war ich auf einem Elternabend an einer Schule. Da hat mich jemand angesprochen mit der Aussage: „Wir ärgern uns, dass wir G 9 nicht gemacht haben, weil wir glauben, dass das tatsächlich attraktiv ist. Das wäre auch eine Möglichkeit gewesen, um für einen reibungslosen Übergang von der Realschule auf das Gymnasium zu sorgen.“ Sie erkennen also, dass wir tatsächlich sachliche Gründe anführen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Ich habe immer noch große Sympathien für die Realschule, die ich früher besucht habe, und freue mich, wenn ich Sie dabei an meiner Seite habe.

Im Übrigen habe ich noch eine Bitte: Nehmen Sie das Angebot des Ministers ernst. Ich glaube, Sie werden sich an vielen Stellen bewegen müssen, weil auch Ihre Basis Sie in diese Richtung drängt. Ich habe entsprechende Zitate angeführt. So haben wir die Chance, gemeinsam mehr Bildungsgerechtigkeit für dieses Land zu schaffen. Dann müssen wir aber aus diesem ideologischen Beton herauskommen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Dr. Fulst-Blei, gestatten Sie eine Nachfrage des Kollegen Mack?

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Bitte schön.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Endlich klappt es einmal!)

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Kollege Fulst-Blei, Sie sprechen vom Angebot des Ministers. Der Minister hat vorhin ja keine Zwischenfragen zugelassen.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Deswegen mache ich es.

Abg. Winfried Mack CDU: Das Angebot an die Realschulen hat der Minister in seiner Pressemitteilung vom 18. Februar niedergelegt. Heute hat er mit Nebelkerzen geworfen.

In dieser Pressemitteilung sagt er:

„Wir werden bei den Realschulen für einen freiwilligen Umbau werben und ihnen aufzeigen, dass die Gemeinschaftsschule etwa mit dem zusätzlichen Angebot einer Oberstufe mit Abiturabschluss für ihre Schüler große Chancen bieten würde“, ...

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch alles richtig!)

Das ist das Angebot des Ministers an die Realschulen, sie zu Gemeinschaftsschulen zu machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sicher!)

Wir wollen genau das Gegenteil. Wir wollen die Realschulen erhalten. Deswegen kommen wir bei diesem Punkt nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Mack, ich bin Ihnen dankbar für diese Zwischenfrage; denn ich verzweifle an der pädagogischen Herausforderung, Ihnen das beizubringen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Sabine Kurtz CDU: Seien Sie Lernbegleiter! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Geduld ist die wichtigste Qualität eines Pädagogen! – Abg. Peter Hauk CDU: Begleiten! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie verstehen nicht, dass das Angebot einer Reformoption kein Zwang ist.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Das ist ein Stilwechsel. Sie haben das möglicherweise früher anders gehandhabt, aber das ist das Angebot.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie sieht die Alternative aus?)

Wir sind dabei relativ optimistisch. Herr Röhm, wir sprechen sowieso regelmäßig miteinander. Wir werden uns in einem Jahr wieder sprechen. Dann werde ich die gleichen Zitate aus Ihren Ortsvereinen wieder bringen. Bis dahin werden sich sicher mehr Realschulen auf den Weg gemacht haben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Kern?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn etwas Schönes vorgelesen wird, immer!)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Immer wieder gern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Lieber Kollege, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie das Modell der „Realschule plus“ grundsätzlich gut finden, begrüßen, es für nachdenkenswert halten und sich auch dafür einsetzen wollen, dass sich alle Realschulen in Baden-Württemberg, die dafür Interesse haben, zur „Realschule plus“ fortentwickeln können?

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nein. Vielmehr habe ich ausgeführt – das betonen Sie auch immer wieder zu Recht –, dass wir eine recht gut funktionierende Anschlussoption haben, nämlich die beruflichen Gymnasien, die wir übrigens ausgebaut haben. Auch an dieser Stelle haben wir also geliefert. Das heißt, wir haben einen attraktiven Weg.

Gleichzeitig besteht die Übergangsproblematik, die auch Sie geschildert haben. Jetzt sind wir wieder beim Thema Bildungsplan. Der Übergang nach der zehnten Klasse in ein allgemeinbildendes Gymnasium gestaltet sich schwierig. Auch das ist eine Baustelle, die im Rahmen der Bildungsplanreform diskutiert werden sollte.

Ich sehe – das war mein Hinweis –, dass wir durch die G-9-Option Überlegungen anstellen können, ob wir einen erleichterten Wechsel ermöglichen könnten. Sie sind selbst an einem Gymnasium tätig und wissen insofern, dass das nicht ganz so einfach ist. Wir haben diese beiden Reformoptionen.

Nun zur dritten Aussage. Das ist auch ein Unterschied, Herr Kern. In Anbetracht der Spardiskussion, die Sie führen, kann man nicht einfach sagen: „Wir können dort, dort und dort weitere Wege eröffnen, die ressourcenintensiv sind.“ Das ist durchaus richtig.

Wir haben den Realschulen 200 zusätzliche Deputate zur Verfügung gestellt und sie dadurch gestärkt. Außerdem haben wir die beruflichen Gymnasien weiter gestärkt. Ferner haben wir G 9 ermöglicht. Zudem gehen wir eine Bildungsplanreform an. Damit haben wir auch die Attraktivität der Realschule gestärkt. Aber wir können sozusagen nicht alle Baustellen aufmachen. Denn sonst stehen Sie hier vorn und sagen zu mir: „Sie machen jetzt noch eine weitere Schulart auf. Sie machen das Bildungssystem noch unübersichtlicher.“ Das ist nicht unser Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie noch eine Nachfrage des Kollegen Dr. Kern? – Bitte schön.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nachdem der Minister meine Frage, ob es für die Realschulen auch in Zukunft einen eigenständigen Bildungsplan gibt, nicht beantwortet hat, stelle ich die Frage an den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, der der gleichen Partei wie der Minister angehört: Sehen Sie die Notwendigkeit, dass wir zukünftig auch einen eigenständigen Bildungsplan für die Realschulen in Baden-Württemberg brauchen?

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das Problem, das ich bei Ihrer Argumentation habe – übrigens auch im Hinblick auf die Gymnasien –, ist die Etikettierung, mit der Sie herumlaufen.

(Zuruf des Abg. Helmut Rau CDU)

Wir streben ein Gesamtwerk an, das insbesondere in der Vertikalität, aber auch in der Horizontalität die Bildungsübergänge erleichtert. Das heißt, Sie können aus diesem Gesamtwerk dann auch einen eigenständigen Realschulbildungsplan wie einen gymnasialen Bildungsplan ableiten. Wichtig ist sozusagen, dass die Übergänge erleichtert werden, um die Defizite in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Einheitsbildungsplan! – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

– Das ist Ideologie pur bei Ihnen.

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nochmals zur Klarstellung, vor allem in Ihre Richtung:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Egal, welche Märchen Sie jetzt in der Welt, in unserem schönen Land verbreiten werden, Fakt ist: Grün-Rot steht zu den Realschulen, Grün-Rot hat die Realschulen gestärkt, Grün-Rot schätzt die Arbeit in den Realschulen, und es gibt keine Zerschlagung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das sind doch nur Worte!)

(Muhterem Aras)

Fakt ist aber auch – das haben Sie selbst ausgeführt –, dass aufgrund der Heterogenität, die es in den Realschulen gibt, beispielsweise etwa ein Viertel der Schüler versetzungsgefährdet sind

(Zuruf von der CDU: Was?)

bzw. mindestens eine Klasse wiederholen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt, nach dem Wegfall der Grundschulempfehlung!)

– Ja, ja, die Grundschulempfehlung. – Fakt ist, dass das Sitzenbleiben – wir haben erst vor zwei Wochen darüber debattiert – verheerende Auswirkungen auch auf die einzelnen Schüler hat. Ich glaube nicht, dass Sie ein Interesse daran haben, dass sich die Sitzenbleiberquote erhöht. Ich nehme an, dass wir da einer Meinung sind.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Insofern geht es darum, dass wir die Schulen weiterentwickeln, egal, welches Schild, welches Etikett oder welcher Name an der Schule steht. Es geht darum, dass sich Schulen weiterentwickeln, dass wir den Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die bestmöglichen Bildungschancen geben. Darum geht es.

Wenn Sie bereit wären, sich mit uns konstruktiv auseinanderzusetzen und um die besten Ideen in Richtung mehr Chancengerechtigkeit, mehr Bildungsgerechtigkeit zu streiten, wäre es doch spannend, sich mit Ihnen einmal inhaltlich auseinanderzusetzen, statt dass Sie ständig irgendwelche Märchen erzählen, die einfach nicht stimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Aras, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein, jetzt nicht. – Lieber Kollege Mack, Sie waren, glaube ich, derjenige, der die Pressemitteilung des Kultusministers vorgelesen hat, in der dieser beispielsweise die Oberstufe erwähnt. Entschuldigen Sie bitte, wäre es nicht im Sinne der Realschulen, wenn sie sich weiterentwickeln würden und anschließend beispielsweise die Oberstufe anbieten könnten? Das würde doch die Attraktivität dieser Schulen erhöhen. Da habe ich echt gedacht, ich sei im falschen Film.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben doch keine Attraktivitätsprobleme bei der Realschule! Sie leben fern der Wirklichkeit!)

Es geht um eine Weiterentwicklung. Wenn wir wissen, dass auch an der Realschule etwa ein Viertel der Kinder eine Klasse wiederholen müssen,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

dann ist es auch unsere Aufgabe, uns darum zu kümmern, zu schauen, woran das liegt, und zu fragen, wie wir dafür sorgen können, dass das Klassenziel erreicht wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sofort helfen! Ressourcen bereitstellen!)

Deshalb haben wir die Ressourcen auch gestärkt. Poolstunden dienen genau für so etwas. Es geht auch um individuelle Förderung.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Damit schaffen wir mehr Chancengerechtigkeit.

Ich kann Sie nur darum bitten, sich endlich inhaltlich mit uns auseinanderzusetzen. Dafür wäre es höchste Zeit, und das läge im Sinne dieser Schule.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Aras, gestatten Sie eine Nachfrage?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wie soll man sich mit Ihnen auseinandersetzen, wenn Sie davonlaufen?)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

(Unruhe)

– Ich darf Sie bitten, zur Ruhe zu kommen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Januar 2013 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 15/2853, 15/2902

Berichterstatter: Abg. Josef Frey

Das Präsidium hat eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Professor Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Bundespräsident hat kürzlich in einer viel beachteten Rede zu Europa die Frage gestellt: Wie kann Europa aussehen? Wohin wollen wir mit diesem Europa, und wie können sich die Bürger wieder mit diesem Europa identifizieren? Uns allen ist klar geworden: Europa hat derzeit ein Akzeptanzproblem und leidet auch unter Vertrauensschwund. Deshalb muss alles dafür getan werden, das Vertrauen zu stärken, die Akzeptanz zu erhöhen und die Konflikte nicht zu verschärfen.

Deshalb will ich vorab sagen: Ein Antrag von Rot-Grün, den ich gerade gelesen habe und der zur Folge hat, die großartigen Verhandlungsergebnisse der Kanzlerin beim europäischen Gipfel zu diskreditieren, geht in die falsche Richtung.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen in diesem Zusammenhang dem Bundespräsidenten recht geben, dass ein einfaches „Weiter so!“ in Europa

(Dr. Wolfgang Reinhart)

nicht erstrebenswert ist. Das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Haushaltspolitik. Die Mitgliedsstaaten müssen aus Fehlern der Vergangenheit lernen. Denn die Folgen daraus, dass man jahrelang auf eine Politik des lockeren Geldes gesetzt und sich den notwendigen Strukturreformen verweigert hat, können wir heute besichtigen. Daraus müssen wir Lehren ziehen.

Deshalb hilft es nicht – was teilweise vorgeschlagen wird –, den Menschen in den Krisenstaaten mit Konjunkturprogrammen ein kurzes Strohfeuer zu geben. Wir müssen wegkommen vom Schuldenmachen. Wir müssen eine Tugend, die übrigens auf Baden-Württemberg zurückgeht, wieder lernen. Wir haben damals bei der Föko II unter Vorsitz von Günther Oettinger – ich habe an jeder Sitzung teilgenommen – die Schuldenbremse erfunden. Die Schuldenbremse ist heute ein guter Hauptexportartikel für Europa.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Denn wir müssen sehen: Einfach nur mehr Geld nach Europa zu geben – was gefordert wird –, das ist zu simpel. Auch weitere Konjunkturprogramme wird es nicht zum Nulltarif geben. Wir haben immer gesagt: Nötig ist Solidarität, aber auch Solidität. Deshalb müssen wir konsolidieren und parallel die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Dazu sind in Europa Reformen nötig. Reformen tun in manchen Ländern weh. Derzeit sind 20 von 27 Staaten Defizitstaaten. Deshalb geht es darum, nicht einfach Steuern zu erhöhen, wie es – auch vom Kanzlerkandidaten Steinbrück – vorgeschlagen wird. Das kommt auch im Antrag heraus. Vielmehr geht es darum, solide mit dem Geld des Steuerzahlers umzugehen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

Man darf keine falschen Anreize fordern. Man darf nicht den Fisch, sondern man muss die Angel geben. Angel heißt: Wettbewerbsfähigkeit unter Beachtung solider Staatshaushalte. Deshalb halten wir das reine Drehen an der Steuerschraube für kontraproduktiv.

Ich will betonen: Deutschland ist solidarisch. Deutschland hat in den letzten 20 Jahren 171 Milliarden € mehr in den europäischen Haushalt eingezahlt, als es herausbekommen hat. Aber gerade vor diesem Hintergrund will ich auch die Vorteile für unser Land benennen. Baden-Württemberg ist ein Exportland. Baden-Württemberg ist ein Land mitten in Europa. Wir haben Vorteile, und das sehen wir auch in diesem Zusammenhang.

Deshalb begrüßen wir das diplomatische Geschick von Bundeskanzlerin Merkel, dass sie die widerstreitenden Interessen zusammengeführt hat und auch beim mittelfristigen Finanzrahmen einen Kompromiss im Europäischen Rat gefunden hat. Kompromiss bedeutet immer gegenseitiges Nachgeben im Sinne des Ganzen. Das ist der Bundeskanzlerin mit allen 26 Partnern gelungen.

Nun zur Beratung des Europaberichts: Im Ausschuss wurde gesagt, dass wir, die CDU, die Einbindung der Länder im Bundesrat unterstützen und begrüßen. Auch den vierteljährlichen Bericht begrüßen wir, ebenso wie wir begrüßen, dass bei der europäischen Finanzaufsicht Beschränkungen auf systemrelevante Banken ab einer Bilanzsumme von 30 Milliarden € erfolgen.

Wir halten es bei den Strukturreformen, wie gesagt, für nötig, dass in den EU-Ländern eine bessere Wettbewerbsfähigkeit erzielt wird, allerdings nicht einfach nur mit mehr Geld, sondern auch mit mehr Effizienz. Darum geht es.

Die Kanzlerin hat vier Verhandlungsziele verfolgt. Eines, das erreicht wurde, war, die Ausgaben auf eine Obergrenze von 960 Milliarden € vernünftig zu begrenzen; das ist 1 % des BIP. Das ist erreicht worden. Das ist ein großer Erfolg, den wir loben und anerkennen sollten.

Es wurden ferner neue Wege der Flexibilität gefunden. Auch darauf hat man sich verständigt. Das bedeutet, in Zukunft wird es nicht mehr so viele Rückflüsse aus nicht abgerufenen EU-Geldern geben können. Das ist neu verhandelt worden. In der neuen siebenjährigen Haushaltsperiode wird nun außerdem alle zwei Jahre evaluiert.

Wenn man aber den Gegensatz sieht, der zwischen Landwirtschaftsminister und Europaminister in der Landesregierung hier öffentlich aufgebaut wurde – ich komme gleich darauf –, muss man feststellen: Bei Forschung, Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit wurde viel erreicht. Da muss man die Zahlen sehen, z. B. dass bei Horizon 2020 oder ERASMUS die Mittel um 20 % von 91 Milliarden € auf 126 Milliarden € erhöht werden. Aber ich will hier auch die Zitate des Widerspruchs ansprechen, die wir lesen konnten, z. B. vom Kollegen Bonde:

> *Kürzungen von Mitteln für die Landwirtschaft und die Entwicklung der ländlichen Räume sind angesichts der demografischen Herausforderungen ... nicht verantwortbar.*

Das ist wahr. Da bin ich bei Ihnen. Aber das müssen Sie in der Regierung mit dem Kollegen von der SPD abklären. Dort wird gesagt, das Ergebnis der Agrarpolitik werde kritisiert, es werde kritisiert, dass falsche Zuschussschwerpunkte gesetzt worden seien. Da sagen wir glasklar: Die Landwirte in Baden-Württemberg dürfen nicht unter Wettbewerbsverzerrungen leiden. Und: Auch der ländliche Raum hat eine wichtige Bedeutung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist auch Fürsorge, die wir wahrnehmen müssen. Von wegen „erhöht“: Bei den Landwirten werden die Beträge von 305 € auf 285 € pro Hektar reduziert. Das muss auch moderat sein. Insoweit möchte ich klar sagen: Die Regierung muss schon selbst sagen, was sie will, und darf hier nicht mit gespaltener Zunge sprechen. Das ist ein Punkt, den wir hier zur Klarstellung fordern.

Es ist gut, dass zusätzliches Geld zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt wurde. Denn die Arbeitslosigkeit ist ein großes Problem in Europa. Wir haben in Deutschland das Glück, die geringste Jugendarbeitslosigkeit zu haben. In Spanien, Frankreich liegt die Quote teilweise bei 40 %, 50 %.

Ich will hinzufügen: Es ist wichtig, dass Regeln eingehalten werden. Denn das Problem der Vergangenheit war, dass gegen Regeln verstoßen worden ist. Insoweit war gerade der Einsatz der Kanzlerin unter Einbeziehung von Großbritannien, von Cameron, ein Erfolg. Wir wollen nicht, dass Großbritannien als Stammland der Demokratie diese Europäische Union verlässt.

Deshalb ist es richtig – ich komme gleich zu den Anträgen –, in einer Zeit, in der alle Länder sparen müssen, nicht zu fordern, Europa solle einfach mehr Geld ausgeben. Dieser Weg ist zu simpel. In dieser Zeit hätten die Bürger kein Verständnis dafür, wenn gefordert würde, Europa solle nur mehr Geld ausgeben, um damit seine Herausforderungen zu bewältigen. Nein, ich finde, hier ist ein kluges, hervorragendes und besseres Ergebnis in den Verhandlungen im Rat erzielt worden – wenn man die Interessen des deutschen Nettozahlers im Auge hat.

Ihr Antrag von heute soll schlichtweg den Kanzlerkandidaten Steinbrück unterstützen. Auch das will ich glasklar sagen. Dieser Kanzlerkandidat will Eurobonds. Das lehnen wir ab. Fragen Sie einmal die Bürger, was sie davon halten. Wir wollen nicht, dass der deutsche Steuerzahler immer mehr und unbegrenzter haftet. Das gehört auch dazu. Wir dürfen den deutschen Steuerzahler nicht überfordern. Wir dürfen ihn nicht überlasten. Deshalb ist es keine Lösung,

(Glocke des Präsidenten)

nur Steuererhöhungen zu fordern, Eurobonds zu fordern, einfach nur zu sagen: mehr Geld für Europa – notfalls im neuen Streit mit dem Europaparlament.

Präsident Guido Wolf: Kollege – –

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir haben einen Änderungsantrag gestellt; er liegt Ihnen vor. Dieser Antrag ist sehr solide und sinnvoll.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Ende Ihrer Rede zu kommen.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jawohl. – Wir sagen: Bitte verhandelt mit der Kommission, auch mit der Bundesregierung, damit die EU-Programme strukturell und finanziell so ausgestattet werden, dass Baden-Württemberg weiterhin einen erfolgreichen Weg gehen kann, damit dann, wenn Kompensation nötig ist und Investitionssicherheit sichergestellt werden muss, weil Sie nicht erfolgreich genug verhandeln, dennoch Projektperspektiven bestehen ...

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Professor Dr. Reinhart, ich muss Sie bitten, zum Ende Ihrer Rede zu kommen.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: ... und das Land dies in einer Zeit der höchsten Steuereinnahmen im Wege der Kofinanzierung auch ausgleichen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Frey.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Reinhart, es ist jetzt natürlich schwierig, auf die Schnelle auf diesen schnell gestrickten Antrag, den Sie stellen, einzugehen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Viel mehr Zeit hatten wir bei Ihrem Antrag auch nicht!)

Wenn Sie ihn genau durchlesen, dann werden die Hilflosigkeit und die Tatsache deutlich, dass nichts Neues darin steht. Ich nehme einmal den Abschnitt I, in dem Sie schreiben, dass wir feststellen sollen, dass die Einigung des Europäischen Rats im Sinne der allgemeinen Haushaltskonsolidierung erfolgt sei und die Handlungsunfähigkeit der EU sichergestellt werden könne. Sie beantragen also,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es ist halt mal ein Druckfehler darin!)

dass wir die Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union sicherstellen sollen.

(Heiterkeit bei den Grünen – Vereinzelt Beifall – Glocke des Präsidenten)

Das wollen wir tatsächlich nicht.

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Frey, ich darf an dieser Stelle erwähnen, dass mir soeben mitgeteilt wurde, dass in diesem Antrag ein Schreibfehler enthalten ist.

(Heiterkeit)

Es muss „Handlungsfähigkeit“ heißen.

(Zuruf von der CDU: Das hat er auch gewusst!)

Abg. Josef Frey GRÜNE: Lassen Sie mich nachher zu dem mehrjährigen Finanzrahmen kommen.

Jetzt möchte ich zu der Vorlage und zu dem ausgezeichneten Bericht unseres Europaministers Friedrich kommen, der in eindrucksvoller Weise zeigt, wie sich die Landesregierung hier für ein gemeinsames Europa starkmacht.

Bei der Finanztransaktionssteuer nimmt die EU weltweit eine Vorreiterrolle ein. Sie wissen, dass diese langjährige Forderung von uns durch einen EU-Vorschlag unterstützt wurde, der sehr vielversprechend ist. Auf dem können wir aufbauen. Unsere Hartnäckigkeit in diesem Punkt hat sich gelohnt. Jetzt müssen zu den elf Mitgliedsstaaten noch einige dazukommen, dann wird es ein großer Erfolg.

Einen Rückschlag haben wir allerdings beim Fiskalpakt erlitten, der jetzt in den Vermittlungsausschuss muss, weil die Bundesregierung hier wieder einmal die Länderinteressen zu wenig berücksichtigt hat und die Versprechungen aus dem letzten Jahr nicht hält.

Außerdem hatte die Bundesregierung versprochen, im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens keine Kürzungen in der Struktur- und Kohäsionspolitik vorzunehmen. Aber das ist leider doch geschehen. Da nutzen jetzt auch Ihre Nebelker-

zen nichts, Herr Reinhart, die Sie werfen. Europa darf nicht zum Synonym für Sparen werden. Europa ist mehr als Sparen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deutlich wird die Sackgasse, in die diese extreme Sparpolitik führt, wenn Sie auf den Seiten 10 und 11 der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/2853, noch einmal vor Augen geführt bekommen, dass wir an der Krise bisher ganz gut verdient haben. Am Beispiel Griechenlands sieht man, dass wir bis Ende 2011 von diesem ersten Paket in Höhe von 15 Milliarden €, die wir Deutschen an Krediten gegeben haben, Zinsen in Höhe von 380 Millionen € kassiert haben. Da plädiere ich für Ehrlichkeit in der Politik, indem wir sagen, dass wir von dieser Krise auch profitieren. Solidarität und Wahrheit erfordern es, dass wir darauf hinweisen, wie wir unsere Kassen hier zulasten der Griechinnen und Griechen füllen.

Diese ausschließlich auf Sparen ausgerichtete Politik kann keine Werbung für Europa sein. Haben Sie Lust, an einem gemeinsamen Haus mitzubauen, wenn Sie dort nur privatisiertes Wasser und trockenes Brot bekommen? Da dürfen Sie sich nicht über solche Wahlergebnisse wundern wie z. B. in Italien, wo sie zu Extrempositionen und im Moment zu einer Unregierbarkeit geführt haben. Frau Merkel muss aufhören, Zitronen auszupressen, die schon längst saftlos sind.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir müssen eine Europaperspektive aufzeigen, die Mut macht, an diesem Haus Europa mitzuarbeiten. Dafür brauchen wir Wachstumsimpulse. Die fehlen in der Politik Merkels und in der Politik ihrer Partei total. Der Weg muss wegführen von teuren Ölimporten, die in Griechenland bis zu 80 % des Energiebedarfs decken, hin zu regenerativen Energien, die lokale Wertschöpfungskreisläufe schaffen.

In Spanien gab es von 2009 bis 2011 eine Steigerung der Kosten in diesem Bereich von 3,4 Milliarden € auf 7,2 Milliarden €. Es ist nicht nachzuvollziehen, wieso Wind und Sonne nicht genau in diesen Ländern stärker genutzt werden. Solche Projekte müssen wir unterstützen, Herr Dr. Reinhart. Wir müssen unsere Partnerinnen und Partner in Europa einladen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, indem sie erstens weniger teure, fossile Energie importieren und zweitens selbst mehr regenerative Energie vor Ort produzieren.

Die Landesregierung wird mit der Stärkung der demokratischen Strukturen in Europa Ernst machen. Wir sollten sie dabei unterstützen und – das haben Sie auch angemahnt – Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in und für Europa zurückgewinnen.

Die Landesregierung sollte die Unterstützung aller Fraktionen in diesem Landtag haben, wenn es zur Einberufung eines Konvents kommt, um auch die vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen, die Europa insgesamt krisenfest machen.

Die mit dem Vertrag von Lissabon bereits eingeleitete Demokratisierung holt die Bundesregierung jetzt beim mehrjährigen Finanzrahmen ein. Sie hat offenbar übersehen, dass nach dem Vertrag von Lissabon zum ersten Mal in der Geschichte der EU im Europaparlament eine qualifizierte Mehrheit zu diesem Finanzrahmen vorhanden sein muss. Natürlich kann das Europaparlament diesen Kürzungen nicht zustimmen. Ich meine, wir sollten auch aus Sicht des Landes diesen Kürzungen nicht zustimmen.

Deshalb haben wir zur heutigen Beratung den vorliegenden Beschlussvorschlag eingebracht, den wir auch zur Abstimmung stellen werden. Die Milliardenkürzungen gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission in den beiden angesprochenen Rubriken beeinträchtigen unsere zukünftigen Maßnahmen im Bereich der Energie- und der Verkehrsinfrastruktur, und zwar auch in Deutschland und Baden-Württemberg. Die Kanzlerin ist uns bisher eine Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie wir in Baden-Württemberg mit dem Rückgang der Mittel umgehen wollen. Sagen Sie uns einmal, Frau Merkel und Herr Reinhart, wie wir zukünftig die für uns wichtigen Projekte, etwa im Rahmen der europäischen territorialen Zusammenarbeit mit der Schweiz, finanzieren sollen.

Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass die 6 Milliarden €, die zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt werden sollen, vom Europäischen Sozialfonds abgezwackt und als neues Produkt verkauft wurden. Bei diesen Taschenspielertricks machen wir nicht mit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unser Dank gilt Minister Friedrich, der unsere Stimme in Europa ist

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau!)

und sich dort für das Erreichen weiterer Fortschritte, die in der Wirtschafts- und Währungsunion nötig sind, einsetzt.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch Frau Merkel anerkennt, dass wir im Bereich des Schuldentilgungsfonds und der Eurobills vorangehen müssen. Da wird sie sicherlich von der Realität eingeholt werden.

Lassen Sie uns deshalb in Zukunft die Schritte in Richtung eines gemeinsamen europäischen Hauses mit gutem Brandschutz solider, solidarischer und etwas schneller gehen.

Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Entschließungsantrag, den wir eingereicht haben, nachher zustimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollegin Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wenn wir hier im Landtag über den Europabericht der Landesregierung sprechen, dann ist er meist schon etwas veraltet. Aber ein Thema bleibt leider aktuell: Das ist die Finanzkrise. Das hat auch mit der einseitigen Sparpolitik, die es in Europa gibt, zu tun. Einseitige Sparpolitik, Kollege Reinhart, hat eben nichts mit Solidität zu tun, sondern sie bewirkt letzten Endes das Gegenteil. Die Arbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern steigt weiter. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit steigt dort in unvorstellbare Höhen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Kollegin, wenn ich spare, habe ich etwas! Wenn ich nicht spare, ist es ein Minus!)

(Rita Haller-Haid)

Damit steigt natürlich auch die Staatsverschuldung, Herr Zimmermann. Gleichzeitig sinkt die Realwirtschaft und insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit der Länder in Europa.

Die Politik „Kredite gegen Sparkurs“ hat nicht funktioniert. Das sehen wir jetzt in Italien. Die Italiener haben gewählt, wie sie gewählt haben, weil sie das eben nicht akzeptieren. Das Wort „Reform“ ist bei vielen Menschen in Europa mittlerweile zum Unwort geworden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das Unwort ist „Polizeireform“! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir laufen große Gefahr, dass die Vertrauenskrise in Europa zunimmt. Welche Auswirkungen das hat, können wir uns alle vorstellen, zumal das Vertrauen in Europa ohnehin nicht besonders stark ist.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Deshalb nun einige Stichworte zum Europabericht. Das erste Stichwort ist die Stärkung der parlamentarischen Demokratie und die Reform der EU. Dabei geht es auch um die Rolle, die die Regionen und die einzelnen Bundesländer spielen. Wie Sie wissen, gibt es inzwischen einen Gesetzentwurf, der die Beteiligungsrechte des Bundesrats festschreibt und der unter Federführung Baden-Württembergs zustande gekommen ist.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir müssen hier in diesem Zusammenhang auch über die Rolle der Landtage sprechen. Ich meine, die Landtage müssen in Bezug auf Europa ein Wörtchen mitreden.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Da sind wir beieinander! Jawohl!)

Auch wenn es um den Umbau der EU geht, sollten die Landtage gefragt sein. Deshalb möchte ich eine entsprechende Diskussion auch hier im Landtag einfordern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen sowie des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Das zweite Stichwort ist die Krisenbewältigung. Die krisengeschüttelten Länder brauchen entsprechende Wachstumsinitiativen. Deshalb muss es ein Ende damit haben, dass Frau Merkel nur immer wieder die Keule „Haushaltskonsolidierung“ schwingt. Mit dieser Politik hat sie nämlich ganz wesentlich zur Verschärfung der jetzigen Situation beigetragen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie hat übrigens auch immer nur da Zugeständnisse gemacht, wo es letztlich unvermeidlich war.

Im letzten Jahr ist es zu einem Wachstumspaket gekommen. Dies war jedoch einmalig, und es reicht auf keinen Fall aus. Deshalb brauchen wir jetzt keine weiteren Ausgabenkürzungen so, wie sie im Haushalt vorgesehen sind, sondern wir brauchen in der Tat Konjunkturprogramme. Um Konjunkturprogramme auf den Weg zu bringen, sind Steuereinnahmen erforderlich. Deshalb kommt es ganz entscheidend darauf an, dass wir in Europa endlich die Steuerschlupflöcher schließen und dass der einseitige Wettbewerb um niedrige Steuersätze und niedrige Sozialstandards beendet wird.

Die Landesregierung setzt sich deshalb für ein europäisches Bündnis zur Stärkung der Staatseinnahmen und für einen europaweiten Mindestsatz für die Besteuerung von Vermögen ein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Zu begrüßen ist auch, dass wir endlich eine Finanztransaktionssteuer bekommen. Dafür hat sich die sozialdemokratische Fraktion sehr stark eingesetzt, ebenso wie die Grünen. Das ist aber auch der zähen Kampagnenarbeit vieler Initiativen, auch hier in Deutschland, zu verdanken. An dieser Stelle möchte ich mich einmal ganz ausdrücklich für diese Arbeit bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Aber es kommt jetzt natürlich auch darauf an, dass die Finanztransaktionssteuer auch vor dem Hintergrund der anstehenden Bundestagswahl endlich umgesetzt wird. Dies muss schneller vonstattengehen.

Vonseiten Baden-Württembergs sind wir auch dafür, dass dieses Geld der EU zur Verfügung gestellt wird. Denn mit diesem Geld könnte man z. B. die Programmmittel für die Jugendgarantie aufstocken, was dringend notwendig wäre. Im Rahmen dieser Jugendgarantie gibt es derzeit Zuschüsse für Länder, die eine Jugendarbeitslosenquote von über 25 % aufweisen. Das ist sicher ein richtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Denn schon eine Jugendarbeitslosenquote von 20 % ist eine Katastrophe, und selbst eine Quote von 10 % ist viel zu hoch. Jeder arbeitslose Jugendliche ist nämlich ein arbeitsloser Jugendlicher zu viel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das dritte Stichwort heißt Bankenregulierung. Wir haben uns ja gemeinsam dafür eingesetzt, dass die Sparkassen und Genossenschaftsbanken – die nicht die Verursacher der Krisen waren – keine Nachteile durch die Regulierungen haben. Das ist auch weitgehend gelungen. Um die Kreditvergabe für unseren Mittelstand müssen wir uns, glaube ich, keine Sorgen machen. Die Kreditvergabe wurde vereinfacht, und damit sind Kredite auch billiger, sodass hierdurch ein Schub zu erwarten ist.

Was jedoch die Aufsicht anbelangt, gibt es noch einige Unterschiede. Es gibt eine Erklärung der EU, dass dies in nationaler Hand verbleiben soll. Aber eine Erklärung ist eine Erklärung. Ich denke, an dieser Stelle müssen wir wachsam bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Richtig erfreulich finde ich, dass die Tage der schwindelerregenden Bankerboni endlich gezählt sind. Da ist eine Einigung erzielt worden: Bonuszahlungen werden jetzt grundsätzlich auf den doppelten Betrag des Grundgehalts begrenzt. Das ist ein großer Fortschritt, denn die Boni haben natürlich dazu beigetragen, dass die Banker in der Vergangenheit bestimmte Risiken eingegangen sind. So wurde u. a. die Finanzkrise mit verursacht.

Noch ein Wort zur Trinkwasserversorgung: Wir haben dazu einen gemeinsamen Entschließungsantrag verabschiedet. So,

(Rita Haller-Haid)

wie es jetzt aussieht, wird die Europäische Kommission einen neuen Vorschlag vorlegen. Ich finde es übrigens sehr erfreulich, dass die hierfür notwendige Zahl von Unterschriften zusammengekommen ist. Ich möchte mich bei allen, die mitgeholfen haben, noch einmal herzlich bedanken; denn das ist letzten Endes auch ein Erfolg für die Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Als letztes Thema der EU-Haushalt: Die Bundesregierung hat beim letzten Gipfel die Möglichkeit vertan, den EU-Haushalt an der Europa-2020-Strategie auszurichten. Hinzu kommt, dass beim jetzigen EU-Haushaltsplanentwurf die Ausgabenermächtigungen die Einnahmen übersteigen. Damit gehen wir die Gefahr ein, dass es in Europa zur Verschuldung kommt. Allerdings sieht die Sparpolitik, die jetzt vorgeschlagen ist, Kürzungen der Strukturmittel für Forschung, für Innovation vor. Das schadet letzten Endes auch Baden-Württemberg.

Daher möchte ich Sie im Interesse unseres Landes herzlich bitten, unserem Antrag heute zuzustimmen und die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus Baden-Württemberg aufzufordern, im Europäischen Parlament das Wort für Baden-Württemberg zu ergreifen und diesen Kürzungen, die vor allem die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg massiv betreffen, nicht zuzustimmen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Abg. Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist und war wegweisend, was die Zusammenarbeit, Information und Beteiligung zwischen Regierung und Landtag angeht. Damit haben wir in der letzten Legislaturperiode ein gutes Beispiel gesetzt.

Jetzt wird über die Novellierung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union diskutiert. Ich hoffe, dass die Diskussion zu einem ordentlichen Ergebnis führt. Allerdings muss man mit Blick auf unser Land deutlich machen, dass es an der einen oder anderen Stelle schlicht hakt. Bis die Ministerien ihre Berichte koordiniert und dem Landtag übermittelt haben, ist die Befassung mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission im Bundesrat schon erfolgt oder steht unmittelbar bevor. Trotz der Berichtsbögen zu den Mitteilungen ist das Lesepensum nahezu nicht zu schaffen. Hier muss die Regierung einfach schneller werden.

Die Berichte über europapolitische Themen, die wir regelmäßig von der Landesregierung vorgelegt bekommen, sind – das ist löblich – wie die Stellungnahmen zu vielen Berichtsanträgen ausgesprochen umfangreich und informativ.

Aber ich frage Sie: Müssen wir zur Erfüllung unserer parlamentarischen Kontrollfunktion wirklich wissen, dass es zur Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit den Vereinigten Staaten von Amerika eine „Internationale Happy Hour“ auf der Hannover Messe Industrie im letzten Jahr gegeben hat? Die wesentliche Frage ist doch: Erreichen wir mit unserer Tätigkeit die Bürger? Interessieren sich mehr Bürgerinnen und Bürger für die Europapolitik, wenn wir öffentliche Ausschusssitzungen durchführen? Machen wir den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber deutlich, welche Vorteile Europa jedem persönlich bietet? Ich finde, das machen wir nicht genug. Deshalb wünsche ich mir, dass wir zeigen, wo überall uns Europa konkret im Land und in der Gemeinde begegnet. Weisen wir auf von der EU geförderte Projekte und Initiativen hin. Ich bin mir sicher, dann würden die Bürger Europa als ihr Europa verstehen und es vielleicht eher akzeptieren.

Morgen werden wir uns hier auf Initiative der Grünen mit den Brüsseler Finanzbeschlüssen beschäftigen. Es ist schon jetzt zu erkennen, dass diese zu einer Schwächung des ländlichen Raums in Baden-Württemberg führen werden. Ich will die Diskussion nicht vorwegnehmen, aber bemerkenswert ist das schon. Was hier von den Grünen als Mangel beklagt wird, wirft die europapolitische Sprecherin der Grünen in Hessen, Frau Erfurth, dem dortigen FDP-Minister vor, nämlich dass er einen möglichst hohen Anteil von Fördermitteln aus EU-Töpfen abgreift. Sind möglichst hohe Fördermittel gut, oder sind sie böse? Oder sind hohe Fördermittel in Hessen böse, in Baden-Württemberg aber gut? Darüber kann sich jeder selbst ein Bild machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bundespräsident hat kürzlich appelliert, mehr Mut zu Europa zu haben. Das ist gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise eine klare Botschaft an Euroskeptiker, die eine Renationalisierung anstreben. Der Appell ist aber auch ein Aufruf an uns, Bedenken zurückzustellen und gemeinsam erfolgreich zu sein, auch um unsere Werte und Ideale zu bewahren. Völlig zu Recht weist der Bundespräsident auf die zahlreichen Vorzüge von mehr Europa hin, die längst Teil unseres Alltags geworden sind: Binnenmarkt, Zollfreiheit, Reisefreiheit, gemeinsame Währung. Von diesen Errungenschaften profitieren viele Bürger der EU Tag für Tag. Wir alle hier sind gefordert, immer wieder auf diese Vorzüge hinzuweisen, damit wir Europa gemeinsam voranbringen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Friedrich.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zu Beginn meiner Rede dafür bedanken, dass es möglich war, die Debatte über den europapolitischen Bericht vorzuziehen. Das ermöglicht mir heute Abend die Teilnahme an dem Donausalon, den wir, die Landesvertretung Baden-Württemberg, gemeinsam mit der Österreichischen Botschaft im Rahmen der Internationalen Tourismusmesse in Berlin durchführen, um dem Thema Donauzusammenarbeit auch im Tourismusbereich einen höheren Stellenwert zu geben. Auch das ist ein Beitrag praktisch gelebter Europapolitik des Landes. Deswegen herzlichen Dank für diese Möglichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Minister Peter Friedrich)

Ganz zu Beginn haben Sie, Herr Abg. Reinhart, das Thema „Vertrauensverlust in Europa“ angesprochen. Ich will das gern aufnehmen, weil das, glaube ich, immer noch der Umstand ist, der uns die meisten Sorgen bereiten muss. Unabhängig von den Krisen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann, müssen wir feststellen, dass der Verlust von Vertrauen in die Europäische Union und in die Art und Weise, wie auf der europäischen Ebene Politik gemacht wird, zunimmt. Einige Wahlergebnisse sprechen Bände.

Ich halte es deswegen für ein echtes Problem für die Zukunft Europas, dass sämtliche Debatten über die institutionelle Weiterentwicklung, über die Demokratisierung Europas, über Gewaltenteilung, über klarere Zuständigkeiten auf Druck der Bundeskanzlerin auf die Zeit nach der Bundestagswahl vertagt werden mussten. Ich glaube, dass das Angehen der Vertrauenskrise in Europa keinen Aufschub duldet. Deswegen ist es, meine ich, kein gutes Signal, dass die Debatte über die zukünftigen Institutionen und die Demokratisierung Europas vertagt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich glaube, wir können auch erkennen, dass eine Politik, die ausschließlich auf Konsolidierung setzt, nicht erfolgreich sein kann. Ich gebe Ihnen völlig recht, dass wir auf gemeinsame Regeln guter Haushaltsführung in Europa drängen müssen. Da ist der Fiskalpakt wichtig; ich sage gleich noch etwas zur Umsetzung bei uns. Aber Sparen allein führt Europa nicht aus der Krise, denn die Schuldentragfähigkeit der Länder, die diese Medizin verabreicht bekommen, ist ja nicht gestiegen. Sie ist leider gesunken, weil die Wirtschaft nach wie vor schneller schrumpft, als die Haushalte überhaupt zusammengekürzt werden können. Das zeigt, dass hinter diesem Modell bisher keine ökonomische Strategie steckt. Das macht es unheimlich schwierig.

Deswegen will ich darauf hinweisen: Es gibt auch noch andere Wege, wie wir Wachstum in Europa befördern können, die nicht per se mit neuen Verschuldungsprogrammen einhergehen. Der EU-Kommissar Semeta hat uns vorgerechnet, dass die europäischen Staaten aufgrund der in Europa bestehenden Steuerschlupflöcher ungefähr 1 Billion € an Steuereinnahmen pro Jahr verlieren. Das heißt, die Steuerharmonisierung ist entscheidend für die Frage: Bringen wir den europäischen Staaten überhaupt die Möglichkeit zurück, handlungsfähige Staatswesen zu sein?

Wir müssen uns nicht über Wahlergebnisse in Italien wundern, wenn die europäische Reformpolitik einzig und allein aus Kürzungsprogrammen besteht und Zukunftschancen zerstört, aber nicht eröffnet. Gerade bei der Frage der Haftung, bei der Frage, wie wir die Steuereinnahmen der Staaten stabilisieren können, braucht es mehr Europa und mehr gemeinsames Europa und nicht eine einseitige Konsolidierungsstrategie, die faktisch Zukunftschancen beendet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

– Ja, da sind wir uns völlig einig. Es geht auch um den Vollzug. – Es ist ein Skandal, dass die reichsten Bürger südeuropäischer Länder momentan in Deutschland große Immobilienbestände aufkaufen, aber in ihren Heimatländern nach wie vor nicht in vernünftigem Maß Steuern zahlen. Das wäre ein Beitrag, den wir gemeinsam leisten könnten – da leisten wir auch praktische Verwaltungszusammenarbeit –, um die Steuermoral zu heben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Am letzten Freitag hat der Bundesrat den Entwurf des Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts in den Vermittlungsausschuss verwiesen,

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

weil sich die Bundesregierung nach wie vor weigert, bei der innerstaatlichen Umsetzung das zu vollziehen, was wir gemeinsam verabredet haben. Dazu gehört die Frage der Entflechtungsmittel, dazu gehört die Frage der gemeinsamen Bund-Länder-Anleihen, dazu gehört aber auch etwas, was uns gemeinsam sehr wichtig war, nämlich dass im Haushaltsgrundsätzegesetz die Haushaltsautonomie der Länder festgeschrieben wird.

Deswegen: Ich bin für mehr Europa, gerade auch in Finanz- und Steuerfragen, aber dazu gehört, dass die Souveränität der Mitgliedsstaaten und die föderale Struktur nicht infrage gestellt werden. Deswegen bitte ich auch um Ihre Unterstützung, dass sich die Bundesregierung an dieser Stelle endlich bewegt und tatsächlich das macht, was sie uns zugesagt hat.

Dies gilt genauso für das Thema Finanztransaktionssteuer. Ich glaube, das Signal, das jetzt von Berlin ausging, dass man sagt: „Wir nehmen einmal die kalkulierten Einnahmen heraus; wir wissen sowieso nicht, ob es kommt“, ist kein gutes Signal. Ich finde auch, man sollte nicht mit Einnahmen kalkulieren, von denen man nicht weiß, ob sie realisiert werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist besser!)

– Das findet durch den Bundesfinanzminister munter statt. – Wir sollten gemeinsam darauf drängen, dass die Finanztransaktionssteuer tatsächlich kommt.

Ich sage auch: Wir sollten gemeinsam eine Debatte auch darüber führen, wie die Mittel aus der Finanztransaktionssteuer verwendet werden. Ich bin sehr dafür, dass das Aufkommen aus der Finanztransaktionssteuer auch der europäischen Politik zugutekommt. Ich halte es übrigens auch für einen guten Weg, damit einen Altschuldentilgungsfonds oder anderes abzufinanzieren, um die Verursacher der Krise tatsächlich an der Bewältigung der Folgen der Krise zu beteiligen. Ich möchte gern, dass die Finanzgeschäfte in Europa besteuert werden und dass die Einnahmen daraus genutzt werden, um damit Schulden der Staaten zu tilgen, die Schulden machen mussten, um die Finanzkrise abzuwehren. Dazu gehört übrigens auch die Bundesrepublik Deutschland.

Noch ein Wort zur Frage der Beteiligung der Länder. Wir verhandeln immer noch über eine Überarbeitung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union. Wir drängen darauf. Wir haben jetzt ein gutes Verhandlungsergebnis auf dem Tisch liegen, das feststellt, dass der Bundesrat die gleichen Unterrichtungs- und Beteiligungsrechte hat wie der Bundestag. Ich hof-

fe, dass wir hier – da fehlen mir noch die Signale von den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP – zu einer Parallelbehandlung kommen, damit das, was nötig war, nämlich vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, um die Beteiligungsrechte einzufordern, nicht wieder notwendig wird, sondern diese Rechte festgeschrieben werden. Auch hier wünsche ich mir mehr Föderalismusfreundlichkeit seitens der Bundesregierung.

Unter Federführung Baden-Württembergs haben wir jetzt einen Kompromiss aller Bundesländer erzielt. Auch die Bundesregierung, die Ministerien waren damit einverstanden. Jetzt wäre es notwendig, das auch zu behandeln. Ich hoffe, wir bekommen dazu vor der Bundestagswahl einen Beschluss zustande, der den Ländern volle Mitwirkungsrechte in Angelegenheiten der Europäischen Union sichert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Ich komme zum letzten Thema, das hier auch die Debatte bestimmt hat, zu der Frage des mehrjährigen Finanzrahmens.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf um Aufmerksamkeit bitten.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Ich möchte an erster Stelle darauf hinweisen – ich begrüße ausdrücklich den Antrag, der dazu von den Regierungsfraktionen vorgelegt wurde –: Ich hoffe sehr, dass das Europäische Parlament seinen Parlamentsvorbehalt für den mehrjährigen Finanzrahmen nutzt. Wir wünschen uns sehr, schnell Planungssicherheit zu bekommen. Aber gerade, nachdem man bei ESM, Fiskalpakt, EFSF immer wieder die Parlamente absichtsvoll herausgehalten hat, ist es wichtig, dass sich das Parlament jetzt auch auf die Hinterfüße stellt – das sehen übrigens die Haushaltsberichterstatter der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament genauso – und deutlich sagt: Nach dem Vertrag von Lissabon obliegt dem Parlament und nicht den Regierungschefs die Schlussabstimmung über den europäischen Haushalt und den Kompromiss. Deswegen ist es notwendig, dass das Parlament die Möglichkeit des Vorbehalts nutzt. Allein aus Gründen der parlamentarischen Hygiene in der europäischen Politik ist es notwendig, diesen Parlamentsvorbehalt geltend zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie haben gesagt, die Kritik, die wir, die Landesregierung, an den Verhandlungsergebnissen geübt haben, sei unbotmäßig bzw. schwäche die Bundesregierung in Europa. Dazu möchte ich zunächst einmal festhalten, dass die Bundesregierung ihr eigentliches Verhandlungsziel nicht erreicht hat. Der Nettozahlungssaldo Deutschlands sinkt nicht, sondern steigt. Die Behauptung, man habe für Deutschland einen Sparkurs durchgesetzt, stimmt also in keiner Weise.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es!)

Darüber hinaus sind die Stellungnahmen der EVP-Fraktion zur inneren Struktur des Haushalts ziemlich eindeutig. Die Chance, diesen Haushalt auf die Zukunftsthemen in Europa auszurichten, ist verpasst worden. Wo soll denn Wachstum entstehen, wo sollen denn Arbeitsplätze für die jungen Menschen entstehen, wenn wir in vielen Bereichen weit hinter dem zurückgeblieben sind, was hinsichtlich Wissenschaft, Innovation, Strukturförderung etc. vorgeschlagen worden ist?

Ich nenne nur ein Beispiel. Der Breitbandausbau ist für den ländlichen Raum von großer Bedeutung und für die Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Räume von noch größerer Bedeutung. Nach diesem Kompromiss stehen für den Breitbandausbau in ganz Europa gerade einmal 1 Milliarde € für sieben Jahre zur Verfügung. So werden wir den Breitbandausbau aber nicht vorantreiben. Vielmehr werden die Zuschüsse Europas eher zu einer Verlangsamung des Breitbandausbaus führen, weil die Förderbeträge so minimal sind, dass letztlich die Soße deutlich teurer als der Braten wird.

Das ist nur ein Beispiel, das zeigt, dass das, was jetzt vorliegt, in keiner Weise den Interessen Baden-Württembergs und insbesondere auch nicht den Interessen der ländlichen Räume in Baden-Württemberg gerecht wird. Deswegen ist es notwendig, dass dieser Haushalt weiter verhandelt wird und Innovation und Technologie gestärkt werden.

Die Landesregierung war sehr erfolgreich hinsichtlich der Aufteilung der Mittel innerhalb Deutschlands. Nachdem bisher knapp 3 % der EFRE-Mittel nach Baden-Württemberg geflossen waren, konnten wir eine Verdopplung der Beträge erreichen. Wir müssen allerdings noch abwarten, was mit den Sicherheitsnetzen passiert. Das ist ein Erfolg dieser Landesregierung.

Wenn aber hinsichtlich der Innovationen in Europa der Sparhammer geschwungen wird, dann wird unser Verhandlungserfolg am Ende des Tages keinen Bestand haben, weil dann zu wenig Mittel bereitgestellt werden, die für Innovationen im Land eingesetzt werden können.

In diesem Sinn bitte ich CDU und FDP/DVP hier im Landtag, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die Verhandlungserfolge, die wir für das Land erreicht haben, nicht zunichtegemacht werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stratthaus?

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Gern.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Sie haben viele Maßnahmen angeführt, die alle mit Kosten verbunden sind. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass es für die Länder viel besser wäre, wenn man das machen würde, was wir vor zehn Jahren gemacht haben, nämlich Reformen auf der Angebotsseite wie beispielsweise die Agenda 2010? Ihre Partei könnte doch eigentlich stolz darauf sein;

(Zuruf von der SPD: Sind wir auch!)

denn das war eine Sache, die uns noch heute hilft. Ihre Vorschläge laufen jedoch auf eine immer höhere Verschuldung hinaus.

(Gerhard Stratthaus)

Noch eine letzte Frage: Welchen Beitrag können wir zur Verbesserung der Steuermoral in Griechenland leisten? Wollen Sie vielleicht, dass am deutschen Wesen das griechische Steuerwesen genest? Wollen Sie im Ernst deutsche Beamte nach Griechenland schicken? Das würde etwas geben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sollen wir vielleicht die Kavallerie dorthin schicken?)

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Herr Stratthaus, herzlichen Dank. Zum Thema Verschuldung: Der EU-Haushalt, den Frau Merkel durchgesetzt hat, weist eine Unterdeckung von über 50 Milliarden € auf. Das heißt, momentan treibt diese Bundesregierung die EU in eine Verschuldung hinein, die es gar nicht geben darf. Die EU darf sich nämlich nicht verschulden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Eben!)

Mit dem vorliegenden Haushalt ist aber eine Neuverschuldung der EU von 50 Milliarden € verbunden. So viel zu der Frage, wer dafür sorgt, dass in Europa Schulden entstehen. In diesem Fall ist das die Bundesregierung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Merkel! – Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Es geht doch nicht um die kleinen Schulden des EU-Haushalts! – Abg. Winfried Mack CDU: Ich glaube, Sie bringen da etwas durcheinander! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Außerdem habe ich deutlich gesagt, dass wir zu einer Steuerharmonisierung in Europa kommen müssen, damit die Steuerschlupflöcher geschlossen werden und die den Staaten zustehenden Steuereinnahmen nicht verloren gehen. Damit können wir die Finanzausstattung der Staaten verbessern und – auch aus dem Aufkommen der Transaktionssteuer – z. B. einen Altschuldenfonds bedienen, um den überschuldeten Ländern einen Teil ihrer Schulden abzunehmen. Das muss selbstverständlich mit Verpflichtungen verbunden sein. Dazu gehört auch die Haftung. Aber ich glaube, wir brauchen an diesen Stellen tatsächlich eine Entlastung von der Schuldenlast in diesen Ländern.

Zum Thema „Innere Strukturreform“:

(Zuruf des Abg. Gerhard Stratthaus CDU)

Dagegen habe ich überhaupt nichts – verstehen Sie mich nicht falsch –, ganz im Gegenteil. Ich halte es ausdrücklich für richtig, dass da Strukturreformen stattfinden. Aber ich bitte Sie: Fragen Sie doch auch einmal bei dem italienischen Mitglied der konservativen Parteienfamilie in Europa nach – das ist, wenn ich es richtig weiß, Herr Berlusconi –,

(Zurufe von der CDU)

wie er sich denn zu den inneren Strukturreformen in Italien bei der Frage „Wie bringen wir den italienischen Arbeitsmarkt auf Trab?“ positioniert hat. An der Antwort auf diese Frage wäre ich interessiert.

Insofern glaube ich: Wir sind da gar nicht weit auseinander. Wir finden wahrscheinlich in jedem Parteienkorb ein faules Ei. Da stimme ich Ihnen zu. Aber da haben Sie, glaube ich, auch ein paar mit im Gepäck. An dieser Stelle können wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Strukturreform in Europa vorangeht.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Gerhard Stratthaus CDU)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 15/2902.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Minister Reinhold Gall: Reinhold, runter von der Regierungsbank!)

– Ganz ruhig. Der Herr Minister weiß sicherlich, wohin er bei der Abstimmung gehört.

(Heiterkeit)

Der Ausschuss für Europa und Internationales schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/2853, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Wir haben noch über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3169, der Ihnen vorhin ausgeteilt wurde, sowie über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3167, abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3169, abstimmen, in dem es unter Abschnitt I in der dritten Zeile richtigerweise heißen muss „Handlungsfähigkeit der EU“. Sind Sie damit einverstanden, dass die Abschnitte I und II gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden? – Dies ist der Fall.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3167. Sind Sie damit einverstanden, dass die Abschnitte I bis III gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden?

Kollege Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Wir bitten darum, über Abschnitt I, Abschnitt II und Abschnitt III Ziffer 1 gemeinsam und über Abschnitt III Ziffer 2 getrennt abzustimmen.

Präsident Guido Wolf: Sie stimmen dem zu. – Wer Abschnitt I, Abschnitt II und Abschnitt III Ziffer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Insoweit mehrheitlich zugestimmt.

Wer Abschnitt III Ziffer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Immerhin!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Insoweit einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung – den letzten Tagesordnungspunkt vor der Mittagspause – auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Aufhebung des Schlichtungsgesetzes – Drucksache 15/3024

Das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Minister Stickelberger.

Justizminister Rainer Stickelberger: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich darf heute unseren Gesetzentwurf einbringen, mit dem wir das Schlichtungsgesetz, das derzeit noch in Kraft ist, aufheben wollen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf Sie um Aufmerksamkeit für die Ausführungen des Herrn Justizministers bitten.

Justizminister Rainer Stickelberger: Wenn ich eine Überschrift für unsere Initiative wählen sollte, dann würde ich formulieren: Das Schlichtungsgesetz bringt es schlicht nicht.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das ist leider die negative Bilanz, die wir angesichts der erhobenen Zahlen nach knapp zwölfeinhalb Jahren Geltung des Schlichtungsgesetzes in Baden-Württemberg ziehen müssen. Das Gesetz hat sich nicht in dem erhofften Maß bewährt.

Die Zahl der Schlichtungsverfahren ist seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2000 ebenso kontinuierlich zurückgegangen wie die Zahl derjenigen Verfahren, die durch eine außergerichtliche Einigung beendet werden konnten. Dies hat sich erst vor ein paar Tagen nach Auswertung der Zahlen auch für das Jahr 2012 bestätigt. Es hat sich gezeigt, dass es in etwa 80 % der Fälle, in denen zunächst ein Schlichtungsverfahren durchgeführt wurde, dann doch zu einem Klageverfahren gekommen ist. Der mit dem Gesetz verfolgte Zweck, einerseits die außergerichtliche Konfliktbeilegung zu fördern und aufzuwerten und andererseits die Justiz zu entlasten, konnte nur zu einem kleinen Bruchteil verwirklicht werden.

Zudem ist aus der gerichtlichen Praxis und der Anwaltschaft bekannt, dass das Schlichtungsgesetz in einer Vielzahl von Fällen zu einer Ausweichbewegung in das Mahnverfahren geführt hat. Die zwingende Durchführung eines Schlichtungsverfahrens – sie ist zwingend – wird von den Beteiligten vielfach als bloßer Formalismus und als Behinderung bei der Erlangung von Rechtsschutz empfunden, also als eine zwangsweise, im Gesetz geregelte Erschwernis, die mit zusätzlichen Kosten verbunden ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb haben sich in den vergangenen Wochen und Monaten alle angehörten Verbände und die Praxis – etwa die Rechtsanwaltskammern, der Anwaltsverband Baden-Württemberg und die Gerichte – uneingeschränkt dafür ausgesprochen, das Schlichtungsgesetz vollständig aufzuheben. Genau so sieht es unser Gesetzentwurf vor.

Die Abschaffung des Schlichtungsgesetzes – darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen, um nicht falsch verstanden zu werden –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

darf nicht als generelle Absage an Möglichkeiten der alternativen außergerichtlichen Streitbeilegung missverstanden werden. Diese Möglichkeiten, die es in vielfältiger Weise gibt, bleiben vielmehr erhalten und werden von mir weiterhin ausdrücklich begrüßt. Ich bin davon überzeugt, dass konsensuale Lösungen zur Beilegung von Streitigkeiten aller Art zu fördern sind.

Erst kürzlich – ich darf das als Beispiel anführen – haben wir im „Bundeskongress Elternkonsens“ in Stuttgart, den wir mit veranstaltet und organisiert haben, deutlich gemacht, dass im Interesse der betroffenen Kinder in den Verfahren vor den Familiengerichten – bei geschiedenen Eltern oder in Scheidungsverfahren – einvernehmliche Lösungen zu fördern sind.

Mit der Aufhebung des Schlichtungsgesetzes verzichten wir darauf, dass Prozessparteien zwingend vorgeschrieben wird, in bestimmten Fällen zunächst ein Schlichtungsverfahren durchzuführen. Andere Möglichkeiten einer außergerichtlichen Einigung verlieren dadurch nicht an Attraktivität, sondern gewinnen im Gegenteil sogar. So kann etwa jederzeit ein Güteverfahren vor einer durch die Landesjustizverwaltung anerkannten oder vor einer sonstigen Gütestelle durchgeführt werden.

Unabhängig davon – das will ich Ihnen nicht verschweigen – kann sich Baden-Württemberg innerhalb der Gerichtsverfahren einer ausführlichen Güteverhandlungspraxis rühmen. Wir haben eine ausgeprägte Vergleichskultur in Baden-Württemberg. Das hängt mit dem guten Klima zwischen den Prozessbeteiligten vor den Gerichten zusammen. Wir schneiden hier im Ländervergleich gut ab. Wir haben die höchste Vergleichsquote. Das zeigt, dass die gerichtlichen Verfahren bei uns durchweg darauf angelegt sind, dass sich die Parteien einigen und nicht im Streit auseinandergehen, sodass es keiner gerichtlichen Entscheidung bedarf.

Ich sehe in der Aufhebung des Schlichtungsgesetzes, des zwangsweise vorgeschalteten Schlichtungsverfahrens, auch einen Beitrag zur Entbürokratisierung im Interesse der Rechtsuchenden und im Interesse der Justiz, die dadurch entlastet wird.

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich gegenüber unserem Gesetzentwurf aufgeschlossen zeigen könnten, und freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Dort haben wir aufgrund einer parlamentarischen Anfrage schon zum Zahlenwerk im Hinblick auf das Schlichtungsverfahren Stellung genommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Hitzler.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man ein Gesetz macht, hat man gewisse Hoffnungen. So war es auch beim Schlichtungsge-

(Bernd Hitzler)

setz. Mit einem Vorschaltverfahren wollte man versuchen, zu erreichen, dass es bei den Amtsgerichten weniger Prozesse gibt. Das hat einen gewissen Charme. Man hat auch daran gedacht, die Justiz zu entlasten und Bürokratie abzubauen. Zum damaligen Zeitpunkt war der Gedanke richtig.

Herr Minister, Sie haben die Entwicklung deutlich dargelegt. Die Ziele wurden bei Weitem nicht erreicht. Wenn man sieht, dass die Zahl der Schlichtungsverfahren deutlich zurückgegangen ist und die Erfolgsquote nur noch bei durchschnittlich 18 % liegt, dann ist dies ein ganz kümmerliches Ergebnis.

Im Laufe der Jahre wurde insbesondere von Rechtsanwälten wiederholt zu uns Parlamentariern gesagt: „Hebt das Gesetz auf, es bringt nicht mehr viel." Ich denke, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um dies zu tun. Hierzu liegen sehr deutliche Anhörungsergebnisse vor. Es kommt selten einmal vor, dass sich bei einer Anhörung alle so einig sind.

Bei dieser Einigkeit will sich auch die CDU-Fraktion einreihen. Wir werden dem Gesetzentwurf zur Aufhebung des Schlichtungsgesetzes zustimmen. Dann kann man sagen: Jetzt ist endgültig ausgeschlichtet.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dann wird gleich wieder gestritten!)

Das heißt aber nicht, dass man nicht durch förmliche Verfahren noch etwas tun kann. Ich denke, wir können das Gesetz hier im Konsens aufheben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Halder.

Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Wesen einer guten Regierungs- und Gesetzgebungsarbeit gehört es, Entscheidungen und Gesetze regelmäßig auf ihre Wirkung hin zu überprüfen. Dies gilt insbesondere für Grün-Rot, da wir uns einer guten Regierungsarbeit verpflichtet fühlen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Reine Theorie!)

Folgerichtig haben wir das Schlichtungsgesetz auf den politischen Prüfstand gestellt und dürfen Ihnen, sehr geehrter Herr Justizminister, für die umfassenden Vorarbeiten Ihres Hauses danken. Im Ergebnis teilen wir die Einschätzung des Justizministeriums. Die Möglichkeit, eine Schlichtung obligatorisch vorzuschreiben, hat sich nicht bewährt. Im Gegenteil, diese Vorschrift führte zu einem großen Anteil von Verfahren, bei denen eine Einigung von vornherein auszuschließen war.

Daher ist es richtig und wichtig, darüber nachzudenken, wie es mit dem Schlichtungsgesetz weitergeht. Auch hier teilen wir die Einschätzung des Ministeriums, dass eine komplette Aufhebung des Gesetzes den Wünschen der Praxis besser entgegenkommt als eine Teilrevision, nicht zuletzt weil dadurch ein Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet wird.

(Unruhe)

Die anderen Bundesländer machen es uns vor.

Schließlich ging die Zahl der Schlichtungsverfahren in den letzten zehn Jahren um fast ein Drittel zurück. Relativ konstant blieb der Anteil der Einigungen. Aber knapp 20 % Schlichtungen sind eben nicht die Welt.

Außen vor bleibt natürlich die Frage, ob Bagatellstreitigkeiten, auf die das Gesetz eigentlich zielte, überhaupt gerichtlich zu klären sind. Wir Grünen setzen auch hier auf ein Mehr an Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft. Eine aktive und intakte Nachbarschaft hilft ungemein, Streit gar nicht erst entstehen zu lassen oder ihn zu schlichten, ohne die Justiz bemühen zu müssen. Die Justiz leistet zwar eine sehr gute Arbeit; dennoch können die eingesparten Ressourcen einer weiteren Verbesserung der Justiz zugutekommen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Gerade als aktiver Jugendschöffe weiß ich, wie häufig es auch aus nichtigen Gründen Auseinandersetzungen gibt. Eine aktive Gemeinschaft, die alle ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Einkommens einschließt, kann hier sehr viel bewirken.

Die Fraktion GRÜNE stimmt dem Entwurf natürlich zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon fast ein wenig historisch, dass wir am heutigen Tag ein Gesetz aufheben und nicht durch ein anderes ersetzen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Abwarten! Am Nachmittag bekommen wir ein neues!)

– Kollege Zimmermann kündigt an, die CDU wolle ein neues einführen. Da sind wir einmal gespannt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein, Sie!)

Es ist also fast historisch. Das Gesetz war – Kollege Hitzler hat es angesprochen – gut gemeint, Herr Kollege Goll. Aber gut gemeint ist nicht immer gut gemacht und gelingt auch nicht immer in der Praxis.

Das hat dieses Gesetz gezeigt, und das zeigen auch die Zahlen. Vor allem dann, wenn Streitverfahren auf Forderungen beruhen, wenn es darum geht, ob Schuldner zahlen wollen oder nicht zahlen wollen bzw. nicht zahlen können, hilft eine Schlichtung relativ wenig. Auch im Allgemeinen glaube ich, dass eben nicht weniger Bürokratie entstanden ist, sondern dass die Amtsgerichte mit zusätzlicher Arbeit belastet worden sind.

Vor allem, wenn sich an außergerichtliche Schlichtungsverfahren noch gerichtliche Verfahren anschließen, zieht sich die Gesamtdauer doch in die Länge. Da wir in Baden-Württemberg bekannt dafür sind, dass wir an den Gerichten sehr kurze Verfahren haben, glaube ich, dass das Schlichtungsgesetz auch in dieser Hinsicht nicht zielführend war.

(Sascha Binder)

Es wurde davon gesprochen, dass gerade auch der Anwaltsverband und die Anwälte in Baden-Württemberg von der Möglichkeit der außergerichtlichen Schlichtung sehr wenig Gebrauch gemacht haben und sich davon auch wenig Erfolg versprochen haben. Die Zahlen, die Herr Minister Stickelberger vorgetragen hat, stimmen auch mit meinen Beobachtungen aus der Praxis überein. Nicht immer ist eine Schlichtung das, was tatsächlich hilfreich ist.

Die Landesregierung sagt ja auch: Wir wollen nicht mehr gerichtliche Verfahren. Bei uns gibt es viele außergerichtliche Einigungen. Auch bei den Gerichten selbst gibt es Einigungsverfahren und werden Vergleiche geschlossen. Ich glaube, das sollte auch weiterhin der Fall sein.

In diesem Sinn bedanke ich mich recht herzlich für die Vorlage des Gesetzentwurfs. Die SPD-Landtagsfraktion hatte bereits in der vorherigen Legislaturperiode durch ihren damaligen rechtspolitischen Sprecher Stickelberger gefordert, das Schlichtungsgesetz aufzuheben. Das wurde damals auch mit einer Anfrage untermauert. Wir haben auch jetzt noch einmal im Rahmen einer Anfrage deutlich gemacht, dass wir das Schlichtungsgesetz nicht für zielführend halten. Wir bedanken uns für den sehr ausführlich begründeten Gesetzentwurf zur Aufhebung des Schlichtungsgesetzes und werden diesem Gesetzentwurf gern zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einer ganzen Reihe von Jahren – ich weiß nicht mehr genau, wann es war – war ich im Urlaub in Bayern. Normalerweise nehme ich in den Urlaub keine juristische Literatur mit, damit es ein richtiger Urlaub wird.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nur das Motorrad! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Platz auf dem Motorrad? – Abg. Sascha Binder SPD: Aber in Bayern kann man das schon machen!)

Dann habe ich kurioserweise in der Bibliothek eines Bauernhausmuseums

(Heiterkeit)

ein kleines Bändchen gefunden, das „Die Streitigkeiten des Landgerichts Bad Tölz im Jahr 1850“ – oder so ähnlich – hieß. Da habe ich mir gedacht: Das musst du eigentlich mitnehmen. Dieses Buch habe ich dann gelesen.

Abgesehen davon, dass sich schnell herausgestellt hat, dass vor 100 oder 150 Jahren immer über das Gleiche gestritten wurde, war das eigentlich Beeindruckende an diesem Büchlein, dass sich in den beschriebenen Prozessen die Parteien zuerst einmal seitenlang – seitenlang! – gerechtfertigt haben, dass sie überhaupt das Gericht in Anspruch nehmen. Die ersten drei Seiten galten immer der Begründung, warum es nicht ohne Gericht geht. Das hat mich damals tief beeindruckt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So werden Gesetze geboren!)

Denn ich hatte zum Teil den Eindruck, dass bei uns die Leute erst einmal vor das Gericht ziehen und dann schauen, ob sie Streit haben.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Nun ist es ja schön, wenn das Vertrauen in die Gerichte so groß ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Lieber Herr Minister Stickelberger, es freut jeden, dass die Menschen so großes Vertrauen in unsere Gerichte haben, dass sie ihre Streitigkeiten unbedingt dort austragen wollen. Aber man muss das, was die Vorredner gesagt haben, doch ein bisschen relativieren. Wenn Sie an einem Amtsgericht vorbeigehen, dann müssen Sie sich darüber klar sein, dass die Hälfte der Kosten für die Prozesse, die gerade darin laufen, Sie, Sie und Sie, nämlich wir alle, bezahlen. Die Hälfte der Kosten bezahlt die Allgemeinheit.

Deswegen war die Frage eigentlich schon berechtigt, ob es den Menschen bei geringen Streitwerten und bei Nachbarschaftsstreitigkeiten nicht zumutbar ist, zunächst einmal den Versuch zu machen, sich zu einigen. Die Idee als solche – ich komme noch zur Durchführung – finde ich heute noch gut und richtig; das muss ich ehrlich sagen.

Dagegen gab es natürlich manche Einwände. Es gab den Einwand des Ausweichens ins Mahnverfahren. Aber das ist egal. 80 % der Mahnverfahren enden ohne mündliche Verhandlung. Da hat man dasselbe erreicht. Das Ausweichen ins Mahnverfahren ist an sich nicht schlimm. Jedenfalls werden da letzten Endes auch keine Gerichte in Anspruch genommen.

Es hieß auch, gerade die Nachbarn würden sich bei Streitigkeiten nie vorher einigen, sie wollten unbedingt ein Gerichtsurteil. Interessanterweise hat die Auswertung ergeben, dass das Schlichtungsverfahren gerade bei Streitigkeiten im nachbarschaftlichen Bereich recht erfolgreich war; dort wurden tatsächlich erfolgreiche Entwicklungen festgestellt.

Aber man muss halt sagen: Die Ablehnung durch die Gerichte war von Anfang an einhellig. Die Ablehnung durch die Anwaltschaft war nicht ganz einhellig. Beispielsweise hat der Präsident der Rechtsanwaltskammer Stuttgart gesagt, er lasse sich als Erster auf die Schlichterliste setzen. Aber das Gesetz wurde halt von der Praxis überwiegend abgelehnt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Unterlaufen!)

Dass das so war, ist im Grunde genommen nicht besonders ruhmvoll. Denn die Gerichte denken: „Wir machen alles am liebsten allein“, und die Anwälte sagen: „Wir gehen am liebsten gleich zum Gericht.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Besser abrechnen!)

Das kann man so machen, aber natürlich mit dem vorhin beschriebenen Nachteil, dass wir sehr viele Verfahren bezuschussen bzw. bezahlen, bei denen man sich schon fragen kann, ob sie eigentlich stattfinden müssen.

(Dr. Ulrich Goll)

Gegen die mangelnde Akzeptanz ist auf Dauer kein Kraut gewachsen. Sie werden verstehen, dass wir uns nach der ganzen Vorgeschichte schwertun, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Aber wir werden uns in der zweiten Lesung voraussichtlich der Stimme enthalten. Denn vor der mangelnden Akzeptanz und vor den sinkenden Zahlen kann man natürlich nicht die Augen verschließen. Wenn am Schluss tatsächlich herauskommt, dass das nur noch sinnlosen Aufwand bedeutet, dann ist es im Grund genommen unumgänglich, ein solches Aufhebungsgesetz vorzulegen; das sehen auch wir so.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/3024 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen, und der Tagesordnungspunkt 4 ist erledigt.

Wir treten in die Mittagspause ein. Sie dauert bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:12 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Ich bitte, die Gespräche einzustellen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Die CDU-Fraktion hat eine Frage zum Thema „Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg“ eingereicht.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ich habe mich doch noch gar nicht gemeldet! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Vorauseilender Gehorsam!)

Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident! Das Thema „Schienenpersonennahverkehr und die Zukunft des SPNV in Baden-Württemberg“ ist eng verbunden mit Stuttgart 21. Ohne einen zügigen Bau von Stuttgart 21 wird es sehr schwer werden, den SPNV in der Region Stuttgart zukunftweisend auszubauen – mit erheblichen Auswirkungen für das ganze Land.

Wir alle haben also das Interesse, dass Stuttgart 21 schnell vorangetrieben wird. Daher haben wir uns gewundert, als wir gestern auf der Homepage des Ministeriums eine Pressemitteilung mit Datum 5. März 2013 mit der Überschrift „Die Alternativen zu Stuttgart 21“ gefunden haben. Nach einem Vorspann mit dem Inhalt, dass man sich nach Prüfung von 60 Varianten auf die Schnellbahnstrecke Stuttgart–Wendlingen–Ulm geeinigt habe, heißt es dort – ich darf zitieren –:

> *Derzeit werden noch zwei Varianten zu Stuttgart 21 diskutiert: die sogenannte Kombilösung des ehemaligen Stuttgart-21-Schlichters Heiner Geißler und das Modell K 21, hinter dem sich u. a. der Erhalt des bisherigen Kopfbahnhofs verbirgt.*

Danach wird die Kombilösung von Herrn Geißler beschrieben, und dann wird K 21 beschrieben; beschrieben wird daneben auch die sechsgleisige Lösung durch das Filstal nach Vieregg-Rößler ebenso wie „K 21 de luxe“.

Es hat uns schon ein bisschen überrascht, dies gerade am gestrigen Tag so zu lesen. Wir haben daher vorhin noch einmal auf die Homepage geschaut und festgestellt: Diese Pressemitteilung ist verschwunden.

Herr Minister, wir fragen Sie: Wann wurde diese Pressemitteilung eingestellt? Warum ist sie seit heute wieder weg? Wer hat veranlasst, dass diese Pressemitteilung von der Homepage genommen wurde?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort zur Beantwortung der Frage.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr verehrte Frau Razavi, selbstverständlich macht der Minister nicht selbst jegliche Pressearbeit seines Ministeriums. Dazu gibt es eine eigene Stelle für Öffentlichkeitsarbeit, von der u. a. auch eine Facebook-Seite für die Kommunikation eingerichtet wurde, deren Inhalte nicht auf meinen Originalzitaten basieren. Die Stelle für Öffentlichkeitsarbeit ist angewiesen, selbstständig zu arbeiten. Die Mitarbeiter kennen die Linie des Hauses und die Linie des Ministers.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Sie haben gedacht, dies könnte am gestrigen Tag, als in allen Zeitungen verschiedene Debatten und Diskussionen dargestellt wurden, interessant sein. Übrigens: Das, was Sie zitiert haben, ist keine Pressemitteilung meines Hauses gewesen, sondern eine dpa-Meldung zu den Hintergründen der Debatte, und in diesem Zusammenhang sind dann auch die Modelle dargestellt worden.

Da Sie nicht die Einzige waren, die sich darüber mokiert hat, und ich von dieser Pressemeldung erst erfahren habe, als ich von verschiedenen Seiten gefragt wurde, was dies bedeuten solle, habe ich dies sofort abgestellt. Es ist von der Homepage genommen worden, weil es irreführend war und weil ich von meiner Seite aus nicht den Eindruck erwecken wollte, ich wollte irgendwelche Ausstiegsdebatten oder Modelldebatten befeuern. Die Mitarbeiter haben vielmehr gedacht, es sei von Interesse, wenn auf diese dpa-Meldung verwiesen werde. Ich habe das abgestellt, und zwar sofort, nachdem ich das gehört habe.

(Vereinzelt Beifall)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Schwarz. – Herr Minister, bitte bleiben Sie gleich vorn.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Minister, die CDU hat das Thema Schienenpersonennahverkehr benannt. Deswegen will ich Sie zu diesem Thema auch etwas fragen.

Die alte Regierung hatte Erklärungen zum Schienenpersonennahverkehr unterschrieben, beispielsweise die Freiburger Erklärung, die einen immensen Zuwachs beim Schienenpersonennahverkehr vorsieht. Ist das alles durchfinanziert gewesen?

Ich nenne auch das Thema „Angebotskonzeption 2020“. Wurden dafür Verpflichtungsermächtigungen, Rückstellungen oder Ähnliches vorgesehen, sodass das durchfinanziert ist?

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Die frühere Regierung hat das Angebotskonzept 2020 entwickelt. Das ist übrigens ein ziemlich anspruchsvolles Konzept; das will ich ausdrücklich unterstreichen. Allerdings hat sie nie genau durchgerechnet, was es in der Konsequenz bedeutet, wenn man alles, was da geplant wurde, bestellt.

Wir haben, nachdem wir die Verantwortung übernommen haben, feststellen müssen, dass wir mit den vorhandenen Mitteln für den Schienenpersonennahverkehr in ziemliche Schwierigkeiten kommen, weil – das habe ich hier schon öfter erwähnt – die Trassen- und Stationspreise drastisch gestiegen sind. Früher waren Regionalisierungsmittel übrig; wir fördern damit Verbünde und andere Projekte. Von diesen Mitteln müssen wir auch unsere Raten für Stuttgart 21 bezahlen.

In dieser schwierigen Finanzsituation konnten wir nicht einfach sagen: „Wir bestellen, dann werden wir sehen, was es kostet“, sondern wir haben tatsächlich landesweit die verschiedenen Netze, die Ausschreibungsvorstellungen der jeweiligen Regionen und die damit verbundenen Ausbaumaßnahmen geprüft und berechnet. Wir haben dann festgestellt, dass es bei einigen Netzen eine sehr große Ausweitung des Angebots gibt, und zwar eine Ausweitung, die deutlich über 10 % oder 20 % liegt und zum Teil 50 % oder noch mehr beträgt. Die Kosten wachsen in vergleichbarer Größenordnung. Das hat uns dazu bewogen, das ganze System noch einmal insgesamt zu überprüfen und zu fragen: Was können wir wie ausschreiben? Was können wir uns leisten?

Leider habe ich keine Extramittel vorgefunden, um alles zu finanzieren, was gewünscht war.

Inzwischen haben wir zwei wichtige Entscheidungen getroffen. Wir haben erstens den Ausschreibungsfahrplan umgestellt; ich habe schon im letzten Jahr vorgestellt, wie wir das staffeln wollen. Zweitens haben wir in dieser Woche im Kabinett die neue Finanzierung von Fahrzeugen beschlossen, damit bei den Bewerbungen für die Netze Wettbewerb möglich ist. Das sind zwei wichtige Schritte, die die Voraussetzung dafür sind, dass wir überhaupt ausschreiben können.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abg. Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, ich bin mit Ihrer Antwort zur Pressemeldung auf Ihrer Homepage noch nicht ganz einverstanden. In der Regel stellt man nur das auf die eigene Homepage, womit man sich identifizieren kann. Es hat sich auch nicht um einen Facebook-Eintrag gehandelt. Unten auf der Pressemitteilung steht ganz klein „Quelle: dpa“, aber groß darüber steht die Überschrift: „Die Alternativen zu Stuttgart 21“.

Es ist bemerkenswert, dass Sie eine Pressemitteilung mit einem solchen Titel just an dem Tag auf die Homepage des Ministeriums stellen lassen, an dem sich der Ministerpräsident gegenüber Herrn Kirchner, dem Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG, in Sachen Alternativen offen zeigt.

Jetzt frage ich Sie: Gibt es für Sie Alternativen zu Stuttgart 21, wie es gestern beschlossen wurde? Oder ist das Thema „Alternativen zu Stuttgart 21“ für Sie endgültig beendet?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Zum Thema „Alternativen zu Stuttgart 21“ ist gestern, glaube ich, alles gesagt worden.

Noch einmal: Die Mitarbeiter der Stelle für Öffentlichkeitsarbeit in meinem Haus sind davon ausgegangen, dass es gut wäre, wenn das Ministerium aktuell etwas zu diesem virulenten Thema macht. Wir haben darauf hingewiesen, dass es sich um eine dpa-Meldung gehandelt hat – ob groß oder klein, das sind alles Fragen, mit denen ich nichts zu tun habe.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja das Letzte! Also auf die Mitarbeiter abladen, das finde ich kleinlich!)

– Nein. Ich weiß nicht, wie Sie regiert haben, als Sie Minister waren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Auf meine Mitarbeiter habe ich nie etwas abgeladen!)

Aber wenn Sie bei jeder Meldung, die Ihr Haus veröffentlicht hat, die Groß- und Kleinschreibung überprüft haben, dann weiß ich nicht, was Sie sonst noch gemacht haben. Ich mache das jedenfalls nicht. Ich hatte Vertrauen in meine Mitarbeiter.

Ich habe übrigens auch nichts zurückzunehmen. Ich finde, es ist nicht verwerflich, wenn wir in der Politik in einer höchst umstrittenen Angelegenheit, in der es solche Diskussionen gibt, nicht so tun, als gäbe es nur eine Meinung.

Mehr hat der Mitarbeiter nicht gedacht. Er hat gesagt: „Da gibt es verschiedene Möglichkeiten.“ Wie gesagt, ich habe es erfahren und habe es abgestellt, weil ich wusste, wie Sie darauf reagieren,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: War das der einzige Grund? Nur deshalb wird es heruntergenommen?)

und weil das auch sehr missverständlich sein könnte. Deswegen haben wir es abgestellt, und damit ist es gut.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist der Versuch eines Rettungsapplauses!)

Sehen Sie, so erfolgreich sind Sie als Opposition.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Köberle.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Lieber Herr Minister, diese Antwort irritiert doch noch mehr. Bei jeder Gelegenheit dementieren Sie jetzt, dass Sie mit diesem dpa-Artikel inhaltlich etwas zu tun hätten. Sie schieben es auf Ihre Mitarbeiter. Aber viele von uns hier in diesem Haus wissen, wie Ministerien arbeiten und wie sie funktionieren. Die Mitarbeiter schauen sehr genau auf das, was der Minister denkt, was der Minister sagt, welche Botschaften aus seinem Haus kommen.

Jetzt nochmals ganz konkret die Frage an Sie: Ist das, nachdem Sie und auch der Ministerpräsident bei vielen Gelegenheiten sagen: „Wir halten uns an die Verträge, wir halten uns an das Ergebnis des Bürgerentscheids" – das heißt daran, S 21 wie geplant umzusetzen –, momentan Ihr einziges Thema? Oder spielen bei Ihnen hausintern Überlegungen zu Alternativen eine Rolle, und veröffentlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ihnen deshalb solche Artikel auf der Internetseite des Ministeriums?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Das spielt keine Rolle, und deswegen steht es auch nicht mehr auf dieser Internetseite.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Minister, die Unterstellungen, die hier vonseiten der CDU-Fraktion in den Raum gestellt werden,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das sind doch keine Unterstellungen! Das sind Tatsachen! – Abg. Peter Hauk CDU: Lichten Sie einmal den Nebel von Ihrer Brille!)

dass Sie auf Ihrer Homepage Alternativen darstellen, haben Sie ja zurückgewiesen.

Mich würde interessieren: Informieren Sie auf Ihrer Internetseite über Stuttgart 21? Was für Informationen geben Sie bekannt? Geben Sie auch Informationen zum Finanzierungsvertrag? Welche Informationen geben Sie den Bürgerinnen und Bürgern, wie das Projekt im Detail aussieht?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Wir haben ja eine etwas verschlafene Homepage übernommen, auf der man mehr oder weniger nur Informationen über das Haus bekommen hat,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Erblast!)

und haben jetzt in anderthalb Jahren versucht, aus dieser Homepage etwas Interessantes zu machen. Ich bin überzeugt davon, dass eine Homepage, die sozusagen nur stromlinienförmig Ministerworte verbreitet, völlig langweilig ist.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das kommt auf den Minister an!)

Insofern überprüfe ich auch nicht jedes Wort.

Vielleicht noch zu Herrn Köberle: Zwar wissen Mitarbeiter, was die Hausspitze denkt. Aber es ist nicht meine Vorstellung von Führung, dass jeder Mitarbeiter nur noch das plappern darf, was mit Sicherheit der Minister auch gesagt hätte.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Schmiedel schüttelt nur noch den Kopf! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich bin hier ins Lesen vertieft!)

Deswegen haben wir gesagt: Ihr müsst die Homepage interessant und informativ gestalten. Wir haben auf der Homepage z. B. ein sehr informatives Element zum Thema Stuttgart 21. Da werden Sie sehr grundlegend informiert. Da werden Sie sich freuen. Da werden Sie vieles von Ihren Texten oder von Ihren Vorstellungen wiederfinden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was heißt „von Ihren"? Von unseren!)

Das ist doch keine Frage. Tun Sie doch nicht immer so, als wäre Stuttgart 21 eine Glaubensfrage, bei der es nur eine einzige Meinung gäbe.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Für manche schon! – Abg. Nicole Razavi CDU: Aber für Sie schon! Für uns nicht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Mack von der CDU-Fraktion.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister, Sie waren ja gestern im „Morgenmagazin" des ZDF zu sehen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie es angeschaut?)

Da haben Sie folgende Aussage getroffen: „Die Unterlage für die heutige Vorstands- und Aufsichtsratssitzung der Deutschen Bahn AG ist fehlerhaft. Bestimmte Beträge fehlen, sind falsch gerechnet." Würden Sie die Aussage, dass die Bahn gestern auf einer Basis falscher Tatsachen entschieden hat, heute auch noch so aufrechterhalten?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Das kann ich heute so nicht beantworten, weil ich nicht weiß, welche Unterlagen bei der Entscheidung des Aufsichtsrats gestern letztendlich vorlagen. Ich habe aber gestern Morgen gesagt: „In der Unterlage, die ich kenne, die zur Entscheidung vorliegt, sind Fehler in den Berechnungen enthalten."

Ich nenne Ihnen einmal einen Fehler: Da betrug z. B. – das ist ganz wichtig; denn die Wirtschaftlichkeit ergibt sich aus der Differenz zwischen dem, was es kostet, wenn man abbricht, und dem, was es kostet, wenn man weiterbaut – die Differenz nur noch 77 Millionen €. Es war nicht die Frage: „Ist es wirtschaftlich?", sondern: „Ist da noch ein Spiel drin?" Da ist u. a. die Rückabwicklung des Grundstückgeschäfts mit der Stadt Stuttgart enthalten. Es wird heute seitens der Bahn mit 790 Millionen € eingeschätzt. Man ist in dieser Berechnung davon ausgegangen, dass genau diese 790 Millionen € wieder zurückbezahlt werden müssten, wenn man abbricht.

Es wurde übersehen, dass auf einem Teil dieser Flächen in Stuttgart, die in dieser Summe beinhaltet sind, inzwischen

zwei Schulen stehen. Niemand in Stuttgart will die Schulen abbrechen, um wieder rückabzuwickeln. Vielmehr ist diese Fläche verbraucht und kann nicht mehr zurückgegeben werden. Die Stadt Stuttgart hat übrigens schon in Angriff genommen, weitere Flächen zu beplanen. Das heißt: An genau dieser Stelle trifft der Betrag von 790 Millionen € nicht zu.

Ich habe das übrigens auch verschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern gesagt. Sie waren ziemlich schockiert, dass sie von ihrem Vorstand Zahlen bekommen, in denen so etwas nicht berücksichtigt ist.

Das war jetzt ein Beispiel. Ich könnte noch ein paar andere nennen, weshalb ich gesagt habe: „Diese Unterlage als solche ist fehlerhaft." Vielleicht ist mündlich korrigiert worden, vielleicht ist eine Unterlage nachgereicht worden.

Wir kennen die Unterlagen noch nicht. Ich habe gestern, wie auch der Ministerpräsident, gesagt: „Wir wollen von der Bahn gern die Grundlagen des Aufsichtsratsbeschlusses erfahren." Ich habe im Moment nur die Ankündigung von Herrn Kefer – ich habe sie heute Morgen bekommen –, dass er gern mit uns sprechen möchte. Ich werde das Angebot annehmen. Dann werden wir auch über solche Sachen reden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Raufelder von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie ich mitbekommen habe, ist die Zahl der Zugriffe auf die Homepage des Ministeriums insgesamt sehr stark gestiegen. Ich glaube, das hat auch damit zu tun, dass das Interesse an der Politik immer größer wird.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen meine Frage an den Minister:

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Von der CDU sind die Zugriffe!)

Wissen Sie, wie sich die Zahl der Zugriffe auf die Homepage entwickelt hat? Das würde mich einmal interessieren.

Dann möchte ich noch eines fragen – das wäre mir auch noch ganz wichtig –: Welche Probleme kommen während der Umbauphase – vorhin ist die richtige Frage gestellt worden – auf uns zu? Hat sich die DB schon geäußert, wie sie mit den Problemen während der Umbauphase, mit den Verkehren, die durch Stuttgart, durch den Hauptbahnhof hindurchgeführt werden sollen, umgehen will? Ich glaube nämlich, dass das große Interesse der Bevölkerung von Baden-Württemberg, aber auch der Nutzer der Bahn darin liegt, zu erfahren, wie die DB während der Umbauphase damit umgeht. Ich merke, dass es von der DB leider keine Rückmeldung dazu gibt, wie sie damit umgehen will. Deswegen die Frage an den Minister: Haben Sie da nähere Informationen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Es waren zwei Fragen. Die erste bezog sich auf die Zugriffe auf die Homepage: Wie oft besuchen Leute unsere Homepage? Ich kann Ihnen dazu zwar jetzt keine aktuelle Zahl nennen. Wahr ist aber, dass wir, seit wir die Homepage aktualisiert haben – wir haben sehr viel mehr aktuelle Texte und Berichte eingestellt – – Übrigens: Stuttgart 21 ist eine Rubrik. Auf anderes wird immer aktuell auf der Startseite der Homepage verwiesen. Sie erfährt spürbar und nachweislich ein deutlich größeres Interesse. Das finde ich auch gut so. Denn wir wollen ein Haus sein, das auch die Adresse ist, bei der man nachfragen kann, wenn man irgendeine verkehrspolitische Frage, eine mobilitätspolitische Frage hat. Dann findet man dort Informationen. Das war auch mein Ziel.

Ich möchte, dass wir das auch beim Thema Stuttgart 21 machen. Wir werden das Projekt begleiten. Auf der Homepage wird man Informationen finden. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen bei uns an, und zwar besorgte und begeisterte; mit beiden Gruppen muss man umgehen.

Jetzt zum Thema „Baumaßnahme Stuttgart 21 und Nahverkehr". Sie haben wahrscheinlich wahrgenommen, dass es bereits jetzt durch Umbaumaßnahmen immer wieder zu Verspätungen, zu Verzögerungen bei S-Bahnen gekommen ist. Das kann man auch für die nächsten Jahre nicht ausschließen; das hat die Bahn auch nicht ausschließen können. Das wird ein Problem sein, mit dem wir umgehen müssen, das wir möglichst vermeiden müssen. Es kann aber sein, dass es kommt.

Wir haben außerdem jetzt bei den Ausschreibungen zu gewärtigen, dass es nicht ganz sicher ist, wann dieses Projekt in welchem Stadium sein wird und wann es fertig sein wird. Bei den Stuttgarter Netzen schreiben wir praktisch ein Netz aus, bei dem ein Bewerber natürlich genau wissen müsste, wann Stuttgart 21 fertig ist; denn Linien gehen ja durch diesen neuen Bahnhof durch. Das ist in gewisser Weise eine Erschwernis bei der Ausschreibung.

Es ist klar: Wenn Sie die Infrastrukturbedingungen in einem Netz kennen, ist es leichter, etwas anzubieten, als wenn sie unklar sind, vor allem, wenn ein Anbieter, die Deutsche Bahn, gleichzeitig mit einer Schwestergesellschaft im Bauprojekt steckt und genau weiß, was der Stand der Dinge ist, wie es sich verzögert und wann es realisiert werden kann.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage, Frau Kollegin Razavi von der CDU-Fraktion.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, ich möchte auf Ihr Interview von gestern Morgen zurückkommen. Auf die Frage, ob es Ihnen lieber wäre, wenn die Bahn von diesem Projekt Abstand nehmen würde, sagten Sie, es wäre Ihnen deutlich lieber, wenn der Aufsichtsrat sorgfältig prüfen und abwarten würde. Weiter sagten Sie: „Ich glaube, dass man auf dieser Grundlage nicht gleich entscheiden, sondern noch einmal prüfen und nachdenken sollte."

Heißt das aus Ihrer Sicht, dass der Aufsichtsrat gestern die Entscheidungsgrundlage nicht vernünftig und sorgfältig geprüft hat? Heißt das aus Ihrer Sicht, dass der Aufsichtsrat seinen Kontrollpflichten nicht nachkommt?

Können Sie das Ergebnis von gestern ohne Wenn und Aber akzeptieren?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, bitte.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich kann mich jetzt nur wiederholen. Ich weiß nicht genau, welche zusätzlichen Informationen Grundlage der Entscheidung waren. Im Übrigen hat sich meine Antwort von gestern Morgen auf die schriftliche Vorlage bezogen. Danach habe ich gesagt, dass es Sinn macht, bestimmte Sachen zu klären und zu prüfen, bevor man entscheidet. Ich stehe auch dazu. Es war offenkundig, dass sich der Rechnungshof jetzt um dieses Projekt kümmert.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

Aus meiner Sicht hätte man diese Prüfung abwarten und auf dieser Grundlage entscheiden sollen. Das ist so aber nicht geschehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Warum denn? Es war doch alles klar!)

Jetzt muss ich die Entscheidung des Aufsichtsrats hinnehmen.

Sie werden von mir nicht hören, dass es kein Wenn und Aber gibt; denn es wäre ziemlich naiv, wenn man das an dieser Stelle einfach hinnehmen würde.

Wenn Sie diesen Aufsichtsratsbeschluss einmal genau lesen, dann stellen Sie fest, dass dieser besagt: Wir erhöhen die Kosten des Projekts um 2 Milliarden €.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Finanziert werden soll das dadurch, dass wir den Vorstand beauftragen, die Projektpartner – möglicherweise sogar auf dem Klageweg – dazu zu bewegen, sich an diesen zusätzlichen Kosten zu beteiligen.

Das ist ein Aufsichtsratsbeschluss, der zulasten Dritter geht, nämlich zulasten derjenigen, die für das Projekt freiwillige Zuwendungen leisten.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ganz genau!)

Das Land Baden-Württemberg hat sich unter Ihrer Regie freiwillig dazu entschieden. Sie waren nicht dazu gezwungen. Das beruht nicht auf einer gesetzlichen Grundlage.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Sie haben sich freiwillig – verkehrspolitisch oder wie auch immer motiviert – auf einen Vertrag eingelassen, in dem geregelt ist, wie viel das Land zahlt. Die 930 Millionen €, die heute als gesetzt gelten, sind in diesem Vertrag als das Ende der Fahnenstange festgehalten.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

So war das. In der Zwischenzeit wurde so getan, als hätte das Ende der Fahnenstange bei 930 Millionen € gelegen. Inzwischen hat aber eine Volksabstimmung stattgefunden, und es gibt einen Kabinettsbeschluss hierzu. Außerdem haben wir den Menschen immer gesagt, dass das Projekt maximal 4,5 Milliarden € kostet. Zum Zeitpunkt Ihres Vertragsabschlusses hat es noch 3 Milliarden € kosten sollen. Es gab einen Puffer von 1,5 Milliarden €.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es ging um unseren Beitrag!)

Vielleicht hat der eine oder andere gestern den Bericht des SWR im Fernsehen gesehen, in dem diverse Politiker – u. a. einer meiner Vorgänger – vollmundig gesagt haben: Dieses Projekt ist das bestgerechnete Projekt,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist sogar richtig!)

und mit dieser Summe ist ganz sicher alles abgedeckt.

Ich finde, angesichts gewisser Irrtümer, die bei Ihrer Kalkulation und Argumentation stattgefunden haben, sollten Sie bei dieser Frage nicht allzu selbstbewusst auftreten.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben schon vor langer Zeit vor den Kostenrisiken gewarnt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

Ich war noch Abgeordneter des Bundestags, als ich die Summe genannt habe, die gestern beschlossen worden ist. Damals haben mich manche beschimpft und gesagt, ich würde Kassandrarufe machen und die Sache schlechtreden. Der Bundesrechnungshof hat damals eine vergleichbare Summe genannt. Ich finde, ich muss mich nicht dafür schämen, dass ich das gesagt habe. Dazu stehe ich heute noch.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Und jetzt?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für eine weitere Frage erhält Herr Abg. Schwarz von der Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Minister, ich finde es schon amüsant, dass der Einstieg in die Thematik Ihre Internetseite, Ihre Homepage war. Jetzt kann man sich ja die Zunahme der Zahl der Zugriffe darauf erklären: Die CDU-Fraktion schaut da immer wieder hinein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Aber ich gebe zu: Ich habe Ihre Internetseite, Herr Minister, auch besucht. Ich stelle fest, dass Sie dort noch immer von Kosten von 4,5 Milliarden € für Stuttgart 21 reden. Daher möchte ich Sie fragen, ob Sie auf Ihrer Internetseite verdeutlichen werden, dass der Gesamtwertumfang um 2 Milliarden € angehoben werden soll – das Projekt wird also teurer –, dass sich das Land an diesen Mehrkosten nicht beteiligen wird und dass es Aufgabe der Bahn und des Bundes ist, die Gesamtfinanzierung sicherzustellen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut! Eine gute Frage!)

Herr Minister, ich möchte Sie fragen, ob Sie auch darauf eingehen, dass der Landtag bereits am 25. Juli 2007 einen Kostendeckel beschlossen hat. Der Landtag hat damals, im Jahr 2007, beschlossen – ich zitiere –, dass es „keine weiteren Nachforderungen“ der Deutschen Bahn AG geben soll. Werden Sie auf diese Thematik auf Ihrer Internetseite eingehen?

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank, Herr Abg. Schwarz. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mir nicht vorwerfen, ich würde das Projekt und die Kosten beschönigen.

(Heiterkeit bei den Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Aber Ihre Anregungen, muss ich sagen, sind wirklich gut. Ich werde meinem Haus sagen, dass wir die Zahlen dringend aktualisieren und überarbeiten müssen, dass wir den Landtagsbeschluss

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

und auch den Kabinettsbeschluss auflisten. Ich glaube, es ist gut, wenn man das ganz transparent darstellt und auch darauf hinweist, wer da was gesagt hat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Haußmann von der FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Minister, auch von Ihnen wurde immer wieder angesprochen, man könne das Projekt erst umsetzen, wenn es durchfinanziert sei. Ist das Projekt jetzt nach der Aufsichtsratssitzung eines, das für Sie in dem Sinn, wie Sie es sich immer vorstellen, durchfinanziert ist, sodass man auch von dieser Seite her dieses Projekt umsetzen kann?

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wie bewerten Sie das im Zusammenhang mit anderen Projekten wie beispielsweise der Rheintalbahn?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Richtig ist, dass nicht nur ich, sondern auch der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident sowie viele Mitglieder der Koalitionsfraktionen immer wieder darauf hingewiesen haben, dass dieses Projekt insgesamt durchfinanziert sein muss.

Ich habe schon vorhin gesagt, dass der Aufsichtsrat beschlossen hat, dass das Projekt etwa 2 Milliarden € mehr kostet – um so viel ist jedenfalls der Finanzrahmen erhöht worden –, dass er das Geld aber nicht allein zur Verfügung stellt, sondern davon ausgeht, dass sich die Projektpartner – die Stadt, die Region, das Land – daran beteiligen. Man hat auch noch gesagt: Beim Bund sollte man auch einmal fragen.

Wenn Sie dann noch die Ergänzung dazunehmen, dass Herr Grube bei der Pressekonferenz gesagt hat, er gehe davon aus, dass im Verhältnis 60 : 40 – – Also wie bisher: 60 % haben die Projektpartner bezahlt, 40 % hat die Bahn bezahlt. Dann können Sie leicht ausrechnen, was die Bahn erwartet, was das Land noch bezahlen soll. Wenn Sie das mit der Summe vergleichen, die dieser Landtag, die diese Koalition beschlossen hat – Kostendeckel 4,5 Milliarden €, Zuwendung 930 Millionen € –, dann stellen Sie fest: Da fehlt etwas.

Deswegen muss man sagen: Es ist noch nicht durchfinanziert. Ich sehe auch nicht, wie man auf dem Klageweg dazu kommen kann. Denn ich betone und wiederhole erneut: Man kann eine Zuwendung, die Sie in Ihrer Regierungszeit freiwillig erteilt haben und die keineswegs die Aufgabe eines Landes ist, sondern – – Das Land kann es tun oder lassen. Auf jeden Fall: Bahnhöfe zu bauen ist eine Aufgabe der Deutschen Bahn oder des Bundes – bei solchen Großprojekten, bei denen es auch um Anschlüsse geht – und überfordert ein Land mit seinen Finanzen.

Deswegen kann ein Land unter den gegebenen Bedingungen und bei gegebener Unterscheidung der verschiedenen Verantwortungskompetenzen und der Finanzierungsgrundlage zwischen Ländern und Bund nie und nimmer dazu verpflichtet werden, da weiter zu bezahlen.

Das würde die Landeshaushalte komplett plündern. Schauen Sie sich einmal an: Das Land gibt für dieses Projekt, wenn es so bleibt, 930 Millionen € für Stuttgart 21, zusätzlich 950 Millionen € für die Neubaustrecke, die man damals ja nur gegeben hat, damit die Neubaustrecke rechtzeitig mit Stuttgart 21 fertig wird.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Woher kommt das Geld?)

In der Summe sind das also 2 Milliarden €. Man kann noch ein paar Nebenrechnungen aufmachen. Dann kommen Sie leicht auf 2,5 Milliarden €, und das bei einem Haushalt, von dem Sie wissen, gerade weil Sie im Verkehrsausschuss sind, dass wir in vielen anderen Bereichen um jede Million ringen.

Ich komme zum Rheintal. Dazu hat der Landtag einstimmig beschlossen – ich habe das umgesetzt –, dass wir uns bei Maßnahmen, die über das gesetzliche Niveau hinausgehen, die von der Bahn und vom Bund nicht übernommen werden und bei denen es über Jahre einen richtig scharfen Konflikt gab und das Projekt blockiert war, mit Landesmitteln zur Hälfte an den Mehrkosten beteiligen. Ich bin froh, dass das gelungen ist.

Wir haben am Montag dieser Woche – das ist ganz untergegangen – im Projektbeirat beschlossen, die neue Trasse in Freiburg und die neue Trasse durch das Markgräfler Land zu beantragen. Wir haben uns mit dem Bund – der zuständige Staatssekretär und die Bahn waren vertreten – darauf verständigt, das Projekt jetzt zu realisieren. Das ist ein Riesenschritt, eine Rieseninvestition; es geht insgesamt um 1 Milliarde €. Daran haben wir einen Anteil von 125 Millionen €.

Darüber hinaus habe ich immer wieder betont – das hat auch der Ministerpräsident stets gesagt –, das Land könne im Rheintal nicht alle Änderungen und Kostensteigerungen übernehmen. Es ist und bleibt Aufgabe des Bundes, Bundesschienenwege auszubauen und zu bezahlen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Gar nichts wollt ihr übernehmen, verfassungswidrig sei das!)

vor allem bei einem internationalen Projekt. Das ist die Aufgabe des Bundes. Darauf bestehen wir. Wir können für eine Trasse, die in der Summe noch über 4 Milliarden € kosten wird, unmöglich noch einmal die Hälfte bezahlen. Das ist völlig unmöglich.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Damit hat die erste Befragung – die Befragung zu dem von der CDU benannten Thema – länger als 30 Minuten gedauert. Deshalb muss ich dieses Thema abbrechen. Es gibt zwar noch Wortmeldungen, aber diese kann ich nicht mehr aufrufen.

Ich rufe das zweite Thema – das Thema, das von der Fraktion GRÜNE benannt wurde – auf:

Neue Chancen im regionalen Schienenverkehr durch ein neues Modell der Fahrzeugfinanzierung

Herr Abg. Schwarz, stellen Sie die Frage, bitte.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dem Titel „Neue Chancen im regionalen Schienenverkehr durch ein neues Modell der Fahrzeugfinanzierung“ möchten wir Sie, Herr Minister, fragen, wie Sie beim Thema Fahrzeugfinanzierung vorgehen werden, um im Schienenverkehr einen guten Wettbewerb zu erreichen. Mich würde insbesondere interessieren, welche Vorteile die Fahrgäste in Baden-Württemberg von neuem Wagenmaterial, von dem verbesserten Angebot im Schienenverkehr haben und was ein Fahrzeugfinanzierungsmodell hier bewirken kann.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank für die Frage. Sie ist ziemlich kompliziert, weil dahinter die Schwierigkeit steckt: Wie realisiert man eine Ausschreibung? Früher hat man, wenn man überhaupt eine Ausschreibung gemacht hat, ein Netz einfach ausgeschrieben. Dann konnten sich Firmen bewerben und ihr Angebot machen. Inzwischen wissen wir, dass ein solcher Bieterwettbewerb kaum mehr zustande kommt, weil die Finanzierung von Fahrzeugen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise vor allem für kleinere Unternehmen nicht mehr ohne Weiteres möglich ist.

Deswegen hat sich in verschiedenen Bundesländern Folgendes als gute Erfahrung herausgebildet: Wenn man überhaupt Wettbewerb will – Wettbewerb ist Voraussetzung für günstige Preise, dafür, dass man keinen Monopolpreis zahlen muss –, muss man bei der Fahrzeugfinanzierung helfen. Wir haben optional für die möglichen Anbieter – niemand muss es machen – eine Fahrzeugfinanzierungsgarantie vorgesehen, die auch kleineren Anbietern die Chance bietet, Kredite bei Banken – so werden Fahrzeuge finanziert – zu Kommunalkreditkonditionen zu bekommen. Das ist die optimale, die günstigste Kreditvariante. Damit haben diese Anbieter die Chance, Fahrzeuge zu etwa den gleichen Konditionen – nicht ganz so gut – zu finanzieren, wie es dem anderen großen Unternehmen als Staatsbetrieb möglich ist. Sie können also besser in den Wettbewerb treten.

Ohne eine solche Hilfestellung wird es in vielen Netzen sicherlich keinen konkurrierenden Anbieter geben. Das eigentliche Ziel ist ja, durch Wettbewerb von dem hohen Preis von 10,82 € pro Zugkilometer, den wir heute noch an die Bahn zahlen – vereinbart in dem großen Verkehrsvertrag, der von der früheren Regierung abgeschlossen wurde –, herunterzukommen. Dazu brauchen wir Wettbewerbspreise, und Voraussetzung für Wettbewerb ist eine Fahrzeugfinanzierungsgarantie oder -hilfe.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erhält das Wort Herr Abg. Köberle.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Herr Minister, Sie rechtfertigen eine Beteiligung des Landes an der Fahrzeugbeschaffung. Dem widerspreche ich nicht. Man kann nur darüber streiten, welches das richtige Unterstützungsmodell ist. Darüber werden wir uns in nächster Zeit noch auseinandersetzen. Der Nahverkehr braucht jedoch nicht nur Fahrzeuge, sondern er braucht auch Bahnhöfe, und er braucht Strecken.

Wir haben vorhin über Stuttgart 21 als Fernverkehrsprojekt von europäischer Bedeutung diskutiert, aber Stuttgart 21 ist auch die größte Investition in den Nahverkehr in Baden-Württemberg. Deshalb frage ich Sie, ob Sie sich auf die Aussage von vorhin reduzieren können, wenn Sie sagen, der Bund sei für Bahnhöfe und für Strecken zuständig. Da haben Sie völlig recht, wenn es um Fernverkehr geht. Aber Stuttgart 21 ist eben nicht nur Fernverkehr, sondern hat ganz viel mit Ihrer derzeitigen Hauptaufgabe zu tun, nämlich die Strecken neu auszuschreiben, sie neu zu vergeben. Es geht ja dabei um Strecken, die teilweise durch Stuttgart verlaufen, und um Strecken unter der großen Überschrift „Stuttgart 21 und Neubaustrecke“.

Meine ganz konkrete Frage: Kann man die Linie aufrechterhalten, dass man sagt: „Bei Nahverkehrsprojekten beteiligen wir uns, aber wenn Nahverkehr in engem Zusammenhang mit Stuttgart 21 steht, ist das nicht unser Thema“?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – So eng haben wir das nie gesehen. Herr Abg. Köberle, wir waren unlängst zusammen und haben über die Finanzierung der Elektrifizierung der Südbahn gesprochen. Auch das ist nicht zwingend ein Projekt des Landes Baden-Württemberg, sondern eigentlich auch ein Projekt des Bundes. Das gilt auch für andere Projekte.

Warum haben wir uns da als Land trotzdem engagiert oder wollen uns bei der Finanzierung engagieren? Weil wir glauben, dass diese Strecke auch eine große Bedeutung für den Nahverkehr hat. Ich möchte sagen, dass ich heute nicht alle Debatten von Stuttgart 21 noch einmal führen möchte. Aber eines ist klar: Wir werden uns bei der Finanzierung nicht ausschließlich auf Stuttgart 21 konzentrieren. Denn das Land ist größer als Stuttgart, und es gibt viele Bedarfe an Nahverkehren in Oberschwaben, in Südbaden, in Nordbaden und in Nordwürttemberg. Wir müssen an all diesen Stellen finanzieren, und es wird uns schwerfallen, vergleichbare Summen für diese Regionen zu akquirieren, wie wir sie in Stuttgart verbrauchen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Weil Sie nicht wollen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Haußmann von der FDP/DVP.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Minister, bei den Fahrzeugfinanzierungen möchte man – Sie haben es gerade gesagt – kleineren Unternehmen die Möglichkeit schaffen, günstigere Konditionen zu erreichen. Ich bitte hier um Klarstellung zu Ihrer Pressekonferenz. Wir haben Sie so verstanden, dass Sie planen, eine eigene Leasinggesell-

(Jochen Haußmann)

schaft zu gründen. Darüber würden wir gern mehr wissen, da wir mit L-Bank und MBG Gesellschaften haben, die so etwas seit Jahren sehr gut abwickeln.

Wenn es eine eigene Leasinggesellschaft sein soll, stellt sich die Frage: Wie soll das organisiert sein? Wie viele Personalstellen sind geplant?

Bei der Pressekonferenz war auch die Rede davon, dass am Ende der Leasinglaufzeit Fahrzeuge in den Bestand übernommen werden. Wenn es aber nur um eine Leasingunterstützung oder eine Finanzierungsunterstützung durch entsprechende Konditionen geht, dann müsste das Land keine Fahrzeuge aufnehmen. Dazu bitte ich Sie um eine Klarstellung.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. Das ist eine komplizierte Frage, die sich zwar nicht so kompliziert anhört, aber wirklich kompliziert ist. Wenn man eine Kapitaldienstgarantie dergestalt erteilen würde, dass jemand als zukünftiger Betreiber Fahrzeuge kauft und man als Land der Bank die Garantie gibt, dass das Land im Konkursfall des Betreibers die Kredite weiterbedient, dann würde das im Konkursfall bedeuten, dass dann der Anteil an den Fahrzeugen weg wäre und die Fahrzeuge in die Konkursmasse übergehen würden.

Um das zu verhindern, braucht man eine Leasinggesellschaft, die die Fahrzeuge hält und sie von Konkursrisiken freistellt. Das kann eine unabhängige Leasinggesellschaft sein oder eine unter dem Dach des Landes oder auch unter einer Bank, auch einer Landesbank. Wir sind von zwei Varianten ausgegangen: entweder einer unabhängigen Leasinggesellschaft oder einer Landesleasinggesellschaft. Der ausschließliche Zweck besteht darin, dass das Geld für die Fahrzeuge im Falle einer Insolvenz gesichert ist und mit dem Geld auch die Fahrzeuge selbst, sodass sie an einen Nachfolger übergeben werden könnten. Es ist also eigentlich nur eine Sicherung der landeseigenen Ausgaben, eine Risikominimierung, wenn Sie so wollen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Abg. Schwarz von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Minister, ich möchte noch einmal auf die Fahrzeuge zu sprechen kommen. Wir erhalten Klagen aus unterschiedlichen Landesteilen – beispielsweise auch aus dem Raum Aalen, Remstal – über schlechtes Wagenmaterial.

(Zuruf: Ravensburg!)

Dazu möchte ich Sie fragen, ob in dem Verkehrsvertrag, der seit mehreren Jahren gilt, keine Regelungen dazu enthalten sind, dass hier besseres Wagenmaterial eingesetzt wird.

Zum Zweiten möchte ich Sie fragen, ob Sie denn bei diesem Fahrzeugfinanzierungsmodell beispielsweise für Strecken, die durch Stuttgart führen, Neufahrzeuge oder Gebrauchtfahrzeuge zugrunde legen, sodass die Fahrgäste möglichst bald von verbessertem Wagenmaterial profitieren können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann hätte er am besten früher ausschreiben müssen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Herr Hauk, man kann nicht früher ausschreiben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

weil man vorher bestimmte Bedingungen klären muss. Das haben wir so schnell, wie wir konnten, getan.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie können es halt nicht schneller!)

Wenn wir auf mehr Vorbereitung hätten zurückgreifen können, wären wir noch schneller gewesen.

Durch den großen Verkehrsvertrag ist das Land eine Verpflichtung bis 2016 eingegangen, und diese Verpflichtung sieht so aus, dass die Bahn das Recht hat, auch mit dem ältesten Wagenmaterial zu fahren. Das ist übrigens eine Mischkalkulation. Da gibt es neue Wagen, mittelalte und ganz alte.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist ja unerhört, dass die Bahn das kann!)

– Der Vertrag ist wirklich nicht sehr günstig, und diejenigen, die sich jetzt am meisten beschweren, welch altes Material eingesetzt wird, wissen, dass sie das selbst zu verantworten haben.

(Beifall bei den Grünen)

Jedenfalls haben frühere Regierungen das zugelassen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir haben mit der Bahn verhandelt. Wir haben keine rechtlichen Möglichkeiten, sie dazu zu bringen, neues Wagenmaterial einzusetzen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ein schlechter Schauspieler!)

und die Bahn fährt natürlich gern mit den ältesten Waggons zu höchsten Preisen. Damit hat sie in bestimmten Bereichen die höchste Rendite. Das ist eigentlich eine ziemlich schräge Art von Finanzierung und Subventionierung. Das werden wir beenden.

(Beifall bei den Grünen)

Allerdings können wir eben erst ab 2016 zu neuen Konditionen kommen. Unser Ausschreibungskonzept sieht vor, dass wir für einen Teil Übergangsverträge brauchen. In den Übergangsverträgen werden wir vermutlich gute gebrauchte Fahrzeuge vorsehen, weil diese Verträge nur auf Zeit abgeschlossen werden und weil wir nicht erwarten können, dass jemand für vier Jahre Neufahrzeuge anschafft. Wir werden aber bei der Neuausschreibung der Stuttgarter Netze zwingend Neufahrzeuge vorsehen. Dann hat das Elend mit den „Silberlingen“ ein Ende,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

und dann haben wir eine hohe Qualität. Die wollen wir auch gern haben.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage von Frau Kollegin Razavi von der CDU-Fraktion.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, Sie sollten bei Ausführungen wie eben schon auch darauf hinweisen, warum z. B. auf der Remstalstrecke, aber auch auf anderen Strecken länger alte Fahrzeuge fahren, als es ursprünglich vorgesehen war – nämlich deshalb, weil Sie mit der Ausschreibung zwei Jahre länger gebraucht haben als notwendig.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Hintergrund war – das haben Sie uns in verschiedenen Debatten auch bestätigt – Ihre Idee eines Fahrzeugpools.

Sie haben uns gestern und auch gerade eben beschrieben, dass es zu diesem Fahrzeugpool nicht kommen wird. Warum ist das denn jetzt so? Warum schafft das Land keine eigenen Fahrzeuge an?

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Bedeutet das denn dann für Sie nicht erstens eine Niederlage und zweitens, zwei Jahre völlig unnütz vertan zu haben? Sie hätten deutlich früher ausschreiben können, doch Sie haben diese Idee vom Fahrzeugpool lange geprüft und sind erfolglos gelandet.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Gar nicht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Es mag für Sie vom Gefühl her so sein, als würden wir schon zwei Jahre lang regieren. Gefühlt mag es in der Opposition so wirken.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Quatsch!)

Aber für uns sind es richtiggehend eineinhalb Jahre Arbeitszeit, die wir da hineingesteckt haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 27. März!)

In diesen eineinhalb Jahren war mir das von Anfang an bewusst.

(Zurufe von der CDU)

– Das war eines der ersten Themen, die ich bearbeitet habe. Die Ausschreibung lag sofort auf dem Tisch,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Es lag keine Ausschreibung auf dem Tisch!)

weil alle gesagt haben: Herr Minister, das ist zwar erst 2016, aber es ist schon richtig eng mit der Zeit, weil wir eigentlich eine Vorlaufzeit von drei bis vier Jahren brauchen. Das war mir – wie gesagt – von Anfang an bewusst, und deshalb sind wir auch von Anfang an in diese Arbeit gegangen und haben dann feststellen müssen, dass Ihre Vorbereitung den Markt, wie er sich entwickelt, völlig ignoriert hat und dass man zwingend eine Fahrzeugfinanzierung braucht, um in Sachen Wettbewerb überhaupt einen Stich zu machen.

Nun weiß ich ganz genau, weil ich jetzt Chef des Verkehrsministeriums bin, dass die Fahrzeugfinanzierung für meine Vorgängerin eine Tabufrage war, dass man von der politischen Ebene her nicht wollte, dass man an ein Fahrzeugfinanzierungsmodell denkt.

(Zuruf: Hört, hört! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt nicht!)

Wenn Sie etwas anderes gewollt hätten, dann hätten Sie – ich will jetzt nicht sagen: 58 Jahre lang – spätestens ab 1996 Zeit gehabt, einen Fahrzeugpool aufzubauen. Sie hatten üppige Regionalisierungsmittel, Sie hatten über all die Jahre Überschüsse. Sie hätten damit das machen können, was das Land Niedersachsen gemacht hat, nämlich einen Pool aufzubauen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist unwirtschaftlich!)

Wir sind heute in der Situation, dass wir nicht mehr das Geld haben, um eine Poolgesellschaft mit neuen Personalstellen usw. aufzubauen; Herr Haußmann hat das ja angesprochen. Deswegen wählen wir schlanke Leasingkonstruktionen, bei denen kein großer Personalbedarf besteht und die man anders konstruieren kann. Wir haben die Poollösung verwerfen müssen, weil sie jetzt nicht mehr möglich war.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Zu teuer!)

Noch einmal zu der Aussage, wir hätten die Ausschreibung verschoben. Erstens sind wir nicht schon seit zwei Jahren an der Regierung. Deswegen haben wir das auch nicht seit zwei Jahren verschieben können. Zweitens gilt das Vertragsende 2016 immer noch.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Egal, wie lange wir an der Regierung sind – die Rechnung lautet: Erst ab 2016 beginnt es neu.

Ich habe mit dem zuständigen Regionalbahnchef nicht nur einmal darüber gesprochen. Auch mein Haus hat auf verschiedenen Ebenen mit der Bahn darüber gesprochen. Die Angebote der DB Regio haben immer gelautet: „Wir würden Ihnen gern neueres Zugmaterial zur Verfügung stellen – unter der Bedingung, dass wir einen Übergangsvertrag über zehn, zwölf, 16 Jahre bekommen.“ Dann mussten wir sagen: Übergangsverträge, die so lange laufen, sind nicht zu halten. Das wäre eigentlich die Fortsetzung des alten Monopolvertrags. Das können wir schon aus rechtlichen Gründen nicht mitmachen. Deswegen mussten wir das ablehnen. Übrigens haben auch die höheren Ebenen der DB solche Angebote gar nicht gut gefunden und haben gesagt: „Was haben wir von Verträgen, die anschließend vor Gericht scheitern?“

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Raufelder von der Fraktion GRÜNE.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt bin ich einmal gespannt, was zur RheinNeckar-S-Bahn kommt, Herr Raufelder!)

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Herr Minister, in der Diskussion schwingt unterschwellig die Behauptung mit, dass die Ausschreibung quasi schon von der Vorgängerregierung

vorbereitet gewesen wäre. Meines Wissens – auch nach dem, was wir immer wieder dargestellt bekommen haben – war das nicht der Fall.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Würden Sie vielleicht noch einmal deutlicher erklären, dass es tatsächlich keine Grundlagen gab oder ob es Grundlagen gab und dass das Ganze tatsächlich auf falschen Grundlagen basiert hat? Ich würde begrüßen, wenn Sie noch einmal deutlich herausstellen, dass Sie bei diesen Ausschreibungen quasi neu angefangen haben.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Woher wissen Sie das?)

Bitte erläutern Sie noch einmal, ob die Ausschreibung, die uns vorgelegt worden ist, gestaffelt war oder ob man 2016 den gesamten Vertrag wieder aufleben lassen wollte. Es wäre wichtig für uns, aufzuzeigen, dass es da tatsächlich eine Grundlagenarbeit gab, die wahrscheinlich Sie geleistet haben. Das würde mich interessieren.

Danke schön.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Dem Glauben, dass vorher gar nichts gemacht wurde, möchte ich widersprechen. Eine solche Aussage wäre, glaube ich, auch eine Beleidigung gegenüber der Nahverkehrsgesellschaft. Diese hat sich schon vorbereitet. Sie wusste, dass ein großes Geschäft bevorsteht, dass man genau planen muss. Das muss klar sein. Die unterstellte Aussage habe ich so nicht getroffen.

Aber an zwei Stellen hat man etwas ungenügend gemacht. Erstens hat man die Fahrzeugfinanzierung nicht vorbereitet, weil es ein Tabu war, über Fahrzeugfinanzierung nachzudenken. Zweitens hat man keine aktuelle Marktanalyse durchgeführt, die die neuen Bedingungen in der Republik berücksichtigt hat, wegen denen eben eine einfache Ausschreibung nicht mehr gelingt, und es wurde nicht aufgezeigt, was man stattdessen macht. Da ist zu wenig geschehen.

Deswegen haben wir externe Beratung dazugeholt. Diese war notwendig und richtig, und sie hat auch zu einer Veränderung des Konzepts geführt. Wir haben deswegen mit der Nahverkehrsgesellschaft ein neues, gestaffeltes Verfahren eingeführt. Ich will an dieser Stelle schon einmal sagen: Die erste Ausschreibung, die Ausschreibung für die Münstertalbahn, ist abgeschlossen. Zwei Ausschreibungen, nämlich zur Zollernbahn und zu Heilbronn-Nord, laufen gerade. In diesem Jahr kommen noch sechs Ausschreibungen und im nächsten Jahr vermutlich noch zwei weitere Ausschreibungen dazu.

Das heißt, von all den Ausschreibungen werden wir in diesem und im nächsten Jahr mehr als die Hälfte vornehmen. Wer jetzt noch sagt, wir würden schlafen und wir hätten die letzten eineinhalb Jahre nichts getan, der verkennt die Materie völlig. Denn es ist das Verdienst unserer guten Vorbereitungsarbeit in den letzten anderthalb Jahren, dass wir jetzt mit der Fahrzeugfinanzierungskonzeption herauskommen können, dass wir jetzt – schön aufgeteilt, gestaffelt – sukzessive die Ausschreibungen durchführen. Wir werden sicherlich auch Übergangsformen finden müssen, weil durch den großen Verkehrsvertrag – das ist das Problem – zwei Drittel aller Schienenverkehre im Nahverkehrsbereich im Jahr 2016 frei werden und zugleich in der ganzen Republik mindestens das gleiche, wenn nicht gar das doppelte Volumen zusätzlich auf den Markt kommt.

Die wenigen Bieter gehen natürlich gern dorthin, wo es einfach und überschaubar ist. Aber nirgendwo in der Republik gibt es so viele Baustellen wie in Baden-Württemberg. Das ist für Anbieter von Netzen ein Problem, weil sie nicht wissen: Wann wird die Elektrifizierung der Südbahn wirklich fertig? Wie ist es mit der Gäubahn? Was passiert am Hochrhein?

(Abg. Winfried Mack CDU: Wann wird Stuttgart 21 fertig?)

Was passiert mit Stuttgart 21? Das sind Überlegungen, die dann eben bei – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Reden Sie eigentlich nicht mit der Bahn?)

– Wir reden pausenlos mit der Bahn,

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber anscheinend ohne Ergebnis!)

sogar mit Vorständen, und dies wahrscheinlich viel öfter, als es früher der Fall war.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für eine weitere Frage vonseiten der CDU-Fraktion ...

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Wir können die Regierungsbefragung inzwischen eigentlich umtaufen in „Stunde für Fragen an Minister Hermann“.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Man muss Sie fordern! Ein bisschen Leistung muss sein! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ging doch damals von Ihnen, der Fraktion GRÜNE aus!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: ... erteile ich Herrn Abg. Mack das Wort.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister, Sie können sich bei Ihrer eigenen Fraktion beschweren.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Das ist immer wieder schön zu hören.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Mack hat das Wort.

Abg. Winfried Mack CDU: Damit wir hier keine Geschichtsklitterung betreiben: War es nicht so, dass Sie im Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur ein Konzept zur Ausschreibung, einen Ausschreibungskalender vorgelegt haben und dargelegt haben, dass gestaffelt ausgeschrieben werden solle? Wir haben dann gefragt, ob wir diesen Kalender haben könnten. Sie haben uns daraufhin einen Kalender zugesandt, der – dankenswerterweise, können wir aus heutiger Sicht sagen – noch ein

Kalender der früheren Landesregierung war. Darin wurde ganz genau dargelegt, wann wie ausgeschrieben werden soll.

Übrigens, Herr Kollege Schwarz: Die Remstalbahn wäre nach diesem Kalender viel früher zur Ausschreibung gekommen, als dies nach dem neuen Kalender des Ministers nun der Fall ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Zur Ausschreibung oder zur Direktvergabe?)

– Sie können den alten und den neuen Kalender nebeneinanderlegen; dann sehen Sie,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, das ist ein wesentlicher Unterschied!)

dass wir nach einem Wettbewerbsverfahren viel früher zu neuen Fahrzeugen gekommen wären.

Herr Minister, auch die frühere Landesregierung hatte die klare Absicht, Garantieerklärungen für Wettbewerber zu geben, damit ein Wettbewerb zustande kommt. Sie haben jetzt einen neuen Plan vorgelegt, der zeigt, dass alles nach hinten verschoben wurde. Aus diesem Kalender geht doch hervor, dass alles um ein Jahr, um zwei oder sogar drei Jahre verzögert wird. Wie kommen Sie dann zu der Auffassung, Sie seien für diese Verzögerungen nicht verantwortlich?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Sie haben von uns in der Tat eine Information bekommen, die auf den Vorarbeiten basierte. Wir haben damals bereits dazugesagt, dass dieser Stand gerade aktuell war. Anstatt nun diesen Plan gleich ins Werk zu setzen, haben wir jedoch nochmals geprüft. Ich kann Ihnen sagen: Aus heutiger Sicht bin ich gottfroh, dass ich mich von Ihnen nicht habe drängen lassen, damit so schnell wie möglich hinauszugehen. Denn dann hätte ich jetzt von Ihnen wahrscheinlich ziemlich viel Kritik bekommen, weil das System so nicht funktionieren würde. Wer sich kundig gemacht hätte, hätte herausgefunden: So funktioniert die Ausschreibung nicht. Man braucht vielmehr klare Konzepte; man muss wissen, was den Wettbewerb überhaupt ermöglicht.

Wir haben dann noch einmal eine Suchschleife, eine Beratungsschleife eingelegt. In der Tat: Das hat uns Zeit gekostet; das will ich überhaupt nicht bestreiten. Aber ich glaube, dass es sich am Ende wirklich gelohnt hat und dass es sich gerechnet hat. Denn wenn Sie mit einem schlechten Ausschreibungskonzept hinausgehen, passiert Folgendes: Sie schreiben aus und erhalten darauf vielleicht nur ein einziges Angebot. Dann zahlen Sie anschließend trotz Ausschreibung einen Monopolpreis. Eine andere Möglichkeit ist, dass Sie es noch einmal auflegen und erneut ausschreiben. Die Zeit, die Sie – scheinbar – gewonnen haben, haben Sie dadurch aber schon wieder verloren.

Aus diesem Grund hat sich die Vorsicht, meine ich, bewährt. Wir haben jetzt ein Konzept, das man verantworten kann. Ich stehe dazu, dass sich dadurch eine gewisse Verschiebung der Ausschreibung ergeben hat. Das hat aber der Qualität genützt. Wenn das in Vorarbeit erstellte Konzept so gut gewesen wäre, dass man es komplett hätte übernehmen können, dann hätte ich diese Suchschleife nicht machen müssen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage des Herrn Abg. Schwarz von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich freue mich, dass der Kollege Mack gerade gesagt hat, die frühere Regierung hätte Garantien abgebildet. Insofern gehe ich davon aus, dass Sie dann auch einem Nachtragshaushalt, der ebendiese Garantien abbilden wird, zustimmen werden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist etwas anderes!)

Andernfalls wäre das bei Ihnen ein widersprüchliches Verhalten.

Herr Minister, können Sie bestätigen, dass nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs – es stammt aus dem Jahr 2010 – Direktvergaben, wie sie der Kollege Mack noch in den Raum gestellt hat,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das habe ich nicht in den Raum gestellt!)

nicht einfach möglich sind, sondern dass der Bundesgerichtshof diese Direktvergaben untersagt und sie nur für einen eng umgrenzten Bereich für zulässig erklärt hat?

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich habe nicht über Direktvergaben gesprochen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Die Antwort lautet Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Haußmann von der FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Minister, ich würde gern noch einmal bei dem nachhaken, was der Kollege Schwarz gefragt hat. Es ging um die Remstalbahn und um die Murrtalbahn, auf denen noch relativ altes Wagenmaterial eingesetzt wird. Wann wäre, wenn es so laufen würde, wie Sie es geplant haben, frühestens mit einem anderem Wagenmaterial zu rechnen? Bis 2016 wird es sicherlich nicht reichen.

Ich greife jetzt das Stichwort Direktvergabe auf: Wir reden ja nicht über eine Direktvergabe. Man könnte überlegen, ob man diesen Bereich im Grunde genommen um sozusagen eine Zeiteinheit verlängert, um der Bahn die Möglichkeit für Investitionen zu geben – die Investitionsmittel der Bahn stünden zur Verfügung – und einen Übergang zu schaffen. Den Kunden der Bahn würde der Vorteil dann nicht erst irgendwann gewährt, sondern früher, wenn man der Bahn sagt, man könnte beispielsweise den Zeitraum bis 2020 nutzen.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Wir planen ja die Ausschreibung von Netz 2 Franken-Enz-Bodensee und Netz 3 Gäu-Murr. Wir wollen hier 2014 ausschreiben. Ziel ist es, 2017 mit neuem Material dafür aufzuwarten. Das ist im Moment der Plan. Aber es gibt einige

Unwägbarkeiten. Wir wissen nicht immer genau, wie lange das Verfahren läuft, ob es so läuft, wie wir es geplant haben, und ob sich alles realisieren lässt.

Ich muss an dieser Stelle auch sagen: Man kann nicht alle Pläne, Strategien, die man hat und die ein wettbewerbliches Verfahren betreffen, offen aussprechen, weil wir sonst unsere Strategie offenlegen und die anderen nur noch schauen müssten, was wir wollen, und dies entsprechend fordern werden. Ich will die Karten für das Land nicht verschlechtern.

Wir werden Übergangsverträge abschließen müssen, auch um das Ganze zeitlich zu entzerren. Wir werden die Übergangsverträge zeitlich sehr streng beschränken müssen, weil diese sonst nicht als Übergangsverträge anerkannt werden; sonst müssten wir eine richtige Ausschreibung vornehmen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Hauk für die CDU-Fraktion.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Minister, werden die Ausschreibungen – und damit die zugrunde liegende Fahrzeugfinanzierung –, die Sie entsprechend Ihren Aussagen anstreben, deutlich über das bisherige Angebot im ÖPNV in Baden-Württemberg hinausgehen? Sind Sie dann dazu bereit, bei der S-Bahn RheinNeckar einen Sprinter auf der Strecke zwischen Osterburken und Mannheim zu berücksichtigen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Erstens ist das hier keine Fahrplankonferenz. Deswegen sage ich weder zur Anbindung von Osterburken noch zur Anbindung anderer wichtiger Provinzmetropolen etwas.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Vielen Dank! Die Antwort reicht! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Provinzmetropolen“!)

Wir haben ein großes Interesse an einem möglichst gleichmäßigen guten Angebot in allen Räumen des Landes. Wir haben natürlich vor, durch die Ausschreibungen einen möglichst günstigen Preis zu erzielen. Um diesen Preis – –

(Abg. Peter Hauk CDU unterhält sich mit seinem Sitznachbarn.)

– Herr Hauk, war das eine Frage oder war das keine Frage?

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

– Dann müssen Sie bitte auch zuhören.

(Abg. Peter Hauk CDU: Auf Beleidigungen reagiere ich zunächst nicht! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er ist beleidigt, weil er aus der Provinz kommt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Hauk, wenn ich all das, was Sie zu mir gesagt haben, bedenke,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich?)

dann muss ich feststellen, dass meine Bemerkung ein harmloses Lob war.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Osterburken und andere wichtige Städte haben das Recht auf eine gute Anbindung. Darauf legen wir Wert. Das können wir aber nur erreichen, wenn wir im Wettbewerb Angebote erhalten, bei denen es am Ende einen günstigen Kilometerpreis gibt. Nur dann können wir unsere Ansprüche realisieren und uns mehr Verkehre leisten.

Das Ziel der Landesregierung ist ganz eindeutig, es besser zu machen, eine Verbesserung um 10, 15 oder 20 % herauszuholen. Wenn Sie fragen: „Wollen Sie das genau so machen?“, dann muss ich sagen: Ich weiß noch nicht, wie die Wettbewerbe ausgehen und was für ein Preis am Ende herauskommt. Das ist das marktwirtschaftliche System: Man weiß vorher noch nicht ganz genau, was herauskommt.

Wir haben die große Hoffnung, dass wir nicht zu einem Preis von 10,82 € pro Zugkilometer kommen, sondern dass der Preis deutlich darunter liegt. Der Preis muss auch darunter liegen, denn sonst würden wir in die Situation – – Wenn wir überall diese hohen Preise zahlen würden, dann müssten wir Verkehre abbestellen. Dann könnten wir uns das, was wir vorhaben, unmöglich leisten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wird das jetzt in den Fahrzeugfinanzierungsgarantien für die Ausschreibung berücksichtigt oder nicht? Ganz einfach!)

– Natürlich! Das habe ich doch vorhin erklärt. Wir machen die Ausschreibung so, dass man optional die Fahrzeugfinanzierungsgarantie ziehen kann. Die Deutsche Bahn wird sie nicht ziehen, weil sie sie nicht braucht. Bei kleinen Ausschreibungen ist es nicht notwendig, weil die Bieter zum Teil die Fahrzeuge haben. Aber bei den größeren und mittleren Netzen wird es notwendig sein. Da werden wir das anbieten, damit es diesen Wettbewerb gibt, damit am Ende auch Osterburken bestens angebunden wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister.

Damit ist auch der zweite Teil der Regierungsbefragung aufgrund der Zeit beendet. Es gibt zwar noch weitere Wortmeldungen. Diese können aber nicht abgearbeitet werden.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes (Justizwachtmeisterbefugnissegesetz – JWBG) – Drucksache 15/3076

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Justizminister Stickelberger.

Justizminister Rainer Stickelberger: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich darf heute den Gesetzentwurf der Landesregierung zu den Befugnissen der Justizwachtmeister einbringen.

Wir alle – Sie, ich auch – sind in der Vergangenheit leider Zeugen schrecklicher Gewalttaten geworden, die gegen die Jus-

tiz gerichtet waren. Ich darf daran erinnern: In Dachau wurde ein junger Staatsanwalt erschossen. In Karlsruhe wurden ein Gerichtsvollzieher und drei weitere Menschen während ihres Dienstes als Geiseln genommen und regelrecht hingerichtet. Ebenfalls in Karlsruhe wurde ein Richter tätlich angegriffen und schwer verletzt. Der Übergriff auf einen Staatsanwalt in Tübingen ist Ihnen auch bekannt.

Solche extremen Ausbrüche von Gewalt sind zum Glück die Ausnahme. Gleichwohl kommt es in Gerichten und Staatsanwaltschaften täglich dazu, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedroht werden, bedrohlichen, gefährlichen Situationen ausgesetzt sind. Schließlich haben Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, aber auch andere Beschäftigte der Justiz unseres Landes nicht selten mit Menschen zu tun, für die es tatsächlich oder vermeintlich um alles geht und die deshalb in ihren Verhandlungen, im Auftreten vor Gericht von entsprechenden Emotionen und Aggressionen begleitet werden.

Diejenigen, die mit dieser Situation täglich und kraft ihres Amtes umgehen müssen, sind die Justizwachtmeister. Sie haben die Aufgabe, bei Gerichten und den Staatsanwaltschaften für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Sie müssen die Anordnungen des Gerichts durchsetzen. Sie führen Gefangene vor, wenn diese vor Gericht stehen. Die Justizwachtmeister haben somit eine zentrale Aufgabe, die für das Funktionieren der Justiz in unserem Land wesentlich ist. Diese Aufgabe des Justizwachtmeisterdienstes nimmt deshalb eine Schlüsselposition in der Sicherheitskonzeption ein, die wir gemeinsam mit den Gerichten und den Staatsanwaltschaften und mit der Unterstützung der Experten der Polizei, etwa des Landeskriminalamts, erarbeitet haben.

In diese Sicherheitsarchitektur gehört auch, dass wir im Haushalt 2013/2014 50 zusätzliche Stellen und Investitionsmittel für moderne Sicherheitstechnologie und für eine verbesserte Aus- und Fortbildung bereitgestellt haben. Dafür bin ich dem Landtag dankbar. Ich glaube, das waren dringend notwendige Maßnahmen, die wir jetzt umsetzen.

Meine Damen und Herren, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir dieser wichtigen Rolle des Justizwachtmeisterdienstes auch eine klare und transparente gesetzliche Regelung seiner Aufgaben und Befugnisse zuweisen. Die gegenwärtige Rechtslage wird allerdings diesem Anspruch nicht im notwendigen Maß gerecht, denn die Befugnisse für die Justizwachtmeister sind bisher nur teilweise gesetzlich klar benannt. In manchen Bereichen gilt sogar das Gewohnheitsrecht, oder man muss auf allgemeine Rechtsinstitute wie Notwehr und Nothilfe zurückgreifen. Es ist oft nur mit dem Rat juristischer Fachleute möglich, Voraussetzungen und Begrenzungen der Befugnisse der Justizwachtmeister verlässlich im Einzelfall anzugeben.

Der Ihnen jetzt vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes schließt diese Lücke. Er kodifiziert und vereinheitlicht erstmals das gesamte Aufgabenspektrum, in dem die Justizwachtmeister als Garanten eines sicheren Justizalltags tätig sind. Diese Sicherheit kommt den Parteien, den Bediensteten, den Rechtsanwälten, dem Publikum, all denen, die Justizdienstleistungen in Anspruch nehmen, die mit der Justiz tagtäglich zu tun haben, zugute.

Eine Neuregelung ist aber nicht nur deshalb notwendig, um insoweit einen klaren rechtlichen Rahmen zu garantieren. Wir müssen auch Bedingungen schaffen, die es den Justizwachtmeistern ermöglichen, ihre Aufgaben im allgemeinen, im öffentlichen Interesse verlässlich wahrzunehmen. Vielfache Anfragen und Aufrufe aus der Praxis haben das Bedürfnis danach deutlich unterstrichen.

Wir halten eine gesetzliche Regelung aber auch aus Gründen des Rechtsstaats für erforderlich. Dieser Aspekt ist mir ganz wichtig; denn es kann passieren, dass Justizwachtmeister in die Rechte des Einzelnen eingreifen müssen, also sogar grundrechtsrelevant tätig werden, etwa wenn der Einzelne eine unmittelbare Gefahr für andere darstellt.

Unsere Verfassung verlangt, dass die hier geltenden Voraussetzungen gesetzlich klar bestimmt sind. Diesem Verfassungsauftrag – wir nehmen ihn ernst – werden wir mit dem Gesetzentwurf, der Ihnen jetzt vorliegt, gerecht.

Der Gesetzentwurf benennt im Wesentlichen die Voraussetzungen, unter denen der Justizwachtmeisterdienst konkrete Gefahren abwehren darf; ich habe auf die Gefahrensituation bereits hingewiesen. Er hat etwa Einlasskontrollen vor Gerichtssälen im Blick, um das Einführen von Waffen zu verhindern, oder z. B. die Durchsetzung eines Hausverbots gegen Personen, die sich im Gericht grob störend verhalten.

Bei einem Besuch bei einem großen Gericht in unserem Land vor einigen Wochen habe ich die Präsidentin gefragt, wie es denn mit Sicherheitskontrollen steht. Sie hat mir dann deutlich gemacht, dass Stichproben, etwa Kontrollen an einem Verhandlungstag, über einen längeren Zeitraum ergeben hätten, dass fast jeder vierte Kontrollierte einen gefährlichen Gegenstand, also ein Messer oder ein anderes Instrument, bei sich getragen hat. Ich glaube, das zeigt, dass wir hier nicht nur von abstrakten, sondern auch von konkreten Gefahren sprechen.

Eines ist mir aber auch wichtig: Nur in den seltenen Fällen, in denen eine Gefahr gar nicht anders abgewehrt werden kann, darf der Justizwachtmeisterdienst zu schärferen Mitteln greifen. Die gesamte Tätigkeit der Justizwachtmeister steht dabei aber unter dem Prinzip eines strengen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, wie uns das letztlich auch die Verfassung vorgibt.

Wohlgemerkt: Wir betreten hier sicher kein Neuland. Das Gesetz beschränkt sich darauf, bereits bestehende Regelungen, die sich seit langer Zeit bewährt haben, auch auf den Justizwachtmeisterdienst anzuwenden, etwa Vorschriften aus dem Polizeigesetz, die uns im Alltag geläufig sind.

In der Praxis kann auf eine breite Erfahrung und in vielen Bereichen auch auf eine gefestigte Rechtsprechung zurückgegriffen werden.

Im Ergebnis ermöglichen wir jedenfalls durch den Gesetzentwurf, dass der Justizwachtmeisterdienst seine traditionellen Aufgaben weiterhin wahrnehmen kann, die dafür notwendigen Befugnisse aber in konkreten Regelungen klar und deutlich kodifiziert sind. Das Gesetz trägt so zu Rechtssicherheit und Rechtsklarheit bei.

(Minister Rainer Stickelberger)

In einem Punkt schaffen wir wirklich Neues – auch darauf lege ich besonderen Wert –: Wir organisieren die Grundausbildung für Justizwachtmeister völlig neu und führen regelmäßige Schulungen und Fortbildungen ein. Dadurch steigern wir die Qualität, und damit leisten wir sicher auch einen Beitrag zur Sicherheit in unserer Justiz.

Der Gesetzentwurf sieht dazu vor, dass einzelne Justizwachtmeister in Fällen mit hohem Gefährdungspotenzial mit zusätzlichen Mitteln zur Eigensicherung ausgestattet werden können, wenn – das ist ganz wesentlich – diese Mitarbeiter durch spezielle Schulungen besonders gut ausgebildet sind und zusätzliche Prüfungen erfolgreich durchlaufen haben. Ich denke hier im Hinblick auf das Gefährdungspotenzial etwa an sehr öffentlichkeitswirksame Strafprozesse, etwa mit terroristischem Hintergrund, oder Verfahren mit kriminellen Rockerbanden, die auch durch den Justizwachtmeisterdienst gesichert werden müssen.

Auf diesem Weg nehmen wir Sorgen ernst und berücksichtigen die hohen Anforderungen, die wir an die Justizwachtmeister stellen. Die bisherige Ausstattung konnte dem nicht entsprechen. Wir beugen einer Unsicherheit gerade unter den Beschäftigten über die Reichweite ihrer Befugnisse vor. Wir schaffen einen sicheren Rahmen, der Aufgaben und Befugnisse klar benennt. Besonders wichtig ist mir dabei, dass der Entwurf zu einer klaren Begrenzung der Mittel führt, die der Justizwachtmeisterdienst gegenüber dem Einzelnen anwenden darf.

Wir wollen aus unseren Gerichten keine Festungen machen, sondern sie als öffentliche Einrichtungen erhalten, die allen Bürgern offenstehen, aber auch die notwendige Sicherheit garantieren.

Mit unserem Gesetzentwurf schaffen wir Transparenz, Rechtssicherheit sowie klare Verantwortlichkeiten und beugen Konflikten vor. Deshalb darf ich Sie bitten, sich am Diskussionsprozess im Ausschuss und dann in der zweiten Lesung rege zu beteiligen und uns auf dem Weg hin zu einer bürgernahen und vor allem auch sicheren Justiz zu unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Zimmermann das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein guter Mann, der Zimmermann!)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist keine Frage. – Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat uns den Entwurf eines Gesetzes über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes vorgelegt. Jetzt mögen viele sagen: Schon wieder ein Gesetz. Vor der Mittagspause haben wir gerade erst ein Gesetz abgeschafft – die zeitliche Wirkung war sehr kurz –, und jetzt wird schon wieder ein neues Gesetz eingebracht.

Dieses Gesetz brauchen wir jedoch in der Tat. Damit haben Sie völlig recht, Herr Minister. Es geht um eine Ermächtigungsgrundlage, die der Justizwachtmeisterdienst zur Erfüllung seiner Aufgaben dringend benötigt. Sie haben bereits auf die schwerwiegenden Straftaten hingewiesen, die in Amtsgebäuden bzw. in Justizgebäuden leider stattgefunden haben. Bislang musste sich der Justizwachtmeisterdienst auf die allgemein jedem zustehenden Rechte und auf das Hausrecht des Hausherrn berufen. Er hatte auch Notwehrrechte und andere Jedermannsrechte.

Nunmehr sollen ihm polizeirechtliche Befugnisse zugewiesen werden wie – ich nenne sie jetzt einmal – Personenfeststellung, Platzverweis, Gewahrsam, Durchsuchung von Personen und Sachen, Sicherstellung und Beschlagnahme sowie besondere Sicherungsmaßnahmen gegenüber vorzuführenden Gefangenen. Dazu gehört aber auch das Festnahmerecht bei einem Fluchtversuch. Das kommt leider des Öfteren vor.

Meine Damen und Herren, auf der Zuhörertribüne sitzen zum Teil ältere Herrschaften, die mit Sicherheit noch die Sendung „Königlich Bayerisches Amtsgericht“ kennen. Man weiß, wer dort der Justizwachtmeister war. Wenn der Richter zum Justizwachtmeister gesagt hat, dass er diesen oder jenen Zeugen brauche, sagte dieser: „Jawohl“, ist in die nächstgelegene Wirtschaft gegangen, hat eine Weißwurst gegessen und erst dann den Zeugen gebracht. So läuft das heute nicht mehr.

(Oh-Rufe)

Leider ist es gefährlicher geworden.

Herr Minister, die CDU kann diesem Gesetzentwurf bislang in vollem Umfang zustimmen. Dieser sollte aber noch ergänzt werden. Hierzu haben wir aber noch Zeit. Das machen wir dann im Ausschuss.

All das, was hier gesagt wurde, beschränkt sich auf Situationen im Justizgebäude. Wir alle wissen aber, dass sich solche Vorgänge auch außerhalb eines Justizgebäudes abspielen können. An dieser Stelle greift der Entwurf etwas zu kurz. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir noch eine Ergänzung vornehmen können.

Herr Minister, im Grunde genommen müsste dieses Gesetz Landesjustizwachtmeisterbefugnissegesetz heißen. Dann wären wir wieder bundesweit Vorreiter. Ich würde den Geltungsbereich jedoch gern ergänzen um die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in amtlich genutzten Liegenschaften und auf amtlich genutzten Grundstücken.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das möchte ich noch in Richtung des Ministeriums sagen. Das ist die Änderung, die ich dann noch im Ausschuss einbringen werde.

Herzlichen Dank. Dabei will ich es jetzt bewenden lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Filius das Wort.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vom Justizministerium ausgearbeiteten und von der

(Jürgen Filius)

Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf schaffen wir Klarheit über die Befugnisse der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister. Damit werden Vorschriften einheitlich kodifiziert und mit Blick auf die Befugnisse und Bedürfnisse der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister umgesetzt.

Ich möchte betonen: Die entsprechenden Vorschriften – der Justizminister hat auch schon darauf hingewiesen – werden als Ermächtigungsgrundlage in einem Gesetzeswerk zusammengetragen. So wird Transparenz über deren materiellen Inhalt geschaffen.

Das Gesetz schafft Eingriffsmöglichkeiten sowohl präventiv zur Gefahrenabwehr nach dem Polizeigesetz als auch faktisch repressiv im Justizvollzug.

Ich möchte ausdrücklich allen danken, die am Gesetzentwurf mitgearbeitet haben. Denn es ist gelungen, ein kurzes, prägnantes, übersichtliches und dennoch rechtsklares Gesamtwerk zu schaffen.

Fragen von allgemeiner Sicherheit werden ungeachtet der objektiv guten Sicherheitslage von der Öffentlichkeit immer kritischer wahrgenommen. Dazu tragen natürlich insbesondere die Medien bei. Der Herr Minister hat auch auf die sehr spektakulären Fälle hingewiesen.

Erst recht gilt es, in Gerichtssälen, bei den Abläufen rund um die Verhandlungen letztlich eine Sicherheitsgrundlage zu schaffen. Dem trägt der Gesetzentwurf Rechnung. Aber eine hundertprozentige Sicherheit – machen wir uns nichts vor; das ist uns allen klar – kann es in einem demokratischen Rechtsstaat nicht geben.

Die an uns herangetragenen Sorgen der Justizbediensteten um eine größtmögliche Sicherheit haben wir ernst genommen. Sie wird vom Ministerium mit diesem Gesetzentwurf auch vorangetrieben. Das Land hat all das gemacht, was möglich ist, um auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Einrichtungen arbeiten, Vertrauen zu schaffen.

Dieses Hohe Haus hat – das wurde ebenfalls schon erwähnt – im letzten Haushaltsplan die erforderlichen Gelder zur Verfügung gestellt, um die entsprechenden Stellen zu schaffen. Es ist im Hinblick auf die knappen Kassen des Landes sicherlich keine Selbstverständlichkeit gewesen, dass dies ermöglicht werden konnte.

Für wichtig halte ich den Aspekt, dass beim Zugang in das Gerichtsgebäude Sicherheit geschaffen wird. Das kollidiert jedoch letztlich mit dem Grundgedanken der Öffentlichkeit, der öffentlichen Verhandlung. Immer mehr Menschen betreten diesen bisher immer sehr offenen Raum. Das ist gefährlich, und der Zugang soll erschwert werden. Ich denke, dieses Pendel muss man aufgrund der Vorgänge tatsächlich in die Richtung bringen, dass im Interesse der Sicherheit entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Hier fährt Baden-Württemberg sicherlich den richtigen Weg. Das Land schafft Zugangskontrollen, aber die Justizwachtmeister erhalten auch im Gebäude selbst – nicht nur im Saal, sondern auch in den Büros, in den Gängen – entsprechende Zugriffsmöglichkeiten, um zu verhindern, dass es zu Übergriffen kommt.

Aus diesem Grund ist dies, nachdem auch die Verhältnismäßigkeit berücksichtigt worden ist, ein Gesetz – so möchte ich sagen –, das mit Augenmaß auf diese Probleme reagiert. Die Ermächtigungsgrundlagen sind entsprechend aufgenommen.

Unsere Fraktion wird der Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss zustimmen. Wir hoffen, dass die Beratungen dort zügig verlaufen und der Entwurf bald Gesetz wird.

Herzlichen Dank für die bisherige Arbeit, die auch hier geleistet worden ist.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kopp das Wort.

Abg. Ernst Kopp SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich danke dem Justizminister, Herrn Rainer Stickelberger, und seinen Mitarbeitern ausdrücklich für diesen Gesetzentwurf, mit dem erstmals eine einheitliche Ermächtigungsgrundlage für die Befugnisse der Justizwachtmeister zur Erfüllung ihrer Aufgaben bei Gericht und Staatsanwaltschaft geschaffen wird.

Dabei möchte ich hervorheben, dass insbesondere die vorgesehenen Vorschriften über eine Bewaffnung in § 9 Absatz 2 keine wirklichen Neuerungen sind, sondern erstmals eine gesetzliche Grundlage der bislang ungeschriebenen Praxis darstellen.

Das Gesetz schafft somit Rechtsklarheit, enthält darüber hinaus aber auch weitere zu begrüßende Regelungen, wie z. B. die Festlegung, dass der Einsatz der in § 9 Absatz 2 Satz 2 genannten Waffen solchen Justizwachtmeistern vorbehalten ist, die dafür besonders ausgebildet wurden.

Der heute zu beratende Gesetzentwurf ist ein weiterer Baustein eines ganzheitlichen Konzepts zur Sicherheit in Justizgebäuden. Denn neben der Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger darf die Sicherheit in Justizgebäuden nicht ausgeblendet werden. Die erschreckenden Vorfälle der Vergangenheit in Gerichtsgebäuden haben uns deutlich gezeigt, dass die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen offensichtlich nicht ausreichend waren.

Im Unterschied zur Vorgängerregierung hat Justizminister Stickelberger das Thema daher bereits Ende 2011 auf die Agenda gesetzt und mit Experten eine entsprechende Sicherheitskonzeption entwickelt. Notwendige Maßnahmen wie z. B. zusätzliche Wachtmeisterstellen und Sachmittel für geeignete bauliche und technische Sicherheitsmaßnahmen in den Justizgebäuden wurden, wie schon von meinem Vorredner erwähnt, von den Regierungsfraktionen im Haushalt 2013/2014 verankert. Neben den Strafvollzugsbediensteten in den Gefängnissen leisten auch die Justizwachtmeister einen sehr wichtigen Beitrag zur Sicherheit dieses Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Ernst Kopp)

Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, allen Justizwachtmeistern im Namen der SPD-Fraktion meinen Dank und meine Wertschätzung für ihre wichtige Arbeit auszusprechen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Angesichts der ausgeführten Vorteile, die wir in dem vorgelegten Gesetzentwurf sehen, kann ich dem Justizminister vorbehaltlich der weiteren Beratung im Ständigen Ausschuss bereits heute Zustimmung signalisieren. Die vorgeschlagenen Ergänzungen des Kollegen Zimmermann werden im Ausschuss wohl erneut diskutiert werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

(Abg. Walter Heiler SPD: Jetzt wird es schwer! Das war ein Scherz!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Justizwachtmeisterdienst steht immer in der Gefahr, für die wichtigen Aufgaben, die er hat, nicht ausreichend Beachtung zu finden. Wenn man von Beachtung spricht, hat das auch etwas mit Bezahlung zu tun. Ich freue mich, dass wir noch unter der alten Regierung die Besoldungssituation im Justizwachtmeisterdienst entscheidend verbessern konnten. Heute geht es um die Rechtsgrundlage für sein Handeln, für seine Befugnisse. Die Aufgaben sind wirklich anspruchsvoll genug. Das ist durch die fürchterlichen Fälle, die angesprochen worden sind, ganz besonders deutlich geworden.

Es sind aber nicht nur die herausragenden Strafprozesse oder Staatsschutzprozesse, bei denen jeder ein großes Sicherheitsrisiko sieht, sondern es ist mehr der Alltag gerade im Familienrecht, bei dem zum Teil unglaubliche Aggressionen im Gerichtssaal frei werden, sodass gefährliche Situationen entstehen können. Man beneidet niemanden, der solche Situationen entschärfen und für Sicherheit sorgen muss. Das ist eine schwierige Aufgabe.

Ähnliche Aufgabenstellungen – das ist klar – gibt es bei der Polizei oder im Strafvollzug. Das ist einem durchaus bewusst. Interessanterweise sind dort die Befugnisse im Polizeigesetz oder im Justizvollzugsgesetzbuch bis ins Detail geregelt.

Insofern ist es erstaunlich, dass die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes bisher nicht in dieser Weise kodifiziert waren. Das ist ein Unternehmen, das man unverzüglich angehen sollte. Man ist durch die dramatischen Fälle noch einmal darauf aufmerksam gemacht worden. Es gibt ohne Zweifel Handlungsbedarf für ein neues Gesetz. Wir werden dieses Gesetz natürlich auch positiv unterstützen. Es bildet, wenn man so will, den jetzigen Rechtszustand und die jetzige Praxis ab, schafft vor allem Rechtssicherheit – keine neuen Befugnisse, aber eben Rechtssicherheit. Das ist wichtig, gerade wenn eine brenzlige Situation eintritt. Wir werden das Gesetz konstruktiv begleiten, keine Frage.

Wichtig scheint der Hinweis des Kollegen Zimmermann zu sein; daraufhin muss man den Gesetzentwurf in der Tat noch einmal anschauen. Sollte es so sein, dass das Gesetz für Vorgänge im Gebäude greift, aber nicht auf dem Parkplatz, dann müsste man in der Tat überlegen, ob man die eine oder andere Formulierung noch ändert. Insofern rege ich an, diesen Hinweis aufzugreifen. Im Übrigen ist es aber ein Gesetz, das hilfreich und richtig ist und das wir unterstützen werden.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/3076 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Genossenschaftswesen in Baden-Württemberg – Drucksache 15/1870 (geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Rüeck für die Fraktion der CDU.

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich dem Herrn Präsidenten die Frage stellen, ob es eine „Umressortierung“ in der Landesregierung gegeben hat. Ist der Herr Justizminister jetzt auch für die Genossenschaften zuständig? Ich würde es ihm aufgrund seiner Fähigkeiten absolut zutrauen.

(Minister Rainer Stickelberger: Keine aufgedrängte Bereicherung!)

Ich halte es nicht für ein schönes Zeichen der Landesregierung gegenüber den Genossenschaften, dass der zuständige Fachminister bei dieser Diskussion nicht anwesend ist.

(Beifall bei der CDU – Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Rüeck, Sie haben eine Frage an mich gestellt. Das ist keine Frage an das Präsidium, sondern eine Frage an die Regierung.

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann an die Regierung.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die CDU-Fraktion hat nach der Geschäftsordnung jederzeit das Recht, hier einen Beschluss zu fassen, wenn sie etwas möchte. Ich gehe davon aus, dass die Regierung überrascht davon ist, dass die vorherigen Beratungen nicht so lange gedauert haben wie üblich, aber noch rechtzeitig dazukommt. Aber das betrifft die Regierung und nicht uns.

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gut. Vielen Dank.

(Minister Dr. Nils Schmid betritt den Plenarsaal.)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Was der Einzelne nicht vermag, das vermögen viele.“ Dieses Motto der Gründungsväter der Genossenschaften, Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen, hat auch heute, nach über 160 Jahren, seine Bedeutung und Aktualität nicht verloren. Der Gedanke, dass man gleichberechtigt in einer Gemeinschaft mehr erreichen kann als ein Einzelkämpfer, hat sich bewahrheitet. Genossenschaften sind eine traditionsreiche, aber gleichzeitig auch hochmoderne Unternehmensform. Dies bestätigt sich nicht zuletzt in den 3,6 Millionen Mitgliedern in Baden-Württemberg, 20 Millionen Mitgliedern deutschlandweit, 140 Millionen Mitgliedern europaweit und – um diese Zahl noch zu toppen – 840 Millionen Mitgliedern weltweit.

Das Jahr 2012 wurde von der UN zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen – eine besondere Ehrung, wie ich finde. Dies hat den Genossenschaften die Chance gegeben, die Grundidee dieser Unternehmensform weltweit verstärkt darzustellen und noch mehr Menschen für dieses Geschäftsmodell zu interessieren, vielleicht auch zu begeistern. Gleichzeitig hat es gezeigt, welche Bedeutung die Genossenschaften weltweit haben.

Was ist denn nun das Besondere an diesem Genossenschaftswesen? An vorderster Stelle sind hier die Werte aufzuführen, denen sich die Genossenschaften verschrieben haben: Respekt, Verantwortung, Solidarität, Partnerschaftlichkeit und Genossenschaftlichkeit. Ich glaube, man kann heute noch sagen, diese Werte haben sich nach jahrelanger Tradition bewahrheitet und bewährt. Genossenschaften sind keine Aktiengesellschaften; sie sind nur ihren Mitgliedern verpflichtet – eine hochdemokratische Rechtsform. Jedes Mitglied hat unabhängig von seinen finanziellen Einlagen eine Stimme und damit auch das gleiche Mitspracherecht.

Den besonderen Erfolg sehe ich aber in der regionalen Verwurzelung der Genossenschaften. Sie schaffen und erhalten Arbeitsplätze vor Ort. Junge Menschen werden ausgebildet; ihnen wird auch außerhalb der Ballungsräume eine Zukunftsperspektive geboten. Damit sind die Genossenschaften ganz nah bei den Menschen und können auch auf die Bedürfnisse und Interessen der Menschen eingehen.

Es kann also nicht verwundern, dass die Genossenschaften in fast allen Bereichen des Lebens und der Wirtschaft tätig sind und darüber hinaus vor allem sehr erfolgreich sind. Ich darf hier den Handel, das Handwerk, die Nahversorgung durch Genossenschaftsläden, die Industrie, das Dienstleistungsgewerbe und die Landwirtschaft nennen. Die Liste scheint fast unendlich verlängerbar zu sein.

Momentan organisieren sich in Baden-Württemberg fast 900 Unternehmen mit den genannten 3,6 Millionen Mitgliedern im Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband.

Mich begeistert bei dieser ganzen Betriebsamkeit besonders, dass die Genossenschaften am Puls der Zeit sind. Als ein Beispiel darf ich die Energiegenossenschaften nennen. Bereits im Jahr 2009 wurden die ersten Genossenschaften in dieser Form gegründet, und schon im Jahr 2012 belief sich die Anzahl dieser Genossenschaften nach meinen Informationen auf ca. 110 in Baden-Württemberg und auf 700 in ganz Deutschland. Konkret bedeutet das, dass sich über 80 000 Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Energie engagieren, vorwiegend im Bereich der alternativen, regenerativen, erneuerbaren Energien. Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Energiewende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Betätigungsspektrum der Genossenschaften ist bei allem, was ich angeführt habe – so glaube ich –, noch nicht ausgeschöpft. Der demografische Wandel nimmt immer mehr Fahrt auf, die Grundversorgung der Menschen im sozialen Bereich, gerade auch im ländlichen Raum, muss gestärkt werden. Warum nicht durch genossenschaftliche Organisationen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Solche Genossen mag ich!)

Denn dadurch werden die Menschen vor Ort eingebunden, und ihr Engagement, ihr Einsatz kann zielgerichtet dort, wo es nötig ist, umgesetzt werden.

Ich möchte mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, den neuen Präsidenten des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands zitieren

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Dr. Glaser!)

– Herrn Dr. Glaser, genau –, der in einem Interview vom 18. Januar 2013 angekündigt hat, dass er die Zahl der Genossenschaftsmitglieder auf vier Millionen steigern wolle. Das bedeutet, dass dann jeder dritte Baden-Württemberger ein Genossenschaftsmitglied wäre. Ein beeindruckendes Ziel!

Auf die Frage, aufgrund welchen Engagements dies möglich sein sollte, führt Herr Dr. Glaser aus:

> *Das geht über Energiegenossenschaften bis hin zur Organisation neuer Wohnformen im Alter. Auch Schulen können genossenschaftlich organisiert werden. Oder denken Sie etwa an Ärztegenossenschaften und Pflegedienste.*

All dies sind Dinge, die durch das Land Baden-Württemberg gefördert, gestärkt und begleitet werden können.

Herr Minister Schmid, die CDU steht zu den Genossenschaften. Wir fordern Sie und Ihr Haus auf, das Ihrige zu tun. Fördern Sie die Genossenschaften in Baden-Württemberg und nicht nur die Genossen im eigenen Haus!

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank den Kolleginnen und Kollegen für den Antrag und der Regierung für die gute Beantwortung der darin gestellten Fragen. Wir haben festgestellt: Die Genossenschaften sind im Aufwind. Sie wachsen in Baden-Württemberg in der Zahl und hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit. Gerade heute – das habe ich vorhin noch online ge-

(Andrea Lindlohr)

sehen – hat der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband sein 900. Mitglied aufgenommen; es ist – die Kundigen ahnen es – eine Bürgerenergiegenossenschaft. Darum von dieser Stelle einen ganz herzlichen Glückwunsch an den Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband zum 900. Mitglied und der neuen E-Werk Mittelbaden eG in Lahr eine gute Zukunft!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich sehe drei Gründe dafür, dass die Genossenschaften im Aufwind sind. Sie sind zum einen von einer guten Idee getragen. Genossenschaften vereinen wirtschaftliche Tätigkeit mit dem Gedanken der Solidarität und der demokratischen Teilhabe – ein wahres Meisterwerk, aber es gelingt. Das Zweite ist, dass wir in unserem modernen Staat für die gute alte Idee der Genossenschaft einen passenden und verlässlichen Rechtsrahmen geschaffen haben. Das Dritte ist, dass im heutigen Niedrigzinszeitalter und in der heutigen Zeit der Energiewende die Unternehmensform der Genossenschaften ganz hervorragend zu den wirtschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts passt.

Schauen wir uns einmal die Sektoren an, in denen Genossenschaften tätig sind. Genossenschaften haben sehr vielfältige Tätigkeitsfelder. Dennoch ist der Bereich der Kreditgenossenschaften mit einem Geschäftsvolumen von 133 Milliarden € mit Abstand die größte Gruppe in Baden-Württemberg. Das Geschäftsmodell ist jedoch durch die Verhandlungen auf europäischer Ebene über die Umsetzung von Basel III und der europäischen Bankenaufsicht zumindest gefährdet. Ich zitiere dazu:

Behandelt Verschiedenes auch verschieden!

Das sagte der Europaabgeordnete Sven Giegold, Mitglied der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament, am 9. Januar der „Börsen-Zeitung“ zum Thema Bankenaufsicht. Er ist hierzu Berichterstatter im Europäischen Parlament. Er wendet sich dagegen, dass die EBA kleinen Kreditinstituten dieselben Berichtspflichten auferlegen will wie Großbanken. „Verschiedenes verschieden behandeln“ – damit hat er recht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dem kann man zustimmen!)

Noch wichtiger ist sicherlich die Formulierung der europäischen Kapitalrichtlinie und der entsprechenden Verordnung sowie deren nationale Umsetzung. Es gibt einen neuen Verhandlungsstand aus dem Trilog von Ende Februar. Auch da haben gerade unsere deutschen Kollegen im Europäischen Parlament einen großen Fortschritt erreicht. Nun hat Deutschland die Möglichkeit, auf den Eigenkapitalabzug bei den untereinander im Verbund gesicherten Volks- und Raiffeisenbanken zu verzichten. Das unterstützen wir, die grün-rote Koalition. Dafür setzt sich die Landesregierung im Bundesrat ein. Eine Unterstützung dieses Vorhabens verlangen wir auch von der Bundesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Denn wir wissen, wie stark die Volksbanken in Baden-Württemberg in der Finanzierung der Kleinbetriebe und der mittelständischen Wirtschaft engagiert sind, und wir wollen dies auch weiter ermöglichen.

Zum Thema Energie hat der Kollege Rüeck schon etwas gesagt. Die Energiewende ist ein Projekt der nachhaltigen wirtschaftlichen Chancen in allen Regionen Baden-Württembergs. Sie ist zum einen ein Zukunftsprojekt, aber zum anderen findet sie auch schon Tag für Tag statt. Daran haben die neuen Energiegenossenschaften einen großen Anteil. Sie machen einen Großteil der Neugründungen von Genossenschaften in Baden-Württemberg aus. Sie haben sich weiterentwickelt. Früher hatten Energiegenossenschaften als Satzungszweck etwa die Errichtung von Fotovoltaikanlagen, beispielsweise auf einem Schuldach, verankert. Jetzt werden flexible Energiegenossenschaften gegründet, die etwa die Windenergiegewinnung, die Kraft-Wärme-Kopplung oder die Errichtung von Nahwärmenetzen angehen. Denn die Energiewende findet dezentral statt, und die Bürgerinnen und Bürger wollen dafür Kapital geben. Sie beteiligen sich damit nicht nur ideell an der Energiewende, sondern auch finanziell, und das ist gut so.

In der Stellungnahme zu dem von den Kollegen der CDU vorgelegten Antrag hat die Landesregierung ausgeführt, dass das Umweltministerium hierzu an einer Broschüre arbeitet.

(Die Rednerin hält eine Broschüre hoch.)

Wie Sie sehen, ist diese Broschüre jetzt fertig. Ihr Titel lautet „Bürger machen Energie“. Diese Broschüre ist ganz hervorragend geworden. Ich will kurz daraus zitieren:

Die Energiegenossenschaft – eine basisdemokratische Rechtsform

Dem ist kaum etwas hinzuzufügen. Hier steht auch völlig zu Recht:

Die Vorteile einer Genossenschaft kommen insbesondere bei einer langfristigen Strategie zum Tragen.

Langfristige, verlässliche und nachhaltige Investitionen in die Energiewende sind eine hervorragende Leistung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und werden durch Genossenschaften möglich gemacht.

(Beifall bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Genossenschaften sind viel mehr als nur ein gemeinsames Investieren von Kapital, Wissen und Zeit. Sie sind der Beweis, dass eine aktive Bürgergesellschaft vor Ort für die lokale Wertschöpfung bares Geld wert ist. Dafür bedanken wir uns bei den Genossenschaften; wir bedanken uns für die gute Arbeit und unterstützen sie weiter.

Erlauben Sie mir noch eine lokal geprägte Schlussbemerkung – auch mit Blick auf den Präsidenten –: Genossenschaften bringen viele gute Dinge hervor. Gerade die Weingärtner- und Winzergenossenschaften im Land produzieren Produkte, die wir gern zu uns nehmen, ganz besonders auch bei uns in Esslingen.

(Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

Bei dieser Gelegenheit noch ein kleiner Dank an das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für die Initiative, dass seit letztem Jahr die Ökokontopunkte gesammelt und für die Finanzierung von Trockenmauern verwendet werden können.

(Andrea Lindlohr)

In diesem Sinn wünsche ich den Genossenschaften eine gute Zukunft und uns auch weiterhin guten Wein und viel politischen Erfolg bei der Unterstützung der Genossenschaften.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Storz.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vorhin schon den Grundgedanken der Genossenschaften, wie ihn Friedrich Wilhelm Raiffeisen kurz und prägnant formuliert hat, gehört: „Was der Einzelne nicht vermag, das vermögen viele." Ich wiederhole diesen Satz gern, weil ich ihn selbst auch toll finde. Menschen schließen sich in Genossenschaften zusammen, weil sie bestimmte wirtschaftliche Ziele besser gemeinsam erreichen können als allein.

Dennoch galten Genossenschaften lange Jahre als Auslaufmodell, als Relikt aus dem 19. Jahrhundert. Diese öffentliche Wahrnehmung hat sich inzwischen Gott sei Dank geändert. Kein Finanzminister würde heute noch sagen, die GmbH & Co. KG sei die beste Gesellschaftsform, nachdem Staatshaushalte darunter leiden, dass steuerrechtliche Konstruktionen ihnen wichtige Einnahmequellen entziehen. Auch das Konzept der Shareholder-Value hat die Aktiengesellschaft in Verruf gebracht, weil kurzfristige Gewinnmaximierung wichtiger war als der langfristige Bestand des Unternehmens und seiner Arbeitsplätze.

Die Landesregierung, der ich für die gute Beantwortung der im Antrag gestellten Fragen danke, hat deutlich gemacht, welche Bedeutung die Genossenschaften für die baden-württembergische Wirtschaft haben. Es gibt in unserem Land mehr Genossen als Aktionäre. Über Genossenschaften sind ein Drittel der Baden-Württemberger an Unternehmen beteiligt. Eine Genossenschaft ist ein Unternehmen, bei dem die Eigentümer mit den Kunden identisch sind. Ziel ist eine langfristige Zusammenarbeit, die von Unternehmerseite nicht aufgrund kurzfristiger Rendite- und Boni-Erwartungen und von Kundenseite nicht wegen kleiner Preisvorteile einfach aufgegeben wird.

Die größte ökonomische Bedeutung im Genossenschaftswesen haben die Volks- und Raiffeisenbanken. 3,5 Millionen Kunden vertrauen in Geldangelegenheiten einer Genossenschaftsbank. Das ist kein Zufall; denn hier sind auch die kleinen Kunden willkommen. Genauso wenig ist es ein Zufall, dass gerade die Genossenschaftsbanken gut durch die Finanzkrise gekommen sind, während anderswo die Zockerei zu Milliardenverlusten geführt hat.

Die Genossenschaftsbanken sind ein Rückgrat unserer Wirtschaft. Ohne diese Banken hätten kleine und mittlere Unternehmen größere Probleme, ihren Finanzbedarf zu decken und ihre Investitionen zu finanzieren. Es gehört daher zu unseren wichtigsten Aufgaben in der Wirtschaftspolitik, dem genossenschaftlichen Bankenwesen die Geschäftsgrundlage zu erhalten. Es ist klar: Wir brauchen eine bessere Überwachung der Banken. Aber dies darf nicht dazu führen, dass die soliden Genossenschaftsbanken benachteiligt werden.

Wohnungsbaugenossenschaften haben nach dem Krieg entscheidend dazu beigetragen, die Wohnungsnot zu lindern und eine wachsende Bevölkerung kostengünstig mit Wohnraum zu versorgen. Wer den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in unserem Land rasch und spürbar bekämpfen will, wird diesen Sektor des Genossenschaftswesens wieder stärken müssen. Wohnungsbaugenossenschaften mobilisieren Sparkapital von Haushalten, von Menschen, für die eine eigene Wohnung immer ein Traum sein wird, und bieten ihnen die Chance auf ein günstiges Dach über dem Kopf. Unsere Wohnungspolitik ist hier gefordert, und wir werden überlegen müssen, wie wir mithilfe kommender Wohnungsbauprogramme weitere Anreize für den genossenschaftlichen Wohnungsbau geben können.

Die Landesregierung weist zu Recht darauf hin – Frau Lindlohr hat es schon deutlich gemacht –, dass Genossenschaften vor allem im Bereich der Energieversorgung gegründet werden. Das ist ein wichtiger Hinweis. Denn der notwendige Umbau der Energieerzeugung wird nur gelingen, wenn er auf eine breite gesellschaftliche Basis gestützt ist.

Aber auch eine klassische Genossenschaftsform spielt aktuell wieder eine größere Rolle, nämlich die Konsumgenossenschaft. Zu den größten Strukturproblemen des ländlichen Raums gehört das Verschwinden der Einkaufsmöglichkeiten. In den Dörfern sterben die Läden. Doch die Bürger nehmen das nicht hin: Dorf- und Nachbarschaftsläden übernehmen wichtige Versorgungsfunktionen. Die Genossenschaft ist auch hier eine geeignete Organisationsform.

Gerade das letzte Beispiel zeigt aber auch, dass im deutschen Genossenschaftsrecht weiter Reformbedarf besteht. So brauchen wir Regelungen für Kleinstgenossenschaften; denn ein Dorfladen unterscheidet sich beträchtlich von einer Bank.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr und Martin Hahn GRÜNE)

Gerade die neuen Genossenschaften im Energie- und Konsumbereich haben Schwierigkeiten, sich mit Kapital zu versorgen. Gründungszuschüsse und Kredite gibt es für Genossenschaften nicht. Nehmen sie Darlehen aus Reihen ihrer Mitglieder auf, müssen die Geschäftsführer die Befähigung zur Leitung einer Bank besitzen. All das führt dazu, dass es weit weniger Neugründungen von Genossenschaften gibt, als dem Potenzial dieser Rechtsform entspricht.

Die Bundestagsfraktion der SPD hat im Dezember vorigen Jahres einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt, um die Gründung von Genossenschaften zu erleichtern. Ich wünsche mir von der Landesregierung, dass sie diese Ansätze aufgreift und sie im Bundesrat unterstützt und vorantreibt. Dieser Einsatz lohnt sich, denn Genossenschaften als soziale Unternehmensform sind ein Hort der Nachhaltigkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Werner Raab CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war durchaus sinnvoll und gut, dass das Jahr 2012 zum Jahr der Genossenschaften ausgerufen worden ist. Das können wir speziell auch aus baden-

württembergischer Sicht sagen; denn die Genossenschaften sind ein außerordentlich segensreiches wirtschaftliches Instrument in unserem Land. Sie haben die Möglichkeit, sich ganz unterschiedlich in verschiedenen Regionen und in verschiedenen Wirtschaftsbereichen dieses Landes – es wurden schon eine ganze Reihe davon aufgezählt; ich brauche das nicht zu wiederholen – zu orientieren und anzupassen. Vor allem haben sie auch den Vorteil des direkten Kontakts zu den Menschen und die notwendige große Marktnähe.

Die Genossenschaftsidee gibt es seit über 150 Jahren. Die einschlägigen Namen – Schulze-Delitzsch, Raiffeisen – sind ja in dieser Debatte schon gefallen. Was uns am Genossenschaftsgedanken besonders gefällt, sind die Prinzipien der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung und der Selbstverwaltung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Typisch liberal!)

Aus den Notgemeinschaften früherer Jahrzehnte haben sich mittlerweile leistungsfähige Unternehmen beispielsweise im Bankensektor, aber auch im Gewerbe, in der Agrarwirtschaft, im Energiebereich entwickelt.

Die eingetragene Genossenschaft ist aufgrund der internen Kontrolle durch ihre Mitglieder und der unabhängigen Prüfung durch den Genossenschaftsverband die mit weitem Abstand insolvenzsicherste Rechtsform in Deutschland. Auch das ist ein Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft.

Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband repräsentiert mittelständische Unternehmen aus Dutzenden von Branchen ganz unterschiedlicher Größe, die aber einen gemeinsamen Nenner haben, nämlich die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft.

Die Genossenschaften werden von mittlerweile fast 3,6 Millionen Menschen – Herr Kollege Rüeck hat das, glaube ich, auch schon erwähnt –, also von fast jedem dritten Einwohner Baden-Württembergs, als Einzelmitgliedern getragen. Sie sind insofern eine nicht nur ökonomisch, sondern auch gesellschaftlich bedeutende Kraft in unserem Land.

Die Genossenschaftsbanken und der Verband kämpfen weiterhin dafür, dass mittelständisch geprägte und regional verwurzelte Kreditinstitute nicht in einen Topf geworfen werden mit den international tätigen Finanzkonzernen. Das ist sehr wichtig. Deshalb ist es auch richtig und gut, nicht nur in Bezug auf die öffentlich-rechtlichen Banken, sondern gerade auch in Bezug auf die Genossenschaftsbanken Basel III genau zu überdenken und möglicherweise nicht in der ursprünglich geplanten Form umzusetzen; denn das würde unter Umständen die Mittelstandsfinanzierung deutlich verteuern.

Als Konsequenz des Internationalen Jahres der Genossenschaften, sozusagen schon im Vorgriff, hat der BWGV drei Initiativen geplant und auch durchgeführt: die Gründung von Schülergenossenschaften mit Partnergenossenschaften vor Ort, den Jugendkunstpreis Baden-Württemberg mit einem Videoclip-Sonderpreis zum Wettbewerbsthema Verbindungen und die Vorbereitung zur Gründung einer Stiftung „Genossenschaftliche Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg“.

Auch die alte Landesregierung hat im Vorgriff auf das Jahr der Genossenschaften und weil sie stets der Überzeugung gewesen ist, dass der Genossenschaftsgedanke ein durchaus zu fördernder Gedanke für unser Land und unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft ist, bereits im Jahr 2010, getragen durch das damalige Wirtschaftsministerium und den Genossenschaftsverband, eine Förderung neuer Genossenschaften im Rahmen der Genossenschaftsinitiative möglich gemacht.

Bei der Stabübergabe im Genossenschaftsverband hat der Ministerpräsident vor Kurzem davon gesprochen, dass die Genossenschaften eine gebührende Unterstützung durch die Landesregierung verdienen. Insofern wäre die Frage an die Landesregierung, was damit konkret gemeint war. Handelte es sich um die übliche Sonntagsrede zu einem solchen Anlass, oder haben Sie tatsächlich etwas vor, was zugunsten der Genossenschaften und des Genossenschaftswesens von der grünroten Landesregierung in die Wege geleitet wird?

Auch wenn das Geschäftsmodell, die Grundidee von Genossenschaften manchmal, gerade auch vor 2008, als eher langweilig galt, müssen uns die letzten Jahre – die Finanzkrise und die Folgeerscheinungen – gezeigt haben, wie wichtig, wie notwendig und wie zukunftweisend die Idee der Genossenschaften ist. Ich glaube, darüber besteht auch in diesem Haus Konsens.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selten wird in diesem Hohen Haus bei wirtschaftspolitischen Debatten so viel von Genossen und Genossenschaften geredet.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die guten Genossen!)

Das hat tiefe historische Wurzeln. Nicht umsonst haben Sie, Herr Kollege Rüeck, und auch andere auf den Satz von Friedrich Wilhelm Raiffeisen hingewiesen: „Was der Einzelne nicht vermag, das vermögen viele.“ Genau dieser Grundgedanke liegt den Genossenschaften bis heute zugrunde. Es geht um Solidarität, um Menschen, die sich zusammenschließen, um gemeinsam Ziele zu erreichen, die für sie allein unerreichbar wären. Sie stehen für wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt kurzfristiger Profitgier. Diese langfristige, nachhaltige Orientierung verdient die volle Unterstützung dieser Landesregierung und des gesamten Landtags.

So haben sich die Genossenschaften auch in der Krise als Anker der Stabilität erwiesen. Ihr Geschäftsmodell beruht auf Mitgliederorientierung, regionaler Verankerung, risikobewusstem Management und einem vergleichsweise zurückhaltenden Gewinnstreben. All das macht Genossenschaften einzigartig und zu einem echten Erfolgsmodell auch für die Zukunft.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Umso mehr freut es mich, dass sich das Genossenschaftswesen in der gesamten Republik, aber auch in Baden-Württemberg in den letzten Jahren positiv entwickelt hat. Heute wurde bekannt gegeben – Frau Kollegin Lindlohr hat darauf hingewiesen –: Es gibt inzwischen 900 Genossenschaften im Land, und die zuletzt gegründete ist – Zeichen der Zeit – eine Bürgerenergiegenossenschaft, nämlich die Bürgerenergiegenossenschaft in Lahr. Das zeigt, wie attraktiv diese Rechtsform ist.

Seit der Novelle des Genossenschaftsgesetzes 2006 durch die damalige Große Koalition im Bund ging die Zahl der Neugründungen von Genossenschaften in Deutschland steil nach oben. Denn die Reform brachte wesentliche Erleichterungen für diese Rechtsform mit sich. So wurde etwa die Rechtsform eG für soziale und kulturelle Zwecke geöffnet, und die Mindestmitgliederzahl für die Gründung neuer Genossenschaften wurde von sieben auf drei gesenkt. Für Genossenschaften bis zu einer Bilanzsumme von 1 Million € bzw. einem Umsatzvolumen von bis zu 2 Millionen € wurde die Pflicht zur Jahresabschlussprüfung abgeschafft. Dies hat zu einer erheblichen Kostenentlastung beigetragen. Wir sind gern bereit, weitere Erleichterungen – die u. a. auch auf Bundesebene vorgetragen werden; auf das Papier der SPD-Bundestagsfraktion ist hingewiesen worden – zu prüfen.

Wir sehen, dass heute im Land, auch durch diese Erleichterungen bedingt, viel passiert, gerade auch für die Energiewende. Im vergangenen Jahr wurden unter dem Dach des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands 37 Genossenschaften neu gegründet, darunter 24 Energiegenossenschaften.

Der Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen meldete vier Neugründungen. Darunter ist übrigens auch eine Energiegenossenschaft in Trägerschaft von Wohnungsbaugenossenschaften.

Bundesweit waren im Jahr 2012 von 236 Neugründungen 150 Energiegenossenschaften, also weit mehr als die Hälfte.

An diesen Zahlen sehen Sie, dass sich die Dynamik im Genossenschaftsbereich ganz stark auf den Energiesektor konzentriert. Umso stärker hängt natürlich die weitere Entwicklung vom Ausbau der erneuerbaren Energien ab. Umso mehr muss allen klar sein, dass der unstreitige Reformbedarf beim EEG nicht als Vorwand benutzt werden darf, die Energiewende auszubremsen. Um es ganz klar zu sagen: Wer die Energiewende blockiert, der würgt zugleich auch bürgerschaftliches Engagement ab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Umso wichtiger ist es, dass wir von Baden-Württemberg aus geschlossen ein Signal nach Berlin senden: Der Bund muss hier endlich für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen. Gerade die Energiewirtschaft ist auf Investitionssicherheit, auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Renaissance der Genossenschaften ist aber zugleich auch eine gute Nachricht für unsere soziale Marktwirtschaft, gerade auch, weil sie für Kooperationen von mittelständischen Unternehmen wesentliche Vorteile bietet. Sie ermöglicht es den Mitgliedern, die Größenvorteile eines Verbunds zu nutzen und gleichzeitig eigene unternehmerische Selbstständigkeit zu bewahren.

Dabei eignet sich die genossenschaftliche Organisationsform für alle Teile der betrieblichen Wertschöpfungskette. Moderne Genossenschaften beschäftigen sich mit den unterschiedlichsten Themen: Sie entwickeln Software oder führen komplexe Grafikdesign- oder Multimediaprojekte durch, sie entwickeln und produzieren hochwertige Medizinprodukte und vertreiben sie weltweit, oder sie vertreiben gemeinsam Reisen über das Internet – um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Unter dem Dach der Genossenschaft können die kooperierenden Unternehmen Aufträge bearbeiten, die für den Einzelnen zu groß oder zu komplex wären. Sie können sich auf ihre spezifischen Kompetenzen und besonderen Stärken konzentrieren, zugleich aber über den Verbund ein breites Leistungs- und Produktspektrum anbieten, quasi eine Art virtuellen Konzern bilden. Genossenschaftliche Kooperationen sind für kleine und mittlere Unternehmen deshalb ein probates Mittel, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern. Auch das macht sie zu echten Erfolgsmodellen für den Mittelstand hier im Land.

Gerade in der baden-württembergischen Wohnungspolitik spielen Wohnungsbaugenossenschaften eine wichtige Rolle. Ende des Jahres 2012 bewirtschafteten 180 Mitgliedsgenossenschaften unter dem Dach des vbw mehr als 185 000 Wohnungen. Sie nutzen privates Kapital für gemeinwirtschaftliche Projekte und schaffen so bezahlbaren Wohnraum. Gleichzeitig dienen sie auch der Altersvorsorge. Sie stärken das bürgerschaftliche Engagement, stabilisieren Wohnquartiere und tragen zum Erhalt des sozialen Friedens bei.

Aus all diesen Gründen hat sich der dritte Weg, der Weg zwischen Wohneigentum und Miete, bewährt. Deshalb hat Peer Steinbrück recht, wenn er den genossenschaftlichen Wohnungsbau stärken will.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Demonstrativer Beifall des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Martin Hahn GRÜNE zu Abg. Claus Schmiedel SPD: Schön geklatscht! – Vereinzelt Heiterkeit – Weitere Zurufe – Unruhe)

Denn gerade das Genossenschaftswesen kann ein Mittel gegen den Wohnungsmangel und übertrieben hohe Mieten sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deshalb werden wir – damit greifen wir diese Ideen von Peer Steinbrück auf – auch im Land gezielt Förderansätze prüfen, um künftig den Erwerb von Anteilen an Bau- und Wohngenossenschaften zu fördern, wenn damit zugleich soziale Ziele erreicht werden. Denn eines ist klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Bezahlbarer Wohnraum ist eine zentrale Frage der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schließlich sollten wir nicht vergessen, dass die Volks- und Raiffeisenbanken im Land ein unverzichtbarer Finanzierungspartner unserer Wirtschaft, insbesondere von Handwerk und Mittelstand, aber auch unserer Landwirtschaft sind. Das ist schon lange der Fall und hat sich gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 besonders deutlich gezeigt. Die Volks- und Raiffeisenbanken sichern gerade den kleinen und mittleren Unternehmen ihre Selbstständigkeit.

Wir werden alles daransetzen, dass bei den weiteren Beratungen der EU-Gremien die Verschiedenheit des deutschen Bankenwesens und die unterschiedlichen Akzente ausreichend Berücksichtigung finden und dass insbesondere das stabile Dreisäulensystem aus Kreissparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Banken ausreichend Berücksichtigung findet, wenn wir die Rechtsetzung angehen. Wir werden darauf drängen, dass die gegebenen nationalen Spielräume zugunsten dieser Art von Banken ausgeschöpft werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Schließlich der gesellschaftspolitische Aspekt: Genossenschaften sind aus unserer Zivilgesellschaft nicht wegzudenken. Sie spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, das gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichsten Feldern, gerade auch in sozialen und kulturellen Feldern, zu fördern.

Deshalb wollen wir, die Landesregierung, den Genossenschaften im Land und ihren Dachverbänden auch in Zukunft ein verlässlicher Partner sein. Wir werden auch die notwendigen Fragen der Weiterentwicklung im Land wie im Bund mit ihnen besprechen. Deshalb sind wir dankbar, dass wir aus Anlass des CDU-Antrags diese Debatte im Landtag führen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine Frage, Herr Minister?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben die gute Arbeit und die Wichtigkeit der Wohnungsbaugenossenschaften gewürdigt. Bei den Genossenschaften handelt es sich nicht um Mieter, sondern um Miteigentümer. Insofern ist eine ganz andere Denke damit verbunden.

Nun zu meiner Frage: Welche Möglichkeiten wollen Sie vonseiten des Landes diesen Genossenschaften konkret bieten? Sie haben den Bund erwähnt. Mich interessiert aber, was Ihr Haus unternehmen möchte, um diese wirklich guten Einrichtungen zu unterstützen, und wie Sie für den sozialen Wohnungsbau ein gutes ökonomisches Umfeld schaffen wollen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Abg. Bullinger, es gibt zwei Ebenen. Dies betrifft zum einen die Frage, wie die Rahmenbedingungen auf Bundesebene geändert werden können. Zum anderen wollen wir in den Bereichen, in denen seit der Föderalismusreform eine ausschließliche Landeszuständigkeit herrscht, nämlich bei der Wohnraumförderung, prüfen, was man für Genossenschaften tun kann. Das wird in die Folgeauflagen des Wohnungsbauprogramms einfließen. Daran arbeiten wir zurzeit. Insofern ist es noch zu früh, Ihnen dazu etwas zu sagen. Wir werden Sie diesbezüglich aber gern auf dem Laufenden halten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zweite Runde!)

– Richtig. Der Kollege Rombach hat sich noch zu Wort gemeldet.

Abg. Karl Rombach CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Bitte gestatten Sie, dass ich aus jahrzehntelanger persönlicher Erfahrung heraus kurz auf das Genossenschaftswesen eingehe.

Wir wissen, dass das Genossenschaftswesen ein erprobtes und lange praktiziertes Beteiligungsmodell ist, das die Einbindung der Menschen vor Ort gewährleistet. Dies gilt neuerdings auch für den Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes, wie es verschiedentlich angesprochen wurde.

Genossenschaften spielen auch eine wichtige Rolle bei der Förderung und Aktivierung des gesellschaftlichen Engagements der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, wenn es darum geht, Menschen in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Der genossenschaftliche Grundgedanke ist im Genossenschaftsgesetz verankert. Aufgabe der Genossenschaft ist es, jedem einzelnen Mitglied Hilfe zum persönlichen Erfolg zu geben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine gute Sache!)

Der genossenschaftliche Grundgedanke beruht außerdem auf dem Ziel der optimalen Erledigung des Anliegens des Einzelnen in einem gemeinsamen Unternehmen, was in der Gemeinschaft besser und günstiger vollbracht werden kann.

Dabei ruft niemand nach dem Staat, wie es heute oftmals üblich ist. Ein richtiger Genossenschaftler packt das Problem beim Schopf und setzt das genossenschaftliche Prinzip um.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die vier entscheidenden Punkte möchte ich aus persönlicher Erfahrung noch einmal nennen: Selbsthilfe, Selbstverwaltung, Selbstverantwortung und Solidarität sind vier Begriffe, die eine geistige Substanz in der Genossenschaftsidee widerspiegeln. Diese vier Säulen sind letztlich auch die Grundlage für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolg des genossenschaftlichen Handelns.

Wenn diese Ideen in der Gesellschaft und von den Menschen mehr beherzigt werden, dann glaube ich, dass wir auch mit

(Karl Rombach)

solchen Gedanken dem wachsenden Problem der Entwicklung in Zeiten der Globalisierung entgegensteuern können und damit handlungsfähig werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn der Genossenschaftsgedanke nicht so viel Beifall erregt und bei dieser Beratung viel Ruhe hier im Saal herrscht, ist das grundsätzlich gut so. Aber der Antrag beinhaltet auch eine Erfolgsstory

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und er unternimmt es, ein Wirtschaftsunternehmen – eine Genossenschaft – sozusagen ins öffentliche Rampenlicht zu rücken.

(Abg. Paul Locherer CDU: Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deshalb möchte ich zum Schluss, Herr Präsident, sagen: Wenn wir keine Genossenschaften hätten, müssten wir sie hier am heutigen Tag, am 6. März 2013, neu erfinden.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Zentraler Vorteil einer Genossenschaft – um zum letzten Satz zu kommen – ist ihre nachhaltige und überwiegend regionale Geschäftsausrichtung. Deshalb passen diese Idee und der Genossenschaftsgedanke grundsätzlich gut nach Baden-Württemberg mit seiner mittelständischen Wirtschaftskultur.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Sie verbinden wirtschaftliches Handeln mit sozialer Verantwortung.

Den Slogan „Genossenschaften, immer ein Gewinn“ kann ich nur unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck CDU und Alfred Winkler SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/1870 (geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann damit für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Schulschließungsliste Baden-Württemberg – Drucksache 15/2197 (geänderte Fassung)

b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – GEW-Gutachten lenkt regionale Schulentwicklung aufs Glatteis – Drucksache 15/2790

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Wacker für die CDU-Fraktion.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Zwei Minuten!)

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion hat verschiedene Anträge eingereicht, in denen wir nach der Zukunft der Schulstandorte in Baden-Württemberg fragen. Die beiden Anträge, die uns heute zur Beratung vorliegen, sind nur eines von mehreren Beispielen dafür, wie Sie mit solchen parlamentarischen Initiativen umgehen. Sie, Herr Minister, beantworten die in den Anträgen gestellten Fragen schlicht und einfach nicht.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wie bisher!)

Das finde ich sehr bedauerlich. Denn dies könnte den Eindruck erwecken, dass Sie zu dieser Frage überhaupt keine Position haben und dass Sie darüber hinaus letztlich unter Konzeptlosigkeit leiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen, meine Damen und Herren, möchten wir heute gerade gegenüber Ihnen, Herr Minister Stoch – Sie sind seit einigen Wochen im Amt –, einige konkrete Fragen zu der regionalen Schulentwicklung formulieren, die für alle Bürgerinnen und Bürger und vor allem für die Entscheidungsträger vor Ort durchaus von besonderem Interesse sind.

Seit fast zwei Jahren sprechen Sie über die regionale Schulentwicklung. Nur: Die Unklarheiten bleiben. Es gibt weiterhin viele offene Fragen. Damit stellt sich die ganz zentrale Frage: Welche Schulen außer den Gemeinschaftsschulen bekommen überhaupt die Chance, sich weiterzuentwickeln?

Hier kurz die Chronologie der Ereignisse: Zunächst einmal schafften Sie überhastet die verbindliche Grundschulempfehlung ab, was zu großen Irritationen in der Fläche des Landes führte – ohne regionale Schulentwicklungsplanung. Sie genehmigten 44 Starterschulen, ohne gleichzeitig ein Konzept der regionalen Schulentwicklung vorzulegen. Erst nach Protesten kündigte Ministerpräsident Kretschmann im Sommer letzten Jahres die Vorlage eines solchen Konzepts bis zum Herbst des vergangenen Jahres an. Aber gleichzeitig erfolgte die Ausschreibung der neuen Tranche der Gemeinschaftsschulen ohne ein Konzept der regionalen Schulentwicklung.

Endlich hat dann Ihr Ministerium, Ihre Vorgängerin, kurz vor Weihnachten Eckpunkte vorgelegt. Nur: Die offenen Fragen bleiben nach wie vor. All diese Diskussionen, die seit vielen Monaten stattgefunden haben, führen zu großer Verunsicherung in der Fläche des Landes. Der Gemeindetag Baden-Württemberg hat beispielsweise in seiner Zeitschrift „Die Gemeinde“ im Januar 2013 geschrieben – ich darf zitieren –:

> *Die Errichtung einer Gemeinschaftsschule ist geeignet, die Wettbewerbssituation um Schülerinnen und Schüler in kritischer Weise zu verschärfen, weil sie Auswirkungen über Gemeindegrenzen hinaus hat und damit die Belange von Nachbargemeinden berührt sein können.*

(Georg Wacker)

Aber darüber hinaus gibt es große Irritationen, wenn beispielsweise Standorte von Gemeinschaftsschulen bewilligt werden. Ich darf aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 31. Januar dieses Jahres zitieren, als sich der Gemeinderat aus Weissach im Landkreis Böblingen rührte:

> *„Bis vor Kurzem gab es die Ansage, dass Rutesheim kein Interesse an einer Gemeinschaftsschule hat“, schimpfte etwa Gerhard Strauß von der Bürgerliste ... „Mir blieb die Spucke weg, als ich vor zehn Tagen gehört habe, dass Rutesheim sie nun doch will und damit sein Veto gegen unsere Pläne einlegt!“ Eine ähnliche Metapher wählte auch der Freie Wähler Karl Schäfer: „Rutesheim hat uns in die Suppe gespuckt.“ Andreas Pröllochs (Bürgerliste) sagte: „Ich finde es schade, dass Rutesheim nicht in einen Dialog mit uns eingetreten ist.“*

Dieses Beispiel zeigt, Herr Minister: Sie genehmigen Gemeinschaftsschulen, ohne sich mit aller Sorgfalt zu erkundigen, wie die Interessenlage bei anderen Kommunen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist mittlerweile nicht verantwortbar. Sie genehmigen Gemeinschaftsschulen zum Leidwesen benachbarter Bildungseinrichtungen.

Wir wollen – um es in aller Deutlichkeit zu sagen –, dass alle Schulen in Baden-Württemberg gleiche Entwicklungsperspektiven erhalten, und wir wollen nicht, dass durch die Genehmigung der Gemeinschaftsschulen andere Schulstandorte untergraben werden.

Sie haben sich in den Eckpunkten mit den kommunalen Landesverbänden darauf verständigt, dass man zunächst einmal Schülerzahlprognosen ermitteln muss, um einen solchen Antrag zu rechtfertigen. Es können Schüler mit einberechnet werden, die Schulen benachbarter Standorte besuchen. Damit beabsichtigen Sie gerade, dass die Gemeinschaftsschulen in einen ungleichen Wettbewerb zulasten anderer Bildungseinrichtungen treten.

Deswegen, Herr Minister, möchten wir von Ihnen einige Klarstellungen hören. Sie stehen auch in der politischen Verantwortung für das, was Sie durch Ihre Amtsübernahme in Ihrem Haus vorgefunden haben.

Ich darf zunächst einmal erwähnen – das macht etwas Mut –, dass Sie sich in der letzten Plenardebatte zu einem anderen Thema wie folgt äußerten: Sie gestehen im Grunde zu, dass alle Schüler ein Anrecht auf individuelle Förderung haben, und kündigen sinngemäß an, dass Sie alle Schulen gleich behandeln möchten. Das war Ihre Aussage in der letzten Plenardebatte – wir haben noch nicht viele Zitate von Ihnen, auf die wir zurückgreifen können, und ich darf nicht wörtlich zitieren, weil das Protokoll noch nicht offiziell freigegeben wurde. Aber Sie widersprechen mir nicht.

Nur: Wenn diese Aussage stimmt, Herr Minister, erwarten wir, dass Sie schnell Klartext reden und im Zuge der regionalen Schulentwicklung auch ganz klare Aussagen formulieren, wie Sie mit den Schulstandorten umgehen, die durch das Genehmigungsverfahren der Gemeinschaftsschulen nachteilig betroffen sind.

Deswegen eine weitere Frage, Herr Minister: Trifft noch zu, was der Ministerpräsident im Sommer letzten Jahres ganz klar gesagt hat? Ich zitiere die „Stuttgarter Zeitung“ vom 18. Juli 2012 – Kretschmann nimmt kein Blatt vor den Mund –:

> *Es wird natürlich zu Schulschließungen kommen.*

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ja, klar! – Glocke des Präsidenten)

– Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu, weil das sehr wichtige Fragen sind. Ich möchte dazu den Herrn Minister im Anschluss hören.

Sehr geehrter Herr Minister, wie sieht es denn jetzt konkret aus? Stehen Schulschließungen an? Definieren Sie ganz klare Mindestgrößen? Wie sind die Mindestgrößen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist denn die Liste, von der die Rede ist?)

Was passiert, wenn diese Schulen unter der Mindestgröße liegen? Werden Sie dann seitens des Landes anordnen, dass diese Schulen keine Zukunft mehr haben? Diese Fragen stehen nach wie vor im Raum, und hier müssen Sie eine klare Positionsbeschreibung abgeben.

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion hat im Sommer des letzten Jahres ein eigenes Konzept zur regionalen Schulentwicklung vorgelegt. Wir fordern ein Gesamtkonzept, das zunächst einmal mit allen relevanten Partnern auf Landesebene zu entwickeln ist. Wir fordern allerdings eine Umsetzung unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten, beispielsweise in Form von regionalen Bildungskonferenzen. Dabei müssen nicht in einem Schnellverfahren alle am Schulleben Beteiligten vor Ort eingebunden werden, aber letztlich darf es nicht zu Schließungen gegen den Willen der Betroffenen kommen. Das ist das entscheidende Credo. Wenn Sie einen vernünftigen Weg in unserem Sinn einschlagen, dann können Sie auch mit einer konstruktiven Mitwirkung unsererseits rechnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Kultusministerium für die kurzen und vornehmen Stellungnahmen zu den beiden Anträgen danken.

Herr Wacker, die Rede, die Sie gerade gehalten haben, bezieht sich überhaupt nicht auf Ihre Fragen, die Sie darin gestellt haben. Sie unterstellen mit dem Antrag mit der Überschrift „Schulschließungsliste Baden-Württemberg“, dass es hier eine Schulschließungsliste gäbe. Auf der anderen Seite fragen Sie: Warum kommt die Landesregierung mit der regionalen Schulentwicklung nicht in die Pötte? Sie müssen sich einfach einmal entscheiden, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Siegfried Lehmann)

Ich frage Sie – Sie waren ja selbst einmal in der Verantwortung für die Kultuspolitik in Baden-Württemberg –: Wann hat die CDU in den letzten Jahrzehnten im Land einmal eine regionale Schulentwicklung auf den Weg gebracht?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 40 Jahre ist das her!)

Da war nichts.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Vor 40 Jahren!)

– Vor 40 Jahren, ja. Herr Wacker, waren Sie da schon auf der Welt?

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Bei diesem Thema haben Sie sich regelmäßig in die Büsche geschlagen, weil Sie keine Verantwortung übernehmen wollten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Ergebnis dieser Politik, Herr Wacker, sehen wir heute. Sie haben selbst – das ist wirklich beeindruckend – einmal einen Antrag mit dem Titel „Grundschulstandorte in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs“ gestellt, der im Bildungsausschuss behandelt wurde. Ich muss Ihnen sagen, ich war da selbst überrascht. Kleingedruckt – das kann man eigentlich nur als junger Mensch lesen –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Brille!)

wurden in der Anlage auf vier eng bedruckten Seiten Grundschulen mit einer Klassenstärke unter 16 Schülern aufgeführt. Des Weiteren sind dort auf sieben genauso eng bedruckten Seiten – auch das kann man eigentlich gar nicht lesen – Grundschulen aufgelistet, die nur mithilfe von Kombiklassen noch überleben können.

Jetzt stelle ich eine Frage an die CDU. Als die GEW damals das Gutachten in Auftrag gegeben hatte – Sie haben eine Phobie gegen die GEW, aus welchen Gründen auch immer –, waren Sie an der Regierung. Damals wurde klar vorgerechnet – dazu braucht man nicht einmal den Taschenrechner von Herrn Schmiedel –, was mit diesen Schulen passiert, wenn ein Schülerrückgang von über 20 % vorhanden ist. Was passiert dann? Ist es pädagogisch noch verantwortbar, wenn dann nur drei oder vier Kinder in einer Klasse sind?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sie reden doch über 39, die noch verantwortbar sind!)

Ist das verantwortbar? Darauf geben Sie keine Antwort. Ich muss Ihnen sagen, Sie betreiben wirklich die Politik, sich in die Büsche zu schlagen, wenn es ernst wird.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die schon schulgesetzliche Regelungen für eine vernünftige Entwicklung aufgrund der Demografie haben, haben Sie solche Regelungen nicht ins Schulgesetz geschrieben. Sie haben im Schulgesetz den Vorbehalt belassen, dass letztlich der Schulträger hier die Entscheidung trifft. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Herr Wacker, selbstverständlich wird es zu Schulschließungen kommen. Wenn die Schülerzahl nochmals um 20 % zurückgeht und Sie sagen, es dürfe nicht sein, dass Schulen geschlossen werden, dann möchte ich Sie fragen, ob Sie – Sie waren ja einmal Staatssekretär – dies unter pädagogischen Gesichtspunkten überhaupt noch aufrechterhalten wollen.

Sie halten sich noch immer an das dreigliedrige Schulsystem. Sie können ja über das Bargel-Gutachten diskutieren, wie Sie wollen, aber Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass das dreigliedrige Schulsystem letztlich dazu führt, dass wir dann überhaupt nur noch in einem Drittel der Gemeinden in Baden-Württemberg eine weiterführende Schule haben werden.

Ich kann ja nachvollziehen, dass Sie diese Gegliedertheit haben wollen. Aber dann akzeptieren Sie doch einmal die gesellschaftliche Realität, die in anderen Bundesländern auch von der CDU wahrgenommen wird, und zwar insofern, als zumindest einmal eine Verständigung auf zwei Wege, die beide gleichberechtigt zur Hochschulreife führen, in der Bildungspolitik möglich ist.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Wenn Sie sich da jetzt abschotten und sagen, wir müssten unbedingt dabei bleiben, dann tragen Sie natürlich auch mit die Verantwortung dafür, dass wir hier in Baden-Württemberg keinen Schulfrieden bekommen.

(Zuruf von der CDU: Die Masse sind Gemeinschaftsschulen, Herr Kollege!)

Wir bekommen dann auch das nicht, was wir eigentlich brauchen: Wir brauchen eine sinnvolle regionale Entwicklung. Die setzen wir jetzt auf.

(Abg. Georg Wacker CDU: Seit zwei Jahren!)

Die geht Ihnen vielleicht nicht schnell genug, aber wir machen sie. Die machen wir mit den Betroffenen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sprechblasen!)

Wir werden auch bei den beruflichen Schulen selbstverständlich eine gesonderte Entwicklung auf den Weg bringen, wie es auch die Enquetekommission empfohlen hat – an den Handlungsempfehlungen war ich ja beteiligt. Aber dass in Ihrem Antrag, den Sie jetzt hier hinten drangeklemmt haben,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Tun Sie doch nicht so betroffen!)

in Ihrem Beschlussantrag, Herr Wacker – das hat wahrscheinlich Herr Hartmann geschrieben –, so ein Wirrwarr von Fragen gestellt wird und hinterher zusammenhanglos der Beschluss der Enquetekommission als Weisheit gegen ein Schulschließungsprogramm der Landesregierung präsentiert wird,

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Unglaublich, was Sie hier bieten, Herr Kollege!)

ist unterirdisch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Siegfried Lehmann)

Kommen Sie herunter von Ihren Bäumen, stellen Sie sich der Realität, und übernehmen Sie endlich Verantwortung!

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Dann werden Sie vielleicht auch einmal wieder so weit sein, dass Sie in der Bildungspolitik ernst genommen werden.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie reden vielleicht einen Brei!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Käppeler das Wort.

Abg. Klaus Käppeler SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt kommt eine Runde Betroffenheit!)

Der Titel dieser Debatte suggeriert: Die böse grün-rote Landesregierung hat eine Liste im Schließfach, auf der die Schulen stehen, die geschlossen werden sollen. Ich sage Ihnen: Es gibt keine Rote Liste.

(Abg. Georg Wacker CDU: Ihr braucht ja die Ressourcen! Irgendwoher müsst ihr die Ressourcen holen!)

Für Schulschließungen gelten nach wie vor die Regeln, Herr Wacker, die Sie über Jahre hinweg praktiziert haben, eingeführt und umgesetzt haben:

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie trocknen doch die Schulen aus!)

Die Schulschließungen vor Ort werden vor Ort beschlossen. Das heißt, Sie haben sich aus der Verantwortung gestohlen. Der Kollege Lehmann hat das gerade gesagt. Dass das nicht sinnvoll ist, wurde auch schon ausgeführt.

Interessant ist: Jetzt sind Sie nach vielen Jahren in der Opposition, und nun legen Sie uns ein Konzept vor und sagen uns, wie wir es machen sollen.

(Zuruf von der CDU: Es wird auch einmal Zeit! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das sind gute Ratschläge! Sie wollen doch eine Politik des Gehörtwerdens! Nehmen Sie doch einmal Einfluss darauf! Strengen Sie sich doch einmal an!)

– Sehr interessant. Gute Ratschläge sind natürlich gut; die nehmen wir gern an. Wir hören sie.

Aber eines muss ich Ihnen jetzt entgegnen: In Ihrer Kampagne blenden Sie die demografische Entwicklung völlig aus. Auch schon bis zum Regierungswechsel gab es in kleinen Orten Hauptschulen, die ausgeblutet, die ausgestorben sind. Herr Röhm, mein Kollege von der anderen Partei im Wahlkreis, weiß es:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich grüße Sie!)

In seinem Heimatort verließ im vergangenen Jahr die letzte neunte Klasse die Schule, und damit war diese Schule ausgestorben. Daran hat Grün-Rot nicht gerührt, sondern dazu haben die Schülerzahlen geführt. Wenn Sie die Geburtenzahlen betrachten – ich schaue mir einmal meine Region an; Herr Röhm kennt diese Zahlen auch –, dann sehen Sie, dass beispielsweise die Einwohnerzahl einer Gemeinde wie Trochtelfingen von 6 500 in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Die Geburtenzahl betrug vor zehn Jahren noch 100 Geburten im Jahr, im Jahr 2009, also vor vier Jahren, noch 61 und 2012, also derzeit, 45. Von 100 ging die Zahl auf 45 zurück.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was macht ihr denn nachts? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schaut nicht so viel Fernsehen!)

– Ja, genau.

Ähnliches gilt für die Nachbarstädte: In Gammertingen betrug der Rückgang 15 %, in Burladingen, Hohenstein – dort, wo ich Schulleiter bin – sind ähnliche Entwicklungen festzustellen. Eingeschult wurden vor zehn Jahren um die 60 Kinder im Jahr, heute sind es zwischen 30 und 40. Fast 50 %, in manchen Gemeinden über 50 % weniger Kinder.

Ich weiß nicht, ob Sie sich bewusst sind, welche Konsequenzen aus den Zahlen zu ziehen sind. Wenn es Ihnen nicht klar ist, dann gebe ich Ihnen eine kleine Nachhilfestunde. Auf die Hauptschule, deren Schulleiter ich bin, sind etwa ein Drittel der Schülerinnen und Schüler aus der Region gegangen. Der Kollege Köberle hat mich einmal gelobt, als ich ihm erklärt habe, dass ich die Hauptschule in meiner Region rette. Aber was passiert bei einer Gesamtzahl von 30 Schülern? Wenn ein Drittel von 30 Schülern die Hauptschule besucht, dann sind dies zehn Schüler pro Jahrgang. Damit kann man keine Klasse bilden, auch in Zukunft nicht. Selbst die Bildung einer Kombiklasse ist nicht möglich. Damit wird diese Schule nicht mehr lange existieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Einen Antrag auf Gemeinschaftsschule stellen!)

– Auch für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule ist diese Schule zu klein, Herr Zimmermann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, eben!)

Wenn Sie mich anschauen, sehen Sie den Rektor einer erfolgreichen, aber sterbenden Hauptschule.

Es ist also nicht die rückläufige Schülerzahl speziell an der Hauptschule dafür verantwortlich, sondern die rückläufige Geburtenzahl. Nicht die grün-rote Ideologie oder der Traum, dass alles gleich sein solle, sondern die Demografie ist dafür verantwortlich. Ich bitte Sie, das einfach einmal wahrzunehmen.

Die Folgen davon sind: Es gibt viele Schulen, die keine Zukunft mehr haben und deshalb geschlossen werden. Da können Sie tönen, wie Sie wollen – ich werde Ihnen, sooft Sie hier heraustreten und uns den Vorwurf machen, immer wieder sagen: Es ist die rückläufige Geburtenzahl, die dazu führt, dass an den Hauptschulen keine Klassen mehr gebildet werden können.

(Klaus Käppeler)

Ich frage Sie: Wo waren Ihre Planungen, die Schülerinnen und Schülern im ländlichen Raum eine Perspektive auf einen Schulbesuch in Heimatnähe geboten haben? Was haben Sie unternommen, um das alles zu begleiten und zu steuern? Nichts! Sie haben es laufen lassen. Mich ärgert, dass Sie heute mit Ihrer Kampagne durch die Gegend rennen und den Leuten erzählen: „Früher war alles gut, und die bösen Grün-Roten machen alles kaputt."

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie machen es doch auch kaputt! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was wahr ist, ist wahr! Das muss man doch sagen!)

– So ist es, genau.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das sagen uns aber die Lehrer, das sagen nicht wir!)

Heute wollen Sie die Realschule retten. Ich sage Ihnen als Hauptschullehrer: Über Jahre hinweg sind Sie durch die Gegend gelaufen und haben gesagt: „Wir müssen die Hauptschule retten." Wer rettet heute die Hauptschule? Sie nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Und Sie machen sie kaputt! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn die CDU als Retter kommt, wird es gefährlich! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Noch ein kurzer Hinweis zum GEW-Gutachten. Dieses GEW-Gutachten, das Bargel-Gutachten, bietet einen Hinweis auf die künftige Bevölkerungsentwicklung und darauf, welche Möglichkeiten es gibt, weiterhin Schulstandorte zu halten. Die Behauptung, dass die darin enthaltenen Zahlen nicht stimmten, habe ich mit den vorhin genannten Zahlen aus meiner Heimatregion in etwa widerlegt. Unter Ziffer 5 – „Fortschreibung des gegliederten Schulwesens" – im damit zusammenhängenden Dossier zur Schulentwicklungsplanung heißt es in Bezug auf den Landkreis Reutlingen:

Insgesamt dürften in Zukunft statt 23 Gemeinden ... nur noch sechs Gemeinden im Kreis eine tragfähige Haupt-/Werkrealschule anbieten können ...

Diese Aussage wurde vor Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung getroffen. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis, und werden Sie bei diesem Thema ein bisschen sachlicher.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern.

(Zuruf von der SPD: Oje! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt kommt wieder der große Aufklärer! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da kannst du noch etwas lernen! Zuhorchen!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Lehmann, dafür, dass Sie seit knapp zwei Jahren hier die Regierungsverantwortung haben, dafür, dass Sie eine bildungspolitische Revolution nach der anderen hier durch das Land jagen, und dafür, dass Sie keinen Plan dazu haben, blasen Sie hier ganz schön die Backen auf.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist ja Verzweiflung! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Die Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion der CDU ist eine Ungezogenheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ignoranz pur!)

Zehn detaillierte Fragen hat die CDU der Landesregierung gestellt, und heraus kam eine einzige Antwort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer bläst denn hier die Backen auf und hat nichts an Substanz zu bieten? – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Wenn man keine Inhalte hat, kann man es nicht beantworten! – Unruhe)

– Herr Präsident!

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Vielen Dank für die Klarstellung, Herr Präsident.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Einen einzigen Abschnitt ist der Landesregierung die Beantwortung wert. Man könnte es wie folgt zusammenfassen. Erstens: „Wir, Grün-Rot, wollen ein Zweisäulenschulmodell." Zweitens: „Wir haben die Gemeinschaftsschule eingeführt." Und drittens: „Wir haben immer noch keine regionale Schulentwicklungsplanung hinbekommen."

Meine beiden Vorredner schauen doch ausschließlich in den Rückspiegel und sagen: Die CDU hat es damals nicht hinbekommen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die FDP/DVP auch nicht!)

Aber Sie regieren doch seit zwei Jahren. Legen Sie doch endlich eine entsprechende regionale Bildungsplanung vor.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe)

Trotz der scheinbaren Dürre der grün-roten Antwort möchte ich davor warnen, diese Aussagen zu unterschätzen. Denn das kretschmannsche Zweisäulenweltbild lässt im Grunde nur noch zwei Säulen zu, nämlich auf der einen Seite das Gymnasium und auf der anderen Seite die Gemeinschaftsschule. Für andere Schulen ist in diesem Weltbild kein Platz mehr.

Dieses Zweisäulenmodell dient Ihnen ein Stück weit als Drohgebärde, vor allem gegenüber den Realschulen, die in diesem Zweisäulenweltbild überhaupt nicht mehr vorkommen. Die

(Dr. Timm Kern)

Realschulen sollen sich bewusst werden, dass für sie zukünftig kein Platz vorgesehen ist. Sie sollen ihren Widerstand gegen die Gemeinschaftsschulwerdung aufgeben.

Die Realschulen haben sich schließlich bockig gezeigt, als zur zweiten Gemeinschaftsschulrunde gerufen wurde. Nur vier sind gekommen – vier von 120 Anträgen –; die ganz überwiegende Mehrheit waren kleine Haupt- und Werkrealschulen, die eben nicht deswegen Gemeinschaftsschule werden wollen bzw. die, wenn sie Gemeinschaftsschule werden, dies nicht deswegen tun, weil sie vom pädagogischen Konzept überzeugt sind, sondern weil Sie ihnen den goldenen Gemeinschaftsschulzügel als letzten Strohhalm hinhalten, nach dem sie greifen müssen, wenn sie ihren Schulstandort erhalten wollen.

Dabei wäre den Kommunen viel mehr geholfen, wenn Sie beizeiten eine regionale Schulentwicklungsplanung auf den Weg gebracht hätten, bei der die Verantwortlichen vor Ort in eigener Regie über die Ausgestaltung des Schulangebots entscheiden könnten und bei der sie auch echte Gestaltungsrechte bekommen – z. B. bei der Frage, ob es zu einem Verbund von Werkreal- und Realschule kommen soll oder ob nicht stattdessen eine „Realschule plus“ das für sie vor Ort passendere Schulmodell wäre.

Aber das würde eben echte Liberalität voraussetzen; es würde den Respekt vor dem anderen Konzept voraussetzen, das vielleicht nicht das von Ihnen präferierte Konzept ist, das sich aber im freien Spiel der Kräfte als erfolgreicher erwiesen hat. Gefragt wäre also die Einsicht, dass Politik den Rahmen setzen und faire Wettbewerbsbedingungen schaffen soll – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Grün-Rot kann es aber nicht lassen und nötigt den Menschen etwas auf, von dem Grüne und Sozialdemokraten vielleicht überzeugt sind, dass es gut für alle sei. Sie glauben, dass die Menschen Ihre Bevormundung besser finden, nur weil Sie sich als die guten Ritter fühlen, während alle anderen natürlich die Bösen sind. Bevormundung aber ist immer eine Einschränkung der Freiheit, ganz gleich, welche Motive Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition, dabei zugrunde liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich will Ihnen dies an einem Beispiel verdeutlichen: Die Gemeinde Lorch hat am 1. Oktober 2012 einen Antrag auf Einrichtung einer Verbundschule gestellt. Sie wartet bis heute auf eine Antwort. Langsam wird es eng – bis Mitte März läuft die Anmeldefrist für das kommende Schuljahr, und bis dahin sollten die Eltern wissen, für welche Schule sie ihre Kinder anmelden.

Zum Vergleich: Die Gemeinschaftsschulstandorte für das kommende Schuljahr wurden bereits Anfang Februar bekannt gegeben. Die Landesregierung und Grün-Rot sind parteiisch; Sie haben sich hier als fairer Schiedsrichter disqualifiziert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im Grunde haben Sie sich auch schon als guter Sachwalter für die regionale Schulentwicklung disqualifiziert. Sie haben mit der Genehmigung von 87 Gemeinschaftsschulstandorten in der zweiten Runde die Verantwortlichen vor Ort vor vollendete Tatsachen gestellt, obwohl es zuhauf auch mahnende Stimmen gab.

Halten Sie wenigstens jetzt inne. Das ist die einzige Möglichkeit, einen Tunnelblick zu vermeiden. Trauen Sie den Verantwortlichen vor Ort etwas zu!

Wenn Sie sich über das informieren wollen, was vor Ort in Eigenregie entstehen kann, dann – ich komme zum Schluss – werfen Sie einen Blick in die Bildungsregion Ortenau: Alles, was bei Ihnen bislang nicht funktioniert – der Dialog mit den Kommunen, die Beteiligung der Wirtschaft und weiterer Akteure wie der freien Schulen –, gehört dort selbstverständlich dazu. Am Ende steht ein vielfältiges Bildungsangebot, das den Begabungen und Neigungen jedes Einzelnen bestmöglich gerecht werden kann. Dafür stehen die Freien Demokraten, und dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sie haben zwar nichts gesagt, aber bitte!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Stoch das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Wacker, zunächst darf ich auf eines hinweisen – das wird Ihnen wahrscheinlich entgangen sein –: Die Anträge stammen von August bzw. Dezember 2012. Ich als Person konnte die Stellungnahmen dazu weder unterschreiben, noch konnte ich die in den Anträgen gestellten Fragen beantworten.

(Abg. Georg Wacker CDU: Ich meinte Ihr Haus!)

– Sie meinten mich als Person. Deshalb darf ich darauf hinweisen. Es ist Ihnen wahrscheinlich entgangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich in bildungspolitischen Debatten hier vorn stehe – das ist seit wenigen Wochen der Fall –, habe ich manchmal das Gefühl, dass einige Kollegen am liebsten in die Rolle eines Geisterbahnbauers schlüpfen würden, da hier Schreckensszenarien entworfen werden.

Herr Kollege Dr. Kern hat vor wenigen Wochen hier von der „Verbannung“ der Bundeswehr aus den Schulen gesprochen. Heute Morgen wurde vom Abschaffen der Realschule gesprochen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Von Kinderversuchen hat er gesprochen! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Versündigung an den Kindern!)

Jetzt geht es weiter – Station 3 in der Geisterbahn – mit einer Diskussion über eine Schulschließungsliste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich glaube, jeder von uns weiß, dass nicht das Land Baden-Württemberg, dass nicht die Landesregierung und nicht die Regierungsfraktionen in diesem Land Baden-

(Minister Andreas Stoch)

Württemberg schuld daran sind bzw. Verantwortung dafür tragen, dass es in diesem Land weniger Kinder gibt. Das ist nämlich das Faktum, das viele Kommunen heute leider dazu bringt, über die Existenz ihrer Schulen nachdenken.

Das einzige Ziel dieser Landesregierung und der Regierungsfraktionen – ich würde mich freuen, wenn das auch für Ihre Fraktionen gälte – muss es doch sein, dass wir möglichst viele Schulstandorte halten und gleichzeitig den Bildungsstandort Baden-Württemberg, was die Qualität der Bildung angeht, bewahren können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist absolut richtig: Um die hohe Qualität des baden-württembergischen Bildungssystems zu sichern und die Herausforderungen zu bewältigen, ist eine Weiterentwicklung der Schulstrukturen erforderlich. Wir müssen die Frage beantworten, wie pädagogisch leistungsfähige und gut erreichbare Schulen unter diesen veränderten Rahmenbedingungen erhalten werden können. Das ist keine angenehme und keine einfache Frage. Sie wird auch in vielen Orten, vielen Regionen zu Ängsten führen. Ich bitte Sie aus Verantwortung für unser Land dringend, diese Ängste nicht zu missbrauchen und nicht zu schüren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das ist eine unangenehme Aufgabe, aber die Aufgabe ist für die Zukunft unseres Landes zentral wichtig. Die früher von Ihnen gestützte Landesregierung hat sich an dieses Thema eben nicht herangetraut. Bei diesem Thema sind wichtige und schwierige Diskussionen mit den Kommunen, mit den Regionen zu führen. Deswegen sind Sie diese Aufgabe nicht angegangen.

Ich darf Sie bitten, dass Sie, wenn wir die regionale Schulentwicklungsplanung in den nächsten Wochen und Monaten ins Werk setzen, an unserer Seite sind und gemeinsam mit uns um die besten Lösungen für die Menschen in diesem Land ringen werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es entspricht auch nicht der Philosophie der Landesregierung, diesen Prozess vom Reißbrett und von Stuttgart aus zentral zu entscheiden. Wir setzen darauf, dass die zukünftige Schullandschaft Baden-Württembergs gemeinsam mit den Partnern – das sind insbesondere die Gemeinden und die Landkreise – vor Ort gestaltet wird. Für das Konzept der regionalen Schulentwicklung werden wir diese Partner zur fachlichen Unterstützung dringend brauchen.

Klar ist allerdings, dass die Schullandschaft auch weiterentwickelt werden muss. Allein schon der kommende Rückgang der Zahl der Schüler – diesen können wir ganz einfach an den Statistiken ablesen – zwingt uns zum Handeln.

Ein kleines Zitat:

> *„In neun Jahren ... haben wir im Alb-Donau-Kreis 27 % weniger Schüler als heute. Da kann ich nicht warten, bis in der Hauptschule der Letzte das Licht ausmacht.“*

Von wem stammt dieses Zitat? Dieses Zitat stammt von Annette Schavan, frühere Bundesbildungsministerin – „Schwäbische Zeitung“ vom 24. Oktober 2011. Frau Schavan, genau so ist es. Wir dürfen das nicht geschehen lassen, wir müssen die Zukunft dieses Landes aktiv gestalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

In den vergangenen acht Jahren ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler bereits um rund 125 000 zurückgegangen.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Für die Zeit bis 2020 rechnen wir mit einem weiteren Rückgang in der Größenordnung von 190 000 Schülerinnen und Schülern. Auch die Entscheidungen über die Bildungsgänge nach der Grundschulzeit und die Attraktivität der verschiedenen Schularten haben sich verändert. All dies hat dazu geführt, dass nicht wenige Schulen im Land kritische Größen erreicht haben. Die Zahl dieser Schulen wird weiter zunehmen. Das ist eine große Belastung für die Schulen.

Betroffenen Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Kommunalpolitikern fehlt heute die Perspektive, eine Perspektive, die wir ihnen dringend geben müssen und die wir ihnen geben werden, indem wir den Rahmen für eine regionale Schulentwicklung setzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ziel der Bildungspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, dass jedem jungen Menschen hochwertige Bildungsangebote in erreichbarer Nähe gemacht werden.

Wir haben bereits heute Morgen darüber gesprochen: Wenn wir die regionale Schulentwicklung zum Erfolg führen, dann schaffen wir es, zahlreiche Schulstandorte gerade im ländlichen Raum – für den ländlichen Raum sind sie von eminent großer Bedeutung – zu erhalten. Tun wir nichts, wie Sie leider in den vergangenen Jahren, haben wir ein zufälliges Schulsterben. Wir werden weiterführende Schulen dann nur noch in den mittleren und größeren Städten haben. Das ist keine Politik für den ländlichen Raum, die Sie in den vergangenen Jahren in diesem Bereich gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Neben dem Faktum der zurückgehenden Schülerzahlen ist natürlich auch zu konstatieren – das hängt mit den zurückgehenden Schülerzahlen zusammen –, dass noch viel zu viele Jugendliche unser Bildungssystem verlassen, ohne ihren Weg machen zu können, ohne gleich in eine berufliche Ausbildung finden zu können oder in ein erfolgreiches, selbstbestimmtes Leben starten zu können.

Deswegen hat diese Landesregierung ganz erhebliches Augenmerk darauf gelegt, die Unterschiede im Bildungssystem, gerade was Bildungsgerechtigkeit angeht, auszugleichen. Deswegen haben wir erhebliche Investitionen im vorschulischen Bereich vorgenommen. Deswegen werden wir auch, was die Schullandschaft angeht, bei integrativen Lernkonzepten, beim Ausbau der Ganztagsschulen ein ganz erhebliches Gewicht darauf legen, dass Bildungsgerechtigkeit in diesem Land funk-

(Minister Andreas Stoch)

tioniert und wirklich alle jungen Menschen, alle Kinder und Jugendlichen Chancen haben, in Baden-Württemberg eine Bildung vorzufinden, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist dabei nicht erfolgversprechend, wenn man Schularten gegeneinander ausspielt.

(Zuruf von der CDU: Wer macht denn das?)

Ich bitte Sie und ich lade Sie dazu ein, die verschiedenen Möglichkeiten, die verschiedenen Wege, wie Kinder und Jugendliche erfolgreich zu Bildungsabschlüssen gelangen können, nicht schlechtzureden,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

sondern die weiterführenden Schulen – heute Morgen haben wir über Realschulen gesprochen – auch zu unterstützen, damit sie dieses Ziel erreichen können.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und erhalten!)

Jede Schule, die bereit ist, sich auf die veränderten Gegebenheiten einzustellen, die bereit ist, sich weiterzuentwickeln – ich weiß, dass das die meisten Schulen sind –, wird unsere Unterstützung haben. Gemeinsam werden wir so, glaube ich, ein vielfältiges Bildungsangebot haben.

Kollege Dr. Kern, wenn Schulen Konzepte entwickeln, die erfolgreich sind, wären wir absolut falsch beraten, wenn wir diese Schulen nicht unterstützen würden. Wir müssen es schaffen, die Vielfalt in Baden-Württemberg auch in regionalen Unterschieden, auch in lokalen Besonderheiten zu akzeptieren und da unsere Hilfe angedeihen zu lassen, wo es für die Kinder und Jugendlichen wichtig ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum Verfahren der regionalen Schulentwicklung darf ich Ihnen sagen: Die regionale Schulentwicklung ist das zentrale Instrument, um zu gewährleisten, dass wir diesem zufälligen Schulsterben Einhalt gebieten.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Weil in diesen beiden Anträgen auch das Gutachten der GEW, das sogenannte Bargel-Gutachten, angesprochen ist,

(Abg. Georg Wacker CDU: Das beerdigen Sie lieber!)

zitiere ich daraus:

> *Aufgrund ihrer Größe kann die überwiegende Mehrheit der Gemeinden zukünftig nicht einmal die Schülerschaft für eine einzügige Hauptschule aufbringen. Bei einer Zugangsquote von 25 %, wie gegenwärtig landesweit, bleiben gut zwei Drittel ... der 1 109 Gemeinden unter der Zahl von 16 Hauptschüler/-innen; fällt der Zugang auf 20 %, steigt dieser Anteil auf 75,7 % der Gemeinden, in absoluten Zahlen: 839 Gemeinden, die das Schülerpotenzial für eine einzügige Hauptschule nicht erreichen ...*

Tun wir nichts und hängen wir weiter dem Märchen an, dass das dreigliedrige Schulsystem in alle Ewigkeit weitergeführt werden kann, dann haben wir das, was ich vorhin beschrieben habe: eine Bildungslandschaft in Baden-Württemberg, die Baden-Württembergs, wo die Kraft in der Fläche liegt, nicht würdig ist. Dann haben wir noch wenige weiterführende Schulen in den mittleren und großen Städten. Das können Sie ganz sicherlich nicht wollen. Wir wollen es jedenfalls nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wo kommen denn Ihre Gemeinschaftsschulen hin? Ohne gymnasiales Niveau!)

Jetzt zur Frage der divergierenden Interessen von Gemeinden in räumlichen, in lokalen Zusammenhängen. Ich glaube, viele von Ihnen als Abgeordnete in Wahlkreisen wissen, dass Kommunen, die ihre Schule zu verlieren drohen, zunächst einmal versuchen, Konzepte zu erstellen, die ihrer Gemeinde den Erhalt ihrer Schule gewährleisten. Viele Schulen haben das probiert. Einige haben Konzepte entwickelt, und zahlreiche haben sich auf den Weg gemacht, um beispielsweise in einer Gemeinschaftsschule verschiedene, differenzierte Bildungsabschlüsse anbieten zu können.

Aber Sie wissen auch: Nicht alle Schulen, nicht alle Kommunen haben genug Kinder, um eine weiterführende Schule bewahren zu können. Da ist es jetzt eine zentrale Aufgabe der regionalen Schulentwicklungsplanung, für Kommunen, die in räumlichen Zusammenhängen sind, Bildungsangebote, die bereits vorhanden sind, so zu organisieren, dass möglichst wenige Schulstandorte geschlossen werden müssen, dass möglichst viele Schulen mit guter Qualität erhalten bleiben. Da werden wir nicht jede kleine Schule halten können. Aber, wie gesagt: Die Alternative dazu ist das Nichtstun. Die Alternative zu unserem Konzept ist, dass noch viel mehr Schulstandorte von der Bildfläche verschwinden würden.

Uns deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, vorzuwerfen, wir würden eine Schulschließungsliste aufstellen oder wir würden auf die Schließung von weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg Wert legen, ist im Hinblick auf das, was ich Ihnen gerade ausgeführt habe, geradezu absurd. Ich rufe Sie auf, ich appelliere an Sie: Seien Sie dabei, wenn wir die regionale Schulentwicklung angehen. Wir werden mit den Kommunen schwierige Diskussionen führen. Da hilft es uns allen nichts, wenn falsche Erwartungen geweckt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die regionale Schulentwicklung muss für das Land Baden-Württemberg, für die Kinder und Jugendlichen und ihre Zukunftschancen ein Erfolg werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wacker das Wort.

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Minister, ich stelle fest: Sämtliche Fragen sind offengeblieben.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Die Antwort ist nicht verstanden worden!)

(Georg Wacker)

Ich sage in aller Deutlichkeit: Ich hätte gerade von Ihnen erwartet, dass Sie sich dieses GEW-Gutachten etwas genauer anschauen. Ich möchte Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Legen Sie dieses GEW-Gutachten am besten in die unterste Schublade Ihres Hauses. Denn es hat überhaupt keinen statistischen Wert, weil es erstens auf veraltetem Datenmaterial beruht, nämlich auf Zahlen aus dem Jahr 2007,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

die heute überhaupt nicht mehr brauchbar sind, und es zweitens erhebliche Abweichungen zwischen den Daten des GEW-Gutachtens und den Daten des Statistischen Landesamts gibt. Bisher wurden die Daten des Statistischen Landesamts zumindest vonseiten der Regierung immer als seriös akzeptiert.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau!)

Das Dritte, was ich Ihnen sagen möchte, Herr Minister: In der Stellungnahme Ihres Hauses – zugegeben: nicht durch Sie persönlich – wird zu unserem Antrag Drucksache 15/2790 lediglich ausgeführt, dass sich Ausführungen zu diesem GEW-Gutachten erübrigten, da die integrative Sekundarschule nichts mit Ihrer Gemeinschaftsschule zu tun habe.

Was ist der Unterschied zwischen einer integrativen Sekundarschule, in der Sie quasi alle Bildungsabschlüsse anbieten wollen, und einer Gemeinschaftsschule? Wenn Sie sich dieses Gutachten genau anschauen, erkennen Sie, dass bei der Erwähnung der integrativen Sekundarschule – sprich Gemeinschaftsschule; das ist schulorganisatorisch nämlich genau das Gleiche – von einer Übergangsquote von der Grundschule in diese Schulart von 90 % ausgegangen wird. Das ist die Berechnungsgrundlage des GEW-Gutachtens.

Herr Minister – fragen Sie Ihre Beamten –, wissen Sie, was das bedeutet? Wenn Sie die Berechnung des GEW-Gutachtens akzeptieren, dann akzeptieren Sie, dass es in Zukunft überhaupt keine andere Schulart als diese Gemeinschaftsschule mehr gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nein!)

Deswegen sind diese Aussagen verräterisch.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich rate Ihnen, damit Sie sich mit Ihren Aussagen nicht selbst widersprechen: Verabschieden Sie sich von dem Gutachten, sonst werden all die anderen Aussagen, die Sie formuliert haben, zutiefst unglaubwürdig.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Er hat es nicht verstanden!)

Nun zur regionalen Schulentwicklung. Wer hat denn die Turbulenzen verursacht? Durch die Einführung der Gemeinschaftsschule und erst recht durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung ist doch eine regionale Schulentwicklungsplanung zwingend notwendig gewesen. Deswegen können Sie – Sie und Ihre Amtsvorgängerin – doch nicht seit zwei Jahren nur darüber reden, aber nichts tun.

Im Übrigen sind beim Thema „Regionale Schulentwicklung“ alle Formulierungen toll. Ich verstehe, dass Sie natürlich viel Applaus spenden.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Sie sprechen von einem Konzept. Sie – Ihr Haus, Ihre Amtsvorgängerin – haben doch eine Einigung mit den kommunalen Landesverbänden erzielt. Staatssekretär Mentrup hat sich mit ihnen auf eine gemeinsame Sprachregelung verständigt. Wollen Sie jetzt etwa zurück? Wollen Sie den Schwarzen Peter wieder an die Kommunen abdrücken? Oder tragen Sie, das Land Baden-Württemberg, das Kultusministerium, die Verantwortung dafür, wenn der eine oder andere Schulstandort nicht mehr überlebensfähig ist?

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Wenn Sie schreien, wird es nicht richtiger!)

All diese Fragen beantworten Sie nicht, Herr Minister. Deswegen muss ich sagen: Ihre Rede war ein Armutszeugnis.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge Drucksachen 15/2197 (geänderte Fassung) und 15/2790. Abschnitt I des Antrags Drucksache 15/2197 (geänderte Fassung) ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden.

Abschnitt II dieses Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungsersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht? – Ja. Dann stimmen wir jetzt über Abschnitt II ab. Wer Abschnitt II zustimmen möchte, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag Drucksache 15/2790 ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Gesundheitsfachberufe an Hochschulen – Akademisierungsperspektive – Drucksache 15/2333

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt

(Unruhe)

– wenn es ein bisschen ruhiger wird, kann ich auch noch die Redezeiten bekannt geben;

(Zurufe: Pst!)

wer reden will, kann dies auch außerhalb des Plenarsaals tun –: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Mielich.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg steht bei der Neuorganisation der Gesundheitsversorgung vor großen Herausforderungen. Es ist unbestritten, dass wir im Augenblick noch gut aufgestellt sind. Das wird sich in der Zukunft aber deutlich verändern; denn zu klar sind die Signale, die uns aus fast allen Bereichen der Gesundheitsberufe und den entsprechenden Arbeitsfeldern erreichen. Das Nebeneinander ist gekoppelt mit einem Nichtwissen über die Qualifikation der jeweils anderen Berufe und Berufsfelder und führt immer mehr zu großen Reibungsverlusten, die zulasten der Patientenversorgung, aber auch zulasten der Arbeitszufriedenheit gehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

In der Pflege ist die Arbeitszufriedenheit unabdingbar, wenn die Pflege gut und erfolgreich sein soll im Sinne einer Gesunderhaltung der Menschen.

Wir alle wissen, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Es vergeht fast kein Plenartag, an dem wir die Herausforderungen der demografischen Entwicklung nicht thematisieren. Die damit verbundenen Herausforderungen stellen sich im Gesundheitswesen noch einmal ganz anders dar.

Eine zunehmende Zahl von Menschen werden älter, werden kränker, haben keine klar abgegrenzten Krankheitsbilder, leiden zusätzlich z. B. an Demenz. Das heißt, die Krankheitsbilder in der Akutversorgung verändern sich zunehmend. Diagnostik und Therapien werden auf der anderen Seite immer komplexer und immer komplizierter. Das bedeutet, dass sich größere Herausforderungen an die Expertise von Gesundheitsfachleuten stellen. Dies gilt z. B. für die Pflege.

Patienten sind auch öfter und länger chronisch krank. Auch das ist eine Entwicklung, die sich deutlich abzeichnet. Das heißt, mit einer älter werdenden Bevölkerung verbindet sich ein steigender Bedarf an zusätzlichen Fachkräften im Umfeld der Medizin.

Diese Herausforderungen werden nur durch eine intensivere Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe insgesamt gemeistert werden können. Dabei geht es um eine Verbesserung der Behandlungsqualität für Patienten. Wir wissen, dass Behandlungsfehler häufiger auf unzureichende Zusammenarbeit zurückzuführen sind.

Aktuell ist es so, dass alle Gesundheitsberufe für sich ausgebildet werden. Die Kompetenzen, die andere in ihrer Ausbildung erwerben, werden nicht mitgedacht und kommen in der Organisation des eigenen Berufsalltags viel zu wenig vor. Das führt dazu, dass in der Praxis insgesamt viel mehr nebeneinander als miteinander gearbeitet wird. Das wiederum führt zu ganz großen Reibungsverlusten.

Die grün-rote Regierung hat sich vorgenommen, diese Berufe miteinander zu verzahnen. Das geht am besten an den Hochschulen, an den Universitäten. Medizinerinnen und Mediziner, die gemeinsam mit Hebammen, Psychotherapeuten und Pflegewissenschaftlern Vorlesungen, Seminare und anatomische Kurse besuchen, lernen sich nicht nur kennen. Sie wissen auch um die Qualifikation der jeweils anderen Profession. Sie haben früh den Kontakt, der ein anderes Denken, ein Denken über den eigenen Tellerrand hinaus befördert. Das erleichtert das gemeinsame Arbeiten in der Praxis ungemein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich mache das einmal an einem Beispiel fest. In der Geburtshilfe begegnen sich Hebammen und Frauenärzte erst, wenn die Frauenärzte in ihrer Facharztausbildung sind. Das heißt, Frauenärzte lernen, Geburtshilfe ohne Hebammen zu denken und zu organisieren. Hebammen wiederum lernen, Geburtshilfe ohne die Frauenärzte zu organisieren und durchzuführen. Was heißt das in der Konsequenz?

In der Konsequenz heißt das: Diese beiden Berufe treffen in der Geburtshilfe aufeinander und kommen eigentlich überhaupt nicht miteinander klar, arbeiten oftmals eher gegeneinander als miteinander. Dabei müsste es völlig klar sein, dass Geburtshilfe, die normalerweise stattfindet, eine Aufgabe ist, die durch die Hebammen erfüllt wird, und sich die Ärzte im Hintergrund halten. Wenn Ärzte aber überhaupt nicht gelernt haben, sich z. B. mit Hebammen auseinanderzusetzen, und auch nicht wissen, wie deren Kompetenzen letztlich sind, können sie sie überhaupt nicht akzeptieren und auch nicht miteinander arbeiten.

Das heißt, wir brauchen in der Konsequenz eine enge Verknüpfung von Theorie und Praxis. Das ist zentral für die Akademisierung der Gesundheitsberufe. Nur dann, wenn wir künftig reflektierende Praktikerinnen haben, die im Rahmen ihrer akademischen Ausbildung die Instrumente an die Hand bekommen, evidenzbasiert z. B. Pflegestandards zu überdenken und zu überarbeiten, haben alle gewonnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im Idealfall heißt das: Ein Patient wird zukünftig von einem multidisziplinären Team versorgt, und ein Teil dieses Teams, das aus Angehörigen unterschiedlicher Gesundheitsberufe besteht, wird zukünftig akademisch ausgebildet sein.

Hierfür schafft unserer Meinung nach eine primärqualifizierende akademische Ausbildung, der Bachelor, die besten Voraussetzungen. Zudem brauchen wir aber auch die Möglichkeit – auch das muss klar sein – für eine akademische Weiterqualifizierung über den Bachelor hinaus.

Das betrifft nicht nur die in europäischen Nachbarländern bereits seit Längerem etablierte und auf eine akademische Grundlage gestellte Pflegewissenschaft. Angesprochen sind auch neue, interdisziplinäre Fächer wie das Gesundheitsmanagement. In der Geburtshilfe, der Physiotherapie und der Ergotherapie können seit einer Gesetzesänderung vom Oktober 2009 die ersten Modellversuche unternommen werden, um auch in diesen Berufsfeldern primärqualifizierende Studiengänge anzubieten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unser Antrag zielte darauf, zu erfahren – das wollten wir wissen –, wie die Ergebnisse der Untersuchung sind, die der Wissenschaftsrat angeführt hat. Er empfiehlt ganz klar, 10 bis 20 % eines Ausbildungsjahrgangs in den Gesundheitsfachberufen an staatlichen Hochschulen akademisch zu qualifizieren.

(Bärbl Mielich)

Wenn wir diesen Maßstab anlegen – das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sagt das in seiner Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag –, besteht in Baden-Württemberg ein deutlicher Bedarf an Studiengängen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir jetzt angehen müssen.

Der Rest folgt in der zweiten Runde.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der CDU darf ich Frau Abg. Dr. Stolz das Wort erteilen.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor gut einem Jahr haben wir hier im Plenum schon einmal über das Thema „Akademisierungsperspektive der medizinnahen Berufe“ diskutiert. Grundlage war damals ein CDU-Antrag. Jetzt diskutieren wir auf der Grundlage eines Antrags der Grünen.

Ich will ganz kurz rekapitulieren: Vor einem Jahr haben wir als Fakt festgestellt, dass es in der Tat eine Zunahme der Zahl von Studiengängen in medizinnahen Berufen gibt – ausbildungsintegriert, grundständig, aufbauend; alles ist vertreten. Wir haben auch Modellstudiengänge, die weitergeführt werden. Es gibt vielfältige Kooperationen zwischen Universitäten und Fachschulen, und es gibt weitere Überlegungen an den Standorten der Dualen Hochschule. Wir haben auch auf das Landespflegegesetz verwiesen, das eben auch Durchgängigkeit ermöglicht.

Zwischen uns bestand damals bei diesem Thema große Einigkeit, dass die demografische Entwicklung einen steigenden Bedarf an akademisch ausgebildeten, medizinnahen Berufen nach sich zieht. Einig waren wir uns vor allem – das hat Kollegin Mielich gerade angesprochen –, was die Notwendigkeit von interprofessioneller Zusammenarbeit betrifft. Das ist die Realität.

Wir haben darüber hinaus festgestellt, dass die Möglichkeit einer akademischen Ausbildung die Attraktivität und die Perspektive der medizinnahen Berufe befördert.

Die Ministerin hat uns damals zugesagt, über weitere Überlegungen zu berichten. Wir warteten damals auf die Ergebnisse des Wissenschaftsrats, wie er hier die weitere Entwicklung sieht.

Jetzt sind wir ein Jahr weiter. Die Stellungnahme des Wissenschaftsrats liegt vor. Er sieht einen Bedarf von 10 bis 20 % akademisch ausgebildeter Fachkräfte für die sektorübergreifende interdisziplinäre Versorgung und auch für spezialisierte Tätigkeitsprofile. Der Wissenschaftsrat sagt auch – ich zitiere wörtlich –:

> *... hält es der Wissenschaftsrat für notwendig, die für die hier empfohlene Akademisierung der Gesundheitsfachberufe erforderlichen Mittel bereitzustellen.*

In der Stellungnahme zu diesem Antrag der Grünen teilt das Ministerium mit – damals wurde man auf die noch ausstehenden Empfehlungen des Wissenschaftsrats verwiesen –, dass frühestens drei Jahre nach Beginn der derzeit laufenden Modellstudiengänge überhaupt entschieden werden könne. Im Übrigen arbeite man an einem Konzept der Masterstudiengänge. Ich deute das so, dass heute, ein Jahr danach, keine wesentlich neuen Fakten zu diesem Thema auf dem Tisch liegen.

Frau Kollegin Mielich, Sie hatten damals, als unser Antrag besprochen wurde, bemerkt, dass Baden-Württemberg die Entwicklung verschlafen habe. Angesichts der Fakten, die damals genannt wurden, kann ich das nicht nachvollziehen. Eigentlich müssten Sie jetzt, nachdem keine neuen Fakten auf dem Tisch liegen, Ihrer eigenen Regierung mächtig Dampf machen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das stimmt nicht!)

Ich will aber gar keine Ministerschelte betreiben. Das überlasse ich Ihnen ebenso wie das Dampfmachen.

Das Thema verweist auf verschiedene Aspekte, die ich auch benennen will:

Zum einen sind die Ressourcen wichtig. Es muss Geld für diese akademischen Studiengänge zur Verfügung gestellt werden, weil ein Bedarf besteht. Die Gründe sind schon genannt. Wir erwarten Aussagen der Regierung, welche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Vielleicht geschieht das nachher.

Zum Zweiten – das ist auch sehr wichtig, wenn auch nicht wichtiger als der erste Punkt – muss ein Bedarf festgestellt werden. Denn ein wachsender Anteil von Akademikern darf nicht am Bedarf vorbei ausgebildet werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

– Drehen Sie mir nicht das Wort im Mund herum. Hören Sie erst einmal zu, bevor Sie dazwischenrufen.

(Beifall bei der CDU)

Bei den jungen Leuten dürfen wir nicht Erwartungen erzeugen, die möglicherweise nicht erfüllt werden können. Ich will als Beispiel Spanien nennen. In keinem anderen EU-Land arbeiten so viele Uniabsolventen unter ihrer Qualifikation, weil sie für die Arbeitsplätze – umgekehrt formuliert – hoffnungslos überqualifiziert sind.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Ich denke, ich unterstütze die Ministerin, wenn sie vorsichtig ist und den Bedarf wissen will.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Lieber Herr Kollege, wir haben unbestritten einen Bedarf.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr gut!)

Drehen Sie mir das Wort nicht im Mund herum! – Der Wissenschaftsrat hat eine Akademisierungsquote von 10 bis 20 % empfohlen. Aber wir müssen diesen Bedarf spezifizieren,

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Okay!)

um junge Leute nicht in ein schwarzes Loch rennen zu lassen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wunderbar!)

– Also! Hören Sie mir erst einmal zu. – Wenn man einen reellen Bedarf feststellt, muss man zusammenarbeiten. Dabei ist auch das Sozialressort gefragt. Das kann man der Ministerin für Wissenschaft nicht allein überlassen. Denn das Sozialressort ist für die medizinische Versorgung, die Frau Mielich breit ausgelegt hat, zuständig. Der Wissenschaftsrat kann nur aus seiner Wissenschaftssicht heraus Anforderungen nennen, aber der Bedarf muss anderweitig formuliert werden. Es ist also die Zusammenarbeit der Ressorts notwendig.

Wenn die Zahl der Hochschulabsolventen wächst – ich stelle eine wachsende Zahl nicht infrage; ich sage das, damit Sie nicht noch einmal dazwischenrufen müssen –, hat das eine Bedeutung für die Rekrutierung und Auswahl der jungen Menschen, für die Arbeitsteilung in den Unternehmen, für die Karrierewege und für die Kooperation und Konkurrenz in den Unternehmen, also in Krankenhäusern und Einrichtungen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Ja. – Noch vier Sätze: Wir müssen die zusätzliche Frage stellen: Was bedeutet der Zug zur Hochschulausbildung für die, die diesen Weg nicht einschlagen können? Was den Bedarf gerade im gesundheitlichen Bereich betrifft, müssen wir auch fragen: Was ist die Gesellschaft bereit zu zahlen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf darauf hinweisen, nachdem Sie jetzt zwei Jahre regieren, dass auch das Sozialressort die Personalverordnung für Pflegeheime immer noch nicht über die Rampe gebracht hat. Ich kenne die Probleme sehr wohl. Da geht es um die Frage: Was will wer bei den Fachkräften, die eingesetzt werden, bezahlen? Das zeigt die Probleme. Ich möchte darauf hinweisen und der Regierung Mut machen, zwischen den Ressorts zusammenzuarbeiten. Sie geben bei Stuttgart 21 das „hervorragende“ Bild einer Regierung ab, die gegeneinander arbeitet, und wir stellen fest, dass dies in vielen Fragen die Entwicklung weiter hemmt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte kommen Sie jetzt zum Schluss.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Liebe Frau Ministerin, Taten sind gefragt, nicht Worte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wahl das Wort.

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Dr. Stolz, ich finde, das Parlament lebt von kontroversen Debatten, wenn man unterschiedlicher Meinung ist. Aber ich meine, gerade ist eine Chance vertan worden, zu zeigen, dass wir auch über die Fraktionen hinweg einen großen Zuspruch in dem Ziel haben, das wir erreichen wollen. Deswegen war mir nicht ganz schlüssig, in welche Richtung Ihre Rede führen sollte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Dr. Monika Stolz CDU)

Ein Gesundheitssystem braucht ausreichendes und gut ausgebildetes Fachpersonal. Da sind wir uns einig. Wir haben ein Problem: Wir müssen die Attraktivität der Berufe in der Pflege, der Geburtshilfe und anderen Berufsfeldern steigern. Da sind wir uns einig. Ich halte es für dringend geboten, die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung gegenüber Frauen und Männern, die diesen Dienst machen, zu steigern. Auch da sind wir uns einig. Auch in der Analyse sind wir uns einig. Vor diesem Hintergrund hat der Wissenschaftsrat den Entschluss zur Teilakademisierung der Gesundheitsberufe getroffen.

Bisher leisten wir uns in Deutschland in der Pflegeausbildung einen gewissen Sonderweg. Denn die Mehrheit der Qualifikationsabschlüsse in den Mitgliedsstaaten der EU führt zum Bachelor of Nursing. Ich denke, auch da müssen wir etwas machen. Auch da sind wir uns einig.

Daneben darf die dreijährige Ausbildung nach dem Realschulabschluss nicht entwertet werden. Wir müssen etwas Zusätzliches einführen. Auch da, Frau Dr. Stolz, sind wir uns einig. Wir sehen, dass sich in diesem Bereich etwas tun muss. Gerade am angelsächsischen, aber auch am skandinavischen Pflegesystem, wo der Wechsel schon stattgefunden hat, sehen wir, welche Fortschritte gemacht worden sind. Auch da sind wir uns überfraktionell einig.

Deswegen ist es wichtig, dass wir an dieser Stelle handeln, dass wir Modelle entwickeln, dass wir behutsam vorgehen, dass wir dies evaluieren. Das Problem ist nicht, dass wir den Bedarf nicht erkennen. Das Problem liegt in der Eingruppierung und der Bezahlung in diesen Bereichen. Unterschieden werden muss, ob jemand die Universität besucht hat oder eine dreijährige Ausbildung gemacht hat. An dieser Stelle muss etwas passieren. Sie haben dies erwähnt. Auch da sind wir uns einig.

Dass in Baden-Württemberg dringender Handlungsbedarf besteht, sehen wir allein an den schnöden Zahlen. Im Studiengang Pflege/Pflegemanagement an der Hochschule Esslingen gab es im Wintersemester 2011/2012 113 Bewerbungen bei 20 Studienplätzen. Daran sieht man, wie groß der Bedarf ist, wie groß auch der Zuspruch ist. Deshalb sind wir auch daran, dies weiterzuentwickeln. Wir müssen die Empfehlungen des Wissenschaftsrats umsetzen: 10 bis 20 % eines Ausbildungsjahrgangs in den Gesundheitsfachberufen sollen einen akademischen Hintergrund haben.

Das gilt nicht nur in der Pflege, sondern auch in den Bereichen Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie und Geburtshilfe. Wir müssen jedoch behutsam vorgehen, nicht überstürzt, aber mit einem klaren Ziel vor Augen. Ich bin überzeugt, dass die Landesregierung hier auf dem absolut richtigen Weg ist.

Deswegen möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen, liebe Frau Ministerin Bauer, auch namens unserer Fraktion nochmals zur Auszeichnung zur Wissenschaftsministerin des Jahres zu gratulieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Karl Rombach CDU)

(Florian Wahl)

Das ist doch das Zeichen, dass diese Koalition zusammen mit Ihnen jeden Tag für innovative und attraktive Hochschulen im Land kämpft. Von einer teilweisen Akademisierung der Gesundheitsfachberufe werden sowohl die Hochschulen in unserem Land als auch die Patientinnen und Patienten profitieren. Das muss das Ziel sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die herausragende Stellung des Gesundheitswesens in Baden-Württemberg verdanken wir zunächst einmal den rund 600 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und deren guten Qualifikationen. Ich glaube, dass sich das in Baden-Württemberg sehen lassen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU und der SPD)

Der Gesundheitssektor hat von allen Bereichen in Baden-Württemberg die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Bereich „Gesundheit und Pflege“ wurde in dem Gutachten „Wirtschaftliche und technologische Perspektiven der baden-württembergischen Landespolitik bis 2020“ von McKinsey und dem IAW als eines der vier wesentlichen Wachstumsfelder beschrieben. Deswegen, so glaube ich, ist es auch wichtig, dieses Thema immer wieder auf der Agenda zu haben.

Nach der Empfehlung des Wissenschaftsrats vom Juli 2012 sollen künftig 10 bis 20 % eines Auszubildendenjahrgangs in den patientennahen Gesundheitsfachberufen in Bachelorstudiengängen an den Hochschulen ausgebildet werden. Gründe dafür sind die zunehmend komplexeren Anforderungen an die Gesundheitsfachberufe, eine stärker kooperativ organisierte Gesundheitsversorgung und auch die Übernahme von Tätigkeiten, die bisher von Ärzten ausgeführt wurden und ihnen vorbehalten waren.

Grundsätzlich sieht die FDP/DVP-Landtagsfraktion zusätzliche Angebote von medizinnahen Studiengängen sehr positiv. Die FDP/DVP hat den Ausbau von Studienplätzen in medizinnahen Studiengängen stets unterstützt, beispielsweise im Rahmen des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“. Zugleich treten wir dafür ein, dass die anspruchsvolle klassische Ausbildung weiterhin attraktiv bleibt und nicht in den Schatten der akademischen Gesundheitsstudiengänge gerät.

Wichtig scheint uns deshalb eine Weiterbildungsperspektive zu sein. Das heißt, wer eine Ausbildung beginnt, sollte auch die Möglichkeit haben, sich weiterzuqualifizieren. Eine der Stärken Baden-Württembergs ist das System der Durchlässigkeit. Das gilt es aufrechtzuerhalten und weiterhin zu fördern.

Integrierte Studiengänge mit berufsqualifizierendem Abschluss und akademischem Abschluss – im Regelfall der Bachelor – sind aus Sicht der FDP/DVP sehr zu begrüßen. Sie können die Attraktivität der Gesundheitsberufe stärken.

Allerdings muss man, wenn schon über steigende Anforderungen gesprochen wird, auch insgesamt über die Differenzierung nachdenken und auch Ausbildungen mit unter dreijähriger Ausbildungszeit für einfache Tätigkeiten anbieten, wie es im Landespflegegesetz für den Bereich der Helfer in der Pflege möglich gemacht wurde.

Die demografische Entwicklung stellt uns vor große Herausforderungen. Es gibt jetzt etwa 246 000 pflegebedürftige Menschen in Baden-Württemberg, und bis 2030 wird diese Zahl auf etwa 348 000 Pflegebedürftige ansteigen. Der gleiche Anstieg um etwa 40 % wird auch für den Bereich der Pflegekräfte gelten, und zwar auf dann 117 000 Pflegekräfte im Jahr 2030.

Insofern teilen wir auch die Sorge, die die Evangelische Heimstiftung im letzten Jahr zum Ausdruck gebracht hat, als sie sagte, eine zunehmende Akademisierung werde nicht zur Gewinnung von Fachkräften führen, denn wer ein Pflegestudium abschließe, strebe eine Beratungs-, Entwicklungs- oder Leitungsaufgabe an. Die Altenpflege brauche jedoch vor allem Fach- und Hilfskräfte. Neben der qualifizierten Pflegeausbildung bedürfe es des Einsatzes angelernter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für standardisierte Aufgaben. Wichtig seien dabei auch standardisierte Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegeabschlüsse.

Einer vorgeschriebenen Akademisierungsquote erteilen wir Liberalen eine Absage,

(Zuruf von den Grünen: Schade!)

ebenso einem Automatismus bei der Anrechnung von Leistungen aus der Ausbildung auf das Studium sowie einer deutlichen Erhöhung der Akademisierung im Bereich der Pflege.

Gefordert sind das Sozial- und das Wirtschaftsministerium, eine Bedarfsermittlung für die gesundheitsnahen Berufe vorzunehmen und Vorschläge zu erarbeiten, wie ein differenziertes und durchlässiges Aus- und Fortbildungssystem für Gesundheitsberufe aussehen könnte. Dazu bedarf es insbesondere des engen Dialogs mit den Einrichtungsträgern und Pflegedienstleistungsanbietern, damit wir die vor uns stehenden gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich meistern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Abgeordneten! Vorweg bedanke ich mich für die freundlichen Glückwünsche zu meiner Wahl zur Wissenschaftsministerin des Jahres. Das hat mich sehr gefreut.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gern!)

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um zu betonen: Wissenschaftsministerin des Jahres wird man nicht allein, sondern

(Ministerin Theresia Bauer)

nur, wenn man ein Ministerium mit aufgeweckten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat und wenn einen die Fraktionen konstruktiv und kritisch auf dem Weg begleiten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So wie wir zum Beispiel!)

Daher gilt der Dank Ihnen allen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Zum Thema: Die Akademisierung der Gesundheitsfachberufe ist ein gesellschaftspolitisches Thema von enormer Tragweite. Die Diskussion hierüber wird intensiv geführt, insbesondere seit der Wissenschaftsrat im Sommer des letzten Jahres seine Empfehlungen hierzu vorgelegt hat. Die Diskussion wird nicht nur intensiv geführt, sie ist vielschichtig und komplex, und sie wird – man hat es gerade ein wenig bei der Debatte hier im Haus gemerkt – durchaus kontrovers geführt.

Es gilt einige Aspekte zu bedenken, wenn wir uns in Bezug auf weitere Strategien festlegen. In welchem Umfang soll akademisiert werden? Der Wissenschaftsrat empfiehlt eine Akademisierung von 10 bis 20 %. Mit welcher Ausrichtung, in welchen Bereichen soll akademisiert werden? Soll man eher primärqualifizierend oder eher ausbildungsintegrierend akademisieren? Nach Auffassung des Wissenschaftsrats soll eine primärqualifizierende Akademisierung stattfinden. Die Bund-Länder-Kommission setzt eher auf ausbildungsintegrierende Ansätze. Nicht zuletzt steht natürlich die Frage im Raum: Wer soll das alles zahlen?

Wir müssen alle diese Aspekte zusammen bedenken. In der Landesregierung wird dies intensiv begleitet. In den Hochschulen selbst findet diese Diskussion auch statt.

Lassen Sie mich noch einmal kurz zusammenfassen, welches die aktuellen Herausforderungen für die Pflege sind. Im Pflegebereich, aber auch in den Gesundheitsfachberufen gibt es verstärkt Bestrebungen und Anstrengungen, den Anteil der Akademisierung auszuweiten. Eine Ursache dafür ist der demografische Wandel; Frau Abg. Mielich hat das gerade angesprochen. Bei uns gibt es einen wachsenden Bedarf an Pflege und komplexere Versorgungsprozesse. Wir sehen auch die Notwendigkeit, verstärkt in interprofessionellen Teams zu arbeiten,

(Beifall der Abg. Bärbl Mielich und Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ja, genau!)

also mit einem steigenden Anteil an Hilfskräften und an Ärzten mit unterschiedlichen Hintergründen bei komplexen Sachverhalten zusammenzuarbeiten. Das stellt eine neue Herausforderung für die Pflegekräfte dar und bedeutet, dass sie auch als Führungskräfte qualifiziert werden müssen, um mehr Verantwortung zu übernehmen.

Ein letztes Stichwort in diesem Zusammenhang ist der Fachkräftemangel. Diesen spüren wir verstärkt in unseren Krankenhäusern und Uniklinika und ganz besonders stark in den grenznahen Regionen, wo attraktive Arbeitsplätze im Nachbarland, etwa in der Schweiz, direkt vor der Haustür liegen.

Wo stehen wir in Baden-Württemberg? Wir haben versucht, in der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag noch ein paar aktuelle Zahlen für die Diskussion aufzubereiten. Wir haben im Schuljahr 2011/2012 ziemlich genau 23 000 Ausbildungs- bzw. Schulplätze in Berufsfachschulen zu diesem Bereich vorgehalten, davon über 70 % für die Pflegeberufe und gut 20 % für die therapeutischen Berufe. In den medizinnahen Studienfächern – es gibt sechs Fachrichtungen in diesem Bereich – gab es im Wintersemester 2011 knapp 4 000 Studierende in Baden-Württemberg. Das ist ja nicht nichts. Wir haben in den letzten Jahren ein umfangreiches Angebot an medizinnahen Studiengängen in Baden-Württemberg entwickelt. An 23 Hochschulen – Universitäten, Pädagogische Hochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften – in Baden-Württemberg gibt es 64 medizinnahe Studiengänge.

Darüber hinaus haben wir ein Angebot an der DHBW. Allein an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg wird es im kommenden Studienjahr im Wintersemester 2013/2014 23 Studiengänge in diesem Bereich geben.

Zurzeit finden Planungen für weitere Studiengänge statt, und zwar sowohl an der HAW Mannheim im Bereich der Physiotherapie als auch an der DHBW. Wir werden im nächsten Studienjahr neue Studienmöglichkeiten anbieten, etwa in Heidenheim in den Bereichen „Medizintechnische Wissenschaften“, „Interprofessionelle Gesundheitsversorgung“ und „Angewandte Therapiewissenschaften“ oder in Karlsruhe im Bereich „Angewandte Gesundheitswissenschaften“, in Lörrach in der Physiotherapie – um Ihnen nur die wichtigsten Stichworte zu nennen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Es geht voran!)

Die Landesregierung steht dem Thema „Akademisierung der Gesundheitsfachberufe“ also grundsätzlich positiv gegenüber; sie hält die Empfehlungen des Wissenschaftsrats für sinnvoll und setzt sich damit konstruktiv auseinander. Wir nehmen uns dieser Fragen gemeinsam an, wollen aber die Komplexität und die Konsequenzen nicht unter den Tisch kehren. Denn es geht in Bezug auf die Frage der finanziellen Auswirkungen natürlich nicht nur darum, was z. B. die Verstetigung unserer vielen, auch im Rahmen des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ geschaffenen Kapazitäten finanziell bedeutet. An diesem Thema sind wir dran und schauen, welche der ausgebauten Kapazitäten wir dauerhaft im Land anbieten werden.

Vielmehr wird es auch vor dem Hintergrund, dass die Kostenstruktur für die Krankenhäuser und die Unikliniken nicht einfacher wird, darum gehen, dass die Absolventen dieser Studiengänge Arbeitsplätze finden. Deswegen müssen wir die Frage, wie die Absolventen am Arbeitsmarkt unterkommen, welche Arbeitschancen sie haben, sehr sorgfältig prüfen.

Wir haben uns daher vorgenommen, insbesondere die Modellstudiengänge, die wir in den Gesundheitsfachberufen aufgesetzt haben, sehr sorgfältig und in einer vergleichenden Perspektive zu evaluieren – auch unter dem Gesichtspunkt der Chancen der Absolventen am Arbeitsmarkt.

Dafür, Frau Abg. Dr. Stolz, benötigen wir ein wenig Zeit. Denn diese Studiengänge sind so neu, dass wir noch keine Absolventen haben, deren Arbeitsmarktchancen wir tatsächlich

überprüfen könnten. Wir haben beschlossen, dass wir in dieser Legislaturperiode eine solche Evaluation machen werden, sodass wir noch in dieser Legislaturperiode Konsequenzen für die weiteren Ausbaustrategien ziehen können.

(Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Seien Sie versichert: Wir haben vor wenigen Monaten das Ausbauprogramm „Master 2016“ beschlossen. Im Rahmen dieses Ausbauprogramms werden drei Linien, drei Vergabetranchen stattfinden, und wir werden in diesem Zusammenhang natürlich ein besonderes Augenmerk auf innovative Themen legen, auf neue und neuartige Bedarfe und auf innovative Formate. Ich gehe davon aus, dass der Bereich der Gesundheit und der Pflege eine Rolle spielen wird.

In diesem Sinn stelle ich fest: Wir haben das Thema fest im Blick. Wir werden Bachelorangebote verstetigen, wir werden kluge Ausbaustrategien definieren, auch im Zusammenhang mit dem Ausbau der Masterstudienplätze, wir werden das, was wir bislang auf den Weg gebracht haben, auch im Hinblick auf Arbeitsmarktchancen evaluieren, und wir werden dann die nötigen Schlussfolgerungen daraus ziehen.

An Aufgaben in diesem Bereich mangelt es uns also nicht. Wir gehen die Aufgaben an, entschlossen und mit Augenmaß, und ich freue mich über Ihre konstruktive Begleitung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Mielich das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Mielich, Sie haben doch schon alles gesagt!)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gut, dass ich jetzt noch ein paar Minuten Zeit habe, um auf das reagieren zu können, was Frau Ministerin Bauer ausgeführt hat, aber vor allem auch auf das, was Frau Kollegin Dr. Stolz eben gesagt hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Darauf sollten Sie wirklich eingehen!)

Ich möchte mit Ihrem Beitrag, Frau Stolz, beginnen: Sie haben eben das Beispiel Spanien genannt und haben als Begründung angeführt, dass in Spanien sehr viele junge Menschen, die sehr gut qualifiziert sind, auf der Straße stehen. Ich halte das für einen schrägen Vergleich; das muss ich einmal sagen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum?)

Denn in Spanien beträgt die Arbeitslosenquote bei jungen Absolventinnen und Absolventen 50 %. Das nun mit der Situation hier in Deutschland zu vergleichen finde ich wirklich zu weit hergeholt. Das ist doch auch überhaupt nicht das Thema.

Wir sind uns doch fraktionsübergreifend einig, dass wir neue Herausforderungen anzugehen haben, dass die Krankheitsbilder, denen wir begegnen müssen, komplexer werden und wir andere Antworten brauchen.

Wir sind uns alle einig – Frau Ministerin Bauer hat das eben sehr gut ausgeführt –, dass wir multiprofessionelle Teams brauchen. Es geht doch nicht darum, eine Berufsgruppe gegen die andere auszuspielen, sondern darum, dass zusätzliche Berufsaufgaben erfüllt werden müssen. Das wollen wir tun, indem wir einen deutlichen Anteil an Akademisierung in den Gesundheitsberufen, in den medizinnahen Berufen erreichen.

Ich komme zum Thema Finanzierung. Es ist nicht so, dass wir alles on top machen. Wir brauchen sozusagen eine Neuorganisation in den Krankenhäusern. Wir brauchen z. B. multidisziplinäre Teams, die Aufgaben anders erfüllen. Dadurch werden natürlich auch Synergieeffekte erzielt. Das gehört natürlich auch in die Evaluation.

Der nächste Punkt ist: Wir stehen bei der Akademisierung der Ausbildungsberufe am Anfang. Das Beispiel des Studiengangs Pflegewissenschaften in Freiburg zeigt, dass die Nachfrage nach Fachkräften derzeit deutlich höher ist als die Zahl der Absolventen. Ich glaube nicht, dass es zu wenig Arbeitsplätze für die Absolventen gibt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es kommt darauf an, über den eigenen Tellerrand zu schauen; das habe ich eben schon einmal deutlich gesagt. Auch wir, die Politikerinnen und Politiker, müssen über den eigenen Tellerrand schauen, wenn es z. B. darum geht, wie andere Länder ihre Gesundheitsversorgung organisieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

In der Schweiz wird längst in multidisziplinären und multifunktionellen Teams auf Augenhöhe zusammengearbeitet. Die Arbeitszufriedenheit der nicht medizinischen Fachkräfte ist dort um ein Vielfaches höher.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Auch der medizinischen!)

Es ist angesagt, dass wir daraus endlich lernen. Solche Ansätze sind gut, sie sind sehr konstruktiv. Damit können wir z. B. die Pflegeberufe attraktiv gestalten. Damit können wir eine neben vielen möglichen Antworten auf die Frage geben, wie wir mit dem aktuellen Pflegenotstand umgehen. Das ist, finde ich, ein zentraler Punkt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Punkt ist, dass wir den Pflegekräften viel mehr zutrauen müssen. Die Pflegekräfte sind sehr gut ausgebildet. Wenn sie dann noch eine entsprechende Ausbildung on top erhalten, dann sind sie z. B. durchaus in der Lage, die Gesundheitsversorgung dort eigenständig sicherzustellen, wo in Zukunft ein ärztlicher Notstand besteht, weil die Zahl der niedergelassenen Ärzte zu gering ist. Auch dort brauchen wir interdisziplinäre Teams, in denen auf Augenhöhe zusammengearbeitet wird, bei denen nicht immer der Arzt den Hut aufhat. Auch das stärkt das Selbstbewusstsein der Pflege. Das brauchen wir.

In diesem Sinn bin ich davon überzeugt, dass wir auf einem guten Weg sind; aber wir haben noch einiges vor uns.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/2333. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann damit für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg – Drucksache 15/1886

Dazu rufe ich den Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3164, mit auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von weiteren fünf Minuten festgelegt.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wölfle das Wort.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Fortschritt ist eine Schnecke.

Dieser Satz fiel einmal in einer Plenardebatte zum Thema Gleichstellungspolitik vor einigen Jahren hier in diesem Haus.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: C'est de moi!)

Leider bewegen wir uns immer noch in einem Schneckentempo. Das betrifft alle Felder der Gleichstellungspolitik, aber vor allem in der politischen Beteiligung von Frauen stehen wir fast auf der Stelle.

Die Große Anfrage zu diesem Thema führt das Schneckentempo mit klaren Zahlen vor: Der Anteil der Frauen in Gemeinderäten betrug 1984 9,5 % und 2009 22 %. Das heißt, in 25 Jahren stieg dieser Anteil gerade einmal um 12,5 Prozentpunkte. Schaut man sich eine Grafik aus dem 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, gerade aktuell erschienen – ich habe es heute Morgen schon erwähnt –, genauer an, fällt auf, dass gerade Baden-Württemberg bis auf die Ballungsräume für Frauen ein kommunalpolitisches Niemandsland ist. Sogar in Bayern sieht es besser aus.

(Die Rednerin hält ein Schaubild hoch.)

Ich habe hier eine Karte, auf der die Verteilung des Frauenanteils in den Gemeinderäten deutlich wird. Dunkelblau dargestellt sind die Gemeinderäte mit einem Frauenanteil von 27 % und mehr; hier ist eine Konzentration auf die Ballungsräume festzustellen. Hellblau dargestellt sind die Gemeinderäte mit einem Frauenanteil von weniger als 15 %. Die vielen roten Punkte sind

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die SPD-Räte!)

die Markierungen für Gemeinderäte, in denen die Männer unter sich sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sind aber arme Kerle!)

Ich halte es gern noch einmal hoch. Ein paar Punkte sind schon heruntergefallen. Es waren sogar noch mehr.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Wölfle, das sind arme Regionen! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Münsingen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Zustände und gerade diese 38 – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das müssen Sie den Frauen sagen, dass die sich aufstellen lassen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt lassen Sie doch bitte die Kollegin Wölfle ihre Rede halten. Sie brauchen keine Zwischenrufe zu machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollten sie gar nicht stören!)

Es handelt sich um ein ernstes Thema – um das gleich am Anfang zu sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Selbstverständlich, Herr Präsident! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Deshalb bleiben wir da!)

Bitte, Frau Kollegin.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann ja sehen, dass Sie sich aufregen, und Sie regen sich vielleicht auch zu Recht auf. Aber man sollte sich über die Sache aufregen.

Diese 38 roten Punkte wollen wir nach 2014 nicht mehr sehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und wie machen Sie das? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir wollen die Roten nicht mehr sehen!)

Was gab es in Baden-Württemberg nicht alles für Programme: Mentorinnenprogramme, Seminare, Veranstaltungen. Und wie viele Akteure waren beteiligt, und wie mager war am Ende das Ergebnis. Denn wirklich weitergebracht hat uns das alles nicht. Wenn wir so weitermachen, wird der Frauenanteil in den Gemeinderäten in Baden-Württemberg erst in 25 Jahren bei knapp 45 % liegen. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist zu langsam. Wir brauchen mehr Schnelligkeit, und wir müssen vor allem handeln.

Vor einem Jahr hatten wir anlässlich des Internationalen Frauentags hier eine Veranstaltung, und viele engagierte Frauen waren da, allerdings sehr wenige Männer. Wären mehr Männer da gewesen, hätten sie sich anhören müssen, dass die Geduld der Frauen erschöpft ist. Der Ruf nach einer gesetzlichen Regelung wurde laut, und der Landesfrauenrat begann sehr

(Sabine Wölfle)

motiviert und engagiert eine Kampagne für den sogenannten Reißverschluss auf den Kommunalwahllisten und für eine gesetzliche Regelung ähnlich dem Parité-Gesetz in Frankreich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch einige Frauen hier aus dem Landtag gehören zu den Erstunterzeichnerinnen dieser Kampagne.

Nun kam Fahrt in die Diskussion, denn auch die beiden Regierungsfraktionen haben in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, diesbezüglich aktiv zu werden. Wir haben dann nach einer verfassungsrechtlich wasserdichten Lösung gesucht. Es wurden mehrere Gutachten erstellt, und am Ende war leider klar: Eine verfassungskonforme Regelung zu einer zwingenden paritätischen Aufstellung der Liste würde es wegen starker verfassungsrechtlicher Bedenken leider nicht geben.

Aber das Gutachten, das die SPD in Auftrag gegeben hat, hat klar den Auftrag an die Parteien gerichtet, selbst für Parität zu sorgen, sei es durch eine Quote oder sei es vor allem durch eine Liste, auf der abwechselnd männliche und weibliche Kandidaten aufgeführt sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Machen wir schon lange!)

Ich komme zurück zu der Karte, die ich vorhin hochgehalten habe. Eine besondere Häufung der roten Punkte, also der frauenfreien Gemeinderäte, ist im Landkreis Biberach festzustellen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Oberschwaben!)

Ich habe einmal nachgesehen, wie sich dort die Parteien verhalten. Bis zu zehn Wahlvorschläge konnten gemacht werden. Die CDU schlug zehn Männer vor, nicht eine einzige Frau, die Freie Wählervereinigung neun Männer und auf dem letzten Platz eine Frau. Die FDP schlug ebenso neun Männer und eine Frau vor; die Linken vier Personen, nur Männer. Nur bei den Wahlvorschlägen der SPD und beim Ökologisch Grünen Bündnis ist der Reißverschluss fast verwirklicht worden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und wie viele Frauen wurden in den Gemeinderat gewählt? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wahlergebnis!)

– Das kann ich nachliefern; das habe ich dabei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit verstehen Sie vielleicht auch unseren heutigen Beschlussvorschlag, der Ihnen ja vorliegt. Nicht die Frauen müssen sich weiterentwickeln, sondern die Parteien, die im 21. Jahrhundert frauenfreie oder nahezu frauenfreie Wahlvorschläge einreichen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Grünen und auch wir, die SPD, haben bereits eine Quote in den Parteistatuten verankert. Wir, die SPD, haben zusätzlich im letzten Herbst auch noch das verbindliche Reißverschlussverfahren aufgenommen.

Den Einfluss der Entscheidung zwischen quotierten und unquotierten Listen kann man an den Ergebnissen der Kommunalwahlen der letzten Jahre deutlich ablesen. SPD und Grüne haben dadurch deutlich mehr Frauen in den Kommunalparlamenten, die Parteien ohne solche Regelung eben nicht. Wer nun behauptet, man brauche keine Quote, scheint diesen Zusammenhang also einfach nicht zu begreifen.

Hier empfehle ich der CDU und auch der FDP, unsere Erfahrungen mit der Quote einmal genauer zu betrachten und dies ins Verhältnis zu ihren Frauenanteilen zu setzen.

Erschreckend finde ich auch die in der Antwort aufgeführte Aussage der Freien Wähler, dass eine Kommunalwahl eine Persönlichkeitswahl sei und man eben Kandidaten wähle, die durch ehrenamtliche oder berufliche Tätigkeit bekannt seien. Was ist denn das für eine Aussage? Wie entlarvend ist das? Zählt denn dann der örtliche Bauunternehmer mehr als die engagierte Erzieherin oder Altenpflegerin? Wenn ich mir ansehe, wie wenige Frauen auf diesen Listen zu finden sind, ist dies anscheinend so. Zudem sind gerade Frauen in vielfältiger Weise ehrenamtlich tätig. Hier scheint die gleiche Tätigkeit doch geschlechterspezifisch sehr unterschiedlich bewertet worden zu sein,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

zumindest aus der Sicht der Freien Wähler.

Es geht eben nicht nur um tolle Programme und Seminare. Es geht um Bewusstseinsbildung dahin gehend und um die Akzeptanz dessen, dass Frauen ein Recht auf politische Partizipation in angemessener Anzahl haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frauen sind es leid, in diesem Land immer nur vertröstet zu werden. Sie wollen Taten und vor allem einen erkennbaren Fortschritt sehen.

Wir alle sind aufgerufen, hier dazu beizutragen, dass das Kommunalwahlergebnis im kommenden Jahr in dieser Hinsicht einen deutlich erkennbaren Schritt nach vorn macht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn wir also vorankommen wollen, sind andere und bessere Wege nötig. Das Stichwort heißt „Vorbilder“. Solange Frauen in der Politik überwiegend Männer sehen und erleben und Frauen dort in exotischer Minderheit vorhanden sind, werden Frauen auch nicht zu überzeugen sein, für ein Mandat zu kandidieren. Es muss ein Anfang gemacht werden. Die Zahlen müssen sich nach oben bewegen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Für die Frauen ist damit klar: Je mehr wir sind, desto besser wird die Situation.

(Beifall der Abg. Rosa Grünstein SPD, Nicole Razavi CDU und Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE)

Neben allen Maßnahmen, die es gab, die es gibt und die es in Zukunft geben wird, müssen sich vor allem die männlichen kommunalen Mandatsträger öffnen und den Frauen in ihren Fraktionen gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen.

In der Antwort auf die Große Anfrage fällt auf, dass sowohl der Gemeindetag als auch der Städte- und der Landkreistag zwar die Kommunen im Bereich Gleichstellung beraten und auch Fortbildungsmaßnahmen anbieten, sich aber – das kann

(Sabine Wölfle)

man den Stellungnahmen auch entnehmen – auch der Neutralität verpflichtet fühlen und hier keine Beeinflussung vornehmen wollen. Dem kann ich nur Folgendes entgegenhalten:

> *Das Recht auf die Gleichstellung von Frauen und Männern setzt voraus, dass Lokal- und Regionalbehörden alle entsprechenden Maßnahmen treffen und alle geeigneten Strategien anwenden, um die ausgewogene Vertretung und Mitwirkung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Entscheidungsfindung zu fördern.*

Dieser Satz stammt nicht von mir; er ist der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene entnommen worden. Er wurde so vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas und seinen Partnern unterschrieben.

Wir fordern die kommunalen Landesverbände damit auf, mitzuhelfen, dass Städte und Gemeinden aktiv an der Verbesserung der Rahmenbedingungen arbeiten, in Form von familienfreundlichen Sitzungszeiten, der Übernahme der Kosten der Kinderbetreuung und der Sensibilisierung kommunaler Mandatsträger vor Ort, sich stärker mit Frauen zu vernetzen, ihr Potenzial zu nutzen und sie auch aktiv zur Kandidatur aufzufordern.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Um der Debatte außer schönen Reden heute auch etwas Konkretes hinzuzufügen, haben wir noch einen Entschließungsantrag eingebracht mit dem Ziel, dass wir gemeinsam feststellen, dass wir mit einem Frauenanteil von 22 % in Gemeinderäten und 16 % in Kreistagen nicht zufrieden sind, dass wir alle Parteien auffordern, aktiv an paritätisch besetzten Listen zu arbeiten, und dass wir die Kommunen bitten, Verbesserungen an den Rahmenbedingungen vorzunehmen.

Auch uns ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit Organisationen, Vereinen, Verbänden und Körperschaften wichtig. Denn gerade im vorpolitischen Raum kann man Frauen aktiv werben. Hier sehen wir großes Potenzial.

Wir bitten Sie, dazu beizutragen, dass alle Parteien ihre Wahllisten transparenter gestalten. Das heißt, es sollte erkennbar sein: Wie hoch war der Frauenanteil? Wie hoch war der Frauenanteil unter den anwesenden Delegierten? Auch das gehört zur Transparenz.

Ich bitte Sie: Beschließen Sie heute mit uns diesen Entschließungsantrag, und setzen Sie ein Zeichen, dass wir gemeinsam für Fortschritt bei den Listen sorgen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Gurr-Hirsch das Wort.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal der SPD meinen aufrichtigen Dank für diesen wunderbaren Antrag aussprechen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das ist ein Almanach, aus dem man richtig schöpfen kann, insbesondere zur Erfüllung der Aufträge, die sich der Allgemeinheit stellen. Er befördert viel Bekanntes, beinhaltet aber auch aussagekräftige Statistiken. Zudem zeigt er eine sehr realistische Sichtweise.

Die Wissenschaftlerin, bei der Sie diese Studie in Auftrag gegeben haben, sagt ganz klar, dass Baden-Württemberg das Schlusslicht ist. Es führt kein Weg daran vorbei, das zu erkennen.

Besonders deprimierend ist – das haben Sie gerade mit den roten Punkten deutlich gemacht –, dass insbesondere im ländlichen Raum die Frauenbeteiligung in Gemeinde- und Kreisräten sehr schwach ist, obwohl die Landfrauen seit über 20 Jahren vorbildlich – mit eineinhalb Jahren Vorarbeit – daran arbeiten, Frauen zu qualifizieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Seit dem Jahr 1984 hat sich sicherlich eine gewisse Steigerung gezeigt. Das kann uns aber nicht zufriedenstellen.

Die typische Kommunalpolitikerin ist in der zweiten Lebenshälfte und hat das Thema Kinder bereits hinter sich. Zwei Drittel der Kommunalpolitikerinnen sind erwerbstätig. Außerdem sind viele von ihnen Akademikerinnen.

Die Auftraggeberin, die SPD, wurde auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt, als sie erkennen musste, dass der Anteil der aufgestellten Kandidatinnen und der Anteil der tatsächlich gewählten Gemeinderätinnen wie eine Schere auseinandergehen. Bei Kreistagswahlen zeigt sich eine Differenz von über elf Prozentpunkten. Das heißt, dass in unserem System dem Wähler ein ganz besonderes Gewicht zukommt; denn er kann kumulieren und panaschieren, und er hat eben so entschieden. Das ist die Freiheit des Wählers.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Hinzu kommt, dass es in 16 Kommunen in Baden-Württemberg ein Fossil der basisdemokratischen Beteiligung gibt. Dort gibt es nämlich gar keine Liste. Die Menschen gehen zur Wahl und schreiben einen Namen auf einen Zettel. Das ist beispielsweise in Egenhausen der Fall. Auf diesen Wahlzetteln sieht es besonders schlimm aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da steht „Schmiedel“ drauf!)

Jetzt wollen Sie die Leute aus Egenhausen an den Pranger stellen und beschimpfen, denn sie haben eine Frauenquote von gerade einmal 13,6 %.

Wenn wir uns gemeinsam etwas vornehmen, bin ich dabei. Aber ich sagte bereits: Diese Studie hat ihren Wert im Realismus. Ich bin sehr erfahren. Ich habe fünf Listen aufgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wenn der Blick über Baden-Württemberg, auch über die Bundesrepublik hinaus gerichtet wird, dann wird deutlich: Es sind nicht die Quoten, die Frauen in kommunale Gremien bringen.

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

Es gibt Länder wie beispielsweise Schweden und Dänemark, in denen es keine Quoten gibt und die vorbildlich sind. Es gibt Länder wie Estland und Lettland mit einer hohen Frauenbeteiligung auch ohne Quoten.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Eines möchte ich süffisant bemerken: Prozentzahlen sind eine Sache, absolute Zahlen eine andere. Was dominiert denn in Baden-Württemberg? Das ist die Scheu vor den Parteien. Sobald Kommunalwahlen anstehen, gehen wir alle los und suchen Leute. Diese sagen dann: Auf eine Parteiliste will ich nicht; Partei ist „pfui“.

(Zurufe)

Da gibt es die Freien Wähler. Diese stellen 1 784 Gemeinderätinnen. Die SPD hingegen, die mit 33,2 % gegenüber der CDU prozentual sehr gut dasteht, stellt nur 796 Frauen. Absolut hat die CDU 851 Gemeinderätinnen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wenn wir also den Parteien etwas vorschreiben, wenn wir den Parteien eine Quotierung vorschreiben, dann wirkt sich das nicht auf die Wählerlisten aus.

Es ist aber schon viel passiert. Hierfür muss man den Kommunen, den Frauenbeauftragten, den Volkshochschulen und allen anderen danken. Letztlich hat das aber nicht viel bewirkt.

Jetzt haben wir noch 14 Monate Zeit. Jetzt geht es darum, dass jede Partei erkennt, dass eine gleichmäßige Verteilung von Frauen und Männern in allen Altersgruppen in kommunalen Parlamenten wichtig ist.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Klar ist: Wir stehen im Wettbewerb miteinander.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Der Wettbewerb weckt ja Kräfte. Deswegen meine ich, dass jeder, der eine Liste aufstellt, dafür sorgen muss, dass an erster Stelle eine Frau steht, dass es genügend Frauen gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wenn die Frauen anführen, die Sitzungen dauerten zu lange, wenn sie auf Bürokratie, Fraktionszwang und wenig Wertschätzung verweisen und erklären, es solle familiäre Unterstützung geben, muss man ihnen aber auch sagen: Das Leben ist kein Ponyhof.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, genau! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Zwischenfrage!)

Wenn Frauen in den Gemeinderat kommen, müssen sie wissen, dass sie kämpfen müssen.

Zu Ihrem Antrag möchte ich sagen: Wir haben am 22. Mai einen Antrag gestellt, in dem wir einen Ausgleich für die Kinderbetreuung und familienfreundliche Sitzungszeiten gefordert haben. Das haben Sie abgelehnt. Wir lehnen Ihren Antrag ab, und zwar vor allem aus der Sicht der Frauen,

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Das kann nicht sein!)

weil er eine Bevormundung derer ist, die Listen aufstellen.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Er ist auch eine Bevormundung der vorpolitischen Gruppen. Sie können der Feuerwehr nicht vorschreiben, wie viele Frauen dort vertreten sind, und Sie können die Jugendpläne nicht davon abhängig machen, ob es beim THW genügend Frauen gibt. Das geht mir zu weit.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Gurr-Hirsch, kommen Sie bitte zum Schluss. Ich würde Sie noch länger reden lassen, muss aber für Gleichheit sorgen.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich bin dabei, für einen höheren Frauenanteil zu kämpfen. Ich werde durch das ganze Land gehen und mich für dieses Ziel einsetzen, aber ich werde keine zentralistischen Maßnahmen unterstützen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Schneidewind-Hartnagel das Wort.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zum stellvertretenden Präsidenten Wolfgang Drexler: Jetzt weiß du, was du bist! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Tun Sie ihm doch nicht weh! Das ist gemein! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sind die kleinen Gemeinheiten!)

Sehr geehrte Frau Gurr-Hirsch, ich habe mich heute Morgen sehr gefreut, und ich bin auch jemand, der wirklich anerkennt, dass Sie persönlich in den letzten Jahrzehnten sehr wahrscheinlich alles, aber auch alles dafür getan haben, dass Sie für Ihre Liste vor Ort genügend Frauen motivieren konnten.

(Beifall der Abg. Dr. Marianne Engeser und Viktoria Schmid CDU)

Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir es nicht dabei belassen können, dass es einzelne, hoch engagierte Frauen gibt, die sich in ihren Wahlbezirken dafür einsetzen, während in anderen Wahlbezirken diese hoch motivierten, engagierten Frauen wie Sie fehlen und wir dann Ergebnisse haben, wie sie Frau Wölfle eben vorgestellt hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch wenn der Frauenanteil in den kommunalen Gremien im Laufe der Jahre gestiegen ist, entspricht die Repräsentanz von Frauen in den Gemeinderäten und in noch stärkerem Umfang in den Kreistagen bei Weitem nicht dem Bevölkerungsanteil der Frauen von 51 %. Sie kennen die Zahlen. Sie kennen die baden-württembergischen Zahlen, die Frau Professorin Laskowski vor genau einem Jahr bei der Landtagsveranstaltung „Mittendrin und außen vor“ zu dem Ausspruch „Sie haben hier indische Verhältnisse“ veranlasst haben.

Ja, wir haben eine Bundeskanzlerin, wir haben Ministerinnen auf Bundes- und Landesebene, wir haben Bürgermeisterinnen

(Charlotte Schneidewind-Hartnagel)

und Gemeinderätinnen. Doch die Politik ist immer noch weitgehend eine Männerdomäne. Obwohl das Grundgesetz Frauen die Gleichberechtigung garantiert und sich der Staat zu deren Durchsetzung verpflichtet, stehen Frauen in der Politik weiterhin außen vor.

Der Frauenanteil in den Gemeinderäten in Baden-Württemberg beträgt 22 %; in den Kreistagen liegt er gerade einmal bei 16 %.

In Baden-Württemberg gibt es immer noch 38 frauenfreie Gemeinderäte. In einem bundesweiten Ländervergleich der Mitwirkung von Frauen in den Parlamenten liegt Baden-Württemberg auf dem letzten Platz.

Andersherum gesehen könnten wir aber auch von einer dramatischen Männerquote von über 70 % in unseren kommunalen Parlamenten sprechen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist ja furchtbar!)

Um genau zu sein: In 1 101 Gemeinderäten Baden-Württembergs sitzen durchschnittlich 78 % Männer, in den Kreistagen sind es 84 %, und im Landtag sind es 82 % – und das bei einem Bevölkerungsanteil der Männer von 49 %.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

In 38 Gemeinderäten bleiben Männer unter sich, und vier von fünf Mandaten gingen bei den letzten Kommunalwahlen an Männer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, repräsentative Demokratie sieht für mich, sieht für uns anders aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellen Sie sich einmal die Reaktion vor, wenn nach den nächsten Wahlen das Geschlechterverhältnis punktgenau umgekehrt wäre.

Es gibt für Frauen keinen Grund zu falscher Bescheidenheit. Denn wir Frauen sind keine Minderheit, sondern wir stellen die Hälfte der Bevölkerung – 51 %.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Eine ausgewogene Mischung von Männern und Frauen in den Gemeinderäten und Parlamenten kommt uns allen und unserer Demokratie zugute.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Baden-Württemberg braucht seine Frauen – erst recht in der Kommunalpolitik. Wir brauchen ihren Blick auf die Realität, ihre Kompetenz und ihre Kreativität in der politischen Willensbildung. Denn genau hier werden auch die Kandidaturen für die Landtags- und die Bundestagswahl vergeben. Fehlen Frauen auf kommunaler Ebene, fehlen sie auch auf Landes- und Bundesebene.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht haben wir die Einführung einer gesetzlichen Quote für ein geeignetes Instrument gehalten, um die Anzahl der durch Frauen und Männer wahrgenommenen Mandate in kommunalen Gremien anzunähern. Dies umzusetzen war wegen verfassungsrechtlicher Bedenken leider nicht möglich. Deswegen werden wir zusammen mit dem Koalitionspartner die auf der Basis des Grundgesetzes derzeit bestehenden Möglichkeiten mittels einer Sollformulierung in § 9 des Kommunalwahlgesetzes ausschöpfen. Baden-Württemberg wird nun das erste Bundesland, das die geschlechtergerechte Aufstellung von Wahllisten gesetzlich einfordert. Darauf bin ich stolz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir Grünen sehen diese Sollbestimmung mit stark appellativem Charakter als ersten Schritt, dem weitere folgen werden. Hierzu gehört insbesondere die Fortführung von Aktionen und Maßnahmen, um Frauen zu motivieren, sich als Kandidatinnen zur Verfügung zu stellen. Statt die Verantwortung für Gleichstellung Individuen zuzuweisen, sollten diejenigen Institutionen und Akteure in die Pflicht genommen werden, von denen erwartet werden kann, dass sie die Unterrepräsentation von Frauen aktiv identifizieren und gegen diese vorgehen, z. B. auch die Parteien.

Die Aufmerksamkeit muss darauf gelenkt werden, wie Akteure und Institutionen sich verändern müssen, damit mehr Frauen partizipieren können. Außerdem müssen die Hindernisse beseitigt werden, die insbesondere Frauen davon abhalten, sich um ein kommunales Mandat zu bewerben. In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig, eine bessere Datenlage zu haben, um die Vorgänge bei Wahlverfahren im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis wirklich analysieren zu können und dementsprechend Maßnahmen ergreifen zu können.

Die gleichberechtigte politische Beteiligung von Frauen ist seit jeher ein Ziel grüner Politik und gehört zu den Gründungsstatuten unserer Partei. Diese konsequente Haltung hat sich mit Blick auf die Frauenanteile grüner Fraktionen in Parlamenten, Ratsgremien und hier im Landtag als erfolgreich erwiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Frauenanteil auf den Wahllisten der Grünen und auf grünennahen Listen ist im Landesdurchschnitt mit Abstand der höchste aller Parteien. Bei Schwarz-Gelb sehen wir da extremen Nachholbedarf. Dass die CDU dies jetzt bei sich als Mangel erkennt und erspüren will, was Frauen umtreibt, das freut uns. Wir hoffen, mit der Erkenntnis wächst auch der politische Wille.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, setzen auch Sie sich dafür ein, dass bei den Kommunalwahlen 2014 durch paritätisch besetzte Wahllisten

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das machen wir in Kirchheim schon seit 20 Jahren!)

der Weg für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der politischen Willensbildung geebnet wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihr unterstellt mir, ich würde das nicht machen!)

– Sie können gleich zustimmen, Herr Zimmermann. Ich freue mich darauf, Ihre Hand zu sehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein! Ich mache das ohne Ihre Vorgaben!)

(Charlotte Schneidewind-Hartnagel)

Mit Ihrer Zustimmung zum vorliegenden – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir machen das seit über 20 Jahren!)

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Mit Ihrer Zustimmung zu dem vorliegenden Beschlussteil könnten Sie heute diesen politischen Willen für mehr Geschlechtergerechtigkeit deutlich machen und Ihre in letzter Zeit gewachsene verbale Aufgeschlossenheit in politisches Handeln umsetzen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die positive Entwicklung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Frauenanteil in Gemeinderäten und Kreistagen in Baden-Württemberg zu gering ist – und das, obwohl die Kommunalpolitik genau die Themen anspricht, die die Lebensqualität von uns allen ausmachen: Wohnen, Arbeiten, Leben, Familien, Kinder, Senioren, Umwelt, Verkehrsplanung, Stadtentwicklung, Integration, Kirche, Kultur, Sport und vieles mehr.

Wir haben ein Kommunalwahlrecht, um das uns viele andere Bundesländer, viele andere Länder beneiden. Ich darf aus der Antwort auf die Große Anfrage zitieren:

> *Die Entscheidung, wer in die Gemeinderäte und Kreistage gewählt wird, liegt aber letztendlich bei den Wählerinnen und Wählern. Das baden-württembergische Kommunalwahlrecht wird durch die Persönlichkeitswahl geprägt.*

Von Frau Kollegin Gurr-Hirsch haben wir schon gehört, dass wir in Baden-Württemberg die Möglichkeit haben, durch Kumulieren und Panaschieren den Frauenanteil im Gremium wesentlich zu beeinflussen. Ich habe eine Liste der Freien Wähler und Freien Demokraten in Fellbach, der FD/FW, aus dem Jahr 2009 vorliegen. Diese Liste hat bei den Kommunalwahlen 30 % erreicht, was kein schlechtes Ergebnis ist. Die Liste war annähernd paritätisch besetzt. Bemerkenswert ist, dass nur eine Frau, aber acht Männer aus dieser Liste in den Gemeinderat gewählt wurden. Auch so etwas können wir durch Kumulieren und Panaschieren erreichen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Man sollte dann vielleicht auch Frauen wählen!)

> *Auf das Wahlverhalten der Wählerinnen und Wähler darf aufgrund der staatlichen Neutralitätspflicht bei Wahlen kein Einfluss genommen werden.*

Der Grund für das Ablehnen einer starren Quote wird in der Antwort auf die Große Anfrage noch einmal ausdrücklich bestätigt. Nach Auffassung des Innen- und des Justizministeriums wäre die Einführung einer gesetzlichen Quote nicht mit der derzeit geltenden Verfassung vereinbar.

Es gibt eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2011. Aus ihr wird wiedergegeben, dass 57 % der kommunalpolitisch aktiven Frauen die politische Kultur in der Arbeit nicht schätzten. Das betrifft die Redekultur, aber auch das Arbeitsklima, die Sitzungsdauer und auch die Parteidisziplin und den Fraktionszwang.

Auf die Frage, wie die Frauen am besten unterstützt werden können, sind die beiden größten Faktoren mit 24 % der Wunsch nach mehr Unterstützung durch die eigene Familie und mit 22 % die allgemeine Forderung nach mehr Transparenz und Wertschätzung von Kommunalpolitik. Mehr Unterstützung gegebenenfalls auch gleichstellerischer Art durch die Partei fordern lediglich 19 %, den Abbau männerdominierter Strukturen lediglich 15 %.

Es gibt eine Vielzahl von Aktivitäten, auf die ich gar nicht im Einzelnen eingehen möchte. Aber auch für die FDP/DVP ist dieses Thema seit Langem wichtig. Die Liberalen Frauen haben jetzt einen Beschluss zur Selbstverpflichtung zur paritätischen Besetzung der Listen gefasst – zumindest da, wo die FDP bei Kommunalwahlen antritt. Insofern sind auch Impulse von außen wichtig. Eine gute Einstiegsmöglichkeit wäre, mit einem ehrenamtlichen Engagement in Vereinen zu beginnen und dadurch Erfahrungen in Gremienarbeit zu bekommen.

Ein schönes und wichtiges Beispiel ist der Verein „Politik mit Frauen“, der jetzt das Jubiläum des zehnjährigen Bestehens gefeiert hat, mit inzwischen 109 Mitgliedern aus allen Parteien inklusive der Freien Wähler. In vielen Mentoringprogrammen und Workshops werden hier auch gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Strategien und Aktionspläne entwickelt.

Ein weiterer Aspekt: Frau Gurr-Hirsch hat bereits angesprochen, dass Frauen im Regelfall nach Beendigung ihrer Ausbildung und der Familienplanung in die Politik einsteigen. Das liegt auch daran, dass Männer sozusagen länger die Nesthocker zu Hause sind als Frauen, die eher mobil sind und dadurch erst später den kommunalen Bezug erhalten. Das ist ein Aspekt, der vielleicht auch mit ein Grund ist, warum Frauen erst später in die Kommunalpolitik einsteigen.

Wichtig ist, was wir bei Kommunen mit einem Frauenanteil von über 50 % im Gemeinderat wie beispielsweise Birenbach oder Benningen am Neckar sehen: Diese Kommunen haben gezielte Programme, beispielsweise für Kinderbetreuungsangebote. Da können Kommunen einige Aktivitäten entwickeln. Da bedarf es keines Landtagsbeschlusses, sondern die Kommunen können die Win-win-Situation, die sich aus einem höheren Frauenanteil ergibt, selbst in Angriff nehmen. Hier spielen die Stichworte Kreativität und Motivation anstatt Quote eine Rolle.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er hat eine neue Frisur!)

Innenminister Reinhold Gall: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen, werte Kollegen! Die SPD-Fraktion hat zu dem wirklich wichtigen Thema „Frauen in Kommunalparlamenten“ eine umfangreiche Große Anfrage gestellt, und ich nehme für mein Haus in Anspruch –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr gut beantwortet!)

es wurde auch entsprechend erwähnt –: Wir haben sie sehr ausführlich auf rund 60 Seiten beantwortet, indem wir nicht nur Papier gefüllt haben, sondern ich denke, all das, was wir dort ausgeführt haben, hat deutlich gemacht, dass tatsächlich Handlungsbedarf besteht.

Wenn wir uns die verschiedenen Bereiche, Ebenen und auch die Akteure betrachten, sehen wir, dass dies unterstrichen wird. Ich habe jedenfalls bei der bisherigen Diskussion nicht gehört, dass jemand der Auffassung gewesen ist, dass der jetzige Zustand gut sei und nicht der Verbesserung bedürfe.

Fakt ist, der Frauenanteil in den baden-württembergischen Kommunalparlamenten – ich benutze jetzt einmal ausdrücklich und gern den Begriff „Parlamente“; der eine oder andere wird wissen, warum ich dies tue – befindet sich in der ganzen Bandbreite von null Frauen in Kommunalparlamenten bis hin zu erfreulicherweise fast 54 % in einer Gemeinde im Wahlkreis des Landtagspräsidenten. Der Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt auch, dass im Süden des Landes insgesamt Nachholbedarf besteht. Aber man erkennt an den Zahlen anderer Bundesländer auch,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: In Europa!)

dass wir da nicht allein Nachholbedarf haben. – Sehr richtig, Frau Gurr-Hirsch, das gilt natürlich auch für kommunale Gremien innerhalb der Europäischen Union.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: In Frankreich!)

Dabei muss man schon deutlich sagen, wenn wir den Schnitt der Beteiligungen von Frauen in Kommunalparlamenten in anderen europäischen Ländern betrachten: Dort ist er deutlich höher als bei uns. Deshalb, denke ich, sollte es unser gemeinsames Ziel sein, hier einen wesentlichen Schritt auf dem Weg voranzukommen, diese Situation zu verändern.

Dabei kommt es jetzt tatsächlich auf das an, was an der einen oder anderen Stelle unternommen wird. Es ist, glaube ich, überhaupt keine Frage, dass es da kein Patentrezept gibt, sondern dass es eine Vielfalt von Möglichkeiten und vor allem eine Vielfalt von Handlungsoptionen gibt, die man dann natürlich auch wahrnehmen muss.

Da kommt meines und unseres Erachtens den Parteien, Frau Gurr-Hirsch, schon eine Schlüsselrolle zu;

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Selbstverständlich! Wir stehen im Wettbewerb!)

denn wenn Parteien dieses Thema nicht anfassen, wer soll es denn dann regeln, auf den Weg bringen? Wer außer den Parteien soll sich denn dieses Themas annehmen und das Thema in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Auf die Freien Wähler sollten wir uns da nicht verlassen.

Meine Damen und Herren, ich bin auch sehr erfreut über die Antworten, die die Parteien gegeben haben. Wir haben das in der Antwort auf die Große Anfrage aufgelistet. Zumindest das, was schriftlich eingereicht worden ist, darf zuversichtlich stimmen. Wenn ich aber den einen oder anderen Zwischenruf aus den Reihen der Fraktion der CDU gerade bei dieser Debatte gehört habe, habe ich schon Zweifel, ob dies wirklich ernst gemeint ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt von Möglichkeiten und Faktoren gesprochen. Ich bin der Auffassung – meine Fraktion ist dieser Auffassung, die Regierungsfraktionen sind dieser Auffassung –, dass eine der Möglichkeiten tatsächlich die paritätische Besetzung der Kommunalwahllisten mit Frauen und Männern ist. Ich meine, das ist eine wichtige Möglichkeit.

(Beifall der Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE)

Hier haben wir, Grün und Rot, eine Vorreiterrolle eingenommen. Jetzt will ich einfach einmal hoffen, dass uns dies dann bei der Kommunalwahl auch entsprechend honoriert werden wird.

Ich bin aber schon der Auffassung: Wohlformulierten Absichtserklärungen müssen auch Taten folgen. Wir haben Taten folgen lassen, indem meine Partei und die Grünen bei dem jeweiligen Aufstellungsprozedere Vorsorge getroffen haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

In einzelnen Kommunen – das will ich anerkennen – gibt es seit vielen Jahren entsprechende Bestrebungen – Frau Gurr-Hirsch, beispielsweise in unserem Wahlkreis, dem Stadt- und Landkreis Heilbronn –, und seit vielen Jahren gibt es entsprechende Aktivitäten der Landeszentrale für politische Bildung, der Volkshochschulen und einzelner Städte und Gemeinden. Dies gilt im Übrigen auch für die Stadt und den Landkreis Ludwigsburg, den Wahlkreis des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Claus Schmiedel. Auch in anderen Städten und Gemeinden gibt es vielfältige Anstrengungen in dieser Richtung.

(Zuruf: Karlsruhe!)

Ich denke schon, wir sollten uns einmal sehr intensiv damit beschäftigen, wie man es in Berlin, wie man es in Rheinland-Pfalz geschafft hat, den Frauenanteil so deutlich zu erhöhen. Wir sollten uns einfach einmal Zeit nehmen, die Best-Practice-Beispiele in Augenschein zu nehmen, und dann schauen, in welchen Bereichen und in welcher Form – jedenfalls in ähnlicher Weise – sie bei uns in Baden-Württemberg auf kommunaler Ebene verwirklicht werden können.

(Minister Reinhold Gall)

Offensichtlich sind die bisherigen Angebote – beispielsweise die Angebote der kommunalen Landesverbände, etwa des Städtetags – zugegebenermaßen nicht ausreichend und haben eben nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Deshalb bin ich schon der Auffassung, dass diese einmal evaluiert werden und hinterfragt wird, ob die Ansprache richtig ist, ob wir die richtigen Zielgruppen erreichen, ob die richtigen Modalitäten angewandt, die richtigen Medien benutzt werden oder ob es andere, bessere Beispiele gibt.

Wichtig war der Hinweis, dass es nicht nur in Baden-Württemberg und in Deutschland, sondern insgesamt auf der europäischen Ebene Handlungsbedarf gibt. Aber die europäische Ebene hat jedenfalls schon einmal reagiert. Mit der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene hat sie klare Handlungsoptionen vorgegeben, um eine ausgewogene Mitwirkung von Männern und Frauen bei kommunalen Entscheidungsprozessen zu erreichen. Ich wüsste nicht, was man gegen ausgewogene Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten haben sollte.

Das Land war auch nicht ganz untätig. Aber auch diese Aktivitäten sollten auf den Prüfstand gestellt werden, wenn wir uns die bisherigen Ergebnisse anschauen. Wir haben finanzielle Mittel bereitgestellt, beispielsweise für den Landesfrauenrat, zur Unterstützung von Kursen, Seminaren und Veranstaltungen. Wir haben immer wieder Medien bzw. Publikationen benutzt, um die Chancen – besser gesagt: die bislang nicht vorhandenen Chancen – der Frauen in den Kommunalparlamenten zu thematisieren. Wir sollten schon sehr ernst nehmen, was die Frauen in den einzelnen Studien als Antwort auf die Frage gegeben haben, was sie bislang davon abgehalten hat, in Kommunalparlamenten ihr bürgerschaftliches Engagement einzubringen.

Ich bin dafür, dass wir eine Quotierung auf den Wahllisten vornehmen. Aber ich bin natürlich auch dafür, dass wir die Hindernisse auf der kommunalen Ebene, die die Frauen sehen, beseitigen.

Deswegen werden wir in einen intensiven Dialog mit den kommunalen Landesverbänden, mit den Städten und Gemeinden eintreten. Wir alle können uns zur Aufgabe machen, bei der Wahrnehmung unserer kommunalen Mandate – ich habe keines mehr, aber einige von Ihnen haben noch eines; aber auch ich werde es mir zur Aufgabe machen, überhaupt keine Frage – das Unsrige dazu beizutragen, dass die Sitzungskultur, die Sitzungszeiten, die Rahmenbedingungen in den Kommunalparlamenten geändert und verbessert werden, sodass sich Frauen dort auch entsprechend einbringen können.

(Unruhe)

Sie haben die Möglichkeiten und die Grenzen der Verfassung angesprochen. Ich bin dankbar dafür, dass dies in aller Breite so gesehen wird. Das heißt aber natürlich nicht, dass man die Hände in den Schoß legen kann. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich die Veränderung im Kommunalwahlrecht, die wir morgen diskutieren werden, nämlich den Einbau einer Sollregelung, damit wir das Ansinnen im Vorfeld der Kommunalwahl flankieren und uns um all diejenigen bemühen, die auf der kommunalen Ebene Verantwortung tragen, und dass wir, das Landesparlament, begleitend hierzu die richtigen Signale in Richtung der Frauen in unserem Bundesland senden.

Ich will das Thema „Kumulieren und Panaschieren“ noch einmal ansprechen, weil es von Vertretern von zwei Fraktionen genannt wurde. Natürlich ist es eine Möglichkeit, durch Stimmengewichtung den Anteil der Frauen zu erhöhen. Offensichtlich war es bislang so, dass dies immer zum Vorteil der Männer geschehen ist. Deshalb bin ich schon der Auffassung, dass deutlich darauf hingewiesen werden muss: Wirklich ausschlaggebend bei der Frage, ob mehr Frauen gewählt werden oder nicht, ist, dass das Angebot stimmt.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Ja!)

Für das Angebot sind diejenigen zuständig, die die Listen aufstellen. Das sind in unserem Bundesland erfreulicherweise nach wie vor Parteien, aber auch Wählervereinigungen. Das heißt, es liegt in unserer Hand, ein entsprechendes Angebot – ich nenne es einmal so; Sie wissen, wie ich es meine – zu ermöglichen und Chancen für Frauen zu eröffnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, wir nehmen das Ziel, den Frauenanteil in den Kommunalparlamenten zu erhöhen, außerordentlich ernst. Ich würde mir einfach wünschen, dass wir uns dies als gemeinsame Aufgabe dieses Hauses vornehmen, die entsprechenden Signale ins Land senden und uns vor Ort nicht so verhalten, wie dies gelegentlich bei dieser Debatte auch Kollegen von der CDU gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage Drucksache 15/1886 besprochen.

Wir haben noch über den Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3164, abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Oje! – Meine Güte!)

Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen worden.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit beendet.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 7. März 2013, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:25 Uhr